

KULTURREPORT

EUNIC-JAHRBUCH 2013/2014



Europa von außen

Erwartungen an
die europäische Außenkulturpolitik

KULTURREPORT
EUNIC-JAHRBUCH
2013/2014



Kultur ist mehr als ein Buch oder Theaterstück: Kultur öffnet Türen und baut Brücken zu den Menschen in der Welt. Aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien, Brasilien oder Südkorea haben das Potenzial der Kultur in den Außenbeziehungen erkannt und bauen ihre Außenkulturpolitik bereits aus. Europa hat mit seiner Demokratieerfahrung, Menschenrechtstradition sowie seiner Praxis der friedlichen Koexistenz viel zu bieten und sollte weltweit mehr in Kulturbeziehungen investieren. Welche außenkulturpolitischen Initiativen braucht der Kontinent und welche Erwartungen gibt es hierzu weltweit? 30 Autoren aus 20 Ländern geben Antworten.

Vorwort	
Auswege aus der Midlife Crisis <i>Von Sebastian Körber</i>	4
<hr/>	
1. KAPITEL: KONVERSATION WELTWEIT – DER ALTE KONTINENT IM ZEITALTER DES WORLD WIDE WEB UND NEUER GLOBALER AKTEURE	
<hr/>	
Was als neue globale Gesprächskultur auf uns zukommt <i>Von Frédéric Martel</i>	10
Eine kosmopolitische Vision für die Zukunft <i>Von Isabelle Schwarz</i>	19
<hr/>	
2. KAPITEL: BOTSCHAFTEN AUS DER WELT – ERWARTUNGEN AN DIE EUROPÄISCHE AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK	
<hr/>	
Mittelmeer	
Energie und Frieden <i>Von Claus Leggewie</i>	28
Tunesischer Tsunami und danach <i>Von Abdelwahab Hiba Hechiche</i>	39

Sehnsucht nach Emanzipation <i>Von Anis Ben Amor und Edmund Ratka</i>	49
Die Gunst des Frühlings <i>Von Isabel Schäfer</i>	55
Naher- und Mittlerer Osten	
Keim der Annäherung <i>Von Azita Ebadi</i>	64
Überwindung der Opferrolle <i>Von Yazid Anani</i>	69
Afrika	
Am Puls des Kontinents <i>Von Peter Kimani</i>	75
Region der schnellen Veränderungen <i>Von Farai Mpsfunya</i>	82
Die Grenzlandschaften von Hip-Hop <i>Von Nannette Abrahams</i>	87
Begegnung auf Augenhöhe <i>Von Georgina Thomson</i>	93
Asien	
Demokratie – ein großes Fragezeichen <i>Von Yang Lian</i>	101
Der Welt zuhören <i>Von Natalia Chaban</i>	108
Nationale Identität versus postmoderner Skeptizismus <i>Von Myra C. Beltran</i>	114
„Was weich ist, ist stark“ <i>Von Gerhard Sabathil und Wenwen Shen</i>	120
Europa	
Im Zug der Europäischen Union <i>Von Slavenka Drakulić</i>	125
Das Spiel der Ukraine mit Europa <i>Von Andrej Kurkow</i>	131
„Russland ist viel besser, als du denkst“ <i>Von Valery Nechay</i>	138
Amerika	
Raumschiff im Wandel <i>Von Ladislau Dowbor</i>	143
Die Bedürfnisse Lateinamerikas <i>Von Carlos Ornelas</i>	148
Mit gutem Beispiel voran <i>Von Bernd Reiter</i>	153
Erinnern und vergessen <i>Von Roland Benedikter</i>	160

3. KAPITEL: MIT EUNIC IN DIE WELT – EINE ROADMAP FÜR DAS NETZWERK

Asiens kulturelle Revolution und Europa <i>Von Katelijn Verstraete</i>	172
Gemeinsam ins Jahrhundert des Südens <i>Von Katharina von Ruckteschell-Katte</i>	181
Praxistest am Kap <i>Von Hanna Schühle</i>	187
<hr/>	
Operndorf Afrika	190
EUNIC-Jahresbericht <i>Von Charles-Etienne Lagasse und Helena Kovarikova</i>	192
Impressum	202

Auswege aus der Midlife-Crisis

„Der Blick des Anderen formt meinen Leib...., bringt ihn hervor, wie er ist, sieht ihn, wie ich ihn nie sehen werde.“ Bei Jean-Paul Sartre, einem der Hauptvertreter der französischen Existenzphilosophie, wird sich das Selbst erst über den Blick des Anderen seiner Gegebenheit bewusst. Es erfährt einen Bewusstseinschub und lernt erst daraufhin, sich in die Welt einzuordnen. Man muss jedoch nicht gleich zum Anhänger des Existenzialismus werden, um dem Spiel, sich selbst oder anderen den Spiegel vorzuhalten, eine gewisse Freude abzugewinnen. Zumal bei Sartre der Andere eine negative Rolle einnimmt, der dem Ich die Freiheit raube, seine Zukunft aus sich selbst heraus zu bestimmen.

In den internationalen Kulturbeziehungen hat das systematische Zuhören eine elementare, um nicht zu sagen: existenzielle Bedeutung. Ohne Zuhören ist ein fruchtbarer Dialog schlicht und ergreifend nicht möglich. Aus diesem Grund ist es beinahe erstaunlich, dass der Kulturreport erst in der vorliegenden sechsten Ausgabe nach dem Außenbild Europas fragt und zwar ganz explizit danach, welche Erwartungen von außen an Europas Außenpolitik und die noch zu entfaltende Rolle der Kultur in den europäischen Außenbeziehungen gerichtet werden. Ganz bewusst wurden Stimmen aus Afrika, Asien und Lateinamerika eingeholt, um die Herausforderungen einer sich rapide verändernden multipolaren Welt an Europa zu schildern. 20 der 30 Autoren leben im außereuropäischen Ausland.

Der kenianische Journalist Peter Kimani etwa wundert sich, dass sich Afrika immer

noch mit den traumatischen Erfahrungen der Sklaverei und des Kolonialismus „herum-schlagen muss“, die bis heute das europäische Verständnis seines Kontinents prägten. „Man muss tiefer in die Kultur eintauchen als die europäischen Reisejournalisten und Tagebuch-schreiber, wenn man die ignorante Haltung Europas gegenüber Afrika überwinden will.“ Er wendet sich gegen eine bornierte „Out-of-Africa-Rhetorik“ und warnt, die EU werde ihre Strategie gegenüber Afrika ändern müssen, denn die Afrikaner lernten, wie sie ohne Europa überleben. Farai Mpfunya, Geschäftsführer eines Entwicklungsfonds in Simbabwe schlägt einen „New Deal“ zwischen Afrika und Europa vor, der auf ausgewogene Beziehungen setze und dem gestiegenen Selbstbewusstsein Rechnung trage, das die 54 Staaten Afrikas mit 1,5 Milliarden Menschen, enormen Ressourcen und Wirtschaftswachstumsraten, von denen andere träumen würden, inzwischen entwickelt hätten.

Carlos Ornelas, Professor für Kommunikationswissenschaft im aufstrebenden Mexiko, fragt sich, warum seine Landsleute immer noch mehr über die griechische Mythologie wissen als über Azteken und Maya. Ladislau Dowbor, Wirtschaftswissenschaftler in São Paolo, weist sanft darauf hin, dass die Frage nach den Erwartungen Brasiliens an Europa eigentlich am Kern vorbeiführe. „Wir sind erwachsen geworden.“ Die Zeit, in der Lateinamerika Anschluss an die moderne Welt zu finden suchte, sei vorbei. Stattdessen gelte es sich nun den gemeinsamen globalen Herausforderungen zu widmen, die einzelne Staaten nicht lösen können, seien es die unkontrollierten Finanzströme, der Klimawandel oder die wachsende soziale Ungleichheit.

Yang Lian, chinesischer Dichter im Berliner Exil, sinniert darüber, wie sehr die Globalisierung die alte Weltordnung durcheinandergewirbelt habe und wie es dazu kommen

konnte, dass das verwirrte Europa nun plötzlich so arm dastehe. Die alte Gleichung „Kapitalismus gleich Demokratie gleich Wohlstand“ gehe jedenfalls nicht mehr auf. Der Tsunami des chinesischen Wirtschaftserfolgs müsse daher unweigerlich zu einem neuen Nachdenken über Demokratie führen.

Und was folgt daraus für Europa? Was die Umwälzungen in der arabischen Welt betrifft, stellt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie zunächst einmal fest, dass die EU hierzu bisher kein Verhältnis gefunden habe. Auf die Arabellion sei entweder mit Zurückhaltung oder den gewohnten Reflexen der alten Führungsmächte reagiert worden, um die Einflusszonen aus den Kolonialisierungszeiten zu erhalten. Dabei sei Europa in der Region mehr gefragt, als es bisher zu geben bereit gewesen sei. Nur wenn die Zukunft auch im Süden erkannt werde, lasse sich ein über Kerneuropa hinausreichendes Friedens- und Entwicklungsprojekt gestalten, das Fragen der Energieversorgung ebenso umschließe wie den Widerspruch zwischen einer repressiven Flüchtlings- und einer rationalen Migrationspolitik.

Isabelle Schwarz von der Europäischen Kulturstiftung fordert, dass eine strategisch aufgestellte europäische Außenpolitik auf die neuen Einflusszentren der multipolaren Welt am besten damit reagiere, dass sie endlich die Potenziale der Kultur ausschöpfe. „Wenn Europa in der Welt weiterhin eine relevante Rolle spielen will, statt die Vorstellungen von einem zum Zwerg schrumpfenden Kontinent schreckliche Realität werden zu lassen, muss es die Vorzüge seiner kulturellen Vielfalt effektiver nutzen.“ Darüber, dass nicht nur das europäische Kulturerbe, sondern die ganze Bandbreite der Kreativwirtschaft, von Architektur und Mode bis hin zum Film, zur Bildenden Kunst und der Literatur nach wie vor weltweit eine hohe Ausstrahlungskraft haben, sind sich die meisten Autoren einig und

können dies auch mit aktuellen Studien belegen. Gerade in Zeiten aufstrebender Länder mit für Europa unerreichbaren Wirtschaftswachstumsraten stellt die Kultur eine wichtige Kraftzelle für den alten Kontinent dar. Die Kultur kann einen wichtigen Beitrag zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Migration und Integration, aber auch zur Konfliktbearbeitung leisten. EUNIC mit seinen mehr als 2.000 Zweigstellen in rund 150 Ländern hat sein Potenzial ganz sicher noch nicht voll entfaltet. Aus der erfolgreichen Arbeit in vielen Städten und Zentren weltweit eine tragende Zukunftsstrategie für die gesamte Gemeinschaft zu entwickeln, ist eine ebenso große Herausforderung für das Netzwerk EUNIC wie auch für die gesamte Europäische Union. Aber wie sagt es der französische Schriftsteller Frédéric Martel in seiner Allegorie zur neuen Geopolitik im Internet und der dort ebenso wie im wahren Leben zu beobachtenden Multipolarisierung: Das Internet ist weder gut noch schlecht, es ist, was man daraus macht. Statt den Kopf in den Sand zu stecken, solle Europa lieber handeln und zum Beispiel neue Regularien entwickeln. Oder um es mit den Worten von Claus Leggewie zu sagen: Es wird Zeit, dass Europa seine Midlife-Crisis überwindet, in die es spätestens seit der Euro-Krise geraten ist.

Dies ist der sechste Band des Kulturreports, der nun schon zum dritten Mal als EUNIC-Jahrbuch erscheint. Der Band greift die Ergebnisse einer Konferenz in Brüssel auf, die das ifa-Forschungsprogramm Kultur und Außenpolitik gemeinsam mit EUNIC ausgetragen hat. Ich danke allen Beteiligten, allen voran den Autoren und Übersetzern, für ihre Mitwirkung. Ein besonderer Dank geht an die Europäische Kulturstiftung in Amsterdam, die die englische Sprachfassung ermöglicht hat und an den Steidl-Verlag in Göttingen, der die Reihe von dieser Ausgabe an publiziert.



Sebastian Körber ist Stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Abteilung Medien des Instituts für Auslandsbeziehungen



Kapitel 1: **Konversation weltweit – Der alte Kontinent im Zeitalter des World Wide Web und neuer globaler Akteure**

Das Internet verändert die weltweite kulturelle Kommunikation. Aber lösen sich durch die Verbreitung des Netzes die alten Hemmnisse zwischenmenschlichen Handelns wie die Geografie, Sprachen oder die Zensur im Nachrichtenwesen gerade in Wohlgefallen auf? Wohl eher nicht. Die meisten Inhalte, die wir konsumieren, die Kultur, die wir mögen, die Gespräche, die wir führen, die Videos, die wir uns ansehen, sind in unserer Sprache – und territorial gebunden.

Und doch sind weltweit neue Kommunikationswege und Dialogmöglichkeiten entstanden. In einer komplexer werdenden globalen Landschaft mit neuen Einflusszentren müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ihr kulturelles Engagement in den verschiedenen Weltregionen neu ausrichten und akzeptieren, dass herkömmliche Hierarchien und Präferenzen infrage gestellt werden.

Aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien, Brasilien oder Südkorea haben das Potenzial der Kultur in den Außenbeziehungen verstanden. Sie bauen ihre Außenkulturpolitik bereits aus. Welche Antworten hat Europa darauf?



Die Macht der Idee – Das Operndorf Afrika

„Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, sagte einst der französische Schriftsteller Victor Hugo. Und was könnte mächtiger sein als die Idee eines Künstlers, kurz vor seinem Tod ein Operndorf in Afrika zu bauen? Der 2010 verstorbene Künstler Christoph Schlingensiefel verwirklichte sie sich und baute ein Operndorf in Burkina Faso, einem Land mit reicher künstlerischer Tradition. Die Oper ist reale Kunstform und gleichzeitig Symbol für vielgestaltige Ausdrucksweisen in der Kunst und mit der Kultur. Das Dorf als Ort der interkulturellen Begegnung und gleichzeitig ein überaus realer Ort, an dem Menschen leben, lernen, spielen, Kunst sehen und machen. Mit der Vision des Künstlers ist Raum für Kultur geschaffen worden, den die Bildstrecke mit Fotos vom Operndorf in dieser Ausgabe des Kulturreports zeigt.

Was als neue globale Gesprächskultur auf uns zukommt Die neue Geopolitik im Internet wird nicht mehr nur aus einer einzigen dominanten Strömung bestehen, einem von Amerika gesteuerten „Mainstream“, sondern aus einer Vielzahl kleinerer Datenströme und wechselseitigen Beziehungen zwischen allen Ländern – und in erster Linie innerhalb derselben. In Wahrheit kommt es derzeit zu einer digitalen „Explosion“ in den Schwellenländern. Neue Kommunikationswege und Dialogmöglichkeiten sind entstanden. Wie kann Europa die neuen Potenziale am besten nutzen? *Von Frédéric Martel*



Man könnte meinen, der erste Zusatzartikel zur amerikanischen Verfassung über „freedom of speech“ bedeute ihnen mehr als der vierte über „privacy“: lieber freie Meinungsäußerung als Schutz der Privatsphäre. „Die alten Hemmnisse zwischenmenschlichen Handelns wie die Geografie, Sprachen oder die Zensur im Nachrichtenwesen lösen sich gerade in Wohlgefallen auf“, sagt Ex-Google-Chef Eric Schmidt sogar voraus. Die Online-Zukunft, so Schmidt weiter, werde nicht länger „durch terrestrische Gesetze beschränkt“, und wir „werden zunehmend mit Menschen jenseits unserer Grenzen im Dialog stehen“.

Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat überdies angedeutet, soziale Netze könnten das Problem des Terrorismus regeln, das „von einem Mangel an Kommunikation und ‚Connectedness‘ herrührt“. Mehr Vernetzung: Das soll also die Lösung sein. Man bräuchte nur noch mehr Gelegenheiten dazu. Gemeinsam haben die Verantwortlichen von Facebook und Google, deren Geschäftsgrundlage weitestgehend im Sammeln persönlicher Daten besteht, verlauten lassen, der Schutz der Privatsphäre sei eine „Abnormität“.

Ich teile diese schematische Sicht der Zukunft nicht. Schon zeichnet sich eine andere Geopolitik im Internet ab. Mir scheint im Gegenteil, dass die digitale Revolution, die wir derzeit erleben, sich nicht oder zumindest nicht überwiegend in einer Rundum-Globalisierung niederschlägt. Sie bedeutet nicht un-

bedingt Homogenisierung und ganz sicher nicht grenzenlose, weltweite Verbreitung. Die kulturelle und sprachliche Vereinheitlichung steht nicht zu befürchten. Die digitale Revolution gleicht vielmehr einer Territorialisierung: Das Internet ist nichts anderes als ein Territorium – oder Revier.

Wenn ich den Begriff „Territorium“ ins Feld führe, meine ich nicht notwendigerweise einen abgegrenzten geografischen Raum, obwohl auch dies der Fall sein kann. Ein Territorium muss nicht unbedingt ein nationales Gebilde sein: Es kann die Gestalt eines festgelegten physischen Raums haben, aber es kann auch ein abstrakter Raum sein, der Raum einer Gemeinschaft oder einer Sprache. Diese „Territorialisierung“ bedeutet also nicht zwangsläufig, dass das Web „country-specific“ würde: Das Wirkspektrum muss sich nicht bis an die Grenzen eines Landes erstrecken und kann diese umgekehrt auch überwinden.

Die Territorien des World Wide Web

Das Web ist heute sehr lokal, sehr regional, es ist mitunter national oder panregional und reicht manchmal über die Geografie hinaus. Oft verweist es auf eine „Community“, wobei dieser Begriff im amerikanischen Englisch bekanntlich für eine ethnische Gruppe oder eine sexuelle Minderheit stehen kann, für eine Religion oder auch für das Stadtviertel oder die Stadt, in dem oder in der man lebt. Hin und wieder ist dieses „Territorium“ sprachlicher oder kultureller Natur und als solches das Spiegelbild einer Gemeinschaft, die sich durch bestimmte Interessen, Neigungen oder Vorlieben definiert.

Der Austausch kann auf einer Grenznachbarschaft, einer gemeinsamen Sprache oder einem gemeinsamen Alphabet (zum Beispiel

Kyrillisch) beruhen, auf einer Subkultur, der man nahe steht (wie etwa Otakus, Femen, die Bear-Community), einem fortgesetzt wirksamen, kolonialen Einflussgebiet (dem Commonwealth oder dem Osmanischen Reich). Und letztlich sind auch die „Gespräche“ (und Chats) im Internet meistens durch diese „Territorien“ begrenzt und nur selten global.

All diese Internets sind verschieden, und zwar auf vielfältige Weise. Man begreift das Digitale unwillkürlich als globales Phänomen, das die Globalisierung beschleunigt. In Wirklichkeit scheint mir das Gegenteil der Fall zu sein. Ich habe vor Ort die Feststellung gemacht, dass sich das Internet aufspaltet, je nach Kultur, Sprache, Region. Wenn das Netz jedoch nicht mehr global ist, dann ist es auch nicht mehr national und auch nicht unbedingt lokal. Es ist in ein „Territorium“ eingebettet, das jedem von uns eigen ist, ein Universum, das wir bis zu einem gewissen Grad durch unsere „Vorlieben“ und die plurale Identität, die jeder von uns besitzt oder nach außen kommuniziert, gestalten und formen können. Das Internet funktioniert standortbezogen. In vielerlei Hinsicht verleiht es den Menschen wieder mehr Macht, statt sie ihnen vorzuenthalten, und ermöglicht ihnen den selbstbestimmten Umgang mit der eigenen Geschichte. Weil es sich ihren Eigenarten und ihrem Territorium anpasst, ist es jedem einzelnen eigen.

Über eine Milliarde Menschen sind auf Facebook. Man könnte also automatisch davon ausgehen, wir seien alle miteinander vernetzt, würden einander immer gleicher und selbstverständlich immer schneller amerikanisiert. Ich habe das selbst manchmal auch geglaubt. Jede Feldforschung aber widerlegt diese Sichtweise, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Alle Facebook-Accounts sind verschieden: Jeder hat eigene Freunde, diskutiert in seiner Sprache, und keine Facebook-

Vom Silicon Valley aus betrachtet sind das Digitale und das Globale eins. Grenzen sind für die amerikanischen Web-Giganten im digitalen Zeitalter eine überkommene Vorstellung. Die Welt, die sie uns verheißen, kennt keine Grenzen mehr. Sie ist vollkommen offen, vernetzt, gebietsunabhängig.

Durch die sozialen Netzwerke nimmt die Zahl der virtuellen Freunde, derjenigen, die man nicht kennt, um ein Vielfaches zu, und ob das den Einzelnen noch weiter verletzbar macht und ungeahnte Bedrohungen für sein Privatleben mit sich bringen kann, spielt keine Rolle. Die Internet-Gurus setzen das Web unwillkürlich mit ihrem Bild von Amerika gleich: mit der Freiheit dort, der grenzenlosen Weite, der Geschwindigkeit, der immer weiter rückenden Grenze („Frontier“).

Seite gleicht der anderen. Der „Social Graph“, wie der Freundeskreis bezeichnet wird, ist immer singular. Ein Realschüler aus Süditalien oder Nordpolen zählt unter seinen „Freunden“ nur selten auch einen Kontakt in den Vereinigten Staaten. Die Sprache, die Kultur und die geografische Entfernung sorgen dafür, dass solche Chats relativ selten sind. Dass sich das Internet exponentiell über die Welt verbreiten konnte, liegt daran, dass es an die Lebensrealität der Menschen, an die sprachliche Vielfalt und in erster Linie an die Territorien angedockt hat.

Anders als man unwillkürlich meinen möchte, ist das Digitale also im Wesentlichen territorial gebunden. Die Zeit eines standardisierten Internets und einer grenzenlosen digitalen Globalisierung ist vorbei. Das territorialisierte Internet wird sich durchsetzen. Seine Zukunft liegt in der lokalen Zuordnung, im „Customizing“ und im ausdifferenzierten Austausch. Clever oder „smart“ sein heißt, digital zu sein und gleichzeitig territorial zugeordnet.

Bei meinen Recherchen in den allermeisten „Schwellenländern“ habe ich festgestellt, wie wichtiger Internets sind. Die „wachstumsstarken“ Länder sind nicht nur aufstrebend, was ihre globalisierte Wirtschaft und ihre Demografie angeht, sondern auch in Bezug auf ihre Kultur, ihre Werte und eben auch ihr Internet. Man könnte sogar noch weiter gehen: Mittelfristig darf man sich das Internet nicht länger als westliches Netzwerk vorstellen, das übersättigt ist an englischsprachigen Informationen und amerikanisierten Dienstleistungen und das vornehmlich reiche Länder miteinander verbindet. Wurde das Internet in seinen Anfängen allerorten in einem Frontalverhältnis zwischen „us“ und „US“ – uns und den Vereinigten Staaten – wahrgenommen, weil jedes Land seine Beziehung auf direktem Wege mit dem Silicon Valley

vertraglich regelte, ist das künftige Internet multipolar, dezentral, aufgesplittert.

Dieser bilaterale und nebenbei bemerkt ungleiche Dialog mit den Vereinigten Staaten wird sich reduzieren, auch wenn das Internet seine amerikanische Anmutung beibehalten wird. Die neue Geopolitik im Netz wird nicht mehr nur aus einer einzigen dominanten Strömung bestehen, einem von Amerika gesteuerten „Mainstream“, sondern aus einer Vielzahl kleinerer „streams“, aus Datenströmen und wechselseitigen Beziehungen zwischen allen Ländern – und in erster Linie innerhalb derselben. In Wahrheit kommt es derzeit zu einer digitalen „Explosion“ in den „aufstrebenden“ Ländern, und diese Dimension war für mich eine Offenbarung.

Digitale Aufsteiger

Die Entdeckung der digitalen Aufsteiger ist keine ideologische Lesart oder idealisierte Sichtweise des Webs: Sie ist das Ergebnis einer Beobachtung vor Ort. Als Beweis dafür muss man sich nur eingehender mit Websites beschäftigen wie Yandex (eine Art Google in Russland), Mxit (eine Art WhatsApp für Mobiltelefone in Südafrika), VKontakte in Russland und Cloob in Iran (vergleichbar mit Facebook), Maktoob (Yahoo der arabischen Welt) und selbst Orkut in Brasilien (ebenfalls eine Art Facebook). Ganz zu schweigen von

„Über eine Milliarde Menschen sind auf Facebook. Aber alle Facebook-Accounts sind verschieden: Jeder hat eigene Freunde, diskutiert in seiner Sprache, und keine Facebook-Seite gleicht der anderen.“

den Chinesen, die sämtliche amerikanischen Websites buchstäblich geklont haben und inzwischen aus eigener Kraft fliegen: Baidu (eine Art chinesisches Google, das sich weltweit zum zweitgrößten Motor der Forschung entwickeln dürfte), Alibaba (eine Art eBay), Tmall (Amazon), Weibo (Twitter), Renren (Facebook), Hudong oder Baidu Baike (Wikipedia), Youku (YouTube), Alipay (PayPal) oder QQ (MSN). Diese „aufstrebenden“ Internets unterscheiden sich also alle voneinander, sind aber auch für sich genommen sehr verschiedenartig.

Ist diese Lesart des Internets als Phänomen, das im Wesentlichen nicht globalisiert ist, ist dieses Entschlüsselungsschema, das die digitale Konversation in singuläre, gebietsgebundene Räume fasst, unangreifbar? Gibt es die globale Dimension des Internets nicht? Doch, natürlich.

Zunächst einmal trifft es zu, dass das Internet technisch als grenzenlos konzipiert wurde. Des Weiteren gibt es globale Inhalte im Netz. Fast zwei Milliarden Menschen haben sich auf YouTube das Video „Gangnam Style“ von Psy angesehen; man denke auch nur an all die Iraner, Palästinenser oder Kubaner, die fasziniert die Videos von Lady Gaga verfolgen, die massenweise im Peer-to-Peer-Verfahren den neuesten Clip von Madonna oder den nächsten von Beyoncé herunterladen – Symbole par excellence eines globalisierten Internet-Mainstreams.

Aktivisten oder „Hacker“ wie Julian Assange, der Macher hinter Wikileaks, der amerikanische Soldat Bradley Manning, der jene vertraulichen Telegramme weitergegeben hat (und, da er eine Geschlechtsumwandlung plant, jetzt Chelsea Manning heißt), der Informatiker Edward Snowden, der die Existenz umfassender geheimer Abhörprogramme der National Security Agency aufgedeckt hat, oder die amerikanischen Journalisten Glenn

Greenwald und Laura Poitras, die diese Dokumente veröffentlicht haben: Sie alle sind tatsächlich Teil eines globalen Internets. Angesichts dieser Beispiele und Zahlen, die für sich sprechen, erscheint die Behauptung, das Internet sei nicht global, etwas vermessen. Denn jede These birgt ihre Antithesen und Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Man könnte hier auch Videospiele nennen oder wissenschaftliche Forschung und Teile des Hochschulaustauschs.

Ein letztes Gegenbeispiel ist die Unterhaltungsbranche ganz allgemein und im Speziellen das Kino, das außerordentlich konzentriert und amerikanisiert ist. Man mag im Bereich der Musik an das Modell einer Aufgliederung in Genres glauben, im Verlagswesen oder im Fernsehen an eine Einteilung in Marktnischen, im Internet an Hybridität, doch findet sich eine solche Aufspaltung weder bei Videospiele noch beim Kino.

Paradoxerweise hat das Netz das Mainstream-Kino eher gestärkt als geschwächt, und auch wenn es im Web immer mehr Nischenprodukte gibt, so fahren Blockbuster doch immer größere Erfolge ein, und zwar – neuerdings – auch in den aufstrebenden Ländern. Das Web verleiht diesem Phänomen enorme Schubkraft. Beim Kino ist die digitale Welt, mehr noch als die analoge, „hit-driven“: Erfolg macht noch erfolgreicher. Vermutlich sind diese Entwicklungen nicht von konstanter Dauer, und mittelfristige Prognosen sind schwer zu treffen. Aber für den Bereich der Massenunterhaltung und insbesondere das Kino glaube ich, dass Internet und Mainstream einander ergänzen. Sie sind Teil ein und derselben Bewegung, die da heißt: Aufhebung der Grenzen und Globalisierung von Inhalten, mit denen jeder etwas anfangen kann, überall auf der Welt. Vor allem bestätigen sie die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, wo im Staat Kalifornien eben sowohl

Hollywood als auch Silicon Valley beheimatet sind, die Maschinen, die Mainstream-Entertainment produzieren, ebenso wie die Startups des globalisierten Netzes. Dies ist eine entscheidende Ausnahme zu meiner These von einer Territorialisierung des Internets.

Und doch findet sich dieser dem Kino eigene amerikanische Trend, anders, als man mitunter meint, nicht im Bereich des Fernsehens, der Medien, der Musik oder der Bücher wieder. Meistenteils also entzieht sich das Internet, in seiner Gesamtheit betrachtet, einer solchen Vereinheitlichung.

Jeder in seiner Seifenblase

Und das genau ist meine These. Es geht nicht darum zu leugnen, dass es ein globales Mainstream-Internet gibt, das eine „Schicht“ standardisierter Inhalte und globalisierter Datenströme einschließt: Einheitlichkeit gibt es hier sehr wohl. Aber diese Inhalte sind oft oberflächlich und zahlenmäßig begrenzt. Jenseits der amerikanisierten Datenströme gibt es zahlreiche andere „streams“. Die meisten Inhalte, die wir konsumieren, die Kultur, die wir mögen, die Gespräche, die wir führen, die Videos, die wir uns ansehen, sind in unserer Sprache – und territorial gebunden. Wir begeben uns in eine Welt, die zwar „vernetzt“ ist, deren Inhalte jedoch unvernetzt sind. Durch unsere Freunde auf Facebook, unsere Follower auf Twitter, unsere ehemaligen Schulkameraden auf einer extra eingerichteten Website, durch die SMS, die wir versenden, die Info- und Kontaktseiten, die wir regelmäßig in unserer Sprache aufrufen, bleiben wir verbunden mit unserer Seifenblase, unserer Welt, unserem Gebiet bzw. Revier.

Man könnte also, anders ausgedrückt, feststellen, dass es im Internet zwar keine „borders“ gibt, wohl aber „frontiers“, um diese im

amerikanischen Englisch gebräuchliche Unterscheidung zwischen der politisch-gesetzlichen und der abstrakt-symbolischen Grenze aufzugreifen. Erstere ist eine konkrete, physische Grenze mit allem, was dazugehört an Zöllen, Abgaben, Pässen und „border patrol“; letztere hat eher eine übertragene Bedeutung, angefangen beim Mythos vom „Grenzland“, das die zivilisierte Welt von der Wildnis trennt, bis hin zu John F. Kennedys „New Frontier“, die sich bis in den Weltraum erstreckte. Im Englischen sagt man „Doctors without borders“ („Ärzte ohne Grenzen“), und nicht „Doctors without frontiers“ – was nichts heißen würde.

Im Internet gibt es also keine „borders“, sondern „frontiers“, jene symbolischen Grenzen, die Gewicht haben und beweglich zugleich sind, so wie Sprachen, Regionen und Kulturen auch. Zusammenfassend kann man, wie mir scheint, behaupten, dass zwar die Infrastruktur des Internets global ist und territorial ungebunden, die Inhalte und die Kommunikation dagegen größtenteils unvernetzt sind und territorial gebunden. Mit anderen Worten: Das Internet ist territorialisiert, bei gleichzeitig global stattfindenden Interaktionen.

Das weder richtig globalisierte noch richtig vereinheitlichte Internet hängt also stark von Kultur, Sprache und nationalem Kontext ab. Jedes Gespräch im Netz ist anders. Wenn diese sehr dezentralen Internetmerkmale aber zur Entfaltung kommen sollen, dürfen diejenigen, die das Netz technisch einrichten, ihre beherrschende Stellung nicht missbrauchen.

Deshalb sind Regelungen erforderlich, weniger für das Netz, das „offen“ bleiben muss, als vielmehr für dessen Akteure. Dem Internet soll dabei keine neue nationale Souveränität aufkotroyiert werden – die Vorstellung von digitalem Wirtschaftspatriotismus ist überholt. Trotzdem braucht es Regeln und, wenn möglich, eine Art digitale Justiz.

Heutzutage gilt überall, dass die derzeitige Situation eines im Wesentlichen allein von den Amerikanern regulierten Internets nicht länger tragbar ist. Was allerdings etwa auf Anregung der Internationalen Fernmeldeunion (engl. ITU) an internationalen Regulierungen im Rahmen der Vereinten Nationen durchgespielt wird, dürfte kaum wirksamer sein. Was tun?

Meine Gesprächspartner vor Ort sind zum Teil der Ansicht, dass wir Regulierungen in konzentrischen Kreisen ins Auge fassen sollten, was etwa hieße, dass die Verwaltung länderspezifischer Top-Level-Domains tatsächlich auch Sache der Länder wäre: Dabei geht es zum Beispiel um das „ca“ in Kanada oder das „br“ in Brasilien. Einige meiner Gesprächspartner gehen auch davon aus, dass Google, Facebook oder Twitter gezwungen sein werden, ihren Länderversionen, die zunehmend durch lokale Gesetze geregelt werden sollten, mehr Spielraum zu lassen (Google.com.br würde demnach zu einem größeren Teil vom brasilianischen Google-Sitz aus gemanagt und wäre den dortigen Gesetzen unterworfen).

Auch die Nutzungsbedingungen, das berühmte „notice & consent“, für das die Web-Riesen die Zustimmung per Mausklick verlangen, benötigen einen länderspezifischen Zuschnitt. Eine weitere Notwendigkeit ist die Steuerharmonisierung für das Digitalgewerbe

„Die meisten Inhalte,
die wir konsumieren, die Kultur,
die wir mögen, die Gespräche,
die wir führen, die Videos,
die wir uns ansehen, sind in
unserer Sprache –
und territorial gebunden.“

und die Möglichkeit, E-Commerce-Websites und soziale Netzwerke in den Ländern zu besteuern, in denen sie ihre Einnahmen erzielen. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat 2013 für Nordamerika gerade erst eine solche Besteuerung auf Staatenebene zugelassen; nichts spricht dagegen, es im Rest der Welt genauso zu machen. Das ist dringend geboten und eine Frage der digitalen Gerechtigkeit.

Und wenn im digitalen Zeitalter zwei widersprüchliche Wirklichkeiten nebeneinander her bestehen – Staaten mit Gesetzen und Internetfirmen mit Nutzungsbestimmungen –, dann müssen diese Gesetze und Bestimmungen eben in irgendeiner Weise gegliedert und einander angeglichen werden. So oder so sollte sich auf nationaler Ebene mit der Zeit eine gewisse virtuelle Souveränität herausbilden, vorausgesetzt, dass sie der Innovation und der Kreativität nicht schadet und auch nicht in eine überbürokratisierte Welt- bzw. Staatenregulierung des Internets unter Aufsicht der Vereinten Nationen überführt würde.

Nachdem die Internationale Fernmeldeunion nicht die richtige Stelle sein kann, um die Internetarchitektur zu koordinieren, muss man darüber nachdenken, in welchem Rahmen dies sonst geschehen soll. Die ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) könnte hier legitimerweise aktiv werden, beispielsweise im Bereich der generischen Domains, falls die Kontrolle durch die Vereinigten Staaten definitiv nicht mehr greift und ihr Sitz nicht mehr auf amerikanischem Boden angesiedelt ist, sondern etwa in der Schweiz; auch die Welthandelsorganisation wäre möglicherweise eine Alternative.

Nicht zuletzt könnte, was vorerst wohl die pragmatischste Lösung wäre, zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union auch ein Dialog entstehen –

über das rechte Maß an Konkurrenz, über Datenschutz, den Stellenwert von Innovation und Kreativität, das Ende der Monopole und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen – und den Anstoß für neue Internetbestimmungen geben, die sich aus einer solchen Bereinigung heraus dann Schritt für Schritt entwickeln ließen.

Die als „Safe Harbor“ bezeichneten Prinzipien über den Transfer von Daten boten bereits Raum für einen solchen Dialog zwischen Amerikanern und Europäern; es ist höchste Zeit, diesen gemeinsamen Rechtsrahmen von Grund auf neu zu verhandeln und dabei die Rückverfolgbarkeit der Daten durchzusetzen und Angaben über den Ort des Daten-Hostings zur Pflicht zu machen. Ich bin in vielerlei Hinsicht allerdings überzeugt, dass Internetregulierungen nicht gehen, sondern nur mit den Vereinigten Staaten machbar sind. Dabei glaube ich fürs Erste an eine amerikanische Regulierung, die an eine europäische Regulierung gekoppelt und dann auf Schwellenländer und den Rest der Welt zu erweitern wäre.

Vergessen wir jedenfalls nicht, dass diese Regulierungen ein Soft Power-Instrument sind. Das globale Netz wird heute von den Vereinigten Staaten gestaltet, durch etliche hochkomplexe föderale und staatliche Regelungen, angestoßen vom Weißen Haus, vom Handels- oder Justizministerium, inhaltlich abgesteckt vom Kongress, im Wortlaut festgelegt von der Federal Communications Commission und der Federal Trade Commission oder aber herbeigeführt durch Justizentscheidungen von Gerichten beziehungsweise vom amerikanischen Obersten Gerichtshof. Somit befördern sie einen starken Protektionismus zugunsten der einheimischen amerikanischen Industrie, zumal sie in erster Linie auf die Wettbewerbsregulierung abzielen.

Muss man nicht den Zeiten nachtrau-

ern, da Bundesbehörden im Rooseveltischen Geist wirksam gegen Wettbewerb und den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen vorgingen? Heutzutage verfolgen die Web-Giganten ihren monopolistischen Trend weiter, ohne dass die amerikanischen Wettbewerbshüter ihnen ernsthaft zu Leibe rücken würden. Während die Inhalte immer stärker territorial gebunden sind, bleiben Internet-Tools, Plattformen und Daten weiterhin sehr stark in den Vereinigten Staaten konzentriert. Diese exorbitante, anachronistische Macht hat keine Daseinsberechtigung mehr.

Steuern wir auf eine Balkanisierung des Internets zu? Im Weißen Haus und in den wichtigsten US-Netzregulierungsbehörden nimmt man diese Bedrohung sehr ernst. Hillary Clinton hat höchstpersönlich von der Gefahr eines „elektronischen eisernen Vorhangs“ gesprochen. Was die Internet-Riesen angeht, so haben sie die rückläufige Entwicklung bei der Cloud-Ökonomie in den Vereinigten Staaten besorgt zur Kenntnis genommen: ein auf 35 Milliarden Dollar geschätzter Nettoeinnahmenverlust für 2014-2016 infolge der Enthüllungen durch Edward Snowden über die systematische Internetüberwachung durch die National Security Agency (NSA).

„Es könnte zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union ein Dialog entstehen – über das rechte Maß an Konkurrenz, über Datenschutz, den Stellenwert von Innovation und Kreativität, das Ende der Monopole und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen.“

Die selbstbewussten, forschen, notfalls auch selbstherrlichen Milliardäre sorgen sich um ihr Wirtschaftsmodell, ihre „golden parachutes“ und ihre 401(k)-Pläne – Renten und Zusatzrenten.

Man sollte den Bogen nicht überspannen. Das Ende des amerikanischen Internets? Bleiben wir auf dem Teppich. Die Vereinigten Staaten werden der unangefochtene digitale Leader bleiben, und viele Kritiker der amerikanischen Spionage haben noch größere Angst, dass ihre Daten von den Chinesen oder den Iranern abgefangen werden könnten. Gleichwohl markieren diese Enthüllungen sehr wohl eine Wende und einen Schlüsselmoment in der noch jungen Geschichte des Internets. Zweifellos gibt es eine Zeit vor und nach Snowden, was sich auf die Zukunft des Webs nachhaltig auswirken wird. Für die USA bedeutet die Affäre das Ende der Unschuld. Überall sonst hat sie den Blick für die Risiken geschärft, die das massenhafte Datensammeln mit sich bringt. Für die Europäer schließlich kann sich die Affäre als nützlich erweisen, wenn sie als Gelegenheit verstanden wird, sich der Bedeutung eines europäischen Digitalsystems bewusst zu werden und sich neue Formen der Regulierung und Kontrolle auszudenken.

Wie weit ist es also her mit der „Balkanisierung“ des Internets? Wer sie schon seit Jahren will, sind Länder wie China oder Iran. Kurz vor seinem Tod hat der venezolanische Präsident Hugo Chávez gesagt: „Das Internet kann kein freier Raum sein, wo man alles tun und sagen kann. Nein! Jedes Land muss seine Regeln und Vorschriften durchsetzen können.“

An der emotionalen Macht dieser Basisbewegung, die politischen Nationalismus mit Wirtschaftspatriotismus kombiniert, ist nicht zu zweifeln. Der Aufbau digitaler Souveränität ist überall ein ernst zu nehmendes

Anliegen, das durch die Snowden-Affäre lediglich an Dringlichkeit gewonnen hat.

In Brasilien und Indonesien wollen die Regierungen jetzt den Riesen des US-Webs und den nationalen Websites die Speicherung der Daten „ihrer“ User im Inland oder den radikalen Schutz ihrer Privatsphäre zur Pflicht machen. Dort wird auch über Gesetze diskutiert, in Brasilien etwa über den „Marco Civil da Internet“. Selbst in manchen US-Staaten kommt diese Bewegung zum Tragen, in Kalifornien zum Beispiel, wo von „data relocation“ (Standortverlagerung von Daten) die Rede ist, wodurch Druck auf die amerikanische Bundesregierung entsteht. Manche sind der Ansicht, die „systematische Verschlüsselung“ der Netzinhalte sei die Lösung, um sowohl die Spionage durch die NSA zu umgehen als auch die chinesische Zensur (so kürzlich der Vorschlag des Google-Chefs, der jedoch erneut die Frage des Verbots unerlaubter Inhalte oder der Urheberrechtsverletzungen aufwirft, die im Falle des durchgängigen Einsatzes von Krypto-Verfahren im Netz unkontrollierbar zu werden drohen).

Ist das Internet letztlich also etwas, das aus Amerika über uns kommt? Nein: Es ist territorial, und man kann es in den Griff bekommen. Das Internet ist nicht kulturfeindlich; es wendet sich nicht gegen Sprachen oder Gebiete. Das Web ist durchaus kompatibel mit kultureller Vielfalt, mit der „kulturellen Ausnahme“. Das Internet ist keine „Röhre“, sondern ein Puzzle. Die Erde wird nicht „flach“, indem sie weiter wird – sie gewinnt an Tiefe: nicht horizontal, sondern vertikal. Das Internet sorgt nicht für Gleichmacherei; es feiert den Unterschied. Weil es nicht global ist, löscht es Identitäten nicht aus, sondern bringt sie zur Geltung. Unsere Gespräche sind territorial gebunden und werden es auch bleiben. Die Geografie ist wichtig; der Kontext entscheidet.

Weil sie dieses Internet, das auf uns zukommt, nicht verstehen wollen, lehnen die scharfen Kritiker es ab und sollten doch lieber darauf einwirken. Statt den Kopf in den Sand zu stecken und mit den Untergangsprophezen unterzugehen, sollte man sich lieber für die Welt öffnen und selbst zum Akteur werden, indem man handelt. Das Internet ist kein neutrales Phänomen: Es ist an sich weder gut noch schlecht. Es ist immer nur das, was wir – aktiv oder passiv angesichts der Technologie – gemeinsam daraus machen.

Frédéric Martel ist ein französischer Wissenschaftler und Autor. Er moderiert die Sendung „Soft Power“ auf France Culture und hat mehrere Bücher publiziert. 2011 erschien sein Buch „Mainstream. Wie funktioniert, was allen gefällt“ (liegt in zehn Sprachen vor, deutsche Ausgabe Knaus Verlag, München 2011) über die weltweite Schlacht um Kultur und Medien. Ende April erscheint sein neues Buch „Smart, Enquête sur les internets“ (Éditions Stock), eine lang angelegte Feldforschung über das Internet, durchgeführt in rund fünfzig Ländern. Der vorliegende Text greift einige Gedanken des Buches auf.

Eine kosmopolitische Vision für die Zukunft Aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien, Brasilien oder Südkorea haben das Potenzial der Kultur in den Außenbeziehungen verstanden. Sie verstärken die kulturelle Komponente ihrer Public Diplomacy in der Erwartung, so ihren Ruf als dynamische, attraktive, selbstbewusste und vertrauenswürdige Nationen zu fördern. Worauf kommt es aber für den „alten“ Kontinent Europa im Zeitalter der neuen globalen Akteure an? *Von Isabelle Schwarz*



Das Konzept der „Soft Power“ des Harvard-Politikwissenschaftlers Joseph S. Nye wird durch die inzwischen allgegenwärtige Globalisierung und den Auftritt neuer Global Player immer komplexer und wichtiger: „Die Fähigkeit durch Attraktivität und Einbeziehung zu überzeugen und nicht durch Zwangsausübung“. Wenn Europa in der Welt weiterhin eine relevante Rolle spielen will, statt die Vorstellung eines „zum Zwerg werdenden Kontinents“ eine konfrontierende Realität werden zu lassen, dann muss es seine wichtigsten Vorzüge viel strategischer und effektiver nutzen. Im Hinblick auf Europas Beziehungen mit anderen Kontinenten heißen diese grundlegenden und entscheidenden Vorzüge Kultur und kulturelle Vielfalt. Die EU ist sensibler geworden für das Potenzi-

al der Kultur beim Aufbau internationaler Beziehungen und hat neue politische Rahmenbedingungen mit den dazugehörigen Instrumenten und Ressourcen geschaffen.

Damit Europa aber zu einer wirklich „intelligenten“ Macht wird und sich die Kapazitäten der Kultur voll und ganz entfalten können, braucht es einen visionäreren, mutigen, in sich stimmigen und nachhaltigen Zugang zu den auswärtigen Kulturbeziehungen. Auf nationaler Ebene heißt das: Offizielle Repräsentanten müssen sich hinter Europa stellen und dürfen sich nicht von Provinzialisismus und Populismus gefangen nehmen lassen.

Ein kurzer Rückblick zum Kontext der Europa-Politik: Mit der Verabschiedung der Europäischen Kulturagenda im Jahr 2007 entstand ein neues institutionelles Rahmenwerk für die Rolle der Kultur in den EU-Außenbeziehungen. Darin wird Kultur als strategischer Faktor der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet und nicht einfach nur als Vehikel, um einzelne kulturelle Veranstaltungen und Projekte zu präsentieren. Durch die Verabschiedung des UNESCO-Übereinkommens von 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen durch die EU und die meisten ihrer Mitgliedstaaten wird dieser neue Zugang zur Kultur unterstützt.

Darüber hinaus schreibt Artikel 167 des Vertrags von Lissabon vor, dass die EU und

ihre Mitgliedstaaten „die Kooperation mit Drittländern und kompetenten internationalen Organisationen im Kulturbereich fördern sollen“. In dem Bemühen, die Außenpolitik der EU besser zu koordinieren und konsequenter zu gestalten, begründete der Vertrag 2009 den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), welcher der Kultur in dreifacher Weise verpflichtet ist: Kultur soll in das strategische Denken und Handeln integriert werden, die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von 2008 zur Förderung der kulturellen Vielfalt und des kulturellen Dialogs sollen umgesetzt sowie die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zu den kulturellen Aspekten der EU-Außenpolitik (Beschluss von 2011) reflektiert werden, um dann so gut wie möglich nach diesen Vorgaben zu handeln.

Damit die EU aber auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturbeziehungen effektiv agieren kann, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein: Strukturelle Kapazitäten müssen im Rahmen des EAD geschaffen werden; die Koordination zwischen dem EAD und den einzelnen Diensten der Europäischen Kommission wie auch zwischen dem EAD, der Kommission und den Kultur- und Außenministerien der Mitgliedstaaten muss gesichert sein; innerhalb des EAD und den EU-Delegationen weltweit müssen kulturelle Kontaktstellen eingerichtet, Diplomaten und Personal fortgebildet, thematische und geografische Prioritäten geklärt und effektive Kanäle für den Dialog mit der Zivilgesellschaft eingerichtet werden. All dies ist mit Herausforderungen verbunden, aber wenn die EU mit anderen Kulturen der Welt sinnvoll interagieren und auf der globalen Bühne ein glaubwürdiger Partner bleiben will, lohnt sich diese Investition.

Aufstrebende Wirtschaftsmächte wie Indien, Brasilien oder Südkorea haben – wenn-

gleich ihre staatlichen Budgets immer noch verhältnismäßig bescheiden sind – das Potenzial der Kultur und den Wert der Soft Power verstanden. Sie verstärken die kulturelle Komponente ihrer Public Diplomacy in der Erwartung, so ihren Ruf als dynamische, attraktive, selbstbewusste und vertrauenswürdige Nationen zu fördern. Celso Lafer, ein ehemaliger brasilianischer Außenminister, sagte in der „New York Times“ vom 27. März 2012: „Kulturelle Dynamik, finanzielle Stabilität, der Prozess sozialer Einbindung – dies erlaubt die wirksame Ausübung von Soft Power über die brasilianische Kultur, sie ist ein Weg, unsere Gesellschaft bekannter und für andere leichter verständlich zu machen.“

Präzedenzfall China

China – einer der strategischen Partner der EU – spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. 2007 begann das Land, massiv in die Infrastruktur der Soft Power zu investieren. Beispiele dafür sind der staatliche Fernsehsender CCTV International, Kultur- und Sprachzentren sowie die Konfuzius-Institute, die überall auf der Welt wie Pilze aus dem Boden schießen.

Obwohl das Land von einem autoritären Regime geführt wird und nicht demokratisch ist – hier stellt sich die Frage, was die EU eigentlich unter einer strategischen Partnerschaft versteht und mit wem sie eine solche unterhält –, wäre es offensichtlich kein intelligenter Schritt, wenn die EU ihre Beziehungen mit China, einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt und der in naher Zukunft wichtigste Handelspartner der EU, verschlechtern würde.

China ist somit ein Präzedenzfall für die EU. Um Annäherung und Austausch zwi-

schen Zivilgesellschaften auf den Gebieten Kultur, Bildung und Jugend zu fördern, begründete der EU-China-Gipfel vom Februar 2012 den „High Level People to People Dialogue“. Damit ergänzte er den „High Level Economic and Trade Dialogue“ von 2009 und den „High Level Strategic Dialogue“ von 2010, um die politische Kommunikation über bilaterale wie globale Themen zu verbessern.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission eine Expertengruppe für Kultur und auswärtige Beziehungen gebildet, die den Auftrag hatte, ein strategisches Rahmenwerk für die zukünftigen Kulturbeziehungen zwischen der EU und China vorzuschlagen. Aber egal welche konkreten Schritte unternommen werden, um den Empfehlungen der Experten Taten folgen zu lassen – klar ist: Man muss über den Begriff „strategisch“ auch im Hinblick auf das Ansinnen der EU nachdenken, eine „normative Macht“ zu sein, die auch durch ihre Erweiterung Transformationsprozesse in ihrem Sinne unterstützt und universale Werte wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit fördert. Dies gilt genauso für die Beziehung der EU mit Russland, einem anderen ihrer strategischen Partner.

Durch den „Arabischen Frühling“ sah sich Europa gezwungen, den bislang pragmatischen Ansatz, im Sinne der Stabilitätsicherung gute Beziehungen mit Diktatoren in der Region zu pflegen, nun neu zu überdenken.

Die EU setzt sich jetzt dafür ein, demokratische Transformationsprozesse im post-revolutionären Nordafrika nach dem Prinzip „more for more“ zu unterstützen: Je weiter der demokratische Transformationsprozess fortgeschritten ist, desto höher ist die Unterstützung. Trotzdem herrscht

zwischen Europas ehrgeiziger Haltung zur Demokratie und der Art, wie es die Lehren aus den arabischen Revolutionen für seine anderen Beziehungen anwendet, insbesondere für seine „strategischen Partnerschaften“ mit nicht demokratischen Ländern, eine Diskrepanz. Diese schwächt in den Augen vieler Akteure die Position Europas und gefährdet letztendlich seine Anerkennung und Wertschätzung als Global Player.

Wenn die EU wirklich eine wertorientierte Strategie für die auswärtigen Beziehungen entwickeln will, muss sie ihren normativen Ansatz auch auf ihre strategischen Partnerschaften anwenden, indem sie diese auch über Freiheit und Demokratie definiert. Die Kultur ist für die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen dabei unverzichtbar. Einen sinnvollen, ausgewogenen und wahrhaft bilateralen beziehungsweise multilateralen kulturellen Austausch kann es aber nur zwischen Ländern geben, die demokratische Werte teilen, die Bedeutung offener Gesellschaften anerkennen und einen echten Dialog mit der Zivilgesellschaft führen.

Abhängig von der jeweiligen Geschichte, politischen Führung und Kultur gibt es zwischen einzelnen Weltregionen und von Land zu Land sehr unterschiedliche Erwartungen an den europäischen Kulturaustausch und an kulturelle Initiativen. Diese sind so unterschiedlich wie unsere Beziehungen mit den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien und China), den MIKT-Ländern (Mexiko, Indonesien, Südkorea und Türkei) oder auch der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika); so unterschiedlich wie unsere jeweiligen Ambitionen und Prioritäten in der Kultur. Je nachdem, ob wir über den kulturellen Austausch der Künstler sprechen, über die Kulturdiplomatie der Regierungen oder über die private Unterstützung gemein-

schaftlicher Kulturprojekte mit Drittländern, sind unterschiedliche Strategien und Herangehensweisen an Austausch und internationale Kulturbeziehungen im Spiel.

In einer immer komplexer werdenden globalen Landschaft mit sich neu bildenden Einflusszentren müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihr kulturelles Engagement in den verschiedenen Weltregionen neu ausrichten und akzeptieren, dass herkömmliche Hierarchien, Privilegien und Präferenzen infrage gestellt werden. In arabischen Ländern zum Beispiel muss sich Europa in puncto Einflussnahme dem harten Wettbewerb mit anderen „Soft Powers“ von Ländern wie Brasilien, China oder Australien stellen.

Damit es seinen Platz und sein Image in der Liga der Global Player – das bereits durch politische, wirtschaftliche und soziale Krisen stark in Mitleidenschaft gezogen ist – behaupten kann, aber auch, um mit regionalen und globalen Herausforderungen umgehen zu können, muss Europa neue Allianzen bilden, seine strategischen territorialen und institutionellen Partnerschaften neu überdenken, in einigen Fällen wiederbeleben sowie effektiv mit regionalen Organisationen wie der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union zusammenarbeiten. Die laufenden Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen sind in dieser Hinsicht vielversprechend. Es wird sich noch zeigen, welcher Stellenwert der Kultur im Rahmen dieser Verhandlungen eingeräumt wird.

Die Globalisierung hat die Kultur stark beeinflusst. Es haben sich neue Anziehungspunkte und Machtzentren gebildet, neue Märkte, Netzwerke, Künstlerkreise und Herangehensweisen. Sie alle inspirieren zu neuen Wegen für Austausch und internationale Zusammenarbeit. Akteure des Kulturlebens haben mehr Kapazitäten und ein dringen-

deres Bedürfnis, ihr Engagement für den internationalen Kulturaustausch zu intensivieren. Die praktische Umsetzung dieses Bestrebens in konkrete, transnationale, in viele Richtungen ausstrahlende Kulturprojekte muss erleichtert und gefördert werden.

Der Kulturwissenschaftler Yudhishtir Raj Isar meint: „Kulturelle Interaktionen sind unverzichtbar für die Gestaltung einer komplexen kulturellen Polyphonie, die unsere vernetzte und verflochtene Welt so dringend benötigt“. Die Phantasie der Künstler, die kreativen Köpfe kultureller Akteure und die Energie von Zivilgesellschaften auf der ganzen Welt werden nicht ausreichen, um das gesamte Potenzial von Kunst und Kultur in den internationalen Beziehungen freizusetzen.

Es braucht intelligente Formen auswärtiger Kulturpolitik, um die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, damit ein solcher Dialog und Austausch offen und effektiv stattfinden kann. Traditionelle Formen der Kulturdiplomatie sind weder im Einklang mit interkultureller und interdisziplinärer künstlerischer Praxis noch mit den Bedürfnissen von Künstlern oder den für die auswärtigen Kulturbeziehungen verantwortlichen Akteuren.

Die nationalen Kulturträger und Kulturministerien der Mitgliedstaaten zum Beispiel beschränken ihre Verantwortung für den internationalen Kulturaustausch darauf, ein schönes Kulturprogramm zu organisieren, das mit offiziellen Besuchen ausländischer Staats- und Wirtschaftsdelegationen kombiniert wird. Einen echten interkulturellen Dialog zu führen, zusammenzuarbeiten und gemeinsam etwas Neues zu schaffen, ist mit viel Angst, Unsicherheit und Unbeholfenheit verbunden. Um dies zu verändern, sind auf allen Ebenen neue Herangehensweisen und Instrumente nö-

tig, um so eine inspirierende und wahrhaft kosmopolitische kulturelle Vision für die Zukunft zu entwickeln.

Was ist in diesem Zusammenhang das Alleinstellungsmerkmal von EUNIC, dem Netzwerk europäischer Kulturinstitute? Welche Formen europäischer auswärtiger Kulturbeziehungen sind sinnvoll und leisten einen wertvollen Beitrag zu dem, was die einzelnen EU-Mitgliedstaaten bereits tun?

Eine Mischung unterschiedlicher Komponenten macht EUNIC einzigartig: Es ist das einzige europäische Netzwerk von Kulturinstitutionen – Organisationen, die geschaffen worden sind, um „nationale Kulturen“ und Interessen im Ausland zu vertreten – das auf der ganzen Welt aktiv ist; aufgrund seiner Mitglieder, die in 150 Ländern mit über 2.000 Zweigstellen und mehr als 25.000 Mitarbeitern arbeiten, erreicht es außergewöhnlich viele Menschen; die Mitglieder des Netzwerks haben eine intensive und langjährige Erfahrung in internationaler Kulturdiplomatie, umfassendes Wissen über länderspezifische politische und kulturelle Zusammenhänge, Verbindungen zu lokalen kulturellen Szenen und ein Gespür für kulturelle Trends, Zugang zu Zivilgesellschaften und unabhängigen Künstlern. Dies sind alles wertvolle Vorzüge – sowohl für die kulturelle Kooperation und die Politikgestaltung auf europäischer

„Durch den ‚Arabischen Frühling‘ sah sich Europa gezwungen, den bislang pragmatischen Ansatz, im Sinne der Stabilitätssicherung gute Beziehungen mit Diktatoren in der Region zu pflegen, nun neu zu überdenken.“

Ebene als auch für die internationalen Kulturbeziehungen.

Keine gemeinsame Vision

Meiner Meinung nach fehlen jedoch noch eine gemeinsame Vision und kreative Vorstellung davon, was dieses Netzwerk leisten kann. EUNIC arbeitet bereits mehr oder weniger erfolgreich in Clustern und entwickelt gemeinsame Projekte, ist aber noch nicht in der Lage, den Mitgliedern die Angst zu nehmen, sie könnten ihre Souveränität, Sichtbarkeit und sogar Identität verlieren, wenn sie sich voll und ganz zu einem europäischen Denken bekennen und sich für europäische Politik und Praxis starkmachen. Jeder kann den Weckruf hören. Wenn EUNIC nicht aus seinen schönen Tagträumen erwacht, verpasst es seine große Chance, die angestrebte Führungsrolle zu übernehmen.

EUNIC sollte es darum gehen, dass Europa vorankommt, dass eine Strategie für ein konsequentes, einfallreiches, wirksames und nachhaltiges internationales kulturelles Engagement entwickelt und umgesetzt wird. Der Auftrag kann sich nicht darin erschöpfen, gemeinsame Projekte zu koordinieren, ökonomisch zu denken und penetrantes (um nicht zu sagen „aggressives“) europäisches Fundraising zu betreiben, um einen Ausgleich zu den schwindenden Ressourcen auf nationaler Ebene zu schaffen.

Dieses Netzwerk sollte sich vorwärts bewegen, eine eigene Agenda verfolgen sowie Wissen, Netzwerke und Ressourcen austauschen, um die internationalen Beziehungen aktiver zu beeinflussen – gemäß dem Leitmotiv: „eine Kultur des Teilens als Strategie zur Einflussnahme“. EUNIC sollte gemeinsam europäische politische, kulturelle, bildungsorientierte, institutionelle Themen

besprechen und mutig angehen.

Als europäische Organisation könnte es beispielsweise den unabhängigen Stimmen in den Gastländern viel stärker beistehen, um international noch mehr wahrgenommen zu werden und Demokratisierungsprozesse zu unterstützen – durch fachkundiges Eingreifen an den Schnittstellen von Kultur und Politik.

EUNIC arbeitet bereits in vielen Ländern mit unterschiedlichen privaten und öffentlichen Partnern in verschiedenen Formaten zusammen. Jetzt sollte es noch einen Schritt weiter gehen und ein Exempel statuieren, wie Europa in der Welt konsequent agieren kann.

Dazu gehört, aufmerksam den Ansichten und Erwartungen lokaler Communities zuzuhören, mit politischer und kultureller Sensibilität auf länder- und regionenspezifische Kontexte und Bedürfnisse zu reagieren, über offizielle Kreise hinaus nachhaltige Verbindungen zwischen Fachleuten herzustellen, neue Ideen für Austausch und internationale Zusammenarbeit zu entwickeln und die hybriden Komponenten innerhalb der eigenen Kulturen zu schätzen statt traditionelle kulturelle Bilder und Ausdrucksformen zu „exportieren“.

Darüber hinaus ist es wichtig, in transnationale künstlerische Entdeckungen und Experimente zu investieren, langfristige kreative Prozesse zu unterstützen sowie konsequent ehrlich für Europa Partei zu ergreifen – und damit eine Verbindung zwischen Praxis und Politik zu schaffen. So könnte EUNIC eine inspirierende Plattform werden, die international ein neues Ethos des Teilens und eines wechselseitigen Gebens und Nehmens einführt.

Die größten Hindernisse bei der Verwirk-

lichung dieser Vision liegen in der Struktur seiner Mitglieder, der Organisation der auswärtigen Kulturpolitik der EU-Staaten insgesamt sowie in dem Mangel an Entschlossenheit und Begeisterung.

Eine gemeinsame Agenda festzulegen, stellt deshalb eine große Herausforderung dar. Ruth Ur, die Leiterin des Bereichs Kunst und Entwicklung des British Council, stellte im Rahmen der Debatte um „More Europe“ fest: „EUNIC muss immer noch beweisen, dass es mehr ist als die Summe einzelner europäischer Aktionen.“

Wenn EUNIC zu dieser genuin europäischen Plattform für die EU-Außenbeziehungen werden will, braucht es neue Formen von Governance und Führung, Pilotprojekte, um Ideen zu testen, größere Kapazitäten und Ressourcen. Zum jetzigen Zeitpunkt, da die EU mit Entbehrungen zu kämpfen hat und Budgets gestrichen werden, ist ein so weitreichender Ansatz eher unwahrscheinlich. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die globale Machtverschiebung auf die Hervorbringung, Verteilung und Rezeption von Kultur ausgewirkt und eine neue und faszinierende kulturelle Landschaft geschaffen hat. Gleichwohl hat dies noch nicht zu einem größeren Gleich-

„In einer komplexer werdenden globalen Landschaft mit neuen Einflusszentren müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ihr kulturelles Engagement in den verschiedenen Weltregionen neu ausrichten und akzeptieren, dass herkömmliche Hierarchien und Präferenzen infrage gestellt werden.“

gewicht in kulturellen Austauschprozessen oder zu einer mit besseren Ressourcen ausgestatteten transnationalen und multilateralen kulturellen Kooperation geführt.

In Anbetracht dieser Situation kann sich Europa nicht einfach zurücklehnen – nach innen schauen – und darauf warten, dass andere das Ruder übernehmen. Wir müssen uns selbst in den Spiegeln betrachten, die uns andere Regionen vorhalten. Wir müssen auf die Stimmen außerhalb Europas hören, uns Gedanken machen und konsequent und entschieden als Europäer handeln.

Für uns alle ist dies eine Zeit der Herausforderungen – für die EU, für EUNIC, für Netzwerke und an internationalem Austausch beteiligte Akteure der Zivilgesellschaft. Alle sind sich dessen bewusst, dass sie in einer multipolaren Welt ihre eigene unverkennbare Rolle finden sowie neue Partner und Ressourcen auf tun müssen, um Gewicht zu haben.

Vor allem aber brauchen wir eine gemeinsame Vorstellung davon, für welches Ziel und welchen gewünschten Effekt Europa mit anderen Kontinenten auf der kulturellen Ebene interagieren will. Eine strategisch angelegte europäische Außenkulturpolitik wird alle diese Partner mit ins Boot holen und nationale Bestrebungen mit europäischen Notwendigkeiten versöhnen müssen – ebenso wie Interessen der Public Policy mit der zivilgesellschaftlichen Praxis. Das Prinzip „Machtverteilung als Strategie der Einflussnahme“ wäre ein intelligenter Weg für die Zukunft. Denn so weiß man das Wissen und die Erfahrungen, die jeder einzelne Partner mitbringt, zu schätzen und respektiert gleichzeitig die Unabhängigkeit des Kultursektors und der Zivilgesellschaft.

Isabelle Schwarz ist Leiterin Forschung und Entwicklung bei der European Cultural Foundation (ECF) in Amsterdam, Europas einziger unabhängiger pan-europäischer Kulturstiftung. Vorher arbeitete sie für die Weltkommission über Kultur und Entwicklung (UN/UNESCO) aus der der Bericht „Unsere kreative Vielfalt“ resultierte (1995). Weitere berufliche Stationen: Europarat, Französisches Kulturministerium sowie verschiedene NGO in Brüssel, London, Paris und Kopenhagen. Ihre speziellen Interessen liegen im Themenzusammenhang internationale Kulturbeziehungen und Kooperation sowie Entwicklung der EU-Kulturpolitik.



Kapitel 2: **Botschaften aus der Welt – Erwartungen an die europäische auswärtige Kulturpolitik**

Die geopolitische Lage im neuen Jahrtausend erfordert eine Neubelebung der kulturellen Diplomatie. Ob Afrika, Amerika, die arabische Welt oder Asien: Während jahrhundertalte Handelsrouten und Kommunikationswege neu ausgerichtet werden, bietet die Kultur eine Möglichkeit für Europa, einen „New Deal“ mit der Welt einzugehen. Die Situation in Europas Nachbarregion Nordafrika und Nahost erfordert eine historische Reaktion des alten Kontinents. In Afrika ist ein Neustart in den Beziehungen nötig, um mehr Vertrauen zu schaffen. Der Dialog mit Lateinamerika muss sich mit dem Klimawandel auseinandersetzen, mit Bodenerosionen, mit der Wasserverschmutzung, mit der Überfischung. Die Globalisierung hat dem Thema Demokratie einen neuen Kontext gegeben, sie ist nicht nur für Asien neu zu verhandeln. Fest steht: Ob Klima, Krisen, Rechtsstaat oder Entwicklung – Europa hat Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit und sollte weltweit mehr in Kulturbeziehungen investieren. Welche außenkulturpolitischen Initiativen braucht der Kontinent und welche Erwartungen gibt es hierzu weltweit? Wie wird Europa in der Welt gesehen und wie kann seine Kultur in der Außenpolitik eine Rolle spielen? Und: Welche Vorteile bringt eine gemeinsame europäische Außenkulturpolitik?

Energie und Frieden Neben dem möglichen Scheitern des Euro ist die größte Angst in Europa die vor einer zunehmenden Islamisierung. Durch diese Brille betrachtet, hat sich der Arabische Frühling von 2011 längst in einen Herbst oder Winter verwandelt. Was tun? Der Autor plädiert für eine neue Vision von Europa rund ums Mittelmeer. So könnten Alternativen für Energieversorgung und Finanzmärkte entstehen, die EU könnte sich aber auch als Friedensstifterin in Nahost etablieren. *Von Claus Leggewie*



und Syriens Baschar al-Assad (seit 2000) sind ebenfalls gezählt.

Dass seit den ersten (halb) freien Wahlen nun im Maghreb und Maschrek mehrheitlich der politische Islam repräsentiert ist, ändert ja nichts an ihrem Wert. Und es wäre fatal, würde sich Europa aus Sorge um die Stabilität und Sicherheit im Mittleren Osten nunmehr der saudischen Monarchie an den Hals werfen oder ließe es die ägyptische Militärführung gewähren, wenn diese gegenüber den Moslembrüdern die algerische Karte zöge, die des Verbots und der erneuten Verfolgung des politischen Islam.

Die europäische Politik hat kein Verhältniß gefunden zu dem von ihr kaum erwarteten politischen Wandel in Nordafrika und im Nahen Osten, der größten globalen Umwälzung seit dem Fall der Mauer 1989. Auch wenn die Jasmin-Revolution (so wurde der Aufstand in Tunesien getauft, dessen nationales Symbol die Jasminblume darstellt) nicht die von Optimisten erhofften Ergebnisse gebracht hat, ist die Demokratisierung der Region unaufhaltsam. Binnen Kurzem sind drei Machthaber von der Bildfläche verschwunden, die im In- und Ausland als unüberwindbar bis zu ihrem natürlichen Tod galten: Muammar al-Gaddafi nach 42 Jahren an der Macht, Hosni Mubarak nach 30 Jahren im Präsidentenamt, Zine el-Abidine Ben Ali nach 24 Jahren – die Tage von Jemens Ali Abdullah Salih (seit 1978)

Die Initialzündung der arabischen Revolution im Januar 2011 war der Aufstand in Tunesien, das seit Jahrzehnten von dem kleptokratischen Regime der Familie Ben Ali regiert wurde. Auslöser dort war die Selbstverbrennung von Mohamed Bou-azizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid, 250 Kilometer südlich der Hauptstadt – ein marginaler Winkel in Tunesien wie in der arabisch-islamischen Welt. Bouazizi ernährte seine Familie als Gemüsehändler, sein Marktstand wurde wegen einer angeblich fehlenden Genehmigung beschlagnahmt, seine Beschwerde bei der Stadtverwaltung fruchtete nicht. Nachdem der Händler auf einer Polizeiwache misshandelt worden war, zündete er sich an und erlag am 4. Januar 2011 in einem Krankenhaus seinen Verletzungen. Dieser Verzweiflungsakt des Opfers – ein altru-

Mittelmeer

Botschaften aus der Welt

istischer Selbstmord (so ist er wohl gemäß dem französischen Soziologen und Ethnologen Émile Durkheim zu bezeichnen), der, anders als Selbstmordattentate, niemanden sonst in Mitleidenschaft zieht – wird in Erinnerung bleiben, nicht allein wegen des jugendlichen Alters Bouazizis (26 Jahre) oder des scheinbar trivialen Anlasses (Behördenwillkür und missbräuchliche Polizeigewalt). Ein mediales Lauffeuer hatte dieses Fanal via Fernsehen, YouTube und Twitter in den Rest der Welt getragen, weil es die Geschichte des arabischen Aufstands wie in einer Nusschale präsentiert. Es bedurfte nur eines kleinen Funkens am Pulverfass. Im Kern ging es nicht um Religion und Stammesehre, sondern um Würde und Freiheit – und Arbeit.

Was ist von diesen hoffnungsvollen Anfängen geblieben? Viele Beobachter starren jetzt auf die Wahlerfolge der Islamisten, sind fassungslos angesichts der Nachrichten und Bilder aus dem grauenhaften Bürgerkrieg in Syrien. Doch hat der Arabische Frühling sehr unterschiedliche Blüten getrieben:

- moderaten Reformkurs der marokkanischen und jordanischen Königshäuser von Mohamed VI. und Abdullah II., die vorsichtige Verfassungsreformen von oben eingeleitet haben und eine moderate islamische Opposition tolerieren beziehungsweise integrieren;
- eine beängstigende Friedhofsruhe in Algerien, von wo nur vereinzelte, oft auto-destruktive Proteste gemeldet wurden;
- eine halbwegs gelungene Transformation in Tunesien, wo sich ein säkularer Präsident und ein islamistischer Regierungschef die Macht teilen und eine säkulare Verfassung verabschiedet worden ist;
- einen nach dem bewaffneten Aufstand gegen den Alleinherrscher Gaddafi zunächst am Rande des Scheiterns ste-

henden Staat in Libyen, wo dann aber in regulären Wahlen eine eher liberale islamische Partei die Oberhand gewonnen hat;

- den Überlebenskampf des ägyptischen Militärregimes, das die von den Muslimbrüdern gewonnenen Parlamentswahlen annulliert hat, gegen andrängende Islamisten unterschiedlicher Radikalität;
- die Proteste unterschiedlicher Intensität in den Golfstaaten, deren Fürsten erst einmal nicht bedroht scheinen;
- einen prekären Schwebzustand im Libanon und
- die mörderischen, nun schon viele Monate währenden und immer noch andauernden Bürgerkriege im Jemen und in Syrien.

Das Spektrum umfasst wie im Lehrbuch sämtliche Varianten des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie: Selbstaufklärung der Machthaber (Marokko), Machtteilungen zwischen alten und neuen Eliten (Ägypten), weitgehende Auswechslung des politischen Führungspersonals (Libyen, Tunesien); ethnisch-religiöser Bürgerkrieg (Syrien), militärische oder polizeiliche Intervention von außen (Libyen, Bahrain).

Die MENA-Region (Nahost und Nordafrika) als Ganze ist ohnehin eine geopolitische Fiktion in der Tradition des europäischen Orientalismus (und analog zur Residualkategorie Ostmitteleuropa im Transformationsprozess nach 1990). Zu unterschiedlich sind die Sozialstrukturen zwischen Marokko und dem Golf, zu groß das Wohlstands- und Entwicklungsgefälle, zu divers auch die religiösen Grundlagen, nicht nur mit Blick auf Sunniten und Schiiten, sondern auch mit Blick auf die jeweiligen Regimetypen und den Grad der Säkularisierung.

Es sollte allerdings stärker ins Bewusstsein treten, dass die blutige Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten eine der Hauptquellen der Instabilität des Mittleren Ostens ist und dass sich die europäische und amerikanische Aussenpolitik ihre indirekte Involviertheit besser vergegenwärtigen sollten.

Was die Region verbindet, ist zum einen die Imprägnierung durch die islamische Tradition (daher die populäre Losung: „Der Islam ist die Lösung!“), zum anderen eine starke, von vielen Proponenten dieser Losung aus der Religion abgeleitete Trennung der Geschlechter und Homophobie, die sich im Alltag und in der Arbeitswelt niederschlagen. Ferner charakterisiert die Region ein – trotz des sagenhaften Erdölreichtums einiger Staaten – generell niedriges humanes Entwicklungsniveau und eine Vorherrschaft autoritär-patriarchaler Regime. Das Gelingen der Transformation ist keineswegs gesichert, aber die Demokratiebewegung ist nicht tot, zivilgesellschaftliche Kräfte haben sich fast überall etabliert, ohne freilich die autokratischen Strukturen abschütteln und die radikalislamistischen Kräfte domestizieren zu können. Und sie rühren sich, wie die Demonstrationen in Tunis und Kairo im Sommer 2012 gezeigt haben. Eine Rückkehr der Pharaonen (wie Mubarak genannt wurde) oder Kleptokraten (wie Ben Ali mit seiner Familie einer war) scheint insgesamt ebenso ausgeschlossen wie eine Säkularisierung und Liberalisierung nach westlichem Muster.

Hatte sich vor 2010 bereits das Dogma des „arabischen Autoritarismus“ verfestigt, so haben die soziale Mobilisierung und der politische Wandel seither bereits die grundsätzliche Vereinbarkeit der arabischen Gesellschaften mit bürgerlichen und politischen Freiheiten, auch mit der politischen Partizipation von Frauen, unter Beweis gestellt. Der Elitenwandel hat bereits auf breiter Front

stattgefunden, die Zivilität der arabischen Gesellschaften, auch mit Blick auf die Ansprüche einer unabhängigen Justiz und Rechtspflege sowie Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, ist deutlich gestiegen.

Islamische Formen der Demokratie

Dass sich die von den urbanen Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten artikulierten Vorstellungen nicht in entsprechende Wahlerfolge von politischen Strömungen übersetzt haben, die weder den alten Regimen entwachsen sind noch dem Lager der Islamisten zugerechnet werden wollen, mag diese selbst und viele Beobachter im Westen frustrieren. Doch verlief der politische Übergang nach der „Samtenen Revolution“ in Ostmitteleuropa kaum anders, nämlich häufig als eine Teilung der Macht zwischen gewendeten Postkommunisten und einem oft ebenso religiös und ethnonationalistisch geprägten Oppositionsmilieu, während die Bürgerrechtsbewegung sich zersplitterte und in der breiten Masse keine nachhaltige Unterstützung gewinnen konnte. Auch in stabilisierten Post-Autokratien hat es oft sehr lange gedauert oder wartet man bis heute (wie

„Es wäre fatal, würde sich Europa aus Sorge um die Stabilität im Mittleren Osten der saudischen Monarchie an den Hals werfen oder ließe es die ägyptische Militärführung gewähren, wenn diese gegenüber den Muslimbrüdern die algerische Karte zöge.“

in Rumänien und Bulgarien), dass sich diese dritte Kraft effektiv bündelt und in den Machtkampf eingreifen kann.

Wahrscheinlich werden sich speziell islamische Formen der Demokratie (wie unter anderen Vorzeichen in der Türkei) etablieren und halten, die den verbreiteten Unmut über westliche Lebensformen und Politikstile aufzufangen könnten, ohne dass sie die Durchdringung der Tradition mit eben diesem Okzident in allen Fugen der Gesellschaft übertünchen oder rückgängig machen könnten.

Die arabischen Aufstände und die Revolutionen, vor allem in Ägypten, haben erhebliche Auswirkungen auf die internationale Politik und die Sicherheits- und Entwicklungskonzepte der Europäischen Union. Bisher ging bei den ehemaligen Supermächten wie bei den Europäern Sicherheit stets vor Demokratie; Einfluss wurde im Wesentlichen über Waffenlieferungen ausgeübt. Die Post-Autokratien sind weniger berechenbar und kaum zu steuern, weder in Bezug auf die innere Regimestruktur noch mit Blick auf deren Verhalten im Nahostkonflikt.

Zu erwarten ist, dass gerade demokratisch stärker legitimierte und religiös ausgerichtete Regierungen dem Wunsch der „arabischen Straße“ nach einer deutlicheren Gegnerschaft mit Israel nachgeben werden.

Es wäre auch eine Illusion zu glauben, die gewohnte (und ja immer brüchige) innere Stabilität würde bald wieder einkehren. Angesichts des in den MENA-Ländern über Jahrzehnte hinweg innenpolitisch und ökonomisch angewachsenen Reformstaus dürfen Gewalteruptionen und -eskalationen niemanden wundern. Jeder globale Akteur, die ehemaligen Supermächte in der Mittelmeerregion eingeschlossen, steht hier vor enormen Problemen – es wäre wohlfeil, von der Europäischen Union ein Patentrezept zu erwarten.

Gleichwohl ließe sich aus der Überraschung durch die Arabellion und die Fehler des Krisenmanagements vieles lernen. Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) der EU kam im Jahr 2011 aber kaum zum Tragen; vielmehr herrschen bei den alten (Frankreich, Großbritannien) und neuen Führungsmächten (Deutschland) noch immer bedingte Reflexe vor, die sich aus alten Loyalitäten, Einflusszonen und mentalen Dispositionen speisen. Insofern hat Europa aus dem Jugoslawienkrieg wenig gelernt, denn auch da hatte die EU nicht mit einer Stimme gesprochen.

Als die Situation in Libyen, Syrien und am Golf eskalierte, gab es kein koordiniertes Entscheidungsinstrumentarium. Zudem hatte die EU nie einen „Plan B“ für die MENA-Region, weil ihre Diplomatie ebenso Stabilitäts- wie Normalitätsfixiert, also nicht in „unwahrscheinlichen“ Fällen und möglichen „worst cases“ denkt, sondern den Status quo fortzuschreiben geneigt ist. Daher die Verblüffung, dass es tatsächlich eine Zeit nach Mubarak oder Gaddafi geben könnte.

Dabei ist diese Diplomatie ganz auf sich selbst bezogen; „public diplomacy“ unter Einschluss der Zivilgesellschaften in der MENA-Region war ihr fremd und ist ihr bis heute unheimlich, wenn man, etwa im deutschen Fall, von den Aktivitäten der politischen Stiftungen, des Goethe-Instituts und einiger regierungsnaher Think Tanks wie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) absieht. Insgesamt ist die deutsche wie die europäische Südpolitik bis 2013 erstaunlich sprachlos und passiv geblieben. Weder koordinieren Kanzleramt und Auswärtiges Amt die deutsche Politik, noch gibt es eine europäische Abstimmung der nationalen Strategien. Unter der neuen Führung im Auswärtigen Amt gibt es eine Chance auf eine kohärentere und aktive Außenpolitik.

Dazu gehört, dass Agenden wie die nukleare Aufrüstung des Iran und der Israel-Palästina-Konflikt ohne große Rücksicht auf die neue Lage weiterdiskutiert und verhandelt werden. Dazu gehört auch, dass die spezielle Rolle der Türkei in der MENA-Region ausreichend reflektiert und klug genutzt wird. Denn es ist ja trotz der Schwierigkeiten der AK-Partei an der Macht nicht zu übersehen, wie die einstige osmanische Großmacht in der Region seit einiger Zeit wieder an Ansehen gewinnt und mit dem moderaten Islamismus als Rollenmodell für die Transformation der arabischen Regime infrage käme, während der iranische Einfluss (via Syrien und Hamas) eher schwindet und überdies die Frage offen ist, ob die Arabellion im Iran das Feuer noch einmal entfachen könnte, das 2009 mit der Niederschlagung der dortigen Demokratiebewegung brutal ausgetreten worden war.

Ohne diesen Umstand als „Facebook-Revolution“ überschätzen zu wollen, ist in der MENA-Region, nicht zuletzt durch die neuen Sozialmedien und TV-Sender wie „Al-Jazeera“ und „Al-Arabiya“, ein Kommunikationsraum entstanden, dessen Potenz trotz der relativ geringen Internet-Durchdringung und der staatlichen Kontrolle und Repression der Blogosphäre nicht zu vernachlässigen ist.

Zusammenfassend: Europa und die EU sind in der Region stärker gefragt, als sie sich bisher zu engagieren bereit gefunden haben. Dazu trägt der erwähnte Einflussverlust der Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation bei, auch die Zurückhaltung der Volksrepublik China, vor allem aber Europas geopolitische Nachbarschaft. Pauschalempfehlungen für die gesamte Region sind so wenig angebracht wie Patentrezepte, aber die genannten Defizite der diplomatischen Aktion müssten rasch behoben werden: in Richtung einer echten gemeinsamen Au-

ßen- und Sicherheitspolitik und eines besser abgestimmten Krisenmanagements – unter Einbindung der zivilgesellschaftlichen Strömungen.

Nur so können anti-islamische Kulturkampf-Bestrebungen, die direkt oder indirekt auf eine Rechristianisierung Europas hinauslaufen und in nationalpopulistischen Kreisen Gehör finden, konterkariert werden. Das Schreckgespenst „Eurabia“, das nicht nur einen Attentäter wie den Norweger Anders Breivik umgetrieben hat, kann zum einen durch intergouvernementale und ökonomische „Eurabia“-Pläne entzaubert werden, die im Wesentlichen um die Energieversorgung kreisen, vor allem aber durch säkulare Muster und Mittel der Kooperation, die um die Etablierung autonomer Zivilgesellschaften, die Sicherung von Menschenrechtsstandards und die Garantie von Bürgerrechten (wie der Meinungs- und Pressefreiheit) bemüht sind.

Rechtspopulistische Regierungsbeteiligungen stärken das erste Szenario, das zweite erwägt ein „Business as usual“ mit eventuell reformierten Regierungen, das letztgenannte verspricht die höchste Nachhaltigkeit einer Union demokratischer Mittelmeergesellschaften auf neuen Grundlagen und – auf Augenhöhe.

Dieses „Eurabien“ wird auf jeden Fall islamischer sein, indem es auch die Präsenz von mittlerweile Millionen muslimischer Einwanderer im Norden anerkennt und diese endlich, bei allen Friktionen, würdigt. Nicht zuletzt durch die transnationalen Diasporagemeinschaften sind die beiden Küsten politisch-kulturell näher gerückt. In diesem Prozess kann sich der Gegensatz zwischen säkularen beziehungsweise laizistischen Auffassungen und der politisierten Religion verstärken, welche den Islam, das Judentum und das Christentum nicht als private Formen der

Lebensführung einstuft, sondern als kategoriale Vorschrift für Gesellschaft und Politik.

Letzteres wird von Fall zu Fall missionarische Anstrengungen beinhalten, die jeweils Ungläubigen zum rechten Glauben zu bekehren. Am stärksten betreibt dies derzeit der von Saudi-Arabien (z. B. in Form von Moscheebauten und Koranschulen) geförderte wahhabitische Islam und die radikale Minderheit der Salafisten, die neuerdings verstärkt in der europäischen Diaspora rekrutieren. Bei ihnen ist die unversöhnliche Gegnerschaft zu westlichen Lebensweisen, auch die Feinderklärung an den demokratischen Verfassungsstaat, unverkennbar. Dies nimmt bisweilen „dschihadistische“ Formen an, eine aggressive Militanz gegen Ungläubige (Christen, Juden, Atheisten) und revitalisiert eine historische, im Mittelmeerraum seit dem 7. Jahrhundert immer wieder manifeste Opposition von Christentum und Islam.

Die spiegelbildliche Version davon ist die orientalistische These von der absoluten Unvereinbarkeit des Islam, dem „Kind der Wüste“, mit der von Rom (und Byzanz) ausgehenden christlichen Mittelmeerwelt. Die arabisch-islamische Expansion, so die berühmte, später noch vergrößerte These des belgischen Historikers Henri Pirenne, habe die kulturelle Einheit dieser Welt zerstört und ihre ökonomische Dynamik auf Jahrhunderte retardiert.

Statt diese Weggabelung zu einem „Clash of Civilizations“ hochzuspielen, sollte man die empirische Vielzahl der alltäglichen Kon-

„Europa und die EU sind in der Region stärker gefragt, als sie sich bisher zu engagieren bereit gefunden haben.“

takte, lebensweltlichen Überschneidungen und theologisch-intellektuellen Wechselwirkungen, auch die Synkretismen und Konversionen zwischen den monotheistischen Religionskulturen des Mittelmeerraums von der Spätantike bis zur frühen Neuzeit in Erinnerung rufen.

Intellektuelle Wechselwirkungen

Hier spielte vor allem das Judentum eine Mittlerrolle, und es kam, bei allen Konflikten und kriegerischen Eskalationen, zu Phasen spiritueller und alltagsweltlicher „Convivencia“, wie man die friedliche Koexistenz zwischen Juden, Christen und Muslimen in Spanien vor 1492 bezeichnet hat. Genauso wenig wie man diese romantisieren soll, ist es angebracht, die historisch stets vorhandene Spannung und die episodisch aufbrechende Exklusion heute für Kulturkampfansagen zu missbrauchen.

Insgesamt ist unverkennbar, dass ein großer Teil der jungen Aufständischen von 2011, auch wenn diese sich nicht an europäischer Politik orientiert haben, „die von Europa vertretenen, liberal-demokratischen Werte aber ganz selbstverständlich als die ihren betrachten und damit deren Universalität unterstreichen.“, so der deutsche Nahostexperte Volker Perthes. „In gewisser Weise hat Europa hier politische Unterstützung aus einer Region erhalten, aus der es sie zweifellos nicht erwartet hatte. Nicht nur deshalb muss das Interesse Europas an einem Erfolg demokratischer Transformationen im arabischen Raum ähnlich hoch sein wie vor zwanzig Jahren in Osteuropa.“

Gemessen werden letztlich auch die von Muslimbrüdern geführten Regierungen vor allem daran, ob sie der zum Beispiel in Tunesien und Ägypten über 50 Prozent be-



tragenden Jugendarbeitslosigkeit etwas entgegenzusetzen haben. Können sie Gesellschaften eine Zukunft bieten, in denen bis zu zwei Drittel der Bevölkerung unter 25 Jahre alt sind und von denen viele ambivalente, zwischen Attraktion und Abstoßung oszillierende Beziehungen in die Diaspora-Regionen Europas unterhalten? Es ist bereits abschbar, dass die anfängliche Begeisterung für den politischen Islam sich an dem Unvermögen abkühlt, hier rasch Abhilfe zu schaffen.

Midlife-Krise der EU

Die europäische Peripherie, die krisengeschüttelten Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten ebenso wie die im Umbruch befindlichen Gesellschaften Nordafrikas und des Mittleren Ostens stellen keine Bedrohung für die ökonomische Stabilität, die politische Sicherheit und die kulturelle Identität der Europäischen Union dar. Insolvenz, Islamismus, Illegale – das seit Jahren gezeichnete Zerrbild droht aber gerade zur selbsterfüllenden Prophezeiung zu werden, wenn, beginnend mit Griechenland, die Desintegration der Europäischen Union einsetzt und sich ein geschrumpftes Kern-europa gegen die arabische Transformation abschotten würde. Henri Pirenne würde sich die Augen reiben angesichts dessen, wie seine Ängste vor südlich-islamischer Dekadenz heute die Tagesordnung bestimmen.

In der europäischen Debatte wird zu viel Vergangenheit bewältigt. Ältere beklagen, dass die jüngere Generation nicht begreifen will, was Europa als Friedensprojekt nach 1945 bedeutete, Jüngere fragen, wie man Griechenland nur in den Euroraum hatte aufnehmen können. Nur wenn die Zukunft auch im Süden erkannt wird, lässt sich ein neues, über Kerneuropa hinausreichendes

Friedens- und Entwicklungsprojekt gestalten. Nur dann können die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion behoben werden, nur dann wird Europa als globaler Akteur in der G20-Welt wieder erkennbar und ernst genommen.

Die Krise des Südens, die eine Midlife-Krise der gesamten EU ist, muss zum Ausgangspunkt einer grundlegenden Reform werden, die Erweiterung und Vertiefung in einem euromediterranen Verbund betreibt. Dazu kann der starke Mythos des Mittelmeers genutzt und zugleich dekonstruiert werden, denn er eignet sich weder als Projektionsfläche spätkolonialer Vormundschaft noch als Verdichtung antiimperialer Resentiments.

Wie Südeuropäer ihre Volkswirtschaften und Staatshaushalte nachhaltiger ausrichten und Nordafrikaner zu einer glücklichen Synthese von Islam und Demokratie gelangen, dazu kann der Norden höchstens Ratschläge und Finanzhilfen beitragen, die Konzepte und Lösungen müssen aus eigenem Antrieb und eigener Kraft gefunden werden. Aber an die Stelle der fruchtlosen Alternative Totsparen (Fiskalpakt) versus Löcherstopfen (Wachstumspakt) können sinnvolle Anreize der Europäischen Union treten, die sich damit als politisches Subjekt im Mittelmeerraum zurückmeldet.

Die historischen Stärken des Mittelmeerraums lagen in einem Netzwerk lebendiger Städte, in der Flüssigkeit seiner Grenzen und in der hohen Dichte des Personen- und Warenverkehrs an seinen Küsten. Die Verlagerung der globalen Zentralachse in den nordwestlichen Atlantik und die spätere Container-Globalisierung haben die Méditerranée an den Rand gedrängt, sie zur Touristendestination für Sun, Sea & Sex degradiert und als globales Branding überleben lassen. (Als „mediterranean chic“ gelten bei

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im Wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet.“

*Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
Art 23 (1) (1949)*

der indischen Mittelklasse Interieurs aus Kalifornien.)

Doch ihre geistige und lebensweltliche Inspiration ist ungebrochen und lebendig genug für eine neue „Convivencia“ der Kulturen und Religionen, die durch harte Kulturkämpfe und blutige Purifikationsübungen in Vergessenheit geraten ist und der Lächerlichkeit preisgegeben wurde, obwohl ihr die wichtigsten Übersetzungsleistungen der europäischen und Weltkultur zu verdanken sind. Politisch zu einen, lehrt dieser Verlust, ist der mediterrane Raum zwischen Europa, Afrika und Asien nicht durch imperiale Hegemonie oder nationalstaatlichen Wettbewerb, sondern durch die Kooperation seiner urbanen Agglomerationen. Also nicht vornehmlich durch Ökonomie und Staatlichkeit, sondern durch neue kulturelle Übersetzungsleistungen und Wissensaustausch. Aber wer hat schon davon gehört, dass im

„Nur wenn die Zukunft auch im Süden erkannt wird, lässt sich ein neues, über Kerneuropa hinausreichendes Friedens- und Entwicklungsprojekt gestalten.“

slowenischen Piran und marokkanischen Fes euro-mediterrane Universitäten entstehen sollen?

Der Mittelmeerraum ist eine Region ohne Form, die Schwächen der euro-mediterranen Vergemeinschaftung nach 1945 lagen nicht nur im Bildungsbereich. Weder ein formeller Beitritt noch die gut gemeinte Kulturalisierung des Südens führen Türken und Griechen, Muslime und Juden, Israelis und Palästinenser (oder Zyprioten und Schweden) zusammen, sondern eine lockere Föderation, bei der die Form der Funktion folgt. Die Grundideen der von Nicolas Sarkozy initiierten, von Angela Merkel verwässerten und vom Rest Eurabiens ignorierten Mittelmeerunion waren ja nicht falsch: Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, euro-mediterrane Wissensgemeinschaft. Aber in der Realpolitik kaprizierte sich der reiche Norden auf Flüchtlingsabwehr, gerierte er sich als Kumpan der Mubaraks, Gaddafis und Ben Alis, nicht als Freund der Rebellen und Aufständischen, die nun zwischen den Gnomen des Ancien Régime und den Bruderschaften erdrückt zu werden drohen.

Der erste, bitte nicht an Goethe-Institut und Institut Français zu delegierende Akt der Wiedergutmachung ist die Unterstützung der couragierten Bürgerbewegungen rund ums Mittelmeer, der zweite eine Revision der repressiven Flüchtlingspolitik, an deren Stelle eine rationale Migrations- und Entwicklungspolitik zum gegenseitigen Nutzen treten muss.

Tritt man dann auch den Regierungen der Euroméditerranée respektvoll und auf Augenhöhe entgegen, lassen sich die „Körbe“ der Mittelmeerunion aufgreifen und die besagten zukunftssträchtigen Politikfelder bündeln: eine transmediterrane, bis nach Afrika südlich der Sahara ausstrahlende En-

ergieunion, eine Schutz und Nutzung klug verbindende Meeres-Governance, eine faire Arbeitsteilung vor allem in der landwirtschaftlichen Produktion, die Umstellung auf sanften Tourismus und – unverzichtbar: interkulturelles Lernen – die Bibliotheken und Blogs sind voll von Traditionen und Visionen.

Das sind Ansätze konkreter Utopien für eine europäische Zukunft im Süden, deren Verwirklichung freilich noch von zwei wichtigen Voraussetzungen abhängt, die hier zum Abschluss verhandelt werden müssen: erstens dem Durchbruch zum Vereinten Europa, das sich nicht im Direktorat einer Brüsseler Wirtschaftsregierung erschöpfen darf, sondern Legitimität durch parlamentarische Kontrolle und zivilgesellschaftliche Beteiligung erhält und einen dann wahrhaft europäischen Demos begründet. Und zweitens muss sich Europa im Süden wie im Norden aus der primitiven Fuchtel der Finanzmärkte lösen, denn wer, wenn nicht eine politische Union Europas und des Mittelmeers kann die Welt vom reinen Nutzendenken befreien und Wege zu einem modernen Gabentausch weisen?

Claus Leggewie ist Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. Seit 2012 ist er Co-Direktor des Käte Hamburger-Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“ an der Universität Duisburg-Essen. Dieser Beitrag geht auf sein Buch „Zukunft im Süden. Wie die Mittelmeerunion Europa wiederbeleben kann“ zurück, das in der Edition Körber-Stiftung erschienen ist.

Tunesischer Tsunami und danach 2011 musste sich die EU mit der Frage beschäftigen: Würde sie multilateral auf den Arabischen Frühling reagieren oder gespalten, basierend auf den jeweiligen nationalen Interessen ihrer Mitgliedstaaten? Im libyschen Bürgerkrieg waren Frankreich und Großbritannien maßgeblich an einer internationalen Militärintervention beteiligt – Deutschland nicht. Welche Perspektiven haben gemeinsame Initiativen der EU in der Region? *Von Abdelwahab Hiba Hechiche*



Am 19. März 2013 erinnerte sich die Welt an den zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak. Zufällig war es 2011 auch ein 19. März gewesen, als die anglo-französische Intervention in Libyen begann. Die anfängliche Zurückhaltung der Vereinigten Staaten, mit hineingezogen zu werden, berechtigt uns zu der Annahme, dass Paris und London – im Zuge der abnehmenden Bedeutung der USA in der Region oder aufgrund einer Verlagerung des Interesses der Amerikaner von Westeuropa und dem Mittelmeerraum Richtung Asien – die Gelegenheit ergreifen wollten, als regionale und globale Mächte neu hervorzutreten. Und zwar unabhängig von Washington, nachdem sie 1956 in der Suez-Krise eine Demütigung erfahren hatten und ihre Interventionstruppen auf Druck der USA und der Sowjetunion

abziehen mussten.

2011 musste sich die EU schnell mit einer entscheidenden Frage beschäftigen: Würde sie multilateral auf den Arabischen Frühling reagieren oder gespalten, basierend auf den jeweiligen nationalen Interessen ihrer Mitgliedstaaten? Die sich abzeichnende Spaltung innerhalb der EU wurde gespiegelt in der Opposition zwischen ölfreien und armen arabischen Ländern. Als Tumulte den Arabischen Frühling auslösten, konnten die ölfreien Regime Umsturzversuche besser abwenden. Ein anschauliches Beispiel dafür lieferte der König von Saudi-Arabien, der nach seiner Rückkehr aus den USA, wo er medizinisch behandelt worden war, 140 Milliarden Dollar für Sozialleistungen ausgab.

Auf der Konferenz der Association for the Study of the Middle East and Africa (ASMEA) im November 2013 in Washington D.C. war man sich einig, dass der „Arabische Frühling“ zu sehr mit anderen großen Revolutionen verglichen worden war, angefangen mit 1789, 1848, 1917 bis zum Jahr 1989 und der Zeit nach dem Kalten Krieg in Osteuropa.

Eine Rednerin erinnerte an die Vorläufer des Arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten. Andere erklärten, dass die tunesische Revolution für Experten und Laien innerhalb wie außerhalb des Landes zweifellos eine Überraschung gewesen sei. In ihren Augen gab es zwei entscheidende Gründe für die Anfänge der „Jasmin-Revolution“ in Tu-

nesien. Der eine hatte mit der Geografie der Revolution seit Januar 2008 zu tun, mit den Streiks in den Bergwerken von Gafsa und deren Ausbreitung im ganzen Land. Der andere betraf die Rolle und die Diskurse gesellschaftlicher Gruppen, sozialer Klassen und Eliten.

Ein Vortrag stellte dar, inwiefern die räumliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Marginalisierung eines Teils des Landes und der Gesellschaft zu Gunsten eines anderen Teils Ursprung des revolutionären Prozesses war, der schließlich das mafiose Regime von Zine el-Abidine Ben Ali und Imed Trabelsi beendete.

Zunächst reagierte die Europäische Union zögerlich, aber im Laufe der Zeit immer entschiedener auf diesen Aufruhr, als dieser sich zu einem Tsunami entwickelte, dessen Wellen Ägypten, Libyen, Syrien und sogar die Golfstaaten erreichten.

Lobbyarbeit für einen Stützpunkt in der Sahara

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in ihrer Anfangszeit insbesondere deshalb eine Mittelmeerpolitik initiierte, weil Frankreich, eine frühere Kolonialmacht, weiter Präsenz zeigen und Einfluss ausüben wollte – auch nach dem Jahr 1956, in dem Tunesien und Marokko ihre Unabhängigkeit erlangten.

Am 1. November 1954 hatte in Algerien der Unabhängigkeitskrieg begonnen, der bis 1962 andauern sollte. Es lohnt sich daran zu erinnern, dass der ehemalige deutsche Außenminister und Präsident Walter Scheel als Vorsitzender des Rats der Europäischen Union 1974 folgende Worte an das Europaparlament richtete: „Durch die Europäische Gemeinschaft ist Deutschland ein mediterranes Land geworden und deshalb befasst es

sich mit allen Problemen dieser Region.“ Aber als die Zeit gekommen und 2011 eine Antwort der EU auf den Arabischen Frühling erforderlich war, entschied sich Deutschland gegen die Abenteuer der Briten und Franzosen in dieser Region.

Obleich die USA zu Beginn des Arabischen Frühlings eine Zeit lang abwesend oder unentschlossen erschienen, hatte Washington bereits über eine besondere Präsenz in ganz Afrika nachgedacht. In Form einer Institution, mit deren Gründung Präsident George W. Bush 2007 das Verteidigungsministerium beauftragte: Africom. In demselben Jahr betrieb Karen Hughes, die erste Diplomatin für Public Diplomacy, bei einem zögernden Regime in Algerien Lobbyarbeit für einen Stützpunkt in der Sahara. Dies war eine Reaktion auf die Ausbreitung von Al-Qaida im islamischen Maghreb.

Die Anschläge gegen die USA in Bengasi am 11. September 2012, bei denen der amerikanische Botschafter Chris Stevens sowie drei andere Amerikaner getötet worden waren, und der Terroranschlag gegen eine algerische Gasfabrik in Ain Amenas im Süden des Landes zeigten, dass die amerikanischen Sicherheitsbedenken berechtigt waren. Wenig später war Frankreich gezwungen, in Mali zu intervenieren. Nach dem Debakel der anhaltenden

„Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft initiierte eine Mittelmeerpolitik, weil Frankreich, eine frühere Kolonialmacht, weiter Präsenz zeigen und Einfluss ausüben wollte – auch nach dem Jahr 1956, in dem Tunesien und Marokko ihre Unabhängigkeit erlangten.“

Libyen-Krise und dem Aufkommen neuer islamistischer Gruppen, die den Norden Malis besetzen, hörte man häufiger von Africom.

Viele Jahre lang versuchte Frankreich unter Präsident Jacques Chirac, mit Großbritannien und Deutschland eine europäische Militärmacht zu bilden. Im Vertrag von Lissabon vom Dezember 2007 ging es auch um Verteidigungspolitik. Von den 62 Zusätzen, die darin den Vorläufern, nämlich den Verträgen von Rom und Maastricht, hinzugefügt worden sind, beziehen sich 25 auf Regelungen zur Außenpolitik. Nicht nur wurde die frühere Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) durch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ersetzt, ihr Auftrag sollte nun auch folgende Bereiche beinhalten: gemeinsame Abrüstung, Stabilisierung nach einem Konflikt, und, als ob diese Punkte nicht schon schwierig genug wären, den Kampf gegen den Terrorismus.

Weniger als 18 Monate nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 stand die EU ironischerweise am Rand und beobachtete Frankreich und Großbritannien dabei, wie sie in Übereinstimmung mit den Nato-Richtlinien vor der Tür der Union militärisch intervenierten. „Als die Krise in Libyen eskalierte, schien in der Tat niemand ernsthaft daran zu denken, im Rahmen der GSVP einzugreifen. Die verspätete Entscheidung vom 1. April 2011, eine militärische Mission zu genehmigen, um die humanitäre Hilfe in Libyen zu unterstützen, schien eher dazu angetan, das Gesicht zu wahren, als effektiv einzugreifen.“ Laut Professor Anand Menon vom Kings College in London erklärte ein nicht namentlich genannter europäischer Diplomat, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU „bis auf weiteres beendet ist“.

Kritik am zögerlichen Verhalten der EU gab es auch in den europäischen Medien.

Deutliche Worte fanden sich in der französischen Zeitung „Le Monde“: „Die Europäische Union ist kläglich gescheitert ... das institutionelle Europa hat sich der Herausforderung nicht gestellt... Es ist unfähig, sich darauf zu einigen, wie man handeln soll, ob man die libysche Opposition anerkennen soll und – vor allem –, ob es legitim ist, Gewalt anzuwenden... An diesem Punkt wird Geschichte zur Tragödie. Und da ist es notwendig, sich von hohler Rhetorik über die Rechte des Menschen zu lösen.“

Obleich möglicherweise ein EU-interner „Lastenausgleich“ – ähnlich wie der zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten innerhalb der NATO – Teil des Problems gewesen sein mag, bestand die große Herausforderung für die EU-Mitglieder in der heiklen Frage nach den Kosten. Weitere Differenzen ideologischer Natur kamen in Frankreich zum Vorschein, als der Philosoph Régis Debray mit dem früheren Außenminister Hubert Védrine eine scharfe und öffentliche Debatte über die Wiedereingliederung Frankreichs in die NATO anstieß.

Strategische „Geduld“ der EU

Im Großen und Ganzen verfolgte die EU trotz ihrer langsamen Reaktion auf den Arabischen Frühling eine umfassende, vernünftige und großzügige Politik gegenüber ihren Nachbarn der Mittelmeerregion. Nun kommt es darauf an, dass die EU die veränderte Realität in der Region anerkennen muss:

- Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass der Neoliberalismus gescheitert ist, wonach der Markt und ökonomische Entwicklung allein für gesellschaftlichen Wandel sorgen.
- Die Gesellschaften des Mittelmeerraums sind nach einem gemeinsamen

Eintreten für Freiheit inzwischen fragmentierter und ideologisch gespalten. Ihr Hunger nach Meinungs- und Vereinigungsfreiheit führte zur künstlichen Gründung von rund 114 politischen Parteien, von denen einige nur vier oder fünf Mitglieder hatten.

- Das Wiederaufkommen eines aggressiven politischen Islam, gemischt mit einem neuen Nationalismus, wurde zum polarisierenden Faktor bei der Neudefinition der nationalen Identität. In einer relativ homogenen Gesellschaft wie etwa der Tunesiens, die zwar stolz auf ihr arabisch-islamisches Erbe ist, aber auch auf ihren Kosmopolitismus, ist dies bedeutsam. (Für die meisten Tunesier war es tragisch, während des offiziellen Besuchs von Ismail Hanija, einem der Hamas-Anführer, in Tunis die Worte „Töter die Juden“ zu sehen und zu hören. Bemerkenswert war, dass sehr viele Tunesier, Frauen eingeschlossen, dagegen protestierten und die Welt daran erinnerten, dass Tunesien seine eigenen jüdischen Kinder hat.)
- Und schließlich hat sich die gesamte Mittelmeerregion stark polarisiert. Es wird für die EU komplizierter zu helfen, wenn es sich mit den speziellen Bedürfnissen eines jeden Falls beschäftigen muss, da die Länder in geografischer, ethnischer und politischer Hinsicht so unterschiedlich sind.

2014 muss man fragen, wie sich der Arabische Frühling auf die Mittelmeerpolitik der EU ausgewirkt hat und wie sehr die EU ihre Mittelmeer-Nachbarn davon überzeugen konnte, dass sie in der Region aufrichtige und gute Absichten verfolgt. Dies ist umso relevanter, als die Destabilisierung in der gesamten Region und manchmal in jedem einzelnen

Land – insbesondere in Libyen und in Syrien – es für die EU schwerer macht zu helfen. Manchmal ist es gefährlich für das Personal, das sich in betroffenen Ländern aufhalten muss, von denen einige bereits von Dschihadisten unterwandert worden sind.

Furcht vor gesellschaftlicher Polarisierung

Die EU hat folgende neue Bedenken: Sie befürchtet eine noch größere gesellschaftlicher Polarisierung zu einer Zeit, in der die Transformationsphase so vielversprechend schien, dass Tunesien als das Land des Arabischen Frühlings galt und immer noch gilt, das die besten Erfolgsaussichten hat und für die restlichen arabischen Länder das Modell mit dem größten Potenzial darstellt.

Das Angebot der EU, die Länder des Arabischen Frühlings auf dem Weg zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstum zu unterstützen, ist eng verbunden mit der Einrichtung demokratischer Institutionen. Diese werden notwendig sein, um ein friedliches sozialökonomisches Umfeld zu schaffen, das Investoren anziehen kann. Gleichwohl muss man angesichts der großen Bedeutung des Tourismus als Einkommensquelle in Tunesien und Ägypten momentan leider skeptisch sein hinsichtlich einer großen Veränderung in der nahen Zukunft.

Die EU war so klug, die positiven Aspekte des Arabischen Frühlings zu sehen, etwa demokratische Wahlen. Aber auch hier verstärkte sich in Tunesien und in Ägypten nach einer kurzen Phase des Optimismus die Atmosphäre der Unsicherheit. Zu oft sehen wir Bemühungen, „eine Demokratie ohne Demokraten zu schaffen“. Die Weisheit der EU zeigt sich auch in ihrer

Erkenntnis, dass der Übergang zu einer Demokratie möglicherweise noch mehr Zeit in Anspruch nimmt. Vielleicht nicht Monate, sondern Jahre. Diese „strategische Geduld“ der EU ist geknüpft an strenge Bedingungen:

Seit den ersten Tagen des Arabischen Frühlings haben viele Führungspersonlichkeiten durch Besuche in Ländern des Arabischen Frühlings und durch offizielle Erklärungen die EU zu systematischen Hilfspaketen verpflichtet. Zu ihnen zählen Herman Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission sowie Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.

Die wirtschaftliche Lage der Transformationsländer hat sich zwischen 2011 und 2013 dramatisch verschlechtert. Im Fall von Tunesien haben politisch motivierte Mordanschläge auf Oppositionelle, im Februar 2013 auf Chokri Belaïd und im Juli 2013 auf Mohamed Brahmî, die Ängste von Tunesiern und Ausländern verstärkt.

Bedingungen für Hilfe

Die EU hat deutlich gemacht, dass ihre Hilfe an Bedingungen geknüpft ist. Die Empfänger dieser Hilfe müssen ihren

„Es wird für die EU komplizierter zu helfen, wenn es sich mit den speziellen Bedürfnissen eines jeden Falls beschäftigen muss, da die Länder in geografischer, ethnischer und politischer Hinsicht so unterschiedlich sind.“

Teil dazu beitragen, die wirtschaftlichen und institutionellen Werkzeuge für eine Demokratisierung zu schaffen. Über die 3,5 Milliarden Euro hinaus, die zwischen 2011 und 2013 angeboten wurden, fügte die EU noch 700 Millionen Euro für das Programm „SPRING“ („Frühling“) hinzu. An anderen großzügigen Hilfsinitiativen beteiligten sich die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, wodurch noch rund 1,7 Milliarden Euro dazukommen. Auch die Europäische Kommission hat ein zusätzliches europäisches Nachbarschaftsprogramm für landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung unterstützt.

Im Rahmen der Unterstützung ihrer Partner aus dem Mittelmeerraum hat die EU auch den betroffenen Parteien dringend empfohlen, auf ihre eigene Integration in der Region hinzuarbeiten. Während der Debatten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über das Yaoundé-Abkommen in den frühen 1960er Jahren und – noch konkreter – während eines Besuchs bei der EWG als Gastforscher der Europäischen Kommission in den 1970er Jahren hörte ich von einem deutschen Kommissionsmitglied, das sich um die Beziehungen zwischen der EU und dem Maghreb kümmerte, wie schwierig es für die EU war, die Maghreb-Staaten davon zu überzeugen, dass es tatsächlich in ihrem Interesse liegt, sich in der Region zu integrieren, um bessere Voraussetzungen für die Verhandlungen mit der EWG zu haben. Während ich in Nordafrika recherchierte, zeigte mir ein algerisches Mitglied des CPCM (Conseil Consultatif Permanent du Maghreb) die Dossiers und sagte: „Wir haben die notwendigen Instrumente, um mit der EWG zu verhandeln, aber unseren Anführern fehlt der politische Wille.“ Heute ist sich die EU des Mangels an politischem Willen in den Maghreb-Staaten

bewusst, aber sie ist machtlos im Westsahara-Konflikt zwischen Marokko und Algerien.

Über geostrategische und geopolitische Überlegungen hinaus sind die EU und ihre Nachbarn im Mittelmeerraum mit einer noch größeren Herausforderung konfrontiert: Wie ermöglicht man ein echtes Zusammenleben in jedem Land und zwischen den zwei Küsten des Mittelmeers, das auf gegenseitigem Vertrauen, Respekt und Toleranz basiert? Dieser Traum wurde im Rahmen von europäisch-arabischen universitären Sommerprogrammen beschrieben, insbesondere bei jenem, das vor vielen Jahren, in den 1980er Jahren, auf Malta abgehalten worden war. Das Ziel war damals, zwischen den kleinen Inseln wieder eine mediterrane Zivilisation zu schaffen.

Zivilgesellschaftliche Kooperation

Obwohl es bereits Stipendien und akademische Zusammenarbeit gibt, müssen EUNIC und die jeweiligen Pendants im Maghreb und im Nahen Osten (wenn diese existieren) sehr kreativ sein, um einen strategischen Plan für die kulturelle, religiöse und zivilgesellschaftliche Kooperation zu initiieren. Sowohl Europa mit seinen großen muslimischen Communities als auch seine muslimischen Partner im Mittelmeerraum sind mit einem gemeinsamen Feind konfrontiert: der Radikalisierung religiöser und fremdenfeindlicher Bewegungen, welche den drei monotheistischen Religionen ihr Shalom! Pax! Salam! geraubt haben.

In einem Brief vom 8. Februar 1952, den General Charles de Gaulle an den französischen Orientalisten Vincent Monteil richtete, um diesem für ein Exemplar seines Buches „Les Musulmans soviétiques“ zu danken, schrieb de Gaulle: „Indem wir Sie lesen, lernen wir, dass alles im islamischen Universum

und das Problem der Probleme im Schicksal des Islams liegt.“ Ein halbes Jahrhundert später haben Europa und seine Nachbarn im Mittelmeerraum die Pflicht:

Die besten Wege in Bildung und Kultur zu finden, um das größtmögliche Maß an gegenseitigem Respekt und Toleranz zu erreichen. Beide Seiten des Mittelmeers sollten sich noch einmal die von der Stiftung Hommes de Parole organisierten Weltkongresse von Imamen und Rabbinern für den Frieden anschauen, die vor nicht allzu langer Zeit in Brüssel (2005), Sevilla (2006) und im UNESCO-Hauptquartier in Paris stattgefunden haben. Diese Zusammenkünfte für den Frieden waren deshalb so außergewöhnlich, weil die ersten beiden von drei Königen, jenen aus Marokko, Belgien und Spanien, mitfinanziert worden waren. Warum ist es so schwierig, Weltkongresse wie „Imame und Rabbiner für den Frieden“ in einem muslimischen Land des Mittelmeerraums abzuhalten?

Auch könnten auf beiden Seiten des Mittelmeers Seminare veranstaltet werden, um sich an Friedenspioniere im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts und der israelisch-palästinensischen Krise zu erinnern und ihre Arbeit zu studieren. In der Mittelmeerpolitik der EU kann kein echter und sinnvoller Fortschritt erzielt werden ohne den letztlichen, umfassenden und gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern.

Um ein paar Beispiele zu nennen: André Chouraqui, ein Israeli arabischer Herkunft, und der Tunesier Mohammed Talbi könnten Vorbilder für eine systematische Arbeit mit ihren Schriften und öffentlichen Initiativen sein. Als Hassan II. von Marokko im Februar 1977 Chouraqui empfing, war es das erste Mal, dass ein muslimisches

arabisches Staatsoberhaupt offiziell einen israelischen Staatsbürger als Gastgeber begrüßte. Ein anderer arabischer Staatsführer sollte ebenfalls in Ehren und Erinnerung gehalten werden: der tunesische Präsident Habib Bourguiba. Als nationalistischer Kämpfer und Staats- und Regierungschef nahm Bourguiba tunesische Juden in seine Regierung auf (Albert Bessis und André Baruch). Seine andere bedeutende und mutige Handlung war seine historische Rede von 1965 in Jericho an die PLO, in der er den Palästinensern nahelegte, sich mit Israel an den Verhandlungstisch zu setzen.

Der französische Orientalist Jacques Berque hat uns eine wertvolle Lektion über den Islamismus erteilt. In seiner Analyse eines Buchs des ägyptischen Juristen Muhammad Saïd al-Ashmawi versuchte Berque eine Verbindung zwischen Islamisten von Hassan al-Banna bis Ayatollah Khomeini herzustellen. Berques zentrale Aussage war, dass der Islam durch die Jahrhunderte nicht für theologische Debatten, sondern als deren politischer und ideologischer Ersatz genutzt worden war.

In einer Zeit, in der die Bestrebungen der Türkei, ein vollwertiges Mitglied der EU zu werden, auf mehr und mehr Hin-

„Obwohl es bereits Stipendien und akademische Zusammenarbeit gibt, müssen EUNIC und die jeweiligen Pendants im Maghreb und im Nahen Osten kreativ sein, um einen strategischen Plan für die kulturelle, religiöse und zivilgesellschaftliche Kooperation zu initiieren.“

dernisse treffen (von denen einige selbstgemacht sind), darf man nicht vergessen, dass eben in der Türkei 1992 die UNESCO gemeinsam mit zwei türkischen Universitäten (Marmara und Istanbul) und der Euro-Arabischen Universität, geleitet von Mohammed Aziza und Xaviere Ulysse, eine lange Konferenz über Toleranz abhielt, zur Erinnerung an den Exodus von Juden und Muslimen aus Spanien im Jahr 1492.

Göttliches Gesetz und Menschenrechte

Die parallele Betrachtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und ein vergleichendes Studium der Religionen können EUNIC, Europa und den Partnern der südlichen Mittelmeerregion dabei helfen, die Kompatibilität von göttlichem Gesetz und Menschenrechten besser zu verstehen, insbesondere in einer Zeit, in der es eine echte und dringende Notwendigkeit für ein globales Bewusstsein und Sensibilität gegenüber dem „Anderen“ gibt.

Was das tragische Problem illegaler Migration von Nordafrika über die Insel Lampedusa betrifft, sollten die Partner des Mittelmeerraums die großen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen EU-Mitgliedern erkennen, insbesondere zwischen großen EU-Staaten mit einer Mittelmeerküste. In seinem 2013 veröffentlichten Buch hat der tunesische Interimspräsident Moncef Marzouki einige wichtige Ideen für seine nördlichen EU-Partner im Kontext des 5+5-Dialogs (Algerien, Frankreich, Italien, Libyen, Mauretanien, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien und Malta) vorgestellt.

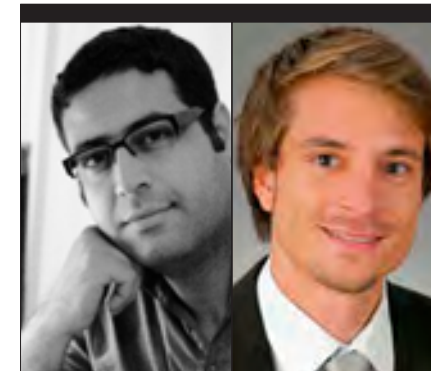
Abschließend könnte man auf den großen Intellektuellen und Spezialisten für Friedens-



forschung zu sprechen kommen, Professor Johan Galtung: Er verstand unter Gewaltkultur diejenigen kulturellen Aspekte, verkörpert durch Religion und Ideologie, Sprache und Kunst, die dazu dienen, direkte oder strukturelle Gewalt zu rechtfertigen oder zu legitimieren. „Wenn das Gegenteil von Gewalt Frieden ist, dann ist das Gegenteil der Gewaltkultur die Friedenskultur, das heißt die Aspekte einer Kultur, die dazu dienen, direkten und strukturellen Frieden zu rechtfertigen und zu legitimieren.“

Abdelwahab Hiba Hechiche ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Südflorida in Tampa. Er war Fellow am Center for Middle Eastern Studies der Harvard Universität. Er ist Preisträger der Fondation de la Vocation, Paris 1965, für Frieden im Nahen Osten. Von ihm liegen mehrere Veröffentlichungen zur EU als Modell für die Integration der Maghrebstaaten vor.

Sehnsucht nach Emanzipation Mit den Veränderungen in Nordafrika sind neue Möglichkeiten für die Entfaltung von Kultur und Bildung entstanden. Hier kann Europa jetzt mit neuen Initiativen einen nachhaltigen Beitrag zur Demokratisierung und Entwicklung im Maghreb leisten – und damit ein Beispiel geben für eine neue Politik gegenüber Transformationsstaaten in der arabischen Welt insgesamt. *Von Anis Ben Amor und Edmund Ratka*



Der 14. Januar 2011 bedeutet für Tunesien eine Zeitenwende, die in die ganze arabische Welt ausstrahlte. Mit dem Sturz von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali, der Tunesien über zwei Jahrzehnte mit eiserner Faust regiert hatte, begann ein vielschichtiger und langwieriger Transformationsprozess. Das Aufbrechen der erstarrten politischen und gesellschaftlichen Strukturen schuf dabei ganz neue Möglichkeiten auch für die Entfaltung von Kultur und Bildung. Europa kann über die Förderung dieser beiden Bereiche einen nachhaltigen Beitrag zur Demokratisierung Tunesiens leisten – und damit ein Beispiel geben für die Politik gegenüber Transformationsstaaten in der arabischen Welt insgesamt. Im Folgenden werden fünf mögliche Leitlinien für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Europäischen Union und

ihrer Mitgliedstaaten empfohlen, die eine Antwort auf die Herausforderungen im Kontext arabischer Transformationsstaaten wie Tunesien sein können.

In Tunesien, aber auch in anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“ wie Ägypten, waren die Massenproteste unter anderem Ausdruck einer Sehnsucht nach Emanzipation. Diese betraf zuvorderst die Emanzipation von den eigenen autoritären Machthabern. Deren Patriarchalismus wurde die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben ohne staatliche Willkür und mit gerechten wirtschaftlichen Chancen für alle entgegengesetzt.

Diese Emanzipierung, die „Rückeroberung“ des Staates durch die Bürger, hat aber auch eine internationale Dimension. Die Proteste gegen die oft am Westen orientierten bzw. vom Westen unterstützten Regime wurden in der arabischen Welt auch als ein letztes Kapitel der Dekolonisierung verstanden, in dem sich das Volk nun endgültig seine Souveränität erkämpft. Fragen nationaler Identität und nationaler Souveränität werden in den Beziehungen zu den „post-revolutionären“ arabischen Staaten also noch sensibler zu behandeln sein.

Europa, wo zudem einige Staaten durch ihr koloniales Erbe belastet sind, kann hier auf zwei Ebenen reagieren: Erstens, indem es seine Kultur- und Bildungspolitik zu den Partnerländern – allen objektiven (nicht zuletzt budgetären) Asymmetrien zum Trotz – möglichst auf Augenhöhe organisiert. Das bedeutet, Kul-

tur- und Bildungsbeziehungen von vornherein bi-direktional zu verstehen. Konkret sollten also nicht nur beispielsweise Auslandssemester tunesischer Studenten in Europa, sondern umgekehrt auch Aufenthalte europäischer Studenten in Tunesien gefördert werden. Mit dem neuen Programm „Erasmus Plus“ ist hier ein konzeptioneller Schritt in die richtige Richtung getan worden, den es nun mit Leben zu füllen gilt und von dem besonders diejenigen Partnerländer profitieren sollten, die sich auf den Weg der Demokratisierung gemacht haben. Erleichterungen bei der Mobilität sind dabei nicht nur eine unverzichtbare funktionale Grundlage für kulturellen und akademischen Austausch. Für die Menschen in der arabischen Welt ist die Frage des (temporären) Zugangs nach Europa ein zentraler Prüfstein, wie ernst es die Europäer mit dem Versprechen echter Partnerschaft meinen.

Begegnung auf Augenhöhe

Zweitens bedeutet Partnerschaft, die Zielgruppe europäischer Programme bei deren Konzipierung von Anfang an einzubinden. Dies betrifft vor allem die Zivilgesellschaft, die gerade in Tunesien seit der Revolution eine ungeahnte Blüte erfährt. Der Fall autoritärer Regime wie in Tunesien oder die zumindest moderaten Reformbemühungen in Marokko und Jordanien haben hier neue Spielräume eröffnet, die es nun zu nutzen gilt. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich sowohl politische Akteure wie der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) als auch Mittlerorganisationen wie die europäischen Kulturinstitute seit dem Arabischen Frühling verstärkt bemühen, diesen „bottom-up“-Ansatz in die Tat umzusetzen.

„Revolution der Würde“ nennt man den Volksaufstand in Tunesien gerne, der ein Regime zu Fall brachte, das zuletzt vor allem

als eine kleptokratische Familienclique empfunden wurde. Die Selbstverbrennung eines jungen Gemüsehändlers Ende 2010 in der tunesischen Provinz löste auch deshalb Massenproteste aus, weil sich viele in der von ihm erlittenen ökonomischen Ungerechtigkeit und Behördenwillkür wiederfanden. Die Forderung nach einem Ende des Klientelismus, auf den sich das Ben Ali-Regime wesentlich stützte, hallt bis heute nach. Immer wieder kommt es auch nach der Revolution zu Protesten anlässlich von Rekrutierungsverfahren öffentlicher Institutionen, etwa im Januar 2014 in Gafsa gegen eine Umweltagentur, weil vermutet wird, dass die Auswahl weiterhin von Korruption und Vetternwirtschaft bestimmt wird.

In der Vergangenheit hat die europäische Politik – und auch die Kultur- und Bildungszusammenarbeit – nolens volens einen Beitrag dazu geleistet, das klientelistische System in Staaten wie Tunesien zu verfestigen. So wurden zu Zeiten Ben Alis Stipendien für Studienaufenthalte in Europa, etwa des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), oftmals über das tunesische Hochschulministerium erteilt. Eine missbräuchliche Vergabepaxis konnte damit nicht ausgeschlossen werden.

Nach der Revolution haben Institutionen wie der DAAD die neuen Freiräume genutzt und stellen – etwa über ein eigenes Büro in Tunis und eine Erhöhung der Lektorate an den Universitäten – jetzt einen direkteren Kontakt zur tunesischen Zielgruppe her. Diese Strategie gilt es weiter voranzutreiben und Beratung und Bewerbungsverfahren (nicht zuletzt sprachlich) so zu gestalten, dass auch de facto möglichst keine Gesellschaftsschicht mehr ausgeschlossen wird.

Ungeachtet des erfolgreichen Regimewechsels sind weite Teile des Staatsapparats und andere Schaltstellen öffentlichen Lebens nach wie vor von denselben Eliten und Mentalitäten

dominiert wie vor der Revolution. Wo immer möglich, sollten die europäischen Kulturinstitute jenseits ausgetretener Pfade und etablierter Beziehungen zu lokalen Partnern über spezifische Förderprogramme und über offene, direkte und transparente Auswahlverfahren der jungen Generation eine Chance geben.

Neben der Wut auf die zunehmende Korruption und den Klientelismus des Ben Ali-Regimes war die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen wohlhabenden Küstenregionen und einem lange vernachlässigten Hinterland, eine wichtige Triebfeder der Revolution. Bereits in den Jahren zuvor hatte es in Provinzstädten wie etwa der Minenstadt Gafsa Proteste gegeben, und auch der schließlich erfolgreiche Aufstand Ende 2010 ging nicht von der Hauptstadt, sondern dem verarmten Sidi Bouzid aus.

Die Überwindung der Kluft zwischen Zentrum und Peripherie stellt nicht nur für die tunesische Politik selbst, sondern auch für die europäische Kultur- und Bildungszusammenarbeit eine besondere Herausforderung dar. Zweifelsohne ist in der Hauptstadt Tunis und in anderen Küstenstädten das kulturelle Leben dynamischer und sichtbarer. Auch im Forschungsbereich erleichtert die Qualität der dortigen Universitäten internationale Kooperation. Die europäischen Kulturinstitute und andere Mittlerorganisationen sollten indes nicht der Versuchung nachgeben, sich nur auf

„Partnerschaft bedeutet, die Zielgruppe europäischer Programme bei deren Konzipierung von Anfang an einzubinden. Dies betrifft vor allem die Zivilgesellschaft, die gerade in Tunesien seit der Revolution eine ungeahnte Blüte erfährt.“

diese Leuchttürme zu konzentrieren. Die Suche nach geeigneten Partnern in der Provinz mag mühsamer sein und der Projekterfolg dort wesentlich langwieriger.

Doch durch gezielte Programme für marginalisierte Regionen und die Eröffnung entsprechender Dependancen oder zumindest mittels fester lokaler Kontaktpersonen und Ansprechpartner können die europäischen Kulturinstitute nicht nur benachteiligten Bevölkerungsschichten helfen. Indem sie beispielgebend deutlich machen, dass der Zugang zu Kultur und Bildung ein Bürgerrecht für Tunesier aus allen Regionen ist, setzten sie auch ein kraftvolles Zeichen gegenüber der tunesischen Elite in der Hauptstadt.

Dialog vorleben

Mit dem Erschaffen der eisernen Faust der langjährigen autoritären Regime sind in vielen arabischen Ländern kulturelle Konfliktlinien und solche um Identität aufgebrochen, seien sie ideologisch, ethnisch oder sozio-ökonomisch gefärbt. Sie kreuzen sich im Kampf um die Neuordnung der Macht und unterfüttern den syrischen Bürgerkrieg genauso wie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Muslimbrüder in Ägypten.

Auch in einem Land wie Tunesien, das eine vergleichsweise friedliche Transformation durchläuft, spielt die Debatte um Identität eine zentrale Rolle. Vor allem das „laizistische“ und das „islamistische“ Lager stehen sich dabei misstrauisch gegenüber. An der Frage, welche Rolle der Islam in der neuen Verfassung einnehmen sollte und wie mit den teils gewaltbereiten salafistischen Gruppen umzugehen sei, entzündeten sich heftige Kontroversen in Politik und Öffentlichkeit. Diese zweite große Konfliktlinie innerhalb der

tunesischen Gesellschaft spiegelt sich auch im Parteiensystem wider, wo sich die islamistisch geprägte Partei Ennahda und die sich als säkular verstehende Partei Nidaa Tounes als stärkste Pole gegenüberstehen.

Dass die kollektive Identität eines Landes nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft, die zudem mit einer Unterdrückung des politischen Islam einherging, neu verhandelt wird, ist unumgänglich. Europa kann hier in zweifacher Hinsicht einen Beitrag leisten, dass dieser Aushandlungsprozess im Rahmen eines friedlichen und konstruktiven Dialogs abläuft. Zum einen sollten europäische Akteure beispielgebend selbst mit allen nicht-gewaltbereiten Gruppen das Gespräch suchen. Wenn nur eine Seite a priori unterstützt wird, besteht die Gefahr, die Identitätskluft im Land weiter zu akzentuieren.

Zum anderen kann die europäische Kultur- und Bildungspolitik Plattformen für den inner-tunesischen Dialog schaffen und Programme auflegen, die diverse Gruppen über Sachfragen zusammenführen. So haben beispielsweise neue Parteien unterschiedlichster Couleur ein Interesse daran, eine effektive und demokratisch organisierte Jugendorganisation aufzubauen. Europäische Mittlerorganisationen könnten hier dementsprechend eine für alle offene Unterstützung anbieten, die dann auch gemeinsame Seminare und Fortbildungsreisen einschließt.

Europa und gerade auch die europäische Auswärtige Kulturpolitik hat vergleichsweise schnell auf den Wandel in den Ländern Nordafrikas reagiert. Die EU und viele Mitgliedsstaaten, auch solche, die nicht ans Mittelmeer grenzen, wie Deutschland, haben eigene Förderprogramme aufgelegt, von denen Tunesien bereits besonders profitiert hat.

Doch Transformation ist ein langwieriger Prozess, und diese Soforthilfe für den Kultur- und Bildungsbereich gilt es nun in eine strukturelle Zusammenarbeit zu über-

führen. Ad-hoc-Maßnahmen alleine, von denen zudem oft nur besonders mediatisierte und international bereits gut sichtbare und vernetzte Gruppen profitieren, reichen nicht aus, um den kultur- und bildungspolitischen Herausforderungen in Tunesien zu begegnen und Europa dort als glaubwürdigen Partner zu etablieren.

Jenseits finanzieller Fragen kann die europäische Kultur- und Bildungszusammenarbeit hier an zwei Stellen ansetzen. Erstens sollte ein Fokus auf die Entwicklung von Strukturen und die Förderung von Multiplikatoren gerichtet werden. Konkret bedeutet das, beispielsweise in der Hochschulzusammenarbeit nicht nur mit Studenten, sondern auch mit Lehrkräften zu arbeiten, sowie Unterstützung bei der Überarbeitung von Curricula und der Schaffung von Forschungsverbänden oder Doktorandenschulen zu leisten.

Gerade in einem Transformationskontext, in dem Bestehendes von der eigenen Bevölkerung auf den Prüfstand gestellt wird, ist ein solcher Ansatz vielversprechend. Im tunesischen Bildungssektor beispielsweise ist man sich des hohen Modernisierungs- und Internationalisierungsbedarfs bewusst und ist deshalb sehr aufgeschossen für Zusammenarbeit mit europäischen Partnern.

Zweitens sollten Projekte von europäischen Kultur- und Mittlerorganisationen nicht nur angestoßen werden, wenn im Zuge einer politischen Konjunktur gerade Gelder

„Europäische Akteure sollten mit allen nicht-gewaltbereiten Gruppen das Gespräch suchen. Wenn nur eine Seite a priori unterstützt wird, besteht die Gefahr, die Kluft im Land weiter zu vertiefen.“

zur Verfügung stehen. Vielmehr sind diese langfristig zu begleiten. Dazu gehört auch Hilfe bei der Verstetigung von Projekten, einschließlich bei der Suche nach einer Folgefinanzierung. Das Bemühen der Akteure der europäischen Kultur- und Bildungspolitik vor Ort, in diesem Sinne zu arbeiten, wird dabei oftmals erschwert durch technische Budget-Vorschriften, wie die Nichtübertragbarkeit von Mitteln in Folgejahre und – gerade was die EU-Programme betrifft – hochkomplexe Antragsverfahren.

Mehr regionale Integration nötig

Die Protestbewegungen des Arabischen Frühlings waren von einer bemerkenswerten Parallelität gekennzeichnet. Zum einen handelte es sich um ein grenzüberschreitendes, pan-arabisches Phänomen. Jugendliche Aktivisten inspirierten und vernetzten sich gegenseitig. Sie traten in einen (oft nur ideellen oder digitalen) Austausch mit Gleichgesinnten auch in anderen Teilen der Welt, wie der Occupy- oder Indignados-Bewegung. Der Sturz autoritärer und nur auf ihren eigenen Machterhalt fixierten Regime im Maghreb eröffnete außerdem neue Perspektiven regionaler Integration.

Zum anderen waren die Volksaufstände umweht von einem Flair nationaler Befreiung (der in Ägypten dann im Laufe der schwierigen Transformation teils in nationalistischen Furor abglitt). Nationale Symbole wie Flagge und Hymne gehörten und gehören wie selbstverständlich zum Kernarsenal der Demonstrationen in den Ländern des Arabischen Frühlings.

Angesichts dieses Spannungsfeldes kann Europa einen Beitrag leisten für ein aufgeklärtes und offenes Nationalbewusstsein, das nicht nur Fremdenhass und Verschwö-

rungstheorien den Boden entzieht, sondern auch den Weg hin zu regionaler und euro-mediterraner Integration erleichtert. Dafür müsste zunächst Europa selbst Vorbild sein. Angesichts des Anstiegs eines oft xenophoben Populismus in vielen europäischen Ländern sowie seiner restriktiven Immigrationspolitik gerade auch gegenüber den arabischen Transformationsstaaten hat es hier allerdings stark an Glaubwürdigkeit verloren.

Jenseits dieser grundlegenden Problematik kann die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nichtsdestotrotz die Überwindung nationaler Grenzen fördern. Zum einen betrifft dies die europäische Seite. Gerade in der Kultur- und Bildungspolitik sind Vergemeinschaftungstendenzen weder möglich noch wünschenswert, spiegeln die nationalen Spezifika in diesem Bereich doch die kulturelle Diversität Europas wider. Doch sollten die jeweiligen mitgliedstaatlichen Ansätze eingebettet sein in eine gesamteuropäische Strategie, die Doppelungen und Konkurrenz vermeiden und zugleich multinationale Projekte fördert.

In der Hochschulzusammenarbeit beispielsweise erschweren es bisher die Förderlinien des deutschen Außenministeriums in manchen Sonderprogrammen für die arabische Welt, Staatsangehörige anderer EU-Länder einzubeziehen. Zum anderen sollte auch die Partnerseite zu länderübergreifender Zusammenarbeit ermutigt werden. Themen wie die Rolle von Religion oder die politische Marginalisierung und ökonomische Perspektivlosigkeit der Jugend sind in ganz Nordafrika relevant. Kultur- und Bildungsprojekte können hier Plattformen und Netzwerke schaffen, die nicht nur diesbezüglich einen Erfahrungsaustausch ermöglichen, sondern mittelfristig auch Integrationsdynamiken im politischen oder wirtschaftlichen Bereich befördern können.

Die euphorischen Hoffnungen, die der Arabische Frühling anfangs ausgelöst hat, sind vielerorts zerschellt an brutaler Regimegewalt, an ideologischer Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung, an wirtschaftlicher Stagnation und geopolitischem Kalkül. So langwierig die Transformationsprozesse in der arabischen Welt auch sein mögen, so hat der erfolgreiche tunesische Volksaufstand 2011 doch eine neue Ära eingeläutet. In dieser sind auch die europäisch-arabischen Beziehungen auf den Prüfstand zu stellen. Eine Kultur- und Bildungszusammenarbeit, die sich auf den Transformationskontext einlässt und einen partnerschaftlichen, nachhaltigen, dialogorientierten und multinationalen Ansatz verfolgt, kann dabei eine Vorbildrolle einnehmen.

Anis Ben Amor ist Kulturwissenschaftler an der Universität Karthago, Tunesien. **Edmund Ratka** ist Politikwissenschaftler an den Universitäten Passau und München. Sie koordinieren das DAAD-geförderte Forschungsprojekt „Tunesien im Wandel“ („Tunisia in Transition“), das sich besonders der interdisziplinären Zusammenarbeit tunesischer und deutscher Nachwuchswissenschaftler widmet.

Die Gunst des Frühlings Europas Nahost- und Mittelmeerpole ist widersprüchlich: Einerseits schreibt sie sich Werte und Ideale wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Respekt der Menschenrechte und Solidarität auf die Fahnen, andererseits verfolgt sie mit ihrer Handels-, Sicherheits- und Immigrationspolitik gezielt ihre eigenen, vorrangig ökonomisch orientierten Interessen. Wie kann Europa neue Dialogspielräume in der arabischen Welt besser nutzen? *Von Isabel Schäfer*



der großen Unzufriedenheit der Zivilgesellschaften über Missstände in den politischen Systemen (Demokratiedefizit, Unfreiheit, Menschenrechtsverletzungen), über die sozio-ökonomischen Ungleichheiten, den ungerecht verteilten Zugang zu Grundgütern wie Wohnungen und Lebensmitteln, weitverbreitete Korruption auf den verschiedensten Ebenen, Auswirkungen des ungebremsen Kapitalismus und der neoliberalen globalen Wirtschaftsordnung auf die Volkswirtschaften der Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens.

Aufgrund der Umbrüche in den Gesellschaften des südlichen und östlichen Mittelmeerraums, die seit 2011 den Nahen Osten und Nordafrika erschüttern, befinden sich auch die Beziehungen zwischen Europa und der Region in einem Wandlungs- und Neudefinierungsprozess. Die Bindungen und Verhältnisse zwischen diesen beiden extrem komplexen, kulturell heterogenen sowie unterschiedlich institutionalisierten Weltregionen waren lange politisch diffizil, historisch-kulturell vorbelastet und ökonomisch asymmetrisch. Die historische Zäsur des Arabischen Frühlings, auch wenn dieser kein Frühling mehr ist, könnte zum Anlass genommen werden, diese Beziehungen grundlegend zu hinterfragen, sie auf eine neue Ebene zu heben und ihnen einen neuen konstruktiven Impetus zu verleihen.

Die Umbrüche resultierten vorwiegend aus

Im Zuge der Protestbewegungen kam es auch zu einer Veränderung im Verhältnis der Bürger zur Politik, und zwar in dem Sinne, dass die Zivilgesellschaften, die bis zu diesem Zeitpunkt von den autoritären Regimen teilweise massiv unterdrückt wurden, sich nun mehr Gehör verschaffen und zunehmend erfolgreich Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse ausüben. Nach Jahrzehnten der Repression und politischer Unfreiheit wurde durch den Sturz der Regime auf einmal sichtbar, dass individuelles politisches Engagement einzelner Bürger durchaus zu Veränderungen des politischen Systems beitragen kann.

Bestimmte Akteure der Zivilgesellschaften haben sich neue öffentliche Räume und

Instrumente (neue Medien, soziale Netzwerke etc.) für die politische Diskussion erschlossen. Dies gilt vorrangig für die Eliten, die urbane Bevölkerung und die junge Generation. Einige Teile der Bevölkerungen (etwa in Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko) bleiben aber weiterhin von diesen Diskussionen ausgeschlossen, sei es aufgrund von Bildungsdefiziten, materieller Benachteiligung oder regionalen Entwicklungsungleichgewichten.

Neben diesem „Erwachungs“ der Zivilgesellschaften und neuer politischer Akteure, den geopolitischen Verschiebungen, die sich aus dem Arabischen Frühling ergeben haben, und sich stetig verändernden politischen Machtverhältnissen, entwickeln sich demnach auch neue politische Kulturen. So verändert sich in der aktuellen „post-revolutionären“ Phase auch das Verhältnis der Gesellschaften zu Europa.

Hohe Erwartungen, großes Misstrauen

Die Erwartungen der Gesellschaften an Europa sind einerseits hoch, andererseits herrscht ein großes Misstrauen aufgrund historischer Negativerfahrungen. Vor allem wünschen sich viele eine andere europäische Sichtweise auf die Region und keine herablickende Geber-Mentalität. Die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer möchten endlich auf gleicher Augenhöhe und als vollwertige Partner behandelt werden.

Die tunesische Gesellschaft hat sich beispielsweise aus eigenen Kräften von ihrem Diktator befreit. Tunesien hat wenig Interesse an einer Vielzahl kleiner, einzelner Projekte

und auch kaum an einigen Millionen für einzelne Programme hier und da. Man erhofft sich vielmehr eine grundlegende Unterstützung bei der Ausarbeitung eines nachhaltigen Reformplans für die Wirtschaft, den Aufbau von Zukunftsindustrien und eine Förderung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig erhoffen sich viele Akteure neben faireren Handelsbeziehungen auch mehr Empathie und Vertrauen von Europa in den demokratischen Transformationsprozess und konkrete Unterstützung in einzelnen Bereichen wie regionaler Dezentralisierung und Entwicklung, Verwaltungsreformen, Reformen im Mediensektor, Umweltsektor, Polizei- und Sicherheitssektor, Justizwesen oder im Bildungswesen.

In der Vergangenheit hat sich Europa durch die jahrelange Kooperation mit den autoritären Regimen (wie diejenigen von Ben Ali, Mubarak, Gaddafi) viele Sympathien verspielt und sich oft dem Vorwurf der Doppelmoral ausgesetzt, während sich die für Freiheit und Menschenrechte einsetzenden zivilgesellschaftlichen Akteure von der offiziellen Politik mitunter wenig unterstützt fühlten. Jetzt führt Europa einen Dialog mit (moderat) islamistischen Akteuren, da diese in einigen Ländern an der Regierung beteiligt sind (Tunesien) oder waren (Ägypten). Das stößt wiederum bei vielen der anderen,

„Man erhofft sich eine grundlegende Unterstützung bei der Ausarbeitung eines nachhaltigen Reformplans für die Wirtschaft, den Aufbau von Zukunftsindustrien und eine Förderung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.“

säkular orientierten Akteure auf gänzlichem Unterverständnis. Sie fühlen sich jetzt von Europa doppelt verraten. Viele erwarten von Europa mehr Verständnis und Akzeptanz, auch wenn etwa die Ergebnisse der Wahlen nicht nach europäischen Vorstellungen ausfallen. Man erhofft sich Anerkennung und Solidarität einerseits und flexiblere, unbürokratischere Hilfe andererseits.

Die Einwirkungsmöglichkeiten Europas auf die Transformationsprozesse in der südlichen Nachbarschaft sind schwer zu messen und vor allem begrenzt. Sicherlich haben die zahlreichen europäischen zivilgesellschaftlichen Programme und Projekte auch indirekt zur Vorbereitung des Terrains für die aktuellen Umbrüche beigetragen. Aber es sind die tunesischen und ägyptischen Bevölkerungen, die sich selbständig und mit friedlichen Mitteln von ihren Diktatoren befreit haben.

Dennoch ist die internationale Gemeinschaft weiterhin gefragt und trägt Mitverantwortung. Sie sollte die Übergangsregierungen, sei es in Tunesien, Ägypten oder auch Libyen, in deren schwierigen Aufgaben sowie die neu entstehenden politischen Systeme konstruktiv unterstützen, das heißt die internationale Gemeinschaft und insbesondere Europa sind gefordert, wenn es darum geht, die sozio-ökonomischen Schwierigkeiten aufzufangen.

Für viele hat sich die Situation seit den „Revolutionen“ eher verschlechtert denn verbessert: Die Zahl der Arbeitslosen in Tunesien und Ägypten hat zugenommen, das Wirtschaftswachstum ist gesunken, der für die beiden Länder sehr wichtige Tourismussektor ist eingebrochen. Die hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Jugendlichen

(bis zu 40 Prozent in Tunesien) stellen die Gesellschaften vor eine Zerreißprobe. Globalisierte Märkte, zurückgehende Auslandsinvestitionen und teilweise auch Defizite in den Bildungssystemen sind dafür verantwortlich. Inwieweit kann Europa helfen, diese Krise zu überwinden?

Diejenigen, welche die tunesische Revolution im Landesinnern in Gang gesetzt haben, wünschen sich vor allem eine Verbesserung ihrer sozialen Situation und berufliche Zukunftsperspektiven, aber auch eine stärkere Dezentralisierung und eine Verbesserung der Infrastruktur. Weite Teile der zivilgesellschaftlichen Akteure und intellektuellen Eliten, die auch erheblich zum Gelingen der Revolution beigetragen haben, erhoffen sich hingegen von Europa vor allem eine Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Ziele, das heißt Meinungs- und Pressefreiheit, Respekt der Menschenrechte, Sozialpartnerschaft, Trennung von Religion und Staat. Islamistische Akteure (wie die Ennahda Partei) erhoffen sich wiederum politische Anerkennung und Gleichbehandlung, Vermittlung von Methoden und Techniken sowie wirtschaftliche Kooperation.

Mobilität und Beschleunigung

Die transnationalen Kulturbeziehungen sind neben anderen Dynamiken und Phänomenen geprägt von weltweit zunehmender Mobilität und Beschleunigung. In diesem sich rasch verändernden transnationalen Kontext stellen die Beziehungen zwischen den Weltregionen Europa und dem Maghreb/Machrek (Länder östlich von Ägypten und der Levante) eine Besonderheit dar, nicht nur aufgrund der historischen Konstellation.

Besonders ist auch die gleichzeitige Nähe und Distanz: Während im kulturel-

len, menschlichen und bildungsorientierten Bereich zunehmende Vernetzung und Interaktion stattfinden, folgt die europäische Immigrations- und Sicherheitspolitik einer abschottenden Logik und zieht eine klare Grenze im Mittelmeerraum. Hier wird auch der Widerspruch europäischer Außenpolitik deutlich, die sich einerseits Werte und Ideale wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Respekt der Menschenrechte und Solidarität auf die Fahnen schreibt und andererseits mit ihrer Handels-, Sicherheits- und Immigrationspolitik gezielt ihre eigenen, vorrangig ökonomisch orientierten Interessen verfolgt und somit gleichzeitig ihrer eigenen Wertepolitik entgegenwirkt. Dieser Widerspruch führt auch dazu, dass die EU als internationaler (Kultur) Akteur in den Augen der südlichen Nachbarn oft unglaubwürdig erscheint. Gleichzeitig wird sich die EU jedoch im Zuge ihrer fortschreitenden Integration und Institutionalisierung der kulturellen Dimension ihrer Außenpolitik zunehmend bewusst.

Die kulturellen Aktivitäten der EU-Delegationen in Drittländern, wie Literatur- und Filmfestivals oder Kunst- und Fotoausstellungen ergänzen die Aktivitäten der Kulturinstitute der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Natürlich kommt es dabei mitunter zu Doppelungen und Überschneidungen, aber auch zu zunehmender Kooperation.

Neben der Europäisierung der Außenkulturpolitik existieren parallel die verschiedenen außenkulturpolitischen Ansätze der EU-Mitgliedstaaten, die sich aus komplexen historischen Prozessen heraus entwickelt haben und zu partikularen bilateralen Beziehungen geführt haben.

Mit ihren kulturellen Aktivitäten betreibt

die EU eine Art „post-souveräne Politik“ zwischen dem Globalen und dem Nationalstaat. Das Verständnis, nicht nur als Vermittler (Mediator) einer „Kulturnation“ zu agieren, sondern in einem weiteren Sinne als Vermittler einer, wenn auch künstlich konstruierten (oder gar „erfundenen“, so der amerikanische Politologe Benedict Anderson) europäischen Kultur, findet sich nicht nur in den Vertretungen der Europäischen Union, sondern auch unter den kulturellen Repräsentanten der einzelnen EU-Mitgliedstaaten vor Ort wieder.

Die EU-Kulturaktivitäten bringen hierbei eine weiter gefasste, europäische Dimension ins Spiel und bereichern letztendlich die transnationalen Kulturbeziehungen. Dabei geht es meist weniger um den Export „europäischer Kultur und Werte“, sondern oft um die Stärkung und Förderung der lokalen und regionalen Kultursektoren und -industrien (z.B. Förderung regionaler Integration des Filmvertriebs, Gründung eines nordafrikanischen Schriftstellernetzwerks), aber auch um bilaterale und multilaterale Kooperationsprojekte im kulturellen und zivilgesellschaftlichen Sektor.

Durch diese Art von Projekten wird zu einer vertieften und nachhaltigen Integration des Mittelmeerraums als einer Brückenregion zwischen Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten beigetragen. Die EU-Delegationen werden die nationalen Kulturinstitute (Goethe-Institut, Institut Français, Instituto Cervantes, British Council etc.) in der näheren Zukunft sicherlich nicht ersetzen; viel-

„In den Augen ihrer südlichen Nachbarn erscheint die EU als internationaler Akteur oft unglaubwürdig.“

mehr schaffen sie eine Art ergänzenden europäischen Kontext und Rahmen, vor deren Hintergrund sich die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten anderer Kulturakteure frei entfalten, konkurrieren und kooperieren.

Transnationale Mobilität betrifft nicht nur den kulturellen Sektor, der natürlich die individuelle Bewegungsfreiheit für Kulturakteure innerhalb des Mittelmeerraums (auf der Süd-Nord-Achse und zwischen den Maghreb- und Machrekländern) voraussetzt, sondern auch die Bildungssysteme. Eine Transnationalisierung der Bildungssysteme sollte aber nicht zwangsläufig deren Homogenisierung bedeuten, sondern vielmehr eine größere Durchlässigkeit und Flexibilität, die für alle Beteiligten bereichernd wäre.

Europäische auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann nicht die Bildungssysteme der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) reformieren oder gar finanzieren. Diese Aufgabe liegt bei den Regierungen der jeweiligen Staaten. Aber sie kann zum Beispiel zur weiteren freien Entfaltung der Zivilgesellschaften und zur Förderung von deren Anliegen und zum Austausch und zur interkulturellen Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften Europas und des südlichen Mittelmeerraums beitragen.

Zu geringe Einbindung der Zivilgesellschaften

Die zu geringe Einbindung der Zivilgesellschaften in die multilaterale intergouvernementale Kooperation auf euro-mediterraner Ebene, sei es im 1995 ins Leben gerufenen Barcelona-Prozess oder innerhalb der „Uni-

on für den Mittelmeerraum“ (UfM), welche letzteren 2008 abgelöst hat, wurde jahrelang angemahnt. Dass auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit inhärenter Teil vertrauens- und partnerschaftsbildender Maßnahmen ist, mag sich bei manchen EU-Entscheidungs-trägern noch nicht durchgesetzt haben, aber spätestens seit dem Arabischen Frühling ist der Stellenwert der zivilgesellschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im euro-mediterranen Kontext gestiegen.

Der Arabische Frühling hat aber auch gezeigt, wie sehr die institutionelle politische Kooperation letztendlich den gesellschaftlichen Realitäten hinterherhinkt. Gleichzeitig waren und sind zahlreiche europäische Mittlerorganisationen, Stiftungen, Kulturorganisationen, Kulturinstitute, Netzwerke und Vereine aber seit Jahren in engem Kontakt mit den Zivilgesellschaften im südlichen Mittelmeerraum. Dieses kulturelle, wissenschaftliche und individuell-zwischenmenschliche Engagement weiter zu intensivieren, zu festigen und weiterzuentwickeln, sollte Ziel der europäischen Außenpolitik sein.

Im Kontext der Überlegungen über die tieferliegenden Ursachen der hohen Jugend- und Akademiker-Arbeitslosigkeit in den arabischen Umbruchländern werden neben anderen Faktoren immer wieder die existierenden Bildungssysteme in Frage gestellt. Zweifellos sind die Universitäten in den nordafrikanischen Ländern teilweise in ihren Strukturen veraltet und verkrustet, zu sehr in Hierarchien denkend, mit veralteten Lehrmethoden und zu wenig Förderung von Innovation, Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit.

Auch die Forschung ist in einigen Bereichen nicht auf dem neuesten Stand. Das liegt unter anderem daran, dass der Zugang zu internationalen Quellen nicht immer möglich war oder auch Englischkenntnisse bislang

nicht intensiv gefördert wurden. Dieser Befund mag für manche Lehrbereiche gelten, für andere jedoch nicht. In manchen Disziplinen, Fächern oder Instituten sind die Studierenden und Lehrenden ebenso auf dem Stand der internationalen Forschung wie an europäischen Universitäten.

Doch für die Mehrheit gilt – oft unabhängig von der Qualität der Ausbildung –, dass sich nach dem Abschluss keine oder nur wenige Berufsperspektiven eröffnen. Viele Studiengänge, Berufsausbildungen und Weiterbildungen sind nicht ausreichend an die Nachfrage und die Herausforderungen der nationalen und internationalen Arbeitsmärkte angepasst.

Soll Transformation im Bildungssektor nachhaltige Wirkung haben, muss sie langfristig unterstützt werden. Es gilt, in langfristige Programme zu investieren und nicht in solche, die bereits nach ein oder zwei Jahren wieder beendet sind. Eine Erhöhung der Mittel, sei es im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), sei es im Rahmen bilateraler Förderprogramme der EU-Mitgliedstaaten, ist geboten.

Durch eine ausgewogenere Verteilung der Mittel zwischen europäischen und nordafrikanischen Akteuren, Institutionen und Organisationen kann zu nachhaltigerer Transformation beigetragen werden. Europa kann bei der weiteren Selbstorganisation zivilgesellschaftlicher Organisationen und Vereine unterstützend wirken, im Bereich der Methoden Kenntnisse vermitteln und zur Förderung der regionalen Entwicklung und Dezentralisierung beitragen.

Bestehende Bildungs- und Austauschprogramme sind wichtig und sollten vertieft und ausgeweitet werden; das Motto des Deutschen

Akademischen Austauschdienstes (DAAD) „Wandel durch Austausch“ bleibt weiterhin aktuell. Gleichzeitig möchten viele Jungakademiker gar nicht unbedingt nach Europa oder ins Ausland; sie träumen vor allem von einem korrekt bezahlten, angemessenen Arbeitsplatz mit Aufstiegspektiven, der es ihnen erlaubt, eine Familie zu gründen oder unabhängig und selbstbestimmt zu leben. Insofern kann europäische Bildungspolitik dazu beitragen, berufliche Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Eingliederung verstärkt am Bedarf der Unternehmen und zukünftigen Arbeitsmärkte zu orientieren.

Festzuhalten ist: Die strukturelle Asymmetrie der Beziehungen zwischen Europa und südlichem und östlichem Mittelmeerraum setzt sich auch in den Kulturbeziehungen fort. Das übergeordnete Ziel der kulturellen und bildungspolitischen euro-mediterranen Zusammenarbeit sollte darin bestehen, kulturelle Annäherung und freie Zirkulation, die Mobilität von Ideen, Werten, kulturellen Akteuren/Individuen und Produkten im Mittelmeerraum zu fördern.

Doch die bestehenden Hindernisse dafür sind vielfältig: Präsenz und Engagement staatlicher wie freier Kulturakteure aus den südlichen und östlichen Mittelmeerländern in den bestehenden euro-mediterranen Kooperationsstrukturen und Programmen sind vergleichsweise gering. Zudem sind viele freie Kulturakteure europaskeptisch und lehnen eine offizielle gemeinsame europäische Kulturpolitik eher ab.

Hinzu kommt der politische Unwille der EU-Mitgliedstaaten, Kompetenzen in kulturellen Fragen an die EU abzugeben. Gleichzeitig nutzen die EU-Mitgliedstaaten aber auch teilweise das „System EU“, indem sie sich EU-Mittel und EU-Strukturen zu eigen machen und auf diesem Weg ihre nationalen Außenkulturpolitiken weiterverfolgen. Doch

wenn die EU zunehmend als globaler Akteur aktiv ist und über zunehmende außenpolitische Kompetenzen verfügt, dann muss sie auch die kulturelle Dimension ihrer außenpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen in der Welt stärker berücksichtigen. Kultur- und bildungspolitische Programme können zunehmend als Instrumente der Entwicklung und der Konfliktprävention betrachtet werden.

Abgesehen von den bisherigen schwer messbaren Ergebnissen europäischer auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik haben sich in den letzten Jahren und verstärkt durch den Arabischen Frühling informelle und formelle transnationale Netzwerke in Kultur Bildung im Mittelmeerraum herausgebildet. Bereits existierende Netzwerke wurden gestärkt oder sind gewachsen. Die Kultur- und Wissenschaftsakteure haben sich die bestehenden Kooperationsrahmen zu eigen gemacht, und das Mittelmeer als kultureller Bezugspunkt oder Brückenregion hat eine gewisse Eigen-dynamik entwickelt.

Diese Akteure definieren gemeinsame Interessen, wie zum Beispiel den Erhalt des materiellen und immateriellen Kulturerbes, den Schutz vielfältiger Filmkulturen, die Unabhängigkeit der Wissenschaft, nachhaltige Bildungschancen oder verbesserte Arbeitsbedingungen und Mobilität für Kulturschaffende und Wissenschaftler im Mittelmeerraum. Diese Dynamik gilt es zu erhalten, zu fördern und weiterentwickeln.

Isabel Schäfer, Politikwissenschaftlerin, ist Senior Research Fellow und Dozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet dort das Projekt „Mittelmeer Institut Berlin (MIB)“.



Keim der Annäherung Im Ausland ist es nicht allzu bekannt, dass es jeden Freitag in Teheraner Galerien Ausstellungseröffnungen gibt und dass es sich dabei um eine sehr junge und dynamische Kunstszene handelt. Beachtlich ist auch der Anteil der Frauen, der diese Szene aktiv unterstützt und in hohem Maße beeinflusst. Gerade im Fall Iran ist Kultur eine der wichtigsten Sphären in der internationale Beziehungsansätze keimen könnten.

Von Azita Ebadi



Über Jahrhunderte hinweg haben sich Orient und Okzident gegenseitig kulturell, künstlerisch und wissenschaftlich beeinflusst, und die gegenseitige Faszination hat im Laufe der Zeit keineswegs abgenommen. Eine große Dimension dieses Austauschs findet heute über die Medien statt, die eine bedeutende Rolle spielen.

Sie informieren, aber konstruieren dabei oft Bilder, die unsere Wahrnehmung beeinflussen. Leider kann die Berichterstattung auch zu Propagandazwecken missbraucht werden. Oft existieren fragwürdige politische Eigeninteressen, die ein gezielt verzerrtes Bild produzieren. Dabei wird im Westen der Orient als der Ort des Fundamentalismus und im Nahen Osten der Okzident als ein Ort des moralischen Verfalls dar-

gestellt. Doch genauso wie die orientalische Kultur und die islamische Religion nicht gleichzusetzen sind mit dem islamischen Extremismus, so sind auch die Werte und Normen der „christlich-abendländischen Kultur“ nicht gleich die des Kolonialismus und Imperialismus.

Durch diese Bilder, die keineswegs auf den Gemeinsamkeiten der Kulturen aufbauen, sondern nur auf den Ängsten und der Intoleranz bestimmter Gruppierungen basieren, werden nur weitere Grenzen zu Gunsten von Verfremdung und Distanz gezogen. Diese Abgrenzung von anderen Kulturen, aus Angst, seine eigene Identität zu verlieren, fördert die dualistische Weltanschauung von Orient gegen Okzident und umgekehrt. Sie gefährdet dabei den notwendigen kulturellen Austausch zur Weiterentwicklung und Erhaltung der Zivilisation.

Genau hier kann die europäische auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ansetzen, den Austausch fördern und als Vermittler den Dialog der Kulturen fortsetzen. Der geistige Austausch soll im Vordergrund stehen und somit die Öffnung neuer Perspektiven ermöglichen.

Ziel soll einzig und allein ein kultureller Austausch auf der Basis gegenseitigen

Respekts, fernab jeder Bewertung und Beurteilung sein. Und gerade in der heutigen Zeit ist diese Horizonterweiterung absolut notwendig, deswegen kann EUNIC, das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, als Wegbereiter eine entscheidende Rolle spielen.

Natürlich ist Kultur kein Allheilmittel, sie kann aber unter bestimmten Bedingungen das verlorene Vertrauen wieder herstellen und weitere Verknüpfungen zur Völkerverständigung aufbauen. Als Botschaft des Friedens und der Toleranz kann die Kultur neue Impulse für weitere internationale Beziehungen ermöglichen. Diese positive Entwicklung kann wiederum die ökonomischen, ökologischen, politischen und sozialen Kooperationen unterstützen und unter Umständen neu definieren. Gerade im Fall Iran ist Kultur eine der wichtigsten und wenigen noch greifbaren Möglichkeiten, in der internationale Beziehungsansätze keimen könnten.

Nicht selten sind auch ein Mangel an Information und Kommunikation der Grund für das Nicht-Stattfinden von kultureller Kooperation. Im Ausland ist es nicht allzu bekannt, dass jeden Freitag in Teheraner Galerien Ausstellungseröffnungen stattfinden und dass es sich dabei um eine sehr junge und dynamische Kunstszene handelt. Besonders wichtig zu erwähnen ist auch der beachtliche Einsatz der Frauen, die diese Szene aktiv unterstützen und in hohem Maße beeinflussen.

Gefragte iranische Kunst und Kultur

Gerade nach der Revolution stieg die Zahl der Galeristinnen, Dozentinnen, Studentinnen und Künstlerinnen enorm an und überwiegt zum größten Teil sogar die Zahl ihrer männlichen Kollegen. Im Übrigen wächst das Interesse an Kunst allgemein

trotz des Mangels an staatlichen und ausländischen Fördermitteln stetig an und dies zeigt, dass in diesem Land große Potenziale im Kunstbereich vorhanden sind.

Künstler arbeiten in diesem Land schon seit vielen Jahren unter extrem erschwerten Bedingungen. Ihre Werke zeugen von ihrem Lebensmut und dokumentieren ihre Aufmerksamkeit und Anteilnahme ihrem Umfeld gegenüber. Mitten in einer Region, in der Frieden seit Jahrzehnten eine Wunschvorstellung ist, haben Kunst und Kultur weit mehr Funktionen als nur die, Fragen nach der Schönheit und der Kreativität zu beantworten. Diese Werke sind Zeitzeugen einer Kultur, die ihre Identität zu behüten und zu beschützen versucht.

Iranische Kunst und Kultur sind auch im Ausland gefragt, doch leider haben sie nie eine angemessene Unterstützung, weder national noch international, erhalten. Seit den 1990er Jahren sind iranische Filme bekannt für ihre einzigartige Ästhetik, und das jährliche Theaterfestival in Teheran überrascht die internationale Theaterlandschaft immer wieder mit kraftvollen Stücken.

Nicht zuletzt hat sich auch die zeitgenössische Kunst trotz aller Schwierigkeiten langsam aber sicher in der Kunstwelt etabliert und ist seit den letzten Jahren auf Kunstmessen, Biennalen und internationalen Ausstellungen erfolgreich vertreten.

Auch iranische Sammler haben vermehrt in die Kunst investiert, und der nationale Kunstmarkt schrieb bis vor kurzem sogar schwarze Zahlen. Doch seit einigen Monaten leidet die Kunstszene in Teheran ebenfalls unter den schweren Sanktionen, dem drastischen Wertverlust der Landeswährung

und dem Devisenkollaps.

Diese haben alle Bereiche des täglichen Lebens stark beeinträchtigt, und unter diesen Umständen sind die Kunstproduktion, Kulturarbeit und sogar der Kunsttransport schwieriger als je zuvor.

Die Werte Europas sind einzigartig und können als wertvolle Inspiration auch anderen Nationen helfen. Europa hat zudem aufgrund des grassierenden Antiamerikanismus entscheidende Möglichkeiten und Potenziale im Nahen Osten, die aber noch nicht voll ausgeschöpft werden: etwa die Rolle des Vermittlers und ehrlichen Maklers. Weil der alte Kontinent hier noch seinen Weg sucht, konnte er bisher nicht maßgeblich zur Stabilisierung der Lage in dieser Region beitragen.

Auch die verschärften Sanktionen, die die iranische Bevölkerung schwer treffen und bei ihr Misstrauen hervorrufen, helfen nicht weiter. Trotzdem gibt vor allem die junge Generation die Hoffnung auf eine Partnerschaft mit dem Westen nicht auf. Immerhin existieren substanzielle wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten, und diese werden der Isolation wohl früher oder später ein Ende bereiten.

Es besteht kein Zweifel: Europa steht in Bezug auf seine Kulturpolitik mit dem Iran vor einer großen Herausforderung – und auch vor einem Dilemma. Einerseits wollen die Europäer die Verbindungen mit Iran wegen seiner bedeutenden geo-politischen Lage aufrecht erhalten. Andererseits müssen sie auf ihre Partner, die Vereinigten Staaten und Israel, Rücksicht nehmen.

Bisher haben es Europa und Iran nicht geschafft, kulturelle Angelegenheiten getrennt

von der Politik zu betrachten, obwohl gerade in diesem Fall eine Trennung notwendig ist: Meines Erachtens können durch kulturelle Projekte und basierend auf Gemeinsamkeiten eine Annäherung und der Aufbau von bilateralen Beziehungen versucht werden. Diese Situation, die auch noch durch die komplizierte inneriranische Lage erschwert wird, hat in den letzten Jahren nicht nur der Kultur des Irans große Schäden zugefügt, sondern auch den Austausch mit der Welt blockiert.

So haben sich in den letzten Jahren die Aktivitäten der verschiedenen ausländischen Kulturinstitutionen nur noch auf die Sprachvermittlung reduziert. Einerseits, weil sie seitens der iranischen Regierung eingeschränkt wurden, und andererseits, weil die Institutionen, statt nach neuen kulturellen Austauschmöglichkeiten zu suchen, ihre Kulturförderung vollständig eingefroren haben. Dieses Vorgehen wurde seitens der Kulturszene als Desinteresse an regionaler Kunst wahrgenommen und hat dazu geführt, dass bestehende Verbindungen an Stärke und Intensität verloren haben.

Reduzierung auf Sprachvermittlung

Aktiv ist einzig und allein das Österreichische Kulturforum in Teheran, das regel-

„Seit den 1990er Jahre sind iranische Filme bekannt für ihre einzigartige Ästhetik, und das jährliche Theaterfestival in Teheran überrascht die internationale Theaterlandschaft immer wieder mit kraftvollen Stücken.“

„Es ist an der Zeit, dass sich eine unabhängige Organisation, die international agiert, ohne jegliche Hintergründe und Einschränkungen nur der Kultur und Kunst widmet, und zwar mit der Beteiligung aller Nationen und Kulturen. Und weil die Kunst eine weltliche und universelle Sprache zwischen Menschen ist, sollte hierfür auf der internationalen Ebene eine Zone eingerichtet werden, in der auch die Regeln der einzelnen Länder geachtet werden. Diese soll über alle Grenzen hinaus ein gemeinsames Ziel verfolgen, ‚Fördern-Erhalten-Erweitern‘, um eine Zukunft ohne kulturelle Barrieren und höchstmöglichen Austausch zu sichern.“

Shahnaz Zehab, Künstlerin, Fachbereichsleiterin an der Kunsthochschule Teheran und Mitgründerin der Künstlergruppe 30+.

mäßig Kulturprogramme und Künstlerresidenzen anbietet. Sehr selten werden auch einzelne Veranstaltungen seitens der Botschaften organisiert, die aber nicht effektiv sind, denn wenn Kultur auf eine Abendveranstaltung reduziert wird, ist sie schwer vermittelbar. Angebracht wären langfristige Projekte mit der Orientierung auf eine interkulturelle Zusammenarbeit, um wieder Boden zu gewinnen.

Auch der Iran braucht die EU, um sich aus der Isolation und der jahrzehntelangen Embargophase zu befreien. Dabei haben beide Seiten ihre eigenen Bedingungen, auf die der jeweils andere noch nicht eingehen möchte. Und angesichts der geschichtlichen Ereignisse und der Brennpunkte in dieser Region ist es sehr schwer, eine gemeinsame Basis zu finden.

In der gemeinsamen Kulturarbeit können aufkommende Missverständnisse durch Transparenz und Aufklärung beseitigt wer-

den. Dabei sollte beachtet werden, dass dies nur mit Hilfe der lokalen Kulturschaffenden zu bewältigen ist, denn nur sie verfügen über das erforderliche Wissen in Bezug auf die Möglichkeiten und Gegebenheiten. Somit können sie geeignete Formate und Projekte nach Bedarf vorschlagen und ihre Umsetzbarkeit abwägen.

Kunst und Kulturförderung sind aber essentiell, und die Szene im Iran sieht den Austausch mit dem Westen als notwendig an. Kunst- und Kulturströmungen können nicht verhindert oder voneinander abgegrenzt werden. Sie beeinflussen sich gegenseitig, und nur so kann die Kunst leben und der künstlerische Nachwuchs gedeihen.

In der internationalen Kulturförderung sollten Aktivitäten möglichst direkt mit Galerien und Künstlern vereinbart werden. Mit weniger Bürokratie und einem Fokus auf individuelle Projektkonzeption bietet sich ein größerer Handlungsspielraum.

Daneben ist die Schaffung eines internationalen Begegnungsraums für iranische Künstler notwendig. Das kann als Künstlerresidenz innerhalb des Iran oder in einem der Nachbarländer erfolgen. Voraussetzung ist natürlich eine Lockerung der Visaangelegenheiten.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Zusammenarbeit wäre die Förderung von Workshops und Vorträgen in Iran. Diese können in Kooperation mit Universitäten ein breites Publikum erreichen und im Rahmen von Forschung und Wissenschaft auch weitere Möglichkeiten bieten.

Die Rolle, die EUNIC, dem europäischen Netzwerk nationaler Kulturinstitute, in diesem Zusammenhang zukommt, ist eine sehr wichtige. EUNIC hat den Vorteil, dass es sich hierbei um einen europäischen Verband handelt, der im Iran aufgrund seiner transnationalen Struktur sogar eine Art

„kultureller Immunität“ jenseits von einzelstaatlichen Interessen besitzt. Auf solchem Fundament sind weitere Kulturinitiativen möglich, die allerdings auch geeignete Rahmenbedingungen erfordern.

Bei der Umsetzung sollten überkommene und veraltete Methoden durch neue flexible Strategien ersetzt werden, die unbedingt mit Hilfe der lokalen Kulturschaffenden entwickelt werden müssten.

Im Dezember 2012 hat EUNIC in Teheran ein Cluster ins Leben gerufen, das ein vielversprechender Ausgangspunkt für stärkere Kulturbeziehungen zwischen dem Iran und der EU werden kann. Um diesen erfreulichen Neustart noch weiter in Fahrt zu bringen, sollten weitere Pläne strategisch konstruiert und Projekte als langfristige Beiträge zur Kultur und zeitgenössischen Kunst gefördert werden.

Azita Ebadi ist Kunst- und Kulturmanagerin und leitet die internationale Sparte von „Art Tomorrow“, einem bilingualen vierteljährlichen Magazin, das in Teheran erscheint. Von 2004 bis 2008 war sie Filmkoordinatorin des Hauses der Kulturen in Berlin. Zurzeit lebt sie in Teheran.

Überwindung der Opferrolle Palästina braucht dringend eine kulturpolitische Vision, die Verbindungen zwischen verschiedenen palästinensischen kulturellen Identitäten im Exil, im Gaza-Streifen, in Israel und im Westjordanland herstellt, anstatt die politische und geografische Fragmentierung der Palästinenser weiter voranzutreiben. Kultur sollte eine Plattform sein, um mögliche Wege für die Zukunft zu finden, statt in der Position des klagenden Opfers zu verharren. Wie kann Europa dabei helfen? *Von Yazid Anani*



im Zuge der internationalen Finanzkrise bemühen sich viele Kulturinstitutionen in Palästina um alle möglichen Arten der Kulturförderung – egal, ob das jeweilige Thema den Zielen und der Kapazität ihrer Institution entspricht oder nicht. Ein harter Überlebenskampf drängt Institutionen dazu, ihre Ziele andauernd zu verändern, sich den Bedingungen und Themen verfügbarer Förderungen anzupassen und nachzuweisen, dass sie dafür in Frage kommen.

Im Westjordanland und im Gaza-Streifen verbindet die meisten etablierten Kulturprojekte, dass sie den gerade aktuellen Themen nachjagen, an die eine finanzielle Förderung gekoppelt ist. Der fortwährende Diskurs, den sich palästinensische Kulturinstitutionen auf ihre Fahnen geschrieben haben, orientiert sich an der Rhetorik vom Aufbau eines künftigen demokratischen und souveränen palästinensischen Staates und ist im Einklang mit den Zielen ausländischer Kulturförderung. Diese aktuelle Ausrichtung der Kultur erfindet die Geschichte des kulturellen Schaffens in Palästina neu, ganz so, als habe Palästina erst durch die finanzielle Hilfe ab 1996 zu existieren begonnen.

Nach beinahe zwei Jahrzehnten der Kulturförderung und den jüngsten Kürzungen

Die meisten dieser Institutionen sind verschuldet. Sie überleben, weil sie die Kunst beherrschen, Anträge für kleinere Förderungen zu schreiben. Mit diesen können sie sich dann noch ein bisschen länger über Wasser halten. Kulturinstitutionen in Palästina überleben vor allem deshalb, weil internationale Geldgeber Kultur fördern. Manchmal bewerben sich Einrichtungen um Stipendien und Fördergelder, die für andere Disziplinen (Umwelt, Menschenrechte, Gender, Bildung etc.) vorgesehen sind und versuchen diese in ihre institutionellen Ziele zu pressen, um das zum Überleben notwendige Geld zu erhalten. Dieses Verhalten hat große Auswirkungen auf das Kulturschaffen in Palästina. Nun geht es darum, zu überleben. Nicht darum, die Gesellschaft voranzubringen.

Aufrütteln muss im palästinensischen Kulturleben außerdem die Tatsache, dass Kritik sowie Publikationen zum öffentlichen Kulturdiskurs fehlen. Entsprechende Diskussionen finden weltweit vor allem auf Konferenzen und in Magazinen statt. Diese ermöglichen aber keinen Diskurs vor Ort, der Verbindungen herstellen könnte zwischen dem öffentlichen und dem kulturellen Leben. Insbesondere in der bildenden Kunst gibt es gegenwärtig eine Sehnsucht nach Universalität. Diese Entwicklung markiert eine große historische Wende in den letzten zwei Jahrzehnten.

Die Widerstandskunst der 1980er Jahre, die sowohl in der Gesellschaft als auch in der politischen Ideologie dieser Zeit verwurzelt war, hat sich gewandelt. Nun werden in zeitgenössischen Gestaltungsformen Themen verfolgt, die dem Fetisch und Exotismus des politischen Kampfes in Palästina entgegenkommen. Diese bei jüngeren Künstlern sehr beliebten Werke werden auf internationalen Kunstmessens, in Museen und Galerien ausgestellt. Dabei hat die bildende Kunst in Palästina eine internationale Sprache entwickelt, in der man Einheimische oftmals nicht erreichen kann. Denn sie wurde geschaffen, um mit der globalen Kunstindustrie und winzigen intellektuellen Schichten vor Ort zu kommunizieren, die jeweils den gleichen globalen Netzwerken angehören.

Die arabische Welt als wissenschaftliche Abhandlung

Eines der wichtigsten Probleme der Kultur in der arabischen Welt, das auch für Palästina symptomatisch ist, besteht darin, dass sie zu einer Art wissenschaftlichen Abhandlung geworden ist – verbunden mit dem globalen Diskurs, aber getrennt vom lokalen

Leben. Das Monopol der Linken im Kulturmanagement der arabischen Welt verhindert ein Verständnis der alarmierenden gesellschaftlichen Spaltung und der Ausbreitung von Extremismus und Sektierertum. Noch problematischer aber ist, dass dieses Monopol der Linken in vielen Fällen weiterhin jede Art von Kommunikation auf kultureller Ebene für Dialog und Verständnis mit der „Rechten“ verweigert. Kulturschaffen beschränkt sich deshalb manchmal auf kleinere Kreise der Gesellschaft. Eine Ausnahme bilden rein unterhaltende Programme für ein Massenpublikum, die sich aber nicht kritisch zu gesellschaftlichen oder politischen Fragen äußern.

Kultur im Sinne der Kultivierung und Förderung einer Person oder einer Gesellschaft ist ein Prozess. Dieser ermöglicht Transformation, Weiterbildung und Austausch. Und er befähigt Institutionen dazu, sich darauf zu konzentrieren, Narrative zu produzieren, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Dilemmata in Folge des politischen Wandels auseinandersetzen. Verantwortungsbewusstes kulturelles Schaffen bedeutet darüber hinaus, Geschichte zu erforschen, um die Gegenwart zu verstehen und sich die Zukunft vorstellen zu können – im Gegensatz zum gegenwärtigen neoliberalen Diskurs der „Tabula rasa“ und der Neuerfindung von Geschichte.

Wir brauchen dringend visionäre kulturpolitische Vorgehensweisen, die den Weg dahin bereiten, Verbindungen zwischen verschiedenen palästinensischen kulturellen Identitäten im Exil, im Gaza-Streifen, in Israel und im Westjordanland herzustellen, anstatt die politische und geografische Frag-

mentierung der Palästinenser weiter voranzutreiben. Schließlich sollte man Kultur unbedingt als Plattform nutzen, um mögliche Wege für die Zukunft zu finden, statt in der Position des klagenden Opfers zu verharren.

Die gesamte Kulturförderung für Palästina sollte grundsätzlich neu bewertet werden. Es folgen nun einige persönliche Einsichten zu dem Thema, wie Hilfe im Kultursektor ein kreativeres und kritisches Kulturschaffen fördern kann. Diese Vorschläge basieren auf meinen eigenen Erfahrungen und meiner Teilnahme am Kulturleben in Palästina. Sie decken sich nicht unbedingt mit den Sichtweisen der meisten palästinensischen Kulturschaffenden.

Einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer Reform besteht darin, geförderte Projekte nicht länger auf eine bestimmte Altersgruppe oder eine spezielle gesellschaftliche Gruppe zu beschränken. Wenn Kultur ein Prozess ist, der die Gesellschaft voranbringen kann, dann sollte der Begriff „Publikum“ durch den Plural ersetzt werden, durch verschiedene Arten von Publikum. Aktivitäten im Rahmen eines jeden finanzierten und unterstützten Projekts sollte man so planen, dass sie verschiedene soziale Gruppen ansprechen, aber nicht notwendigerweise mit einer einzigen Aktivität.

Indem man sich an verschiedene Arten

„Ein harter Überlebenskampf drängt Institutionen dazu, ihre Ziele andauernd zu verändern, sich den Bedingungen und Themen verfügbarer Förderungen anzupassen und nachzuweisen, dass sie dafür in Frage kommen.“

von Publikum richtet, führen die unterschiedlichen Stadien eines Projekts zu Diskursen und erreichen ein größeres Spektrum an Menschen.

Kulturförderung hat die bestehenden Verbindungen von Akteuren des kulturellen Lebens aus verschiedenen Generationen unterbrochen. Dabei ist es besonders wichtig, durch Projektaktivitäten einen Dialog zwischen verschiedenen Generationen in Gang zu bringen, damit Geschichte mit einbezogen wird, um die Gegenwart zu verstehen und eine bessere Zukunft zu gestalten.

Sich an verschiedene Arten von Publikum zu richten, hat noch einen anderen Vorteil: Es bietet die Möglichkeit, vielfältige Narrative zu schaffen, insbesondere eine Synthese zwischen populären und fachbezogenen (wissenschaftlichen) Narrativen. Diese Kombination bringt Diskrepanzen zum Vorschein sowie den Disput zwischen dem Gelebten und dem Hypothetischen, zwischen dem Aberglauben und dem Normativen, zwischen unmittelbaren und anderen Bedürfnissen, zwischen dem Wahrgenommenen und dem Imaginierten und so weiter. Ein solcher Schritt hin zu einem Wandel der Kulturförderung überbrückt die immer größer werdende Kluft zwischen der kulturellen Elite und der Populärkultur. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, durch kulturelle Projekte eine Grundlage für Dialog und Netzwerke zu schaffen – zwischen Palästinensern im Gaza-Streifen, im Westjordanland, in Israel und im Exil.

Ein weiterer notwendiger Schritt, um Kulturförderung wirklich zu verändern, ist eine neue Strukturierung der Prozesse und der Methodik der Projektorganisasi-

on. Geldgeber, die palästinensische Kultur unterstützen, interessieren sich gegenwärtig vor allem für das „Produkt“, mit dem man die finanzielle Förderung rechtfertigt und legitimiert. Es hat bereits viele Kulturprojekte gegeben, die etwa Veranstaltungen, Ausstellungen, Objekte, Publikationen oder Filme hervorbrachten und die von der Öffentlichkeit sowie von Kulturschaffenden vor Ort heftig kritisiert, von Förderern aber gefeiert wurden.

Die Geldgeber tun eher wenig dafür, um eine bestimmte Qualität im kulturellen Sektor zu garantieren. Die Bewertung eines Projekts orientiert sich größtenteils daran, ob Leistungen erbracht und die einzelnen Komponenten eines Projekts tatsächlich zu einem Abschluss geführt wurden. Im Folgenden finden sich einige methodische Herangehensweisen, auf denen Geldgeber bestehen könnten, um die Qualität der von ihnen geförderten Kulturprojekte zu garantieren:

- Vergewissern Sie sich, dass bei der Organisation des Projekts eine Recherchephase inbegriffen ist, bei der Archivrecherche und qualitative Forschungsmethodik zum Einsatz kommen, um Recherchematerial zu beschaffen, das dann in Form von Filmen, Veröffentlichungen oder auch auf andere Art verbreitet wird. Dieser Schritt ist sehr wichtig, weil viele Vorgehensweisen im Kulturleben der letzten Zeit die Geschichte neu erfinden, anstatt zu recherchieren, was bereits getan wurde und darauf aufzubauen.
- Stellen Sie sicher, dass die zu einem Projekt gehörenden Aktionen außerhalb der ausrichtenden Institution stattfinden, sich an einen öffentlichen Raum wenden und/oder von anderen

Institutionen beherbergt werden. Es ist wichtig, sich nicht nur auf Institutionen und Gebäude zu beschränken, sondern zu anderen Arten des Lernens anzuregen. Zum Beispiel ist Spazieren gehen eine sehr gesunde und dialektische Methode, um etwas über eine Stadt, ihre Bewohner, über Geografie, Natur, Geschichte, Erbe, Architektur und andere Themen der Zeit zu erfahren. Partizipative Kunst ist ein anderes Beispiel dafür, wie Künstler, Tänzer, Musiker und Schauspieler in ihrem kreativen Prozess mit Menschen zusammenarbeiten. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass Kultur im täglichen Leben verankert und weniger als elitäre Praxis betrachtet wird. Straßenfestivals, Paraden, gemeinsames Kochen als geselliges Treffen und viele andere Arten öffentlicher kultureller Aktivitäten helfen, einen neuen Zugang zum kulturellen Schaffen in Palästina zu finden.

- Bildung ist der Schlüssel für zukünftige Generationen. Die meisten Kulturprojekte, die sich mit Bildung beschäftigen, sind auf Schulen und Curricula beschränkt. Man sollte Bildung aber als wesentlichen Bestandteil aller Kulturprojekte begreifen. Alle Formen von Förderung sollten einen Bezug zu Schulen und Studenten haben, unabhängig davon, welche Institution sich um die Förderung bewirbt. Durch die Zusammenarbeit mit Schulen und Studenten wird die Jugend in die Kulturprogramme einbezogen. Anstatt in die Schulen zu gehen, bringt man die

Schulen in verschiedene Kulturräume Palästinas. Kreative Aktivitäten wie Spaziergänge, Paraden, Gespräche oder gemeinsames Kochen sollten dabei nicht als Endprodukt eines Projekts verstanden werden, sondern vielmehr als untergeordnete Aktivitäten, die Wissen bündeln und schließlich in eine abschließende Aktion münden.

Austausch sollte auf gemeinsamem Lernen und Netzwerken aufbauen, statt sich auf dem Vorsatz, etwas zu produzieren. Einer der problematischsten Aspekte bei internationalen Künstlern, die über einen Austausch nach Palästina kommen, sind Projekte, die auf Erfahrungen mit „politischem Tourismus“ basieren, aber in keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten stehen. Diese Künstler schaffen innerhalb eines Monats Objekte für eine Ausstellung, die dann zu Bezugspunkten werden für das, was palästinensische Kunst auf dem internationalen Kunstmarkt darstellen könnte. Dies wiederum prägt leider in manchen Fällen die Förderpolitik.

Diskurse abseits von Ideologien

„Es hat bereits viele Kulturprojekte gegeben, die etwa Veranstaltungen, Ausstellungen, Objekte, Publikationen oder Filme hervorbrachten und die von der Öffentlichkeit sowie von Kulturschaffenden vor Ort heftig kritisiert, von Förderern aber gefeiert wurden.“

Deshalb sollte durch Kultur produziertes Wissen zu einem Diskurs abseits von politischen Ideologien führen. Er sollte auf lokalem Wissen basieren und nicht länger Stereotype oder oberflächliches Wissen wiederkäuen. Kulturprojekte sollten vor allem darauf abzielen, marginalisiertes Wissen auszugraben, mit dem sich die Gesellschaft weiterentwickeln kann.

Die Produktion von Wissen sollte sich auch nicht alleine darauf beschränken, Krisen zu beschreiben und Fakten aufzulisten, sondern auf Geschichte zurückgreifen, um mit ihrer Hilfe die Gegenwart zu verstehen und sich eine Zukunft zu erträumen und auszumalen. Außerdem ist ein interdisziplinärer Ansatz sehr nützlich, um ein Thema zu recherchieren und zu untersuchen. Architektur kann zum Beispiel durch eine botanische oder astrologische Brille gesehen werden und Umweltthemen lassen sich durch Animationsfilme oder andere Arten von Filmen ergründen.

Zudem ist es wichtig, verschiedene Generationen von Kulturschaffenden in ein gemeinsames Projekt einzubinden. Dies hilft nicht nur, stärkere Netzwerke zwischen Kulturinstitutionen aufzubauen, sondern ermöglicht es auch, Erfahrungen auszutauschen und die Kluft zwischen den Generationen zu überbrücken.

In der kulturellen Infrastruktur Palästinas herrscht vor allem ein Mangel an Publikationen und Kulturkritik. Die meisten Institutionen beschäftigen sich intensiv damit, Veranstaltungen, Ausstellungen und andere kulturelle „Produkte“ hervorzubringen, aber im Vergleich zu ähnlichen Aktionen in der Region oder auf dem Globus wird über diese

Projekte weniger geschrieben. Kulturkritik sollte in einem vierteljährlich erscheinenden Magazin veröffentlicht werden, das nicht nur die zahlreichen Projekte in Palästina dokumentiert, sondern auch eine kritische Lesart dieser Projekte ermöglicht und dabei lokale und globale gesellschaftspolitische Gegebenheiten berücksichtigt.

Die meisten Kulturprojekte konzentrieren sich auf urbane Räume und insbesondere auf wichtige städtische Zentren wie Ramallah und Bethlechem. Viel seltener richten sie sich an abgelegene Regionen und Dörfer. Dies soll nicht heißen, dass man nur dezentrale Kulturinstitutionen finanziell unterstützen sollte. Im Gegenteil. Der Ort des Projekts ist entscheidend, nicht die durchführende Institution. Die Auswahl der Institutionen muss sich an ihren Verdiensten orientieren, nicht an ihrem Standort.

Kultur sollte letzten Endes zu neuen Ideen und Meinungen anregen statt lediglich Wirklichkeiten zu beschreiben.

Yazid Anani ist Assistant Professor für Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung an der Birzeit University, Ramallah. Er ist zurzeit Vorsitzender des Hochschulrats der Internationalen Kunstakademie Palästina. Seine Arbeits- und Forschungsinteressen sind koloniale und postkoloniale Räume sowie der Zusammenhang von Architektur, Neoliberalismus und Macht.

Am Puls des Kontinents Die EU wird ihre Strategie verändern müssen, denn viele afrikanische Länder lernen, wie sie ohne Europa überleben. Dort behaupten sich unter anderen China, Japan und Indien. Um sich wieder effektiv engagieren zu können, muss Europa seine igno-rante Haltung gegenüber Afrika überwinden, das fiktive Konstrukt von Entdeckern und Missionaren aus alter Zeit verwerfen und versuchen, den Puls des Kontinents zu fühlen. *Von Peter Kimani*



wurde, der noch viele mehr in ihrem eigenen Land versklavte.

Das aus Christentum, Kommerz und der Zivilisierung der Afrikaner bestehende europäische Mantra ist größtenteils als eigen-nützige Fiktion entlarvt. Europas kulturelle Hegemonie in Afrika basiert auf dem fiktiven Narrativ über die Rückständigkeit des Kontinents – was nur Europas ignorante Haltung gegenüber Afrika und den Afrikanern be-stätigt.

Deshalb also die Frage: Wie kann sich Europa im 21. Jahrhundert in für beide Seiten interessanten Feldern – von Kultur bis Bildung – wieder in Afrika engagieren und dabei Erfolge erzielen – ohne den Ballast der Vergangenheit?

Die Antwort ist zugleich einfach und schwierig: Europa muss neu lernen, was Afrika tatsächlich ausmacht – jenseits der „Out of Africa“-Rhetorik, die Entdecker und Missionare gefördert haben sowie später ihre Nachfolger, die internationalen Korrespondenten, die an ihrer Rolle gescheitert sind, über Afrika Bericht zu erstatten und es der Welt zu erklären.

Der Kontinent wird stark mit dem Schlagwort „Out of Africa“ in Verbindung gebracht. Da ist es vielleicht hilfreich, dessen Ursprung aufzudecken, um aufzuzeigen, wie Europa

Sklaverei und Kolonialismus sind die zwei traumatischen Erfahrungen, die das europäische Verständnis von Afrika geprägt haben. In jüngerer Zeit musste sich Afrika mit dem Neokolonialismus herumschlagen, ein Konzept, das vage definiert ist als die Erneuerung kolonialer Netzwerke. Diese erlauben es Europa, weiterhin wirtschaftlichen Einfluss in Afrika geltend zu machen, ohne das Land überhaupt zu betreten.

Es ist nicht überraschend, dass die Kulturbeziehungen zwischen Europa und Afrika oft durch die historische Linse gefiltert worden sind. Währenddessen ringt Afrika mit dem Erbe dieser verheerenden Erfahrungen und versucht die Frage zu beantworten, wie es zur Massendeportation von Millionen in Ketten gelegter Männer und Frauen kommen konnte, bevor dann der Kolonialismus eingeführt

eine neue Haltung gegenüber Afrika entwickeln kann. Der erste logische Schritt besteht darin, die Genealogie dieses irreführenden Ausdrucks „Out of Africa“ nachzuvollziehen.

Im Herbst 2007 nahm ich an einer Vorlesungsreihe des „International Writing Program“ der Universität von Iowa teil. Wie die zwei Dutzend anderen Schriftsteller aus der ganzen Welt hatte ich dort ein Autorenstipendium. Der Titel meiner Vorlesung, „Out of Africa“, gehörte zu einem Oberthema: dem Schreiben im Zeitalter von Migration, Exil und Diaspora. In meiner Vorlesung versuchte ich darzulegen, wie man Afrika im Laufe der letzten Jahrhunderte durch verschiedene Linsen betrachtet und sich immer neu ausgedacht hat. Die Bandbreite reichte von europäischen kolonialen Adeligen wie Isak Dinesen (auch bekannt als Karen Blixen), die sich ein Zuhause in Kenia einrichteten, bis hin zu den Erzählungen des einstigen Sklaven und späteren Aktivistinnen gegen Sklaverei, Olaudah Equiano (der aus dem heutigen Nigeria stammte).

Migration, Exil und Diaspora

Schwarz zu sein, wurde von der afrikanischen Diaspora im Europa der 1930er Jahre als Quelle des Stolzes betrachtet. Auch die Harlem-Renaissance der 1920er Jahre hielt die Afroamerikaner dazu an, „black pride“ zu zeigen. Sie beriefen sich auf die Würde, die man den Schwarzen in Europa und Nordamerika in Jahrhunderten der Unterdrückung und kulturellen Unterwerfung genommen hatte.

Meine Analyse zielte vor allem darauf ab einzuschätzen, was Afrika jenen bedeutete, die von dort weggegangen waren, freiwillig oder gezwungenermaßen, sowie jenen Ausländern, die sich ein Zuhause auf afrikanischem Boden geschaffen hatten. Heute

kann ich zugeben, dass meine Analyse fehlerhaft war. Denn ich bezog mich auf ein in der westlichen Wissenschaft vorherrschendes Narrativ, nach dem die Geschichte des Kontinents im Rahmen der Beschränkungen durch den Kolonialismus betrachtet wird, als nämlich der Kontinent von europäischen Missionaren und Abenteurern, den Vorläufern des Kolonialismus, „entdeckt“ wurde. Schon damals war nicht Blixens Roman „Out of Africa“ der Ursprung dieses Ausdrucks, schon damals war er kein neues Phänomen.

Alles begann vielmehr mit dem griechischen Philosophen Aristoteles, der das epideiktische Prinzip ergründete, wie die Rhetorik Charakter und Identität formt. Was aber noch verblüffender ist: Rhetoriker behaupten, dass Aristoteles' Aussage, welche die Verdienste von Männern lobt, die andere Männer versklaven, die Weichen dafür gestellt hat, was Jahrhunderte später in Afrika geschah. Seine „Out of Africa“-Rhetorik wurde hin und wieder zitiert, um den Kolonialismus zu rechtfertigen.

Wie der Historiker Harvey M. Feinberg und der Literaturwissenschaftler Joseph Solodow in ihrem Essay „Out of Africa“ (2002) schreiben, war diese Phrase „ein Sprichwort, das in Griechenland nicht später als im vierten Jahrhundert vor Christus entstand.“ Feinberg und Solodow konnten aber nicht sicher sagen, von wem diese Formulierung stammt, denn sie wurde unterschiedlichen Menschen zugesprochen: Rabelais, Plinius, Aristoteles und Herodot.

„Out of Africa“, so die Autoren weiter, sei eine Verkürzung von „Ex Africa semper aliquid novi“ – aus Afrika gibt es immer etwas Neues. Eine lateinische Redensart, die Plinius

der Ältere bekannt machte, die aber Aristoteles zugeschrieben wird. Letzterer gebraucht sie erstmals in seinem Buch über Naturgeschichte, vor mehr als 2.300 Jahren.

So verwendet sei der Satz zwangsläufig eine allgemeine Feststellung über den Kontinent, schreiben Feinberg und Solodow. „Er zeigt regelmäßig wieder die Einzigartigkeit von Afrika.“ Aber dies war nicht immer seine Bedeutung. Zum ersten Mal gebrauchte Aristoteles den Satz – wie Feinberg und Solodow nachweisen konnten – in seiner „Historia Animalium“, in der er die Verbreitung der Tiere erklärte und wie sie sich von Ort zu Ort unterscheiden. „Es gibt das geläufige Sprichwort (paroimia), dass Libyen wilde Tiere hat, die immer etwas Neues hervorbringen“, zitieren Feinberg und Solodow Aristoteles. Sie fügen hinzu, dass er – auch wenn man sein Werk nicht genau datieren kann – schätzungsweise im späten zweiten und dritten Viertel des vierten Jahrhunderts vor Christus aktiv war, bis er schließlich 322 starb.

„Lassen Sie uns festhalten, dass schon der Name des Kontinents ein großes Problem darstellt“, schreibt der kongoleische Anthropologe und Schriftsteller Valentin-Yves Mudimbe in „The Idea of Africa“. In seinem Buch erklärt er, dass die Vorstellung der Europäer von Afrika ein fiktives Konstrukt ist, das die Welt davon abhält, sich die Narrative des Kontinents vor dem Kolonialismus und vor der Sklaverei zu erschließen, die eine vielfältigere Sicht auf den Kontinent und seine Menschen ermöglichen würden. „Die Griechen nannten

„Schwarz zu sein, wurde von der afrikanischen Diaspora im Europa der 1930er Jahre als Quelle des Stolzes betrachtet.“

es [Afrika] Libyen und jede schwarzhäutige Person einen Aithops. Die Verwirrung beginnt mit den Römern. Sie hatten in ihrem Imperium eine Provinz, die als Afrika bekannt war ... als dann im 15. Jahrhundert die Europäer den Kontinent ‚entdeckten‘, war die Verwirrung komplett.“ In ihrem Buch „The Africa That Never Was“ untersuchten Dorothy Hammond und Alta Jablow vier Jahrhunderte britischer Literatur über Afrika und machten dabei eine erstaunliche Entdeckung. „Eine frühe und hartnäckige Dichotomie teilt die Subsahara-Afrikaner in edle Wilde und bestialische Wilde.“ Das Aufkommen der rassistischen Ideologie bereitete den Boden „für den Sklavenhandel, die Sklaverei und das Imperium.“

Hartnäckige Dichotomie

Einer der frühen britischen Afrikareisenden war John Lok, ein Schiffskapitän, dem es nicht nur gelang, aus seinen Exkursionen großen Profit zu schlagen – er brüstet sich damit, dass er auf einer Reise zehnmal so viel verdient wie er investiert hat – sondern der auch rhetorisch plausibel erscheint, indem er die zu erwartenden Bilder nutzt, um Afrika zu beschreiben, „a people of beastly living, without a God, lawe, religion or common wealth...“ (eigene Übersetzung: „ein wild lebendes Volk, ohne Gott, Gesetz, Religion oder gemeinsamen Wohlstand...“)

Wenn die kolonialen Autoren Afrikas Geschichte in ihrer durch Ignoranz und Vorurteile beschränkten Sicht darstellten, war ihre Rhetorik epideiktisch. Die Texte, die Generationen von Afrikanern und Angehörige der

afrikanischen Diaspora schrieben, wollten wiederum ein anderes Bild von Afrika zeigen. Für gewöhnlich reagierte man auf die Verleumdungen, die in der westlichen Wissenschaft auf dem Kontinent bereits im Umlauf waren. Diese Herangehensweise konnte aber nicht die eine entscheidende Wahrheit ans Licht bringen: Das Afrika in den westlichen Narrativen war eine Erfindung. Mudimbe hat dies in seiner bahnbrechenden Studie „The Invention of Africa: Gnosis, Philosophy, and the Order of Knowledge“ ausgeführt.

Cynthia Brantley zeigt in ihrem Buch „The Giriama and Colonial Resistance in Kenya, 1800-1920“, dass indigene afrikanische Völker entlang der Küste Kenias funktionierende Demokratien hatten. Diese waren organisiert als ein System aus Ältesten, die abwechselnd jedes Dorf vertraten. Die britischen Kolonialisten sahen darin fälschlicherweise ein Machtvakuum, da es keinen offensichtlichen Repräsentanten gab.

Das Gleiche könnte man über Somalia sagen, das inzwischen seit mehr als zwei Jahrzehnten ohne zentrale Regierung existiert. Die einzige stabile Phase gab es in diesem Land um das Jahr 2006 herum, als eine lose Koalition lokaler Milizen als „Union islamischer Gerichte“, die sich um die Institution der Ältesten herum bildete, das Kommando übernahm. Dieses System zerstörten vom Westen unterstützte Kräfte und ersetzten es durch die föderale Übergangsregierung.

Es ist nicht überraschend, dass die Haltung der EU und anderer westlicher Mächte, die Afrika etwas vorschreiben wollen, was oftmals mit einer guten Portion Überheblichkeit einhergeht, kaum zu Ergebnissen führte. Deshalb bleibt Afrika arm – auch wenn inner-

halb der letzten 50 Jahre mehr als 400 Milliarden Dollar gezahlt wurden.

Man kann den Standpunkt vertreten, dass die EU und andere ausländische Mächte das Recht haben, zu erfragen, wie ihre bilateralen Kredite und Beihilfen von der Regierung in Kenia genutzt werden. Aber andere Gruppierungen, wie etwa die kenianische Diaspora, haben diese Summen noch übertroffen und machen kein großes Aufsehen darum, was sie dem Land geben.

Die EU sollte mehr kulturelle Sensibilität beweisen, um nicht zu riskieren, dass sie aufgrund ihrer andauernden Überwachung der kenianischen und anderer afrikanischen Gesellschaften aus dem Land geworfen wird – eine Warnung, die Nairobi kürzlich gegenüber einigen EU-Staaten ausgesprochen hat.

Dies geschah, nachdem die EU eine offene Kampagne gegen die Wahl des vom Internationalen Strafgerichtshof verdächtigten Uhuru Kenyatta startete, was aber nur zur Unterstützung für Kenyatta führte, der 2013 ins Präsidentenamt gewählt wurde. Dies zeigt, dass sich anti-koloniale Stimmungen in Afrika verstärken.

Und das ist kein Einzelfall. EU-Diplomaten tun sich regelmäßig zusammen, um Kenianer zu jedem nationalen Thema anzusprechen – die schiere Hybris. Denn man könnte sich nicht einmal vorstellen, dass sich afrikanische

„Die EU sollte mehr kulturelle Sensibilität beweisen, um nicht zu riskieren, dass sie aufgrund ihrer Überwachung afrikanischer Gesellschaften aus dem Land geworfen wird – eine Warnung, die Nairobi kürzlich gegenüber einigen EU-Staaten ausgesprochen hat.“

Diplomaten in London, Paris oder Bonn treffen, um zu sagen, was nach Meinung der Afrikaner am besten für Europa ist.

Die EU wird ihre Strategie verändern müssen, denn viele afrikanische Länder lernen, wie sie ohne Europa überleben. Dies gilt umso mehr angesichts von Veränderungen in der globalen Geopolitik. Dort behaupten sich unter anderen China, Japan und Indien. Zudem wird wohl die Entdeckung natürlicher Ressourcen wie Öl und Gas die Wirtschaft afrikanischer Länder transformieren.

Die EU könnte mehr Erfolge erzielen, wenn sie eine eher beratende Haltung einnehmen würde. Ihre bilaterale Unterstützung Afrikas sollte zudem besser auf lokale Bedürfnisse abgestimmt sein. Kürzlich bestätigte ein Bericht der NGO „Development Initiatives“, dass Ostafrika im Jahr 2011 rund neun Milliarden Dollar von den USA erhielt und der Löwenanteil in den Bereich Gesundheit floss. Dabei hießen die Prioritäten der Ostafrikaner Arbeit, Einkommen und Entwicklung der Infrastruktur.

Die Kluft zwischen Europa und Afrika wird wahrscheinlich noch weiter dadurch vergrößert, dass man Entwicklungshilfe mit der Unterstützung bestimmter Rechte verbindet – etwa auf Abtreibung oder Gleichstellung Homosexueller – die unter Umständen im Widerspruch zu kulturellen Werten in Afrika stehen. Das kann sogar zu härteren Strafen führen wie im Fall von Uganda. Dort hat das Parlament vor kurzem die lebenslange Haft für Homosexuelle befürwortet, zweifelsohne als Zeichen des Protests gegen Europa.

Um den Austausch mit Afrika in Kultur und Bildung zu fördern, muss Europa neu lernen, was Afrika ausmacht. Es muss sich

von dem in einer „Out of Africa“-Rhetorik erfundenen mythischen Afrika verabschieden, zu diesem Kontinent aufbrechen und entdecken, was dort wirklich vor sich geht. Man muss tiefer in die Kultur eintauchen als die europäischen Tagebuchschreiber und Reisejournalisten und darf nicht motiviert sein von der europäischen Nachrichtenagenda, die falsche Vorstellungen von diesem Kontinent und seinen Menschen zementiert. Stattdessen sollte es darum gehen, herauszufinden was Afrikaner antreibt, was ihnen wirklich wichtig ist und wie sie die drängenden Herausforderungen bewältigen wollen.

Wenn Europa es schafft, seine ignorante Haltung gegenüber Afrika zu überwinden, wird es nicht nur den Puls des Kontinents fühlen, sondern höchstwahrscheinlich dort Werte finden, die man ins eigene Land einbringen kann.

Ein Sprichwort auf Suaheli fasst eine Weisheit in knappe Worte: „aibu ya maiti, aijua ni mwosha“ („Nur wer die Leiche wäscht, kennt ihre Fehler“). Nur die Kenianer selbst wissen, worüber sie sich in ihrem Land die größten Sorgen machen. Schließlich haben sie nur dieses eine Land. Wenn es ernste Probleme gibt, wie das manchmal so ist, können sie nicht einfach in Flugzeugen flüchten oder in gepanzerten Fahrzeugen evakuiert werden. Dieses Privileg haben in Afrika nur europäische Expats.

Peter Kimani ist ein kenianischer Journalist, Autor und Doktorand im Studiengang „Creatives Schreiben“ an der University of Houston, Texas.



Region der schnellen Veränderungen Während jahrhundertertealte Handelsrouten neu ausgerichtet werden, bietet die Kultur eine Möglichkeit für Europa, einen „New Deal“ mit Afrika einzugehen. Denn dieser an Ressourcen reiche Kontinent braucht ausgewogenere Beziehungen, die motiviert sind durch das ehrliche Versprechen, gemeinsamen Interessen zu dienen. *Von Farai Mpfunya*



Es ist offensichtlich, dass eine solche Haltung nicht zeitgemäß ist. Denken wir an die Worte des japanischen Kunstsammlers Soichiro Fukutae, der zum Kunstprojekt der Insel Naoshima schreibt: „Du begehst einen Fehler, wenn du Dinge entscheidest, ohne dabei die Natur, die Menschen und ihre Geschichte mit einzubeziehen.“

Afrikas 54 Staaten werden bis zum Jahr 2050 eine Bevölkerung von über 1.5 Milliarden Menschen haben. Der Großteil wird sich aus jungen und zunehmend urbanen Menschen zusammensetzen. Zahlreiche afrikanische Staaten haben bereits jetzt wirtschaftliche Wachstumsraten, die so kein anderer Ort aufweisen kann. Die vielfältige und gebildete afrikanische Mittelklasse versteht, dass der Kontinent seine enormen Ressourcen – Menschen und Bodenschätze – in neu gestalteten Partnerschaften mit anderen Kontinenten effektiv nutzen kann, insbesondere dort, wo es keine gemeinsame Geschichte der Ausbeutung gibt.

Während jahrhundertertealte Handelsrouten neu ausgerichtet werden, bietet die Kultur eine Möglichkeit für Europa, einen „New Deal“ mit Afrika einzugehen. Denn dieser an Ressourcen reiche Kontinent braucht ausgewogenere Beziehungen, die motiviert sind

Viele afrikanische Länder verändern sich in einer Geschwindigkeit, die in Europa zum Teil schwer nachzuvollziehen ist. Deshalb glauben Menschen in manchen Teilen Afrikas, Europa verliere den Anschluss an die Gegenwart, während neue Global Player mit alternativen Möglichkeiten für internationale Kooperation aufwarten. Trotz aller Bemühungen, etwa durch Programme wie „Investing in People“ („In die Menschen investieren“) gibt es immer noch viel zu tun, um die Ansicht von Afrikanern zu verändern, dass es in einigen Teilen Europas immer noch einen gewissen Einfluss auf die afrikanische Unabhängigkeit gibt. Man glaubt, Europas Engagement in Afrika sei im Laufe der letzten Jahrhunderte vor allem von Europas eigenen Interessen angetrieben gewesen.

durch das ehrliche Versprechen, gemeinsamen Interessen zu dienen.

Es ist weder wünschenswert noch nachhaltig, den „New Deal“ auf paternalistische Haltungen vergangener Jahre aufzubauen. Dies zeigt die jüngste Geschichte Simbabwe mit der Europäischen Union.

In vielen afrikanischen Ländern herrscht die Vorstellung, dass in Europa zum Teil immer noch alte paternalistische Haltungen vorherrschen, die sich oftmals in europäischen Kulturinstitutionen manifestieren. Man unterstellt diesen, nach wie vor die Mission zu verfolgen, „unterlegene afrikanische Kulturen und Werte zu zivilisieren“. Von dieser Wahrnehmung zeugte letztes Jahr der Medientext über das umstrittene Kunstwerk „The Spear“ von Brett Murray. Es zeigte den Präsidenten Südafrikas mit entblößten Genitalien. Die Arbeit war Teil einer Ausstellung, deren kuratorisches Konzept die Sichtweise nahelegte, dass neue Wächter der Macht im postkolonialen und unabhängigen Südafrika die guten Werte aushöhlen.

Ebenso wie Europa ist auch Afrika durch seine einzigartige Geschichte und Kultur geprägt. Die unterschiedlichen Bewohner betrachten die sie umgebende Welt und überliefern sie von einer Generation zur nächsten über differenzierte Bildungssysteme, Überzeugungen, Bestrebungen, Gebräuche, Moral, Traditionen und Gewohnheiten. Afrikanische Philosophien wie Ubuntu in Südafrika und Sankofa in Westafrika stellen eine Verbindung zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft her und verankern die Gesell-

„Zahlreiche afrikanische Staaten haben bereits jetzt wirtschaftliche Wachstumsraten, die so kein anderer Ort aufweisen kann.“

schaft in Zeit und Raum, zwischen Diesseits und Jenseits.

Afrikaner prüfen immer noch die höchsten Werte ihres kulturellen Seins durch unterschiedliche Philosophien und künstlerische Ausdrucksformen. Die sogenannte „afrikanische Renaissance“ wird unterstützt durch das wiederbelebte Narrativ eines kulturell vielfältigen Kontinents.

Recht auf Unabhängigkeit

Obschon Simbabwe und Europa über Religion, Sprache, Kultur und Kunst sowie jahrhundertelangen Handel komplexe Beziehungen geknüpft haben, fällt es Europäern zum Teil immer noch schwer anzuerkennen, dass Afrikaner ein Recht auf politische, wirtschaftliche, spirituelle und kulturelle Unabhängigkeit haben.

Dies beinhaltet auch das Recht, Fehler zu begehen. Auch Europa hat Fehler gemacht, macht sie noch immer und lernt auch aus ihnen. Afrikaner beobachten etwa besorgt, dass extrem rechte politische Ansichten salonfähig werden – in Europas Politik und damit auch in der außenpolitischen Agenda.

Die von Europa angestrebte Agenda für kulturelle Kooperation mit Afrika wird gut beschrieben in politischen Maßnahmen mit der folgenden strategischen Absicht: „Im Laufe der Jahre ist Kultur zu einem integralen Bestandteil des politischen Rahmenwerks der EU im Bereich Entwicklung geworden, wie es auch im europäischen Konsens für Entwicklung verankert ist. In der Mitteilung über eine europäische Agenda für Kultur wird deren Rolle hervorgehoben,

in einer sich globalisierenden Welt Brücken zwischen Ländern und Regionen zu bauen und ein wichtiges Instrument für nachhaltige Entwicklung zu liefern.“

Europäischen Institutionen, die in Afrika aktiv sind, begegnet man verständlicherweise mit der Haltung: „Vertraue, aber vergewissere dich.“ Denn man glaubt, dass ihre Mission oftmals auch das Bedürfnis widerspiegelt, dem Kontinent beim neuen „Gerangel“ um Afrikas reichhaltige Ressourcen eine günstige Position zu sichern. Bei einem „New Deal“ werden Kultur als Katalysator für nachhaltige Entwicklung wie auch Afrikas Natur, seine Menschen und seine Geschichte berücksichtigt werden müssen. Der Wunsch, Afrika „zivilisieren“ zu wollen, hat sich bekanntermaßen nicht als nachhaltige Entwicklungsagenda erwiesen.

Was hat sich verändert? Was bringen die neuen „Missionare“ mit ihren Weltanschauungen und Modellen? Warum werden Missionen, Kunst als Instrument zu nutzen, die in Afrika etwa durch mächtige Netzwerke wie EUNIC präsentiert werden, als Bedrohung für nachhaltige Entwicklung wahrgenommen? Antworten auf diese Fragen findet man vielleicht in einem größer werdenden Bedürfnis nach gerechten „New Deals“ mit Afrika.

Untersucht man neue Ansätze für Europas Engagement in Afrika, lohnt sich ein Blick auf die simbabwische Agrarreform des vergangenen Jahrzehnts.

Der „Culture Fund of Zimbabwe Trust“ wurde in einer Phase gegründet, als multilaterale Beziehungen zwischen den Regierungen von Simbabwe und der EU unterbrochen waren. Das Land erlitt einen noch nie da gewesenen wirtschaftlichen Niedergang. Zu dieser Zeit eröffnete Schweden durch die „Swedish International Development Cooperation Agency“ (Sida) Wege, mit den Men-

schen von Simbabwe verbunden zu bleiben: Sie finanzierte den Kulturfonds und half dabei, diesen zum bedeutendsten Entwicklungsförderer für Kunst und Kultur in Simbabwe zu machen.

Der Kulturfonds von Simbabwe (Culture Fund of Zimbabwe) entstand aus dem Wunsch der internen Interessenvertreter, über die Entwicklung der kulturellen Struktur des Landes selbst zu bestimmen. Der Fonds berücksichtigte Best Practice-Beispiele aus Tansania, wo Akteure aus diesem Bereich erkannt hatten, dass nordeuropäische Architekten womöglich nicht in der Lage sind, in Afrika Häuser zu entwerfen und zu bauen, ohne eine Vorstellung von der Natur, den Menschen und der Geschichte zu haben. Aus den ihnen zugrunde liegenden Werten entstand ein neues Finanzierungsmodell für die kulturelle Struktur. Um den Bedürfnissen vor Ort zu entsprechen, wurde ein Hybrid entwickelt aus Europas zentralisiertem und subventioniertem Ansatz und Amerikas dezentralisiertem Ansatz mit Anreizen zur Steuerbefreiung.

Seit nahezu einem Jahrzehnt hat die schwedische Regierung alle ihre Entwicklungsfonds für Kultur in Simbabwe auf den Kulturfonds übertragen. Der Fonds wird von Simbawern verwaltet und reagiert auf Prioritäten und den Entwicklungsbedarf vor Ort. Die Programmleitung wird von einem unabhängigen Kuratorium überwacht, das Strategien entwirft, die mit den Entwicklungszielen und Prioritäten der Simbawer im Einklang sind. Die verantwortliche Führung basiert auf allgemein anerkannten Normen.

Zusätzlich kontrollieren externe Rech-

nungsprüfer und Gutachter jedes Jahr, ob die Regeln in Organisation und Abläufen eingehalten werden. Dieses Modell hebt Schweden und Sida innerhalb der Gemeinschaft europäischer Nachbarn in Simbabwe heraus.

Die Beziehungen zwischen Simbabwe und Schweden haben jedoch eine noch längere Geschichte. Die Schweden befürworteten Simbawes Freiheitsbewegung; sie gestanden schwarzen Simbawern das Recht auf Selbstbestimmung zu, als andere Länder in Europa dies noch für verfrüht hielten. Und vor kurzem hat das Kooperationsmodell des Kulturfonds mit Schweden eine neue zweijährige Partnerschaft mit der Europäischen Union ermöglicht.

Tatsächlich unterscheiden sich die Außenbeziehungen der EU mit Afrika im Allgemeinen und mit Simbabwe im Besonderen in den verschiedenen europäischen Ländern. Die britisch-simbabwischen Beziehungen sind aufgrund der kolonialen Vergangenheit und der Community der weißen Siedler kompliziert. Die verbliebenen kleinen weißen Communities üben weiterhin einen großen Einfluss aus. In den letzten zehn Jahren hat ihre Anwesenheit im neuen Simbabwe sowohl die britisch-simbabwischen Beziehungen als auch die Beziehungen Simbawes mit ganz Europa geprägt.

Obschon Großbritannien als das Land der Europäischen Union betrachtet wird, das hauptsächlich für die politische Sack-

gasse zwischen Simbabwe und Europa verantwortlich ist, gibt es die Chance auf eine neue Form des Engagements. Dieses könnte zum Beispiel auf den Netzwerken Hunderttausender Simbawer aufbauen, die im Anschluss an die Agrarreformen der letzten zehn Jahre nach Großbritannien ausgewandert sind. Diese Migranten sind in Europa integriert worden. In der sich nun abzeichnenden Ära der Entspannung werden sie neue Perspektiven für kulturellen Austausch und Diplomatie eröffnen.

Die Erwartungen der Afrikaner an die auswärtigen Beziehungen Europas entspringen dem Bedürfnis, die Zusammenarbeit zu verbessern. Sie orientiert sich nun an neuen Prioritäten in der Entwicklungsarbeit, wie etwa Klimawandel und erneuerbare Energien. In den letzten Jahren hat sich die Europäische Union in ihrer Entwicklungshilfe für Simbabwe auf Bereiche wie Menschenrechte, Demokratie und Good Governance (verantwortungsbewusste Regierungsführung) konzentriert. Die Simbawer sind heute hochgradig gebildete und anspruchsvolle Menschen, die an den unterschiedlichen Ideen aus verschiedenen Teilen der Welt teilhaben wollen. Obgleich sie es traditionell immer vorgezogen haben, sich mit dem Norden zu beschäftigen, kooperieren sie nun auch mit dem Süden und dem Osten.

Afrikanische Interessen

Bislang hat man der Kultur keine wichtige Rolle als Katalysator menschlicher und sozialer Entwicklung zugeschrieben. Diese Einstellung muss sich verändern. Während

„Die Schweden befürworteten Simbawes Freiheitsbewegung; sie gestanden schwarzen Simbawern das Recht auf Selbstbestimmung zu, als andere Länder in Europa dies noch für verfrüht hielten.“

sich das globale Gleichgewicht politischer und wirtschaftlicher Macht in den nächsten Jahrzehnten Richtung Osten verschiebt, wird Afrika seine Vorstellungen über allgemein anerkannte Menschenrechte, Demokratie und Good Governance neu definieren und aus einem anderen Blickwinkel betrachten müssen. Von zentraler Bedeutung wird dabei sein, was und wer Afrikas Interessen am meisten entgegenkommt.

Die Konferenz „European External Cultural Relations: Expectations from the outside“, die 2012 in Brüssel stattfand, unternahm einen ehrlichen Versuch, die Absicht und den Fokus einer „erneuerten Politik der Entwicklungskooperation“ der Europäischen Union auf den Prüfstand zu stellen.

Das neue Afrika will ein gleichberechtigter Partner der EU werden, weil es ein Recht darauf hat. Es ist sich seiner riesigen und reichhaltigen humanen und natürlichen Ressourcen bewusst. Die jüngeren Afrikaner haben ein neues Narrativ. Sie sind sich über die Geschichte und ihr Erbe im Klaren und streben zugleich nach einer Zukunft mit mehr Selbstbewusstsein und Wohlstand.

Farai Mpfunya ist Geschäftsführer des „Culture Fund of Zimbabwe Trust“.

Die Grenzlandschaften von Hip-Hop Hip-Hop vereint Jugend- und Protestkultur rund um die Welt. Aus Songs aus dem Senegal lässt sich ein wenig rühmliches Europa-bild heraushören: eine globale Macht, die vorgibt, Menschenrechte zu fördern, während sie die Menschenrechte der illegalen Immigranten verletzt und in Afrika neokoloniale Interessen verfolgt. Was muss Europa verändern?
Von Nannette Abrahams



In Europa beschäftigen sich neuerdings etliche Forschungsprojekte damit, wie der Kontinent als Ganzes von außen wahrgenommen wird. Ziel dabei ist, einen grenzenlosen europäischen Forschungsraum zu schaffen sowie über eine eurozentrische Perspektive hinaus zu sehen, auf welcher Basis man mit anderen Weltregionen erfolgreich zusammenarbeiten kann.

Kulturelle Identität wird in den Sozialwissenschaften nicht mehr als feste Gegebenheit gesehen, sondern als flexibel, vielfältig und kontextabhängig. Wenn man die analytische Kategorie des „Externen“ nutzen will, darf man nicht an der ursprünglichen Vorstellung vom „Anderen“ als einem fixen Wesen festhalten. Man läuft sonst Gefahr, Vielseitigkeit und Kontroverse auszublen- den, die zu solch heterogenen Kategorien

wie „Außenwahrnehmung“ dazugehören.

Ein anderes Problem des Konzepts „Eigenes“ versus „Anderes“ ist, dass es leicht sich überlagernde Kräfte ausblendet, die sich in einem Kontext entwickeln: Die kanadische Kulturanthropologin Hilary Cunningham spricht etwa von „gated globalism“. Dieser Begriff bezieht sich auf die Gleichzeitigkeit von zwei Prozessen: neue Grenzziehungen und Globalisierung. Die politischen Geografen Prem Kumar Rajaram und Carl Grundy-Warr gebrauchen den Terminus „Grenzlandschaften“ („borderscapes“) als analytisches Werkzeug, um die Beweglichkeit und Relativität von Grenzen zu betonen.

Und grenzenlos sind auch bestimmte kulturelle Phänomene. Der Hip-Hop etwa, der in etlichen Weltgegenden verschiedene Ausprägungen entwickelt hat. Eine Art grenzenlose globale Jugendkultur, die zugleich nationale und kontinentale panafrikanische kulturelle Identität betont, ist auch charakteristisch für die senegalesische Hip-Hop-Szene. Die US-amerikanische Hip-Hop-Kultur fand im Laufe der späten 1980er Jahre durch ältere Verwandte ihren Weg nach Senegal, die nach Europa oder in die Vereinigten Staaten ausgewandert waren. Was als importiertes Kulturgut begon-

nen hatte, wurde im Laufe der Zeit „glokalisiert“ und entwickelte sich – sprachlich, normativ und kulturell – zu einer spezifisch senegalesischen Ausdrucksform. Hip-Hop-Kunst wird als Medium genutzt, um die alltäglichen Notlagen der Senegalesen – wie etwa wiederkehrende Überschwemmungen, Stromausfälle, kriminalisierte Migration oder Jugendarbeitslosigkeit – kritisch zu reflektieren.

Die meisten Rapper Senegals prangerten damit aber die schlechte Regierung und die Vetternwirtschaft ihrer politischen Anführer an. Hip-Hop im Senegal ist wesentlich mit politischem Aktivismus verbunden. Dies zeigte sich in der enorm mobilisierenden Wirkung auf die Jugend, die Anfang des Jahrtausends dazu beitrug, einen politischen Wandel herbeizuführen. Zum ersten Mal geschah dies im Jahr 2000, als Senegals früherer Präsident Abdoulaye Wade an die Macht kam und zum zweiten Mal während des Regimewechsels 2012, als Macky Sall über Wade siegte.

Obwohl Hip-Hop Galsen (so heißt Senegal rückwärts in der französischen Jugendsprache Verlan) seine ganz eigene Geografie entwickelt hat, ist er nicht getrennt von seinen europäischen oder amerikanischen Pendanten zu sehen. Vielmehr bewegt er sich in translokalen „Grenzlandschaften“ (border-scapes).

Eine gemeinsame Leidenschaft für die gleiche urbane Jugendkultur hilft den Menschen dabei, sich miteinander zu identifizieren, Verbindungen zu knüpfen und sich über Barrieren hinaus auszutauschen. Deshalb ist dies ein interessantes Forschungsthema – im Hinblick auf Migration, aber auch im

Hinblick auf interkulturelle Begegnungen.

Ein Beispiel dafür ist Africulturban, eine Organisation für Kulturaktivisten. Gegründet wurde sie 2006 von Matador, einem Pionier des senegalesischen Hip-Hop, als er ein Solidaritätskonzert für die Opfer der Überschwemmungen in Dakars Vorstädten gab. Africulturban wurde ehrenamtlich vor allem von jungen Männern gegründet, die in prekären sozioökonomischen Verhältnissen in marginalisierten städtischen Räumen wie etwa in Dakars größtem Banlieue Pikine leben, wo die Organisation ihren Sitz hat.

Festung Europa und afrikanische Hip-Hop-Jugend

Die Mitglieder von Africulturban gehören zu den Menschen, die internationale Migrationsexperten als diejenigen identifizierten, die sich dafür entschieden, mit Fischerbooten zu den Kanarischen Inseln zu fahren, was zwischen 2005 und 2006 einen Höhepunkt erreichte.

2006 hat die EU-Grenzschutzagentur Frontex das Vorgehen an den Grenzen verändert. Die Installierung einer lokalen Grenzordnung für Senegal wurde in bilaterale Abkommen zwischen Spanien und Senegal aufgenommen, mit technischer Unterstützung durch verschiedene andere europäische Länder.

Der globale Ansatz, der vorgibt, Migration zum Wohl aller zu koordinieren und über eine rein repressive und kontrollierende Migrationspolitik hinauszugehen, indem zuvor getrennte Politikfelder wie Migration, Entwicklung und Sicherheit zusammengelegt

werden, ist charakteristisch für die Art und Weise, in der europäische Migrationspolitik bis nach Senegal ausgelagert wird.

Die Hip-Hop-Jugend gehört zu dieser Gruppe von Menschen, die als „illegal“ kategorisiert werden. Sie bilden auch die Zielgruppe von Entwicklungsprogrammen, deren Fokus darauf liegt, Jugendlichen Arbeit zu verschaffen, als Mittel im Kampf gegen „illegale Migration“. Innerhalb der Hip-Hop-Jugend hat sich jedoch die Meinung festgesetzt, dass diese Maßnahmen, Migration mit Entwicklung und legaler Arbeitsmigration zu verbinden, von politischer Vetternwirtschaft geprägt sind.

Im Hip-Hop-Milieu wird Europa als politische Einheit (die EU wie ihre Mitgliedstaaten) sehr kritisch wahrgenommen, insbesondere im Hinblick auf die sogenannte „Kooperation“ zwischen europäischen und afrikanischen Staaten. In den Augen der Mitglieder des Hip-Hop-Milieus gründen sich solche „Partnerschaften“ nicht auf gleichberechtigte Beziehungen. Europa kann aufgrund der unzureichenden Rechenschaftspflicht afrikanischer Führer gegenüber ihren Bürgern eigene politische und wirtschaftliche Interessen vorantreiben.

Demzufolge glaubt die Jugend, dass solche „Partnerschaften“ auf politischer Ebene für die meisten Menschen vor Ort mehr Nachteile als Vorteile haben. Ein Widerspruch liegt in der Art und Weise, wie im Namen der Humanität eine europäische Grenzordnung an Senegals Fischerdörfern entlang eingeführt wird, um das Leben der sich in Gefahr befindenden Migranten zu retten,

„Die Hip-Hop-Jugend gehört zu dieser Gruppe von Menschen, die als ‚illegal‘ kategorisiert werden.“

während europäische Fischereiflotten – und hierauf hat Greenpeace in den vergangenen Jahren wiederholt hingewiesen – gleichzeitig zur Überfischung beitragen. Lokale Fischer werden oft als „Schlepper“ kriminalisiert.

Wenn man Rap-Songs analysiert und Interviews mit Mitgliedern des Hip-Hop-Milieus führt, findet man diese Sicht auf Europa: eine globale Macht, die vorgibt, Menschenrechte zu fördern, während sie die Menschenrechte der illegalen Immigranten verletzt und in Afrika neokoloniale Interessen verfolgt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie Africulturban durch die Hip-Hop-Kultur alternative Räume für Mobilität schafft – für jene Menschen, die im Sinne der europäischen Grenzpolitik als „illegal“ gelten. Ihre Form des Hip-Hop-Aktivismus ermöglicht Alternativen für internationalen Austausch und Begegnung. Vor allem durch das jährliche Hip-Hop-Festival „Festa2H“, aber auch durch andere Hip-Hop-Projekte. So treten während des zehntägigen Festivals europäische und amerikanische Undergroundkünstler und Kulturakteure auf und nehmen an diversen Hip-Hop-Workshops teil. Verschiedene europäische Kulturinstitutionen unterstützen diese internationalen Begegnungen finanziell, zum Beispiel das Goethe-Institut, Alliance Française oder der British Council.

Die gemeinsame Leidenschaft für urbane Jugendkultur wird genutzt, um Räume für internationalen Austausch zu schaffen. Eine Bereicherung für beide Seiten. Wenn eher unbekannt europäische Künstler bei einem bekannten afrikanischen Festival auftreten, fördert dies ihre Karriere und Authentizität.

Es ermöglicht ihnen auch seltene Einblicke in das Alltagsleben der Stadtjugend in Dakar – jenseits von touristischen Begegnungen.

Gleichzeitig unterstreicht die Teilnahme internationaler Künstler die Bedeutung des „Festa2H“ vor Ort. Die Talente der Gäste und Praktikanten kommen in verschiedenen Bildungsprogrammen zum Einsatz, an denen Jugendliche des Banlieue, die ansonsten kaum Möglichkeiten haben sich weiterzubilden, kostenlos teilnehmen können.

Darüber hinaus führen die bei solchen Begegnungen gebildeten Netzwerke oftmals zu weiteren Projekten und gemeinsamen Produktionen, die dann sowohl in Senegal als auch in Europa laufen. Diese ermöglichen es Mitgliedern von Africulturban, denen man ansonsten höchstwahrscheinlich ein Visum verweigern würde, legal nach Europa zu reisen.

Diese Zusammenkünfte sorgen auch für sprachlichen und interkulturellen Input, der im heutigen mobilen und globalisierten Arbeitsumfeld die Grundlage bildet für berufliche Schlüsselkompetenzen. Jugendliche, die in marginalisierten Räumen in Afrika oder Europa leben, haben dazu jedoch sehr selten einen Zugang. Das Beispiel Africulturban zeigt, wie wichtig es ist, eigeninitiiert gegründete interkulturelle Projekte zu unterstützen, um auf beiden Seiten Brücken zu bauen. Mobilität durch Hip-Hop hat den Vorteil, dass sie alternative Formen der Begegnung zwischen dem Norden und dem Süden sowie Dialog und Partnerschaft ermöglicht. Im Gegensatz zur politischen Arena beruht sie nicht auf politischen Interessen, sondern auf einer gemeinsamen Leidenschaft.

Freilich sind solche Begegnungen nicht frei von strukturellen Ungerechtigkeiten. Zum Beispiel ist es für europäische Künstler viel einfacher, nach Afrika zu kommen als umgekehrt. Die Europäer können dies leichter finanzieren und erfüllen eher die Voraussetzungen für ein Visum. Wenn Europa also seine auswärtigen Kulturbeziehungen stärken will, sollte es auch die Mobilität zwischen dem Süden und dem Norden ermöglichen, insbesondere für die Mitglieder einer jungen Generation, die versuchen, zu Hause etwas zu verändern, aber oftmals in die Kategorie „unerwünschter Ausländer“ fallen. Die Mobilität zwischen dem Süden und dem Norden ist eine notwendige interkulturelle Bereicherung – nicht nur für die Reisenden selbst, sondern auch für die politische Bildung und Kulturprojekte in Europa.

Strukturelle Ungerechtigkeiten

Bereits aus dem Jahre 1997 stammt das Zitat der britischen Soziologin Ankie Hoogvelt: „Norden und Süden, Erste Welt und Dritte Welt, sind nicht mehr ‚irgendwo da draußen‘, sondern haben sich gemeinsam in den großen Städten der Welt niedergelassen.“ Trotz aller Unterschiede gibt es viele Parallelen zwischen den urbanen Lebensbedingungen im Norden und im Süden. Dies gilt auch für die interkulturelle Mobilität – nicht nur vom Süden in den Norden, son-

„Europa kann aufgrund der unzureichenden Rechenschaftspflicht afrikanischer Führer gegenüber ihren Bürgern eigene politische und wirtschaftliche Interessen vorantreiben.“

dern auch vom Norden in den Süden. Europäische Studenten, die an interkulturellen oder bildungsorientierten Programmen teilnehmen können und vom Norden in den Süden reisen, gehören vor allem zur akademischen Elite. Dagegen haben Jugendliche, die in marginalisierten (oft auch einwanderungsstarken) urbanen Räumen in Europa aufwachsen, oftmals keinen Zugang zu solchen Programmen.

Netzwerke wie EUNIC sollten hier als Vermittler auftreten. Nicht nur, indem es Projekte zwischen lokalen Organisationen für Kulturaktivisten aus Afrika und solchen aus Europa finanziert, sondern auch, indem es Netzwerke fördert.

Zusammenschlüsse wie EUNIC sind dafür ideal positioniert – zwischen hochkarätiger Politik und eher informellen lokalen Organisationen. Es wäre sinnvoll, die Kapazitäten solcher Netzwerke zu nutzen, um Räume zu schaffen, in denen Menschen Fachwissen austauschen können. Das Know-how lokaler Organisationen wie Africulturban ist äußerst wertvoll für die Entwicklung bestimmter europäischer Programme, die sich an die urbane afrikanische Jugend oder den Kultursektor allgemein richten. Gleichzeitig kann der direkte Kontakt mit den Vorsitzenden europäischer Organisationen, die in diesem Feld aktiv sind, lokale Organisationen mit nützlichen Informationen und Kontakten versorgen und sie somit in ihrem Prozess unterstützen, Organisationen für Kulturaktivismus in ihrer Nachbarschaft aufzubauen.

Es gibt ziemlich viele Beispiele, wie Jugendliche in Afrika und in einem jeweils anderen Kontext auch in Europa gezeigt haben,

dass sie genug kreatives Potenzial besitzen, um einen gesellschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Es müssen nicht massenhaft Programme für Kreativität gestartet werden. Vielmehr geht es darum, wie man die bereits vorhandene Kreativität nutzt und die verschiedenen Akteure miteinander in Kontakt bringt.

Nannette Abrahams analysiert in ihrer Doktorarbeit die „Außenbeziehungen und Außenwahrnehmungen der EU in Subsahara-Afrika und in der Schwarzmeerregion“. Finanziert wird die Arbeit durch die Initiative „Europa von außen gesehen“ des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die vom siebten Forschungsrahmenprogramm (FP7) der Europäischen Kommission unterstützt wird.

Bibliografie:

Andrijasevic, R. und Walters, W. (2010) „The International Organization for Migration and the international government of borders.“ In: Environment and Planning D: Society and Space, 28, S. 977- 999.

Cunningham, H. (2001) „Transnational politics at the edges of sovereignty: social movements, crossings and the state at the US–Mexico border.“ In: Global Networks, 1, 4, S. 369-387.

Geiger, M. und Pécoud, A. (2012) „The New Politics of International Mobility. Migration Management and its Discontents.“ In: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)-Beiträge, Vol. 40, Osnabrück, S. 11-24.

Greenpeace (2010) „How Africa is feeding Europe: EU (over)fishing in West Africa.“ In: Greenpeace Expedition Report West Africa Ship Tour.

Greenpeace (2012) „Greenpeace and Senegalese Fishermen Tackle Overfishing“ <http://www.greenpeace.org/afrika/en/Multimedia/photos/Greenpeace-and-Senegalese-Fishermen-Tackle-Overfishing/>

Kasperek, B. und Wagner, F. (2012) "Local Border Regimes or a Homogeneous External Border? The Case of the European Union's Border Agency Frontex." In: Geiger, M. and Pécoud, A., 2012, "The New Politics of International Mobility. Migration Management and its Discontents", Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)-Beiträge, vol. 40, Osnabrück, S. 173-192.

Rajaram, P. und Grundy-Warr, C. (2007) Introduction. In: Rajaram, P. und Grundy-Warr, C.: "Borderscapes. Hidden Geographies and Politics at Territory's Edge".

Shamir, R. (2005) "Without Borders? Notes on Globalization as a Mobility Regime." In: Sociological Theory, 23, 2, S. 197-217.

Begegnung auf Augenhöhe Südafrika war viele Jahre lang von internationaler Kulturförderung und -kooperation abgeschnitten. Welche Möglichkeiten bieten sich heute? Klar ist, dass die Erwartungen der Kooperationspartner präziser formuliert werden müssen. Bei der Konzipierung eines Projekts sollte genauer analysiert werden, welche Ziele die beteiligten Partner jeweils anstreben. Worauf kommt es sonst noch an? *Von Georgina Thomson*



Wie werden Europas auswärtige Kulturbeziehungen in Ländern außerhalb Europas wahrgenommen und welche Erwartungen verbinden sich mit ihnen? Aus südafrikanischer Perspektive ist dies eine schwierige Frage. Obwohl die meisten Menschen denken, dass es uns besser geht als anderen afrikanischen Staaten in der Region, ist es nicht so einfach. Südafrikaner haben Zugang zu finanzieller Förderung durch Institutionen wie etwa dem „National Lottery Distribution Trust Fund“ (NLDTF) und dem „National Arts Council“, aber tatsächlich können professionelle Kunstschaffende nicht sicher damit rechnen. Es handelt sich vielmehr um eine Wundertüte, bei der man nicht weiß, was man bekommt.

Weder „The National Arts Council“ noch der NLDTF, die vor allem Kunst und

Kultur auf nationaler Ebene fördern, haben ein klares Konzept davon, was Kunst und Kultur bewirken.

In Südafrika wird die Finanzierung von Kunst und Kultur als Luxus betrachtet. In den letzten zehn Jahren ist es immer schwieriger geworden, dafür Unterstützung zu bekommen. Geldgeber tendieren dazu, Künstler für „Teilzeit“-Kräfte zu halten, die anderen Vollzeitjobs nachgehen. Sie sitzen auf ihren Schlössern und fällen Entscheidungen, die unser Leben und Überleben beeinflussen, haben aber kein Interesse daran, wirklich herauszufinden, was unten vor sich geht. In Anbetracht dieses Szenarios, das sich offenbar in naher Zukunft nicht ändern wird, benötigen Künstler in Südafrika finanzielle Förderung durch die EU.

Leider hat die Regierung im neuen Südafrika nicht die notwendigen Recherchen über den Kunstbetrieb durchgeführt – insbesondere nicht in der professionellen Kunstszene. Das fehlende Wissen über diesen Bereich hat ein vages und kompliziertes System der Förderung hervorgebracht.

In der Zeit der Apartheid haben sich Südafrikaner unbewusst daran gewöhnt, isoliert zu agieren. Die Förderung für Kunst und Kultur durch die damalige südafrika-

nische Regierung ging an die sogenannten „Arts Councils“. In der Hauptstadt Pretoria und den Provinzhauptstädten Durban, Kapstadt, Bloemfontein und Windhoek, existierten voll finanzierte „Councils“, die professionelle Ballett- beziehungsweise Tanzensembles, Theaterensembles, Sänger und Orchester aufnahmen und Büro- und Veranstaltungsräume zur Verfügung stellten.

Andere Organisationen außerhalb dieser Infrastruktur hingen von der Förderung durch private Unternehmen ab. Indem sich Südafrika veränderte, veränderte sich auch die Kulturförderung, allerdings nicht immer zum Guten.

Potenzial von Kunst und Kultur für Entwicklung

Als die neue Verfassung für Südafrika entworfen wurde, sorgte die Community der Kunstschaffenden dafür, dass sie sich an diesem Prozess beteiligen konnten. Sie gründeten die „ACTAG“ („Arts and Culture Task Group“), die ein Weißbuch verfasste. Es sollte sicherstellen, dass Kunst und Kultur Bestandteil der neuen südafrikanischen Verfassung wurden.

Der Schwerpunkt lag darauf, „das volle Potenzial von Kunst und Kultur für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung auszuschöpfen, Kreativität und Innovation zu unterstützen und das vielfältige Erbe unserer Nation zu fördern.“

Als Mitglieder der Gruppe, die dieses Weißbuch für Kunst und Kultur vorantrieb, arbeiteten wir in Erwartung großer Veränderungen und von mehr Offenheit für Kunst und Kultur in Südafrika.

Nach Schließung und/oder Umwandlung der alten „Arts Councils“ richtete die Regierung 1997 das „National Arts Coun-

cil“ ein. Es sollte alle Kunstschaffende im Land unterstützen. Der Großteil der Förderung kam aus den Töpfen für die Produktionskosten, die den alten „Arts Councils“ zur Verfügung gestellt worden waren. Kunstschaffenden sollte es so erleichtert werden, Förderung zu bekommen und Projekte zu organisieren.

Die für jede Kunstform vorgesehenen Budgets entsprachen jedoch nicht den tatsächlich benötigten Mitteln für Bildungseinrichtungen und Organisationen. Wenn sie überhaupt gefördert wurden, bekamen die Ensembles ein Viertel von dem, worum sie sich beworben hatten. Mit der Gründung der „National Lottery“ stand mehr Geld zur Verfügung, allerdings im Rahmen eines sehr komplizierten Prozesses.

Südafrikaner waren viele Jahre lang von internationaler Förderung abgeschnitten. Bis vor 15 Jahren hatten sie keinen direkten Kontakt zu europäischen Förderern beziehungsweise Partnern. Diese Beziehungen entwickeln sich noch.

Die Kontakte des „Dance Forum“ mit EU-Mitgliedstaaten entstanden im Jahr 1996, als die Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia an das Festival „Dance Umbrella“ herantrat, damit Arbeiten aus der Schweiz in das Programm aufgenommen werden konnten – und für uns öffneten sich die Türen dafür, internationale Arbeiten aus dem Bereich Tanz zu präsentieren.

Kurz darauf begannen wir mit dem Institut Français und dem Goethe-Institut zu arbeiten. Diese Beziehungen sind sehr fruchtbar, auch wenn die Förderung begrenzt ist und wir die Kosten nur dann decken können, wenn das Ensemble in Südafrika gastiert.

Anfangs erwarteten unsere Partner aus der EU, einfach ein Ensemble als Teilnehmer des Festivals „Dance Umbrella“ mitzubringen, das kaum Verbindungen zu südafrikanischen Künstlern hatte. Ich muss zugeben, dass wir uns so darüber freuten, Arbeiten aus europäischen Ländern zeigen zu können, dass wir bereit waren, uns mit allem zu arrangieren. Das war keine gute Idee, weil wir so viele potenzielle Partnerschaften beziehungsweise Koproduktionen verpassten.

Die Botschaften ließen auch nicht so gut mit sich darüber verhandeln, welche Ensembles am Festival teilnehmen sollten und bestanden anfangs darauf, dass wir das präsentieren, was sie wünschen. Das geschah mit wechselndem Erfolg. Manche Ensembles zogen Publikum an, andere spielten vor halbleeren Häusern.

Nach ein paar Jahren verstanden wir, dass es so nicht geht. Also überlegten wir uns einen neuen Weg, um Ensembles einzubinden. Als Leiter von „Dance Umbrella“ schaute ich mir die Arbeiten entweder auf DVD an oder fuhr nach Europa und fragte Ensembles an, von denen ich wusste, dass sie für die Tänzer und das Publikum in Südafrika etwas Neues einbringen würden. Südafrikaner, die so lange isoliert waren, haben immer noch keinen guten Zugang zu innovativen und interessanten neuen Arbeiten, die in Europa präsentiert werden.

EU-Förderung für Kunst und Kultur in Südafrika ist nicht hinreichend bekannt und kompliziert, es sei denn, man arbeitet mit ei-

„Bis vor fünfzehn Jahren hatten südafrikanische Kulturschaffende keinen direkten Kontakt zu europäischen Förderern beziehungsweise Partnern.“

ner Botschaft zusammen. Das wurde mir bewusst, als ich letztes Jahr nach Brüssel reiste – für ein Briefing der EU zur Ausschreibung der ACP-Förderung (der African, Caribbean and Pacific Group of States) für Südafrika/Afrika. Ich fand heraus, dass Südafrika sich dafür bewerben kann, aber nicht für Projekte, die in Südafrika stattfinden. Dies liegt offenbar an einer Vereinbarung zwischen der EU und der Regierung Südafrikas. Diese Regelung begrenzt unsere Möglichkeiten und erschwert es, Partnerschaften innerhalb Europas aufzubauen. Und warum sollte ich mich für Geld um ein Projekt bewerben, das nicht in Südafrika stattfindet?

Kein echter Austausch

Die Ausschreibungen für EU-Förderung sind nicht einfach zu verstehen, wenn es zum Beispiel darum geht, ob das eigene Projekt dafür überhaupt in Frage kommt. Inzwischen haben wir zwar eine PADOR-Nummer (Potential Applicant Data Online Registration), uns aber noch nicht direkt um eine Förderung beworben. Es gibt auch keinen Ansprechpartner in Südafrika, mit dem wir uns treffen und den Prozess besprechen könnten.

Das „Dance Forum“ hat sich vor kurzem mit verschiedenen Organisationen in Europa zusammengetan, um sich für gemeinsame Förderung mit Südafrika 2013/14 zu bewerben. Bislang wurden alle Vorschläge von der EU zurückgewiesen. Ich hatte das Gefühl, dass die Organisationen in Europa uns nur deshalb für eine Kooperation ausgewählt haben, um für eine Förderung in Frage zu kommen.

Es gab keinen echten Austausch darüber, was beide Seiten wollen und durch die Partnerschaft erreichen können. Das ist ein Problem. Denn um eine wirklich fruchtbare Beziehung zu schaffen, sollte ein Projekt den Erwartungen aller Beteiligten entsprechen.

Beim „Dance Forum“ möchten wir eine angenehme Partnerschaft mit unseren EU-Förderern aufbauen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist Entwicklung. Wir wollen nicht einfach nur Ensembles einladen, die auftreten und dann wieder gehen. Wir wünschen uns einen längerfristigen Prozess, der mehr beinhaltet, als sich nur die jeweiligen Arbeiten anzusehen.

Viele EU-Länder gehen immer noch so mit afrikanischen Ländern um, als ob diese nicht wüssten, wie man professionell arbeitet. Das sorgt oftmals für Missverständnisse und dafür, dass Partnerschaften nicht auf Augenhöhe eingegangen werden.

Wir pflegen seit zehn Jahren enge Beziehungen mit dem Institut Français und dem Goethe-Institut. Dies hat vor allem damit zu tun, dass beide Organisationen bereit gewesen sind, darüber zu diskutieren, was wir machen wollen. Sie haben uns in den Prozess eingebunden, der schließlich zur Präsentation eines Ergebnisses führte. Nicht mit allen können wir so gut zusammenarbeiten wie mit diesen beiden Ländern. Im Rahmen von Projekten wurden Ensembles nach Südafrika eingeladen, um dort aufzutreten, und es wurden kleine Konferenzen und Workshops organisiert, die etwa darauf abzielten, ein Archiv für Tanz zu gründen oder über Tanz zu schreiben.

Abgesehen von direkten Partnerschaften mit Botschaften, im Rahmen derer wir Ensembles für einen Auftritt nach Südafrika holten, erhielten wir 2008 EU-Förderung über die in Pretoria angesiedelte Organisation CWCI. Wir bewarben uns für drei

Projekte, Kooperationen mit deutschen und französischen Künstlern, die im Rahmen eines Residenzprogramms in Südafrika mit einheimischen Tänzern und Choreografen arbeiten sollten. Die Premiere fand beim „Dance Umbrella“ 2009 statt, dem 20. Jubiläum des Festivals.

Wir arbeiteten mit „DIN A 13“, einem Tanzensemble aus Düsseldorf, das sich aus behinderten und nicht behinderten Tänzern zusammensetzt. Sechs Wochen verbrachten wir in Kapstadt mit dort lebenden behinderten und nicht behinderten Tänzern. Während des Aufenthalts entstand eine neue Arbeit von Robyn Orlin, die sich mit Bergarbeitern und ihren traditionellen Tänzen beschäftigte. Vincent Mantsoe schuf während seines Aufenthalts in Johannesburg das Werk „Men-Jaro“. Das war das erste Mal, dass wir direkt EU-Mittel bekamen. Die Ergebnisse waren gut: Nach ihrer Premiere in Südafrika tourten alle Werke durch Europa.

Das zweite Projekt, das hauptsächlich von Europa/EUNIC gefördert wurde, war „Crossings“, das 2010 und 2011 stattfand. Dies war ein Workshop für Choreografen, Musiker/Komponisten, Tänzer und Lichtdesigner unter Anleitung internationaler Kollegen. Zwei Wochen lang teilten sich die Teilnehmer, die hauptsächlich aus Afrika und Europa kamen, die (Tanz-)studios von vier Institutionen und stellten sich den Herausforderungen und Problemen der choreografischen und musikalischen Arbeit und ihrer Interpretation.

Finanziert wurde „Crossings“ vom Institut Français in Kooperation mit dem „National Arts Council“ in Südafrika. Es waren sowohl einheimische als auch internationale

Choreografen, Lichtdesigner, Tontechniker und Komponisten eingeladen, im Rahmen eines zweiwöchigen Aufenthalts zusammenzuarbeiten.

20 Tänzer konnten mit den Teams arbeiten. Es war ein großartiges Projekt, das südafrikanische Künstler mit Menschen aus anderen Ländern der Welt zusammenbrachte. Zu beobachten, wie zwischen den Organisatoren, Teilnehmern und sogar dem Publikum Verbindungen entstanden, war etwas Besonderes. Die „Dance Factory“, das „Dance Forum“, „Moving into Dance“ und das Tanztheater Vuyani, genannt „The Newtown Dance Corner“, taten sich mit dem Institut Français zusammen, um ein internationales Residenzprogramm für junge Choreografen zu schaffen, wie es der französische Choreograf Michel Kelemenis vorgeschlagen hatte.

Ziel des Projekts war, Verbindungen zwischen südafrikanischen und ausländischen Künstlern herzustellen. Am Ende der Zusammenarbeit wurde das Ergebnis auf der Bühne der „Dance Factory“ gezeigt.

Zum künstlerischen Team gehörten als Mentoren zwei Choreografen, zwei Musiker/Komponisten und ein Lichtdesigner. Die Mentoren beschrieben die künstlerischen Herausforderungen des Aufenthalts und schlugen jeden Tag eine spezielle Herangehensweise an Choreografie, Musik und Licht vor.

„Wir wollen nicht einfach nur Ensembles einladen, die auftreten und dann wieder gehen. Wir wünschen uns einen längerfristigen Prozess, der mehr beinhaltet, als sich nur die jeweiligen Arbeiten anzusehen.“

Zu den Teilnehmern gehörten Tänzer/Choreographen aus Nigeria, Mosambik, England, Mauritius, Portugal, Italien, Frankreich, Israel sowie aus der Schweiz, den USA und Südafrika. Doch dem Projekt fehlt eine Fortsetzung, die es den Menschen erlauben würde, miteinander in Verbindung zu bleiben und ihre Beziehungen weiterzuentwickeln.

Das jüngste von der EU finanzierte Projekt des „Dance Forum“ war „Danse l’Afrique Danse!“, das in Johannesburg im Herbst 2012 stattfand. Dieses Projekt, das vor allem von Frankreich und anderen europäischen Geldgebern finanziert worden war, bot eine interessante Plattform für neue afrikanische Choreografen und Tänzer. Das alle zwei Jahre stattfindende Festival wird in einem afrikanischen Land für afrikanische Künstler präsentiert. Choreographen aus Afrika werden eingeladen, eine DVD der Arbeit einzuschicken, die sie auf dem Festival zeigen wollen. Kurator des Programms ist das Institut Français in Paris.

Südafrikanische Künstler wurden für das Programm ausgewählt, das zehn Tage lang den zeitgenössischen afrikanischen Tanz feierte.

Nachdem ich die Veranstaltung in Madagaskar und Frankreich besucht habe, weiß ich, dass es eines der wichtigsten Ziele ist, einen Treffpunkt für Kunstschaffende aus dem Bereich Tanz anzubieten und dem gastgebenden Land die Möglichkeit zu geben, Partner auf dem Kontinent zu finden. Es war schockierend, zu sehen, dass daran in Südafrika – abgesehen von einzelnen Akteuren, die zumeist eingeladen worden waren, ihre Arbeiten zu zeigen – nicht das ge-



ringste Interesse bestand. Es gibt in diesem Land immer noch das Problem der Isolation und die Vorstellung, es sei nicht notwendig, Kontakte zu knüpfen.

Das größte Problem des „Dance Forum“ mit diesem Projekt war jedoch, dass wir in Südafrika nie Produzenten sein durften. Angefangen mit dem Programm und dem Veranstaltungsablauf gab man uns strenge Anweisungen, was wir tun sollten, über die nicht mehr diskutiert werden konnte. Deshalb entstanden während der Veranstaltung große Probleme.

Andererseits gab es nur sehr begrenzt Unterstützung durch südafrikanische Partner. Von Anfang an ließen Interesse, Begeisterung und allgemeiner Rückhalt in Bezug auf Verträge, Finanzierungen, Öffentlichkeitsarbeit und Ausrichtung der Veranstaltung zu wünschen übrig.

Im Hinblick auf dieses Projekt und andere, die wir mit EUNIC/EU-Partnern durchgeführt haben, denke ich, dass die Erwartungen von beiden Seiten klarer formuliert werden müssten. Bei der Konzipierung eines Projekts sollte genauer analysiert werden, welche Ziele die beteiligten Partner jeweils anstreben.

Das „Dance Forum“ möchte gerne auch weiterhin mit diesen Organisationen zusammenarbeiten. Es ist nicht gut, alleine zu agieren und vom Rest der Welt abgeschnitten zu sein. Wir müssen aber auf demselben professionellen Niveau arbeiten, eine klare Vorstellung davon haben, was wir erreichen wollen und uns gegenseitig versichern, dass dies tatsächlich möglich ist.

Georgina Thomson ist Direktorin des Dance Forums in Johannesburg und künstlerische Leiterin des dortigen Dance Umbrella Festivals.

Demokratie – ein großes Fragezeichen Die Globalisierung hat dem Thema Demokratie einen neuen Kontext gegeben. Sie ist nicht nur für die arabische Welt oder für China neu zu verhandeln. Auch für das verwirrte Europa oder die USA, deren Selbstbewusstsein gelitten hat, muss die Frage nach Demokratie neu gestellt werden. Und: Die Verantwortung für die Reflexion über Volk, Kultur, Tradition und das Ziel der Geschichte liegt jetzt bei jedem einzelnen. *Von Yang Lian*



Nacht ein solches Wunder bewirkt?

Chinesen haben Geld. Das mag vielleicht sogar weniger überraschen als die Tatsache, dass die Europäer dagegen immer weniger Geld zu haben scheinen. Wir lesen ständig von der schon idiomatisch gewordene „Krise“, die in den Ländern der Europäischen Union, Nordamerikas, in Japan, Korea oder Hongkong herrscht. In den einstmaligen reichen kapitalistischen Ländern beklagen sich immer mehr Menschen über ihre schwierige Lage, Familien kürzen ihr Budget, verzichten auf den Urlaub und den Restaurantbesuch und drängeln sich nach Weihnachten im Schlussverkauf.

Ganz zu schweigen von den staatlichen Sparprogrammen, von denen vor allem die Kultur-, Kunst- und Verlagslandschaften betroffen sind, auf die man doch hierzulande einmal stolz zu sein pflegte. Es heißt, diese Wirtschaftskrise sei zweifellos die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit dem Blick auf China stellt sich die Frage: Was läuft hier falsch?

Es kann etwas nicht mehr stimmen mit der eisernen Gleichung, die wir während des Kalten Krieges aufgemacht haben und die da lautete, Kapitalismus ist gleich Demokratie ist gleich Wohlstand und Kommunismus ist gleich Diktatur ist gleich Armut. Das funk-

Chinesen haben Geld! So tönt es heutzutage, leise gewispert oder laut in die Welt hinaus posaunt. Wie kann das sein? Die Bewohner eines kommunistischen Landes, in dem noch vor zwanzig Jahren vielerorts nackte Armut herrschte, von dem man Bilder mit schäbig gekleideten Menschen mit abgekehrten Gesichtern kennt, suchen heute scharenweise die Straßen von Paris, London, New York oder Venedig heim, kaufen dort in den Läden Designerprodukte als sei es Chinakohl, ziehen mit prall gefüllten Einkaufstüten von Prada zu Louis Vuitton, kaufen alles unbesehen und scheinbar wahllos. Die Ladenbesitzer bekommen leuchtende Augen und begrüßen die neue Kundschaft voreilig mit Verbeugungen, während die Leute auf der Straße sich fragen: Wo kommen die denn her? Was hat im fernen China quasi über

tioniert nicht mehr. Materieller Wohlstand galt einmal als Indikator für eine fortschrittliche Gesellschaft und Maßstab für demokratische Verhältnisse. Nun hat in unserer jetzigen Wirklichkeit die chinesische Diktatur in der Welt das Sagen, während der Westen an der Angel der Armut hängt.

Die chinesische Regierung hält tatsächlich US-amerikanische Aktien im Wert von mehreren Milliarden Dollar und chinesische Firmen oder Privatpersonen kaufen amerikanische Farmen, britische Autofirmen, französische Weingüter und italienische Modemarken. Befremdlich, wenn ich mich daran erinnere, wie ich nach dem Tiananmen-Massaker 1989 nach Neuseeland floh, wo ich im winzigen Dachzimmer eines Wohnblocks wohnte und mich von Suppe aus ausgekochten Hühnerknochen ernährte. Damals standen wir am Ende des Kalten Kriegs, und das Wort „Exil“ allein genügte als Beweis, dass Demokratie gleich Wohlstand war. Angesichts der heutigen Realitäten fragt man sich noch mehr als damals, wo der Fehler im System zu suchen sei. Ziehen wir die falschen Schlüsse?

Hinter der neureichen Fassade

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich hinter der Fassade des neureichen China allerdings noch ein anderes Gesicht Chinas, auch das ist schon nicht mehr neu. Vor einigen Jahren machte der Name der Firma Fushikang in China Schlagzeilen, weil dort skandalös niedrige Löhne gezahlt wurden und dreizehn Arbeiter der Firma in den Freitod gesprungen waren. Daraufhin wurden um alle hohen Firmengebäude Sicherheitsnetze installiert, „Anti-Sprung-Netze“ ist inzwischen eine gängige Bezeichnung dafür.

Ein typisches Beispiel für die Folgen der

kommunistischen Diktatur? Fehlanzeige. Die Wirklichkeit ist viel bestürzender. Die Firma Fushikang gehört einem taiwanesischen Investor (gerade gab es um ihn erneut einen Bestechungsskandal, bei dem es um 100 Millionen Yuan ging), und ist unter anderem Zulieferer von Teilen für das iPhone des amerikanischen Apple-Konzerns, eine typische globale Firma also, die mit chinesischen Niedriglöhnen westliche Konsumgüter bei maximalem Profit produziert.

Firmenbosse, die zuhause unumgängliches Arbeitsrecht respektieren müssen, machen in China eine Fabrik auf, auf der Suche nach den für sie geradezu paradiesischen Arbeitsverhältnissen, in der es für die Angestellten weder Gewerkschaften, Versicherungen oder medizinische Versorgung, dafür aber nur die niedrigsten Löhne gibt. Die grundlegenden Spielregeln und das Selbstverständnis der Demokratie haben sie dabei nicht im Gepäck. Sie verzichten gerne auf die Menschenrechte, die sich Europa und die USA seit der Aufklärung mühsam erkämpft haben, um allesamt ihren Vorteil aus einem Gesellschaftssystem zu ziehen, das einen Widerspruch in sich selbst darstellt: größtmöglicher Profit unter der Protektion einer kommunistischen Macht.

Wir ziehen nicht die falschen Schlüsse, sondern wir gehen von den falschen Prämissen aus. Heute herrscht auf dieser Welt das System des globalen Kapitalismus in Kombination mit globaler Sklavenarbeit. Von „Demokratie“ keine Spur. Sie hat sich unter dem Lärm der Trinksprüche und klingenden Gläsern einflussreicher Männer in China genauso wie andernorts verflüchtigt.

Tatsache ist, dass die Demokratie sich zweierlei Schwierigkeiten gegenüber sieht,

die eine ist ihr immanent und die andere nachträglich erworben. Das ihr immanente Problem ist, dass Demokratie nicht automatisch für Gleichheit und Gerechtigkeit steht, sondern ein Klassensystem ist. Das begann schon im Athen der Antike: Das freie Volk kam in den Genuss der Demokratie, die Sklaven dienten ihr nur; innerhalb der Polis praktizierten ihre Bewohner Demokratie, nach außen waren sie Imperialisten. Man lese dazu Thukydides „Der Peloponnesische Krieg“.

Die konzentrischen Kreise dieses Denkmusters bestimmten Theorie und Praxis im antiken Rom ebenso wie im Britischen Empire, und in den Vereinigten Staaten von Amerika besteht es bis heute. Selbst das westliche Wohlfahrtssystem beruht auf dieser langen Geschichte der Ungleichheit. Zuerst kam der weltweite Kolonialismus der Europäer, dann der amerikanische Wirtschaftsimperialismus; die Welt versorgte den Westen mit Rohstoffen und der Westen war dabei ihr Marktplatz, ihre Fabrik und der einzige Nutznießer des Profits.

Doch das Wohlfahrtssystem ihrer Staaten, das sich allein darauf gründete, funktionierte nur solange die erwähnte Formel – Demokratie gleich Wohlstand – bestand hatte. Mit der Globalisierung gesellte sich das zweite, hausgemachte Problem hinzu, denn nun machen die billigen Arbeitskräfte an anderen Orten des globalen Dorfs und der erleichterte internationale Warenverkehr der westlichen Welt ihren Status als wichtigstem Produktionsstandort streitig. Die Großkapitalisten

„Wir lesen ständig von der schon idiomatisch gewordene ‚Krise‘, die in den Ländern der Europäischen Union, Nordamerikas, in Japan, Korea oder Hongkong herrscht.“

verlagern ihre Geschäfte weg vom teuren Westen, nutzen das kommunistische Sklavensystem für sich aus und schaffen es noch dazu, die Allgemeinheit um die Früchte ihrer Arbeit zu bringen.

Der eigentlich Grund dafür, dass der Westen plötzlich arm dasteht, liegt in der Zerstörung der etablierten Weltordnung durch die Globalisierung, im Durchbrechen der kulturellen Mauern, wobei die der Demokratie innewohnende Ungleichheit global auf die Welt übertragen wird, wo jetzt überall ein paar wenige Einflussreiche ihre Nutznießer sind, während weltweit zunehmende Armut herrscht. Quo vadis, Demokratie? Wie sollen wir den gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie begegnen – und vor allem: Wie soll man das Wesen der Demokratie innerhalb des veränderten Kontexts der Moderne neu definieren? Müssen wir unsere individuellen Werturteile und Verhaltenskriterien neu bestimmen? Demokratie bleibt ein ungelöstes Problem.

Auflösung ideologischer Blöcke

Das Fragezeichen Demokratie steht auch in engem Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Kriegs. Über Nacht lösten sich die Unterschiede zwischen ideologischen Blöcken auf. Wo es vorher die Alternative Sozialismus und Kapitalismus zu geben schien, war plötzlich keine Alternative mehr. Der Glaube an den Profit hat alle „Ismen“ abgelöst, die Parteien sind heute Unternehmen, die sich nur durch die Effizienz ihres Managements unterscheiden. Unsere Zeit ist an politischen Ideen wie gesellschaftlichen Ideen so arm wie

nie zuvor. Von Südafrika bis Armenien das gleiche Bild: Die jungen Leute haben noch nicht einmal zu Ende studiert und ihr ganzes Leben ist schon vorbestimmt, vorbei. Schuld daran ist ein völliges Wertevakuum. Was hat ein Menschenleben auch im engen Flussbett des Profits zu suchen? Man treibt mangels Alternative mit dem Strom und passt sich dem Naheliegenden an, dem Streben nach Profit, nimmt, was und soviel man kriegen kann.

Viel grausamer als die ökonomische Krise ist die weit verbreitete geistige Krise: Wir sind zu Wörtern geworden, zu Nummern, zu Herdentieren. Man kann zwar sagen, was man will, aber es ist alles bedeutungslos. Egoisten und Zyniker geben den Ton an, und dazu sind sie nicht einmal aus reiflicher Überlegung geworden, sondern einfach so. Hat man sich diese Haltung einmal zu eigen gemacht, kommt einem dann vieles gar nicht mehr so seltsam vor. Zum Beispiel, dass ein Staat seine Bürger unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung in einen Krieg führt (Großbritannien) oder seine Verbündeten in großem Stil ausspioniert (USA). Individuen wie jener junge, weiße Rechtsradikale aus Norwegen greifen zur Waffe und legen andere einfach um.

Mit Ideologie hat das nichts zu tun, es ist reine Triebbefriedigung. Wie sehen die Menschen außerhalb der einst privilegierten westlichen Welt diesen Wandel? Wenn auch in den Demokratien nur noch eine Minderheit für die Mehrheit entscheidet, was unterscheidet sie dann noch von Diktaturen? Warum sollte man seinen Traum vom Glück dort suchen, wo alpträumhafte Verhältnisse herrschen? Lohnt sich das? Ein gutes Beispiel dafür, wie freie Wahlen durch das Volk von nichts als unmittelbaren Profitinteressen geleitet werden, gibt Ungarn. Das Land, das einmal als eines der fortschrittlichsten unter den Ostblockstaaten galt, hat nun eine demokratisch gewählte, rechtspopulistische

Regierung, die sich – ganz abgesehen von ihrem provinziellen Nationalismus – nicht einmal davor scheut, die Freiheit der Rede einschränken zu wollen. Dieses Beispiel ist symptomatisch für sogenannte Demokratien, in denen nach den Kriterien des schnellen Profits gewählte Mehrheiten gebildet werden, die sich aber noch lange nicht dem Ideal einer offenen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Im Gegenteil: Es werden „Demokratien“ hervorgebracht, in denen Macht missbraucht werden kann und auch täglich wird. Im Extremfall stützen sie sich auf die Macht mafioöser Strukturen.

Albtraum als Chance

Was tun? Ich sehe in diesem Albtraum eine Chance – schließlich führt das Fragezeichen hinter der Demokratie dazu, dass diese Frage heute zum ersten Mal von der ganzen Menschheit neu verhandelt werden kann, wir denken sie neu, und die ganze Welt mischt sich ein in die Diskussion darüber, was Demokratie heißt und wie wir sie verwirklichen können.

Dringlich ist diese Frage jetzt dort, wo Demokratie bislang eine alte Bekannte schien, in Europa und den USA. Erst jetzt wird uns vielleicht bewusst, dass Demokratie kein Ende hat und es sich dabei um ein Thema handelt, das immer wieder neu erörtert werden muss. Es kann nicht ausreichen, die Idee der Demokratie auf ein Spiel von Mehrheiten zu reduzieren, wir brauchen eine Rückbesinnung auf ihre Grundlagen, und das bedeutet, eine wirkliche Unabhängigkeit in unserem Denken und Handeln. Kurz gesagt, eine Rückbe-

sinnung auf die Ideen der Aufklärung. Das muss die Prämisse sein.

Es mag auch ohne gehen, doch die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass man dann den Menschen und seine Gier zu fürchten hat und dulden muss, dass die Leute ihren bloßen Instinkten folgen und sie zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Es ist wichtig, den allumfassenden Zweifel und den Willen zum kritischen Urteil zu kennen, der der Aufklärung eigen ist, und sich nicht auf eine abgeschmackte und vorgefertigte „political correctness“ zu versteifen, genauso wenig wie auf den Rückgriff auf abgenutzte Parolen aus der Zeit des Kalten Krieges. Diese geben sich nur den Anschein des Politischen, denn in Wirklichkeit sind sie kommerziell, sie reden von Politik und meinen Business, sie richten sich vermeintlich gegen die kommunistische Regierung und gelten doch nur der Protektion des eigenen Marktes, häufen sich auf zu einem Phrasenberg, einem Schaumbad, einer Flutwelle, unter denen die Wahrheit über unsere Lage erstickt wird.

Für mich kommt diesem grundsätzlichen Infragestellen der Bedeutung von Demokratie ein ganz großer Stellenwert zu. Zu fragen hilft uns, von vorn anzufangen, die Fesseln in Form des ungleich verteilten globalen Profits abzuschütteln und alle Menschen am selben Horizont zu sehen, außerhalb ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Kulturen und Sprachen, außerhalb der Trennungslinien von Ost und West, und zu erkennen,

„Sie reden von Politik und meinen Business, Parolen häufen sich auf zu einem Phrasenberg, einem Schaumbad, einer Flutwelle, unter denen die Wahrheit über unsere Lage erstickt wird.“

wer man wirklich ist. Wo ist mein Platz in dieser Welt? Wie kann ich mit all den anderen Ichs in einen gleichberechtigten Dialog, Streit, Wettbewerb treten? Wie einigen wir uns? Dieses Ich zu nähren bedeutet, den Geist der ganzen Menschheit zu beflügeln.

Im Juli 2013, während meines letzten Monats am Berliner Wissenschaftskolleg, standen sich gerade das ägyptische Volk und das Militär lärmend in den Straßen Kairos gegenüber, und täglich erreichten uns besorgniserregende Nachrichten. Aus diesem Grund organisierte das Wissenschaftskolleg eine Diskussionsrunde, zu der drei arabische und ein türkischer Wissenschaftler geladen waren. Über zwei Stunden lang wurde hitzig bis heftig debattiert. Im Zentrum der Debatte stand die Frage, wem die Macht im Staate zustand, dem Militär mit seinem „westlichen“ Hintergrund oder den von islamischen Fundamentalisten gestützten Massen auf der Straße.

Demokratie der Ignoranz

Während die Podiumsteilnehmer sich fast so heftig bekriegten wie die Menschen in Ägypten, gerieten auch im Publikum die Gemüter zunehmend in Wallung. Ich hörte still und aufmerksam zu, doch bemächtigte sich meiner allmählich ein Zweifel, der mich nicht mehr losließ. Sicher bin ich um die Sicherheit meiner Freunde im Mittleren Osten besorgt. Aber im Laufe der Diskussion fragte ich mich viel mehr, warum sich die vier Podiumsteilnehmer während ihrer zweistündigen Debatte zwar heftig darum stritten, wie in Ägypten die Machtverhältnisse aussehen

sollten, aber niemand darüber sprach, wie sie sich die Zukunft des Landes vorstellten, auf welche ideologischen Grundlagen die Demokratie dort bauen solle. Anders gesagt: Auf welche Weise kann in einem Land, das auf uralten islamischen Traditionen fußt, durch Besinnung auf sich selbst die Transformation zu einem modernen Staat gelingen?

Wenn es nicht das war, worum es ging, warum dann überhaupt dieser offene Zusammenprall auf der Straße? Was gewinnt die „Demokratie“, wenn die Macht von einer Militärdiktatur auf eine Religionsdiktatur übertragen wird, wo läge der Erfolg dieser Transformation?

Ich erinnere mich noch, wie sich 1979 der Jubel nach dem Sturz des Schahs im Iran schnell in Bitterkeit verkehrte. Ein wirklicher Wandel war mit freien Wahlen nicht gewonnen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass man durch die bloße Novellierung des Staatsnamens, ohne etwas an der Denkweise und den diktatorischen Strukturen zu ändern, nur vom Regen in die Traufe gelangt.

Ohne die Idee der Aufklärung, darauf will ich hinaus, mag unser Kampf um Demokratie vielleicht zu einer Befreiung führen, doch was nutzt uns das, wenn wir nicht wissen, wozu wir uns befreien wollen? Wenn im Mittleren Osten heute niemand versucht, aus dem Inneren des Islam heraus eigene Wege der Erneuerung zu finden, dann folgt die arabische Welt nur noch der Demokratie der Ignoranz nach iranischem Vorbild und endet womöglich extremer und gefährlicher als die bereits bestehenden arabischen Diktaturen.

Am Ende konnte ich also doch nicht mehr an mich halten und meldete mich zu

Wort. Erzählte vom neuen kulturellen Bewusstsein im China der 1980er Jahre, kurz nach der Kulturrevolution, um zu verdeutlichen, was es mit der kulturellen Modernisierung im China des 20. Jahrhunderts auf sich hat, und sprach von der Suche nach dem Wesen des chinesischen Denkens in unserer modernen Gesellschaft. Und dann zitierte ich die Worte meines Freundes, des großen arabischen Dichters Adonis: „Ich bin gegen den Islam“. Er stellte sich mit diesen Worten einer religiösen, ihre Macht missbrauchenden Autokratie entgegen und gab mir ein lebendiges Beispiel dafür, wie die moderne Erneuerung der arabischen Kultur aussehen kann: ein großer Mann des Wortes zu sein, ein Individuum, ein Mensch, der es wagt, sich selbst herauszufordern.

Dieser selbständig denkende Mensch, jemand, der in der Lage ist, sich sein eigenes Urteil zu bilden, ein (selbst-)bewusster Mensch also ist der Ausgangspunkt für unsere Erwartungen an eine moderne Demokratie. Die Globalisierung hat dem Thema Demokratie einen neuen Kontext gegeben, sie ist nicht nur für die arabische Welt oder für China neu zu verhandeln; auch für das verwirrte Europa oder die USA, deren Selbstbewusstsein gelitten hat, muss die Frage nach Demokratie neu gestellt werden. Es herrscht Verwirrung über globale Werte, was nicht heißt, dass es gar kein Wertesystem mehr gibt. Es stellt den Einzelnen nur vor größere Herausforderungen, vor allem die, sich auf seine eigenen

„Vielleicht sind es vor allem die Dichter, die schon längst zu diesem selbständig denkenden Menschen gehören. Dann wäre das Zeitalter der Globalisierung das Zeitalter der Poesie.“

Wertvorstellungen zu besinnen. Renne nicht blind hinter der lärmenden Masse her, fang an zu denken und nimm jedes Problem kritisch unter die Lupe, bevor du dir ein Urteil bildest. Die Verantwortung für die Reflexion über Volk, Kultur, Tradition und das Ziel der Geschichte liegt jetzt bei jedem einzelnen. Und das betrifft alle Ebenen, von Fragen der Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur bis hin zu Sprache und Ästhetik. Vielleicht sind es vor allem die Dichter, die schon längst zu diesem selbständig denkenden Menschen gehören. Dann wäre das Zeitalter der Globalisierung das Zeitalter der Poesie.

Es verlangt einem jedem ab, zu einem poetischen „anderen“ zu werden, sich nicht von Politik und Kommerz zurückweisen zu lassen, sondern derjenige zu sein, der von sich aus jede Art von Kontrolle und Zwang zurückweist. Um noch einmal auf China zurück zu kommen: Wenn man überhaupt von positiven Früchten des schmerzlichen Albtraums der Kulturrevolution sprechen möchte, dann wären sie das Nachdenken über die eigene Geschichte und das Hinterfragen der eigenen Kultur, die in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit dem Ende dieses Albtraums eingesetzt haben. Das Epos der Transformation Chinas zu einem modernen Staat hatte damit eine neue Stufe erreicht.

Ich bin davon überzeugt, dass tief unter dem bizarren Tsunami des chinesischen Wirtschaftserfolgs die Erde bebt, sich verschiebt durch ein neues Denken. Demokratie ist ein ungelöstes Problem, China ist ein ungelöstes Problem. Wir alle sind Fragezeichen. Fragezeichen inspirieren.

Aus dem Chinesischen von Karin Betz

Yang Lian ist chinesischer Dichter, lebt zurzeit in Berlin und gewann 2012 den renommierten internationalen Nonino-Literaturpreis. Er wurde 1955 als Sohn von Diplomaten in der Schweiz geboren und wuchs in Peking auf. 1979 schloss er sich einer Gruppe von Dichtern an, die die Zeitschrift „Jintian“ veröffentlichten. Zurzeit des Massakers am Platz des Himmlichen Friedens befand er sich in Neuseeland und beteiligte sich von dort aus an den Protesten gegen das Vorgehen der chinesischen Regierung. Kurz darauf wurden seine Werke in China auf die Zensurliste gesetzt und Yang Lian wurde die chinesische Staatsbürgerschaft entzogen. Zuletzt auf Deutsch erschienen: „Aufzeichnungen eines glückseligen Dämons – Gedichte und Reflexionen“ (Suhrkamp Verlag 2009); „Konzentrische Kreise“ (Hanser Verlag 2013).

Der Welt zuhören In einer sich rasant wandelnden Welt muss sich die diplomatische Praxis verändern – sowohl die klassische Diplomatie als auch die Public Diplomacy und mit ihr die Kulturdiplomatie. Es braucht Geschick für Monolog, Dialog und Zusammenarbeit, damit sich ein internationaler Akteur ein attraktives Image und einen soliden Ruf erwerben kann. Wie steht es um das Image der EU in der immer wichtiger werdenden geo-politischen Region des asiatisch-pazifischen Raumes? *Von Natalia Chaban*



internationalen Umfeld auseinanderzusetzen, indem man kulturelle Ressourcen und Leistungen im Ausland bekannt macht und/oder kulturelle Vermittlung ins Ausland ermöglicht.“ Auch nach dieser Definition ist Kulturdiplomatie Teil der Public Diplomacy.

Und es besteht kein Zweifel: Theoretische Modelle der Public Diplomacy können auf die Kulturdiplomatie angewandt helfen, Wege zu finden, wie Botschaften ihre Empfänger noch besser erreichen.

Insbesondere Wissenschaftler und Praktiker im Bereich Kulturdiplomatie könnten dabei Formen der Public Diplomacy berücksichtigen und anwenden – so die amerikanischen Kommunikationsexperten Geoffrey Cowan und Amelia Arsenault, die eine Typisierung von Public Diplomacy vorgenommen haben:

Im Monolog werden außenpolitische Strategien vertreten. Er ist definiert als eine Reihe „einseitiger, grundsätzlich autarker Kommunikationsweisen und Kanäle“.

Trotz bestimmter Einschränkungen, die eine solch einseitige Informationsübermittlung beinhaltet, „haben wohl überlegte monologische Kommunikationsformen in der Public Diplomacy zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten ihren Platz“. Für die Kulturdiplomatie sei es wichtig, dass Kulturpro-

Eine verbreitete Definition des amerikanischen Politikwissenschaftlers Milton Cummings von Kulturdiplomatie besagt, es gehe dabei um den „Austausch von Ideen, Informationen, Kunst und anderen Aspekten der Kultur zwischen Staaten und ihren Völkern, um das gegenseitige Verständnis zu fördern“.

Die meisten Wissenschaftler, die sich mit Public Diplomacy beschäftigen, betrachten die Kulturdiplomatie als eine ihrer wichtigen Komponenten. Manche Autoren jedoch, wie etwa der US-Politologe Harvey Feigenbaum, ordnen die Kulturdiplomatie nicht der Public Diplomacy zu.

In diesem Essay nutze ich die Definition von Nicholas Cull von der University of Southern California. Demnach ist Kulturdiplomatie „der Versuch eines Akteurs, sich mit dem

dukte wie Filme, Bücher, Poesie und Arbeiten der darstellenden Kunst zu diesem Monolog der Public Diplomacy gehörten.

Im Idealfall sollte ein erfolgreicher Monolog zu einem fruchtbaren Engagement führen, das wiederum auf Dialog basiert. Für den „Austausch von Ideen und Informationen“ sei er von zentraler Bedeutung. Ein respektvoll geführter Dialog verbessere die internationalen Beziehungen.

Vernünftige Menschen, vernünftige Wege

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Public Diplomacy ist Dialog wichtig „sowohl als symbolische Geste, die hervorhebt, dass vernünftige Menschen vernünftige Wege finden können, unterschiedlicher Meinung zu sein wie auch als Mechanismus, um Stereotype zu überwinden und über soziale Grenzen hinweg Außenbeziehungen zu pflegen“, so Geoffrey Cowan und Amelia Arsenault.

Der Aspekt der Zusammenarbeit in der Public Diplomacy beziehe sich auf die „Bemühung der Bürger verschiedener Länder, ein gemeinsames Projekt zu vollenden oder ein gemeinsames Ziel zu erreichen“. Sowohl Dialog als auch Zusammenarbeit zählen zu den üblichen Vorgehensweisen in der Kulturdiplomatie.

Nach Meinung von Wissenschaftlern, die im Bereich Public Diplomacy forschen, sollte

„Theoretische Modelle der Public Diplomacy können auf die Kulturdiplomatie angewandt helfen, Wege zu finden, wie Botschaften ihre Empfänger noch besser erreichen.“

das Zuhören an erster Stelle stehen. Es wird von Nicholas Cull definiert als „der Versuch eines Akteurs, sich mit dem internationalen Umfeld auseinanderzusetzen, indem man Daten über die Öffentlichkeit und ihre Meinungen im Ausland sammelt, sortiert und anschließend nutzt, um die Politik oder das weitere Vorgehen in der Public Diplomacy daran auszurichten“. In der Kulturdiplomatie ist das systematische Zuhören eine wichtige Bedingung für effektiven Dialog und Zusammenarbeit.

Dieser Essay legt die Ergebnisse einer Forschungsarbeit dar, die sich auf das Zuhören konzentriert: das transnationale komparative Projekt „Die Wahrnehmung der EU im asiatisch-pazifischen Raum“. Dabei wurden systematisch Meinungen über die Europäische Union außerhalb ihrer Grenzen gesammelt – und die Resultate im Kontext der kulturdiplomatischen Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten erörtert.

Wie Bruce Gregory von der George Washington University schreibt, „konzentrieren sich die Europäer auf den Nutzen der Public Diplomacy für die Verbesserung ihrer Ökonomien, die Projektion von Identität und das Erreichen anderer politischer Ziele“. Dieser Fokus hat die Kulturdiplomatie der europäischen Staaten seit dem Beginn der Public Diplomacy im 20. Jahrhundert geprägt. Gregory legt dar, wie die Kulturdiplomatie in den 1920er Jahren in Europa ihren Anfang nahm, als die europäischen Staaten nach Wegen suchten, die durch den Ersten Weltkrieg entstandenen tragischen Trennungslinien auf dem europäischen Kontinent zu überwinden.

Während der Jahre des Kalten Krieges spielte die Kulturdiplomatie eine wichtige Rolle dabei, Verbindungen zwischen Ost und

West (und wohl auch zwischen Europas Osten und Westen) herzustellen, die durch Ideologien gespalten waren. In unserem Zeitalter der Globalisierung ist Kulturdiplomatie immer noch ein mächtiges Instrument, um einen erfolgreichen Dialog zwischen verschiedenen Machtpolen sowie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu ermöglichen.

In einer sich rasant wandelnden Welt muss sich die diplomatische Praxis verändern – sowohl die klassische Diplomatie als auch die Public Diplomacy und mit ihr die Kulturdiplomatie. Mehr als je zuvor braucht es Geschick für Monolog, Dialog und Zusammenarbeit, damit sich ein internationaler Akteur ein attraktives Image und einen soliden Ruf erwerben kann. Beide bilden die Voraussetzungen dafür, so die niederländischen Politikwissenschaftlerin Carolien van Ham, im Wettbewerb „um Investitionen, um Tourismus und politische Macht, oftmals auf globaler Ebene“ gewinnen zu können. Kultur sei in diesem Fall, neben politischen Ideen und Strategien, ein Schlüsselfaktor für die „Marke“ des politischen Systems.

Wie steht es um die Außenwahrnehmung der EU in einer speziellen geopolitischen Region – etwa dem asiatisch-pazifischen Raum? In der heutigen Welt der Netzwerke und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren (inklusive multilateraler internationaler Organisationen), ist die EU ein wichtiger internationaler Akteur.

Sie ist noch keine Föderation, aber auch keine lose zwischenstaatliche Einheit. Vielmehr ein einzigartiges supranationales Gebilde, das eine gemeinsame Außenpolitik anstrebt. Der neu gegründete Europäische Auswärtige Dienst versucht auf unterschiedliche Weise, der EU eine Führungsrolle in der Welt zu sichern. Einer davon ist die Public Diplomacy. Kulturdiplomatie steht eher am Rande – es gibt kein „Europa-Haus“, durch das man

eine gemeinsame kulturelle Botschaft an die internationalen Partner übermitteln würde. Die meisten Aktivitäten „europäischer“ Kulturdiplomatie wurden traditionell von den EU-Mitgliedstaaten erdacht und ausgeführt. Gleichwohl liefert unsere Studie zum Image der EU im asiatisch-pazifischen Raum Bilder und Wahrnehmungsweisen, die für die Public Diplomacy der EU und ihrer Mitgliedstaaten von Bedeutung sein könnten.

Das Datenmaterial für diese Studie stammt aus dem komparativ angelegten Projekt „Die Wahrnehmung der EU im asiatisch-pazifischen Raum“ (siehe unter www.euperceptions.canterbury.ac.nz). Bis 2013 wurden Image und Wahrnehmung der EU an 20 Standorten (und zwei weiteren in Afrika) untersucht. Ins Projekt einbezogen wurden Nordostasien (Japan, Südkorea, China, HongKong und Macao), Südostasien (Singapur, Thailand, Malaysia, Vietnam, Indonesien und die Philippinen), Südasien (Indien), Australasien (Australien und Neuseeland) und der pazifische Raum (Fidschi-Inseln, Papua-Neuguinea, Samoa, die Cook Islands, die Salomonen und Russland).

Im Rahmen des Projekts gab es an jedem Standort Interviews mit Personen aus Politik, Geschäftswelt, Zivilgesellschaft und Medien; Content-Analysen von Presse und Fernsehen sowie Meinungsumfragen in der Öffentlichkeit. An allen Standorten wurden identische Methoden verwendet, um sinnvolle Vergleiche zwischen einzelnen Bereichen, Räumen und Zeitspannen ziehen zu können.

Hier konzentriere ich mich auf einen Aspekt dieses groß angelegten Forschungsprojekts: die Meinungen regionaler Interessenvertreter. Zu dieser Gruppe gehören politische

Eliten (die wichtigsten Entscheidungsträger, wobei vorzugsweise Mitglieder nationaler Parlamente aus verschiedenen Parteien, Regierungsbeamte und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst befragt wurden), die Unternehmerelite (Mitglieder offizieller nationaler Geschäftsnetzwerke und führende internationale Händler), die Elite der Zivilgesellschaft (Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und nichtstaatliche Akteure) sowie die Medienelite (Redakteure und Chefredakteure, Programmdirektoren und Produzenten beim Fernsehen sowie führende Korrespondenten überregionaler Medien). Die Datensätze, die im Laufe des Projekts zwischen 2003 und 2013 gesammelt wurden, beinhalten mehr als 1.000 Interviews mit jeweils 18 Fragen, die in 20 asiatisch-pazifischen Ländern in den jeweiligen Muttersprachen der Befragten von speziell geschulten Rechercheuren durchgeführt wurden.

Stichwort „Europäische Union“

Auf die Frage, welche drei Gedanken ihnen beim Stichwort „Europäische Union“ in den Sinn kommen, sagten Interessenvertreter oftmals spontan „Europa“, „Kultur“ und „Zivilisation“. Diese Antworten spiegeln vor-

„Der Europäische Auswärtige Dienst versucht der EU eine Führungsrolle in der Welt zu sichern. Kulturdiplomatie steht eher am Rande – es gibt kein ‚Europa-Haus‘, durch das man eine gemeinsame kulturelle Botschaft an die internationalen Partner übermitteln würde.“

herrschende stereotype Vorstellungen bei regionalen Entscheidungsträgern, Politik- und Meinungsmachern wider. Sie veranschaulichen, dass das Image der EU eng mit größeren „zivilisatorischen/kulturellen“ Konzepten von Europa verbunden ist.

Eine differenziertere Analyse zeigt eine gewisse Bandbreite in der Wahrnehmung der kulturellen Reichweite Europas und der Europäischen Union.

Einerseits stößt man auf Bewunderung, das Gefühl kultureller Affinität, die Anerkennung von Europas kultureller Bedeutung, den Willen, am Austausch in Kultur und Bildung teilzunehmen und ein Bekenntnis zu einem gemeinsamen Erbe. Auf der anderen Seite gibt es negative Bilder von Europas schwindender kultureller Bedeutung, ein Bewusstsein für die wachsende Ignoranz und Gleichgültigkeit in der asiatisch-pazifischen Öffentlichkeit gegenüber Europa und seinen Kulturen oder sogar auch Ressentiments.

Beide Reaktionen bedeuten jeweils Chancen und Herausforderungen für die Kulturdiplomatie der EU und ihre Mitgliedstaaten. Beide Seiten sollen im Folgenden detailliert betrachtet werden.

Die Mehrheit der in Russland interviewten Eliten stellte die kulturelle Bedeutung der EU und Europas heraus. Russland wurde als Teil eines „größeren Europas“ gesehen, Europas Kultur als sehr verwandt mit der russischen Kultur betrachtet und umgekehrt.

Eine etwas andere, aber immer noch sehr positive Sichtweise herrschte in Nordostasien und Indien. Die interviewten Interessenvertreter dieser asiatischen Mächte sprachen von einem Gefühl der Affinität zwischen den jeweiligen antiken „reifen“ Kulturen und brach-

ten als Beispiele europäische und japanische, chinesische und indische Kulturen.

Ein Geschäftsmann aus Japan gab den Kommentar ab: „Verglichen mit anderen Regionen ist die EU, insbesondere in kultureller Hinsicht, für Japan wirklich attraktiv. Ihre Mode, ihre Musik und ihren Lebensstil schätzen die Japaner sehr. Zudem zeichnen sich viele Staaten in Europa durch kulturelle Reife aus.“ Ein Interviewpartner aus Hong Kong kam zu dem Schluss: „Aufgrund des historischen Erbes ist Europa eleganter.“ Ein Vertreter der Zivilgesellschaft in China stellte fest, die EU sei „wie China, mit einem riesigen Territorium und einer vielfältigen Kultur“.

Wichtige Interessenvertreter an verschiedenen Standorten gaben oftmals auch ihrer Bewunderung für die europäische Kultur Ausdruck. Ein thailändischer Politiker stellte fest: „Europa ist die Nummer Eins unter den Zivilisationen. Auf einer Straße in Madrid, Venedig oder Paris zu spazieren, ist das beste [Erlebnis]. Der Lebensstil in Schweden, Dänemark oder Norwegen ist der beste. Die Freiheit in den Niederlanden ist die beste. Französisches Besteck ist das beste. Die deutsche Effizienz ist die beste.“

Was noch wichtig ist: Die befragten Entscheidungsträger und Politiker bekundeten ihr Interesse daran, den Austausch mit Europa in Kultur und Bildung zu erweitern. „Es ist schade, dass wir, wenn wir an Einfluss denken, an oberflächliche Dinge denken wie Handel oder militärische Macht... Zugleich übersieht man leider die Rollen der EU als erfolgreiches Integrationsmodell, als Helfer und Bildungspartner für Asien“, sagte ein Interviewpartner in Thailand.

Interviewpartner in Australien und Neu-

seeland erwähnten auch das kulturelle Erbe, das ihre Länder mit der EU teilen und welches ihre Bedeutung rechtfertigt.

Diese Sichtweisen eröffnen vielfältige Möglichkeiten für einen sinnvollen Dialog zwischen der EU beziehungsweise ihren Mitgliedstaaten und dem asiatisch-pazifischen Raum. Sie verdeutlichen auch das Potenzial für eine fruchtbare Zusammenarbeit. Die positive Wahrnehmung könnte die kulturdiplomatischen Initiativen der EU und jene ihrer Mitgliedstaaten prägen und zudem beeinflussen, in welche Bereiche man investiert, um die bestmögliche Resonanz zu erzielen und den guten Ruf zu stärken.

Auf der anderen Seite zeugen manche Meinungen von einer verbreiteten Ignoranz gegenüber Europa im Allgemeinen und der EU im Besonderen. Diese waren vor allem in der Öffentlichkeit anzutreffen, wurden aber zunehmend auch von Interessenvertretern geäußert, vor allem an Standorten in Südostasien. Das Eingeständnis der Gleichgültigkeit gegenüber Europa, sowohl in Nord- als auch in Südostasien, sendet ein weiteres alarmierendes Signal im Hinblick auf kulturdiplomatische Initiativen. Ein Indonesier fragte: „Warum sollten wir uns Gedanken über Europa machen, das so weit von uns weg ist?“

Verdrängtes europäisches Erbe

Es überrascht nicht, dass auch Ressentiments gegenüber eurozentrischen kulturellen Ausdrucksformen zu spüren waren, am häufigsten in Asiens früheren europäischen Kolonien. Ein Befragter aus Singapur bemerkte sar-

„Das Image der EU ist eng mit größeren kulturellen Konzepten von Europa verbunden.“

kastisch: „Es gibt in der Welt immer noch den anhaltenden – wenn auch vielleicht langsam sterbenden – Glauben, dass westliche Kultur irgendwie überlegen ist: In chinesischen Städten gibt es Orchester aus dem Westen, aber es wird noch eine Weile dauern, bis London ein chinesisches London-Orchester hat.“

Schließlich wurde an mehreren Standorten auch der mächtige Einfluss der amerikanischen Massenkultur kommentiert. In Australien zum Beispiel vertrat man die Meinung, sie verdränge das europäische kulturelle Erbe aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Negative Wahrnehmung stellt die Kulturdiplomatie der EU und ihrer Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen. Sie verdeutlicht auch ein Defizit in den drei Kommunikationsformen: Monolog (die Botschaft stößt nicht auf Resonanz, sondern Gleichgültigkeit), Dialog (Ressentiments verweisen darauf, dass zu viel monologisiert und zu wenig zugehört wird) und Zusammenarbeit (Verbindungen durch ein gemeinsames Erbe werden nicht genug berücksichtigt).

Kurz gefasst: Systematisches Zuhören in Form von Studien zur Außenwahrnehmung sollten in der Public Diplomacy der EU und der ihrer Mitgliedstaaten zur Regel werden, auch auf der Ebene der Kulturdiplomatie. Studien in verschiedenen geopolitischen Regionen sowie unter den weltweit wichtigsten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sollten sich in Zukunft expliziter mit Kulturdiplomatie beschäftigen. Sowohl der Europäische Auswärtige Dienst als auch die Schaltstellen für auswärtige Beziehungen in den EU-Mitgliedstaaten könnten zusammenarbeiten, um in der Zukunft eine solche Studie in Auftrag zu geben.

Natalia Chaban lehrt an der Universität von Canterbury in Neuseeland. Sie ist Mitherausgeberin des „Australian and New Zealand Journal of European Studies“ und Vorsitzende der „Ukrainian Studies Association of Australia and New Zealand“.

Bibliografie

- Chaban, N. und Holland, M. (Hrsg.) (2014) „Communicating Europe in Times of Crisis: External Perceptions of the European Union“, (Basingstoke: Palgrave MacMillan, erscheint in Kürze)
- Chaban, N. und Holland, M. (2008) (Hrsg.) „The European Union and the Asia-Pacific: Media, Public and Elite Perceptions of the EU“ (London: Routledge).
- Chaban, N., Holland, M. und Ryan, P. (2009) (Hrsg.) „The EU through the Eyes of Asia: New Cases, New Findings“ (Singapore, London: World Scientific).
- Cowan, G. und Arsenault, A. (2008) „Moving from monologue to dialogue to collaboration: The three layers of public diplomacy“, *The Annals of the AAPSS*, 616/1, S. 10-30.
- Cowan, G. und Cull, N. (2008) „Public diplomacy in a changing world“, *The Annals of the AAPSS*, 616/No. 1, S. 6-8.
- Cummings, M. (2003) „Cultural Diplomacy and the United States Government: A Survey.“ Washington, DC: Center for Arts and Culture, Feigenbaum, H. (2001) „Globalisation and cultural diplomacy.“ Centre for Arts and Culture <http://www.culturalpolicy.org/pdf/globalisaion.pdf>
- Holland, M. und Chaban, N. (Hrsg.) (2010) „Special Issue: Reflections from Asia and Europe: How do we perceive one another?“, *Asia Europe Journal*, 8(2).
- Holland, M., Ryan, P., Nowak, A. und Chaban N. (Hrsg.) (2007) „The EU through the Eyes of Asia: Media, Public and Elite Perceptions in China, Japan, Korea, Singapore and Thailand.“ (Singapore, Warsaw: University of Warsaw).
- Van Ham, P. (2008) „Place branding: The state of the Art“ *The Annals of the AAPSS*, 616/1, S. 126-149.

Nationale Identität versus postmoderner Skeptizismus
Kulturaustausch muss in beide Richtungen erfolgen,
dann kann man voneinander lernen. Europäische Kul-
turbeziehungen mit anderen Ländern wie etwa den Phi-
lippinen sollten von demselben Prinzip geleitet werden,
das auch hinter der Bildung der Europäischen Union
stand: gegenseitigem Respekt. Respekt schafft Vertrauen.
Und der Austausch mit der europäischen Kultur stärkt
eine unabhängige Künstler-Community.

Von Myra C. Beltran



Die Kulturaktivitäten Europas auf den Philippinen sind vielfältig. Es fällt indes auf, dass europäische Kulturinstitutionen besonders gerne den Tanz auf ihr Programm für die Philippinen setzen. Das ist nicht überraschend. Erstens überwindet diese Kunstform Sprachbarrieren. Zweitens haben die Philippiner eine angeborene Vorliebe für den Tanz. Drittens führt er Menschen zusammen – über Kulturen und lokale Trennungslinien hinweg.

Tanz ist in unserer indigenen Kultur schon immer ein wichtiges Ritual gewesen. Aber angesichts unserer Kolonialgeschichte war es unausweichlich, dass wir ihn irgendwann auch einmal als theatralische Kunst betrachten würden. Bei zahlreichen regionalen Festivals auf den Philippinen, in die als Wirtschaftsfaktor stark investiert wird, gibt

es immer auch ein Straßenfestival, das oftmals die Hauptattraktion darstellt. Tanz hat also auf den Philippinen schon immer eine Rolle gespielt – vom Konzert bis zum schauspiel-orientierten Spektakel bei Festivals.

Es ist wichtig zu betonen, dass jegliche Kulturinitiative von außerhalb der Philippinen ein Projekt vor dem Hintergrund einer bestimmten historischen Perspektive dieser speziellen Kunstform und ihrer aktuellen Akteure ansiedeln muss. Auf dem Gebiet des zeitgenössischen Tanzes sind europäische Initiativen äußerst fruchtbar und förderlich gewesen. Mehr noch: Sie spielten eine Rolle bei der Herausbildung einer unabhängigen tänzerischen Praxis, was ich persönlich für die Geburtsstunde des zeitgenössischen Tanzes auf den Philippinen halte.

In den späten 1980er Jahren hatte unser Land bereits eine jahrelange autoritäre Herrschaft hinter sich, und obgleich es Bemühungen gab, neue gleichberechtigte Möglichkeiten zu schaffen, blieb die vorherrschende Art, Tanz zu präsentieren, in alten Strukturen verhaftet. Strukturelle Anpassungen sind zugebenermaßen schwierig, aber manchmal können einzelne Initiativen den Prozess beschleunigen und Alternativen zu

Asien

starrten reformbedürftigen Strukturen schaffen. Solche Einzelinitiativen philippinischer Künstler wurden gewissermaßen von europäischen Kulturinstitutionen unterstützt.

Im Laufe der späten 1980er und frühen 1990er Jahre brachten europäische Kulturinstitutionen aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien experimentellere Tanzkünstler und Tanzgruppen auf die Philippinen. Es liegt vielleicht auch in der Natur des zeitgenössischen Tanzes, wie er sich in Europa entwickelt hat, und gilt übrigens scheinbar auch für die zeitgenössische Kunst allgemein: starre Strukturen zu hinterfragen und bestimmte Annahmen über die Rolle der Kunst in der Gesellschaft, über Produzenten und Konsumenten von Kunst sowie über ästhetische Folgen anzuzweifeln.

Unabhängig und ein bisschen chaotisch

Das Engagement europäischer Kulturinstitutionen erwies sich in dieser Zeit als sehr förderlich für die gesamte Tanzszene – vielleicht auch deshalb, weil die Künstler, die nach Manila kamen, sehr mobil und modern waren.

Die Entscheidung, eben diese Künstler einzuladen, bedeutete auch, eine bestimmte Ästhetik zu unterstützen und Kunst wertzuschätzen, die außerhalb des kulturellen „Mainstream“ produziert wird, also die Anerkennung eines „unabhängigen“ künstlerischen Prozesses.

Damit förderten die europäischen Kulturinstitutionen einen Prozess, der dezentralisiert, unabhängig, ein bisschen chaotisch, aber sicherlich inspiriert war. Einen Prozess, der das Gegenteil von dem darstellte, was bis dahin gegolten hatte. Er diente den einheimischen Künstlern als Inspiration. Und

er verlieh den Bemühungen unabhängiger Künstler eine bestimmte „Legitimation“. Bis heute haben europäische Kulturinstitutionen eine Vorliebe dafür, experimentellere Künstler oder Kunstwerke ins Land zu holen.

Im Laufe der Zeit ist die Community unabhängiger Tänzer gewachsen. Unser Netzwerk unabhängiger Tänzer führte 2012 ein Projekt mit EUNIC durch, bei dem Künstler aus dem Bereich des europäischen zeitgenössischen Tanzes auftraten und Workshops für einheimische Tänzer abhielten. Dieses Projekt verlief vor allem deshalb erfolgreich, weil unser Netzwerk bereits ein Festival veranstaltete und in der Lage war, einen Pool an Künstlern zu engagieren. Kurz gesagt profitierte das Projekt von der Tatsache, dass es genau zur richtigen Zeit kam: Erstens hatte sich bereits ein Netzwerk von Künstlern entwickelt und zweitens gab es im Laufe der Jahre einen ständigen Kontakt zu europäischen Kulturinstitutionen – vielleicht nur im kleinen Stil, aber dies zog schließlich größere Projekte nach sich. Zu verdanken ist dies den Menschen, die Kulturinstitutionen leiten, Künstler engagieren und kennenlernen wollen – aber auch die einheimische Kunstszene und Geschichte der Kunst. So etwas kann über Erfolg und Scheitern eines Projekts entscheiden.

Wir als Netzwerk von Künstlern und Managern hatten gewisse Fragen zur Europäischen Union als Ganzer, derer wir uns kaum bewusst waren, die sich aber im Laufe des Projekts zum größten Teil klären ließen. Es gab im Management eine klare Aufgabenverteilung zwischen uns und un-

seren Partnern aus der Europäischen Union. EU-interne Themen sowie alles, was mit den Gastkünstlern zu tun hatte, regelten die teilnehmenden europäischen Kulturinstitutionen untereinander. Wir taten, was wir am besten können – Künstler einbinden und sie auf ein gemeinsames Ziel hin koordinieren. Dieses klare Vorgehen erwies sich als äußerst nützlich.

Bei diesem Projekt und meiner Arbeit der letzten Jahre mit europäischen Kulturinstitutionen habe ich beobachtet, dass philippinische Tanzkünstler aufgrund der dortigen Philosophie und Zukunftsorientierung nach Europa schauen. Wir bewundern den Individualismus europäischer Künstler und haben das Gefühl, dass diese wiederum unseren Sinn für Gemeinschaft schätzen.

Wir interessieren uns sehr für künstlerische Prozesse und ihren Kontext, um unsere eigene Vorstellung von zeitgenössischem Tanz in der zeitgenössischen Tanzpraxis verorten zu können. Die fruchtbarsten Kontakte mit europäischer Kultur sind am Ende offensichtlich jene, bei denen es eine gute Zusammenarbeit mit einheimischen Künstlern, eine Art technologischen Transfer und eine Fortsetzung gab.

Diese Formen des Engagements haben aber auch einen ambivalenten Charakter. Prozess und Kontext der künstlerischen Arbeit in unserem Land unterscheiden sich stark von jenen der europäischen Künstler, die zu uns kommen. Wann immer wir ein Werk schaffen und präsentieren, errichten wir gleichzeitig auch die Infrastruktur dafür, da es diese noch nicht gibt. Zudem interessieren wir uns für unsere philippinische Identität.

Obwohl unsere künstlerische Praxis vom postmodernen Skeptizismus, der die Arbeit europäischer Tanzkünstler prägt, profitiert, kann solch ein gedanklicher Prozess, der in einem europäischen kulturellen Kontext begonnen hat, nur bedingt auf unseren Kontext übertragen werden.

Beim Kulturaustausch betritt man diese feine Linie, an der es möglicherweise die Tendenz gibt, eine bestimmte Sichtweise aufzuzwingen und die praktische Ausübung einer Kunst zu vereinheitlichen. Jeder Partner befindet sich bei einem Austausch in einem bestimmten Entwicklungsstadium. Der Austausch muss in beide Richtungen erfolgen, dann kann man voneinander lernen. Europäische Kulturbeziehungen mit „anderen“ Ländern wie etwa den Philippinen sollten von demselben Prinzip geleitet werden, das auch hinter der Bildung der Europäischen Union stand: gegenseitigem Respekt. Respekt schafft Vertrauen.

Im Laufe der Jahre habe ich beobachtet, wie der Austausch mit europäischer Kultur philippinische Künstler aus verschiedenen Bereichen der unabhängigen Künstler-Community gestärkt hat. Die wachsende Zahl solcher Künstler, die in den meisten Fällen durch den Kontakt mit europäischer Kultur

„Prozess und Kontext der künstlerischen Arbeit in unserem Land unterscheiden sich stark von jenen der europäischen Künstler, die zu uns kommen. Wann immer wir gemeinsam ein Werk schaffen und präsentieren, errichten wir gleichzeitig auch die Infrastruktur dafür.“

eine Bestätigung erfahren, verändert langsam die philippinische Kunstlandschaft. Dies bedeutet auch, dass es eine Alternative zu kommerziellen Aktionen gibt. Diese Alternative ist sehr wichtig, um die philippinische Kunst und Kultur zu erhalten und weiter zu fördern. Es wurde also ein Raum geschaffen, in dem eine völlig neue Tanzszenen entstehen konnte.

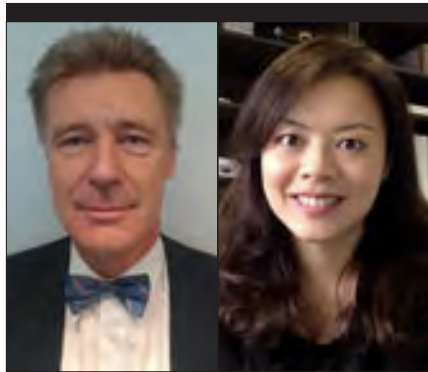
Ich bin überzeugt davon, dass sich viele großartige Dinge entwickeln können, wenn europäische Kulturinitiativen den Kontakt mit der unabhängigen Kunst-Community noch systematischer und bewusster aufrechterhalten. Ich meine damit: einen Orientierungswechsel hin zu eher „guerilla-ähnlichen“ Prozessen der Beteiligung, den direkten Kontakt mit Künstlern, flexible und innovative Methoden, um „Wirkung“ zu messen und die Berücksichtigung der Historizität jeder Kunstform und jeder Initiative. In anderen Worten: Man sollte ein Klima erzeugen, in dem Künstler vor Ort die philippinische Gesellschaft verändern können. Das ist mein Vorschlag für die europäische Kulturpolitik.

Myra C. Beltran ist Tänzerin und Choreographin von den Philippinen, künstlerische Leiterin des Dance Forum M.B und Gründerin des „Wifi Body Contemporary Dance Festival“, das 2012 ein Projekt mit EUNIC durchführte. Beltran wurde 2001 von der „National Commission for Culture and the Arts“ und 2007 von der Stadt Manila für ihre Arbeit ausgezeichnet. Zwischen 2011 und 2012 war sie Stipendiatin des Asian Cultural Council. Sie hat einen Master in vergleichender Literaturwissenschaft.



„Was weich ist, ist stark“ Der europäische „Way of Life“ – friedlich, kultiviert, multilateral, ökologisch – macht die Anziehungskraft der EU aus und kann der billigste und am wenigsten eurozentrische Weg sein, um Soft Power zu praktizieren – im Gegensatz etwa zu Sanktionen, Druck und Gewalt. Denn: Der Einsatz militärischer Gewalt kann kaum komplexe neuartige Sicherheitsprobleme und Herausforderungen beim Aufbau von Institutionen bewältigen.

Von Gerhard Sabathil und Wenwen Shen



Der chinesische Philosoph Lao Tse sagte vor ungefähr 2.500 Jahren: „Was weich ist, ist stark“, und deshalb „überwindet, was fließend, weich und nachgiebig ist, das Unbeugsame und Harte.“ Von Wasser auf Steinen ist sowohl in chinesischen als auch in deutschen Sprichwörtern oft die Rede. Damit beschreibt man eine langlebige Kraft, die das Unmögliche schafft.

In der internationalen Politik nennen wir diese heute „Soft Power“. In Europa bestand bereits in vergangenen Jahrhunderten mit der Heiratspolitik der Adels- und Königshäuser eine erfolgreiche – wenn auch nicht immer glückliche – Spielart der Soft Power. Das moderne Konzept der Soft Power ist ein neues Phänomen, aber sicherlich kein neuer akademischer Begriff, den erst der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye erfunden hat. Oft wird behauptet,

dass sich ein effektiver Gebrauch von Soft Power auf die Hard Power des Staates stützt. Wenn das wahr ist, dann hat der Zusammenbruch der Sowjetunion diese These widerlegt.

Soft Power ist ihrer Natur nach relativ und nicht quantifizierbar. Während man Hard Power vielleicht noch anhand von militärischer Ausrüstung, Verteidigungsausgaben, Bevölkerung, Territorium usw. messen kann, definiert man Soft Power über Einfluss, Außenwahrnehmung, Image und kulturelle Anziehungskraft.

Ein weltweites Ranking für Soft Power von 2011 plädierte für ein besseres Verständnis der Soft Power, für eine mögliche Messung und für kausale Verbindungen zwischen Soft Power und politischen Ergebnissen. Wenn sich also Soft Power tatsächlich auf Public Diplomacy, Kulturdiplomatie und strategische Kommunikation auswirken soll, müssen wir verstehen, was und wer wir sind, welche Botschaft wir vermitteln wollen und warum.

Wenn wir davon ausgehen, dass die EU eine globale Macht ist und auch sein soll, welche Bedeutung hat Soft Power dann im heutigen europäischen Kontext? Kann Kulturdiplomatie ein wirksames Werkzeug sein, um der EU zu helfen, mit den gewaltigen Veränderungen in der Soft und Hard Power zurechtzukommen? Wie soll die EU am besten mit strategischen oder wichtigen Handelspartnern umgehen, die nicht die gleichen Werte teilen?

Die Selbstwahrnehmung der EU als Soft Power hat ihren Ursprung in gemeinsamen Werten,

Asien

Botschaften aus der Welt

auf denen die Gemeinschaft basiert: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, „freier“ Handel und soziale Gerechtigkeit. Praktisch reicht sie mindestens zurück bis zum europäischen Gipfel von Kopenhagen im Jahr 1973. Dort verabschiedeten die Staatsoberhäupter und Regierungsführer eine „Erklärung über die europäische Identität“, die anschließend beim Europäischen Rat in Kopenhagen 1993 weiterentwickelt wurde für die friedliche Förderung von Freiheit und Gerechtigkeit – bekannt als die „Kopenhagener Kriterien“.

Weniger als 20 Jahre später nimmt der Vertrag von Lissabon in seiner Präambel ausdrücklich darauf Bezug, dass die EU inspiriert ist „vom kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem heraus sie die universalen Werte der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit entwickelt hat.“ So sieht sich die EU selbst – als einen Verbund, der in Übereinstimmung mit einem gemeinschaftlichen „acquis“ entscheidet und handelt.

Soft Power und die Macht der Anziehung

Der gemeinsame Markt der EU ermöglicht es ihr, eine große Karotte zu schwenken, bedenkt man zudem, dass die EU der größte Handelspartner der Welt ist, mit dem viele Länder Geschäfte machen wollen. Soft Power sollte aber mehr bedeuten als wirtschaftliche Attraktivität.

Im Hinblick auf ihre Außenbeziehungen wird die EU wegen ihrer Ideen und Werte nachgeahmt. Der europäische „Way of Life“ – friedlich, kultiviert, multilateral, ökologisch – kann deshalb als Soft Power im besten Sinne betrachtet werden. Diese macht die EU – nicht nur als regionales Modell – für den Rest der Welt attraktiv.

Diese Anziehungskraft kann der billigste und am wenigsten eurozentrische Weg sein, um Soft Power auszustrahlen – im Gegensatz zu Zwangsausübung, etwa durch Sanktionen, Druck und Gewalt. Die Grenzen der Hard Power zeigen sich deutlich im Nahen Osten. Der Einsatz militärischer Gewalt kann kaum komplexe neuartige Sicherheitsprobleme und Herausforderungen beim Aufbau von Institutionen bewältigen.

In Anbetracht eines steigenden Meeresspiegels und Wellen illegaler Immigranten an den Außengrenzen der EU muss man über Hard Power hinausdenken. In dieser Hinsicht hat die EU ihre Soft Power bereits demonstriert, indem 28 Staaten der Union beigetreten sind und so in bisher noch nie dagewesenem Ausmaß auf dem europäischen Kontinent Frieden und Wohlstand möglich wurden.

In der Außenpolitik ist Soft Power der Schlüssel dafür, Allianzen und strategische Partnerschaften zu stärken, insbesondere in den Beziehungen mit den BRICS-Staaten („BRICS“ steht für die Anfangsbuchstaben der fünf Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und den neuen Märkten, die das internationale System künftiger Jahrzehnte entscheidend prägen werden.

Gleichwohl unterscheiden sich die Normen dieser erstarkten Ökonomien oftmals von den Prioritäten der EU. Im europäisch-chinesischen Kontext hängen wirtschaftliche Unabhängigkeit und die EU als Beispiel eng zusammen. Neoliberalisten gehen davon aus, dass eine gegenseitige Abhängigkeit China automatisch zu einem verantwortungsbewussten internationalen Akteur macht.

Soft Power kann sich aber auch auf die nicht materielle Dimension auswirken, beispielweise im Hinblick auf den Wunsch der Chinesen, verschiedene Aspekte europäischer Modelle, wie diese sie wahrnehmen, zu übernehmen – insbesondere gesellschaftliche Modelle, die für

Chinas eigene Reformprozesse nützlich sein könnten.

Zu den Instrumenten der Soft Power, welche die EU im Laufe der letzten Jahrzehnte genutzt hat, zählen Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre und zivile Hilfe inklusive Polizei und Training für Juristen in Ländern außerhalb der EU. Manchmal wird die Soft Power mit Wirtschaftsverhandlungen oder Sanktionen verbunden.

In der Vergangenheit galt Soft Power als Eckpfeiler der Sicherheitsstrategie der EU. Und sie hat im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung gut funktioniert, da zahlreiche Länder aufgrund bestimmter Anreize der EU beitraten. Aber wie kann die EU für dritte Länder attraktiv sein, die keine Aussicht darauf haben, der Union beizutreten? Kann die EU ihre Soft Power sowohl für die neu entstehenden als auch für die strategischen Partner weiterentwickeln? Die Antwort sollte lauten: Ja.

Zunächst stellte die EU bereits für andere Teile der Welt – Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas), ASEAN (Organisation südostasiatischer Staaten) und die Afrikanische Union – ein wertvolles Beispiel dar, da ihr eine erfolgreiche regionale Integration gelingt. Dies soll natürlich nicht heißen, dass die EU als Modell gleichermaßen für alle passt. Viele andere, etwa gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche oder auch kulturelle Faktoren können Erfolg oder Scheitern der regionalen Integration beeinflussen. Jenseits der Wirtschaft, das heißt der aktuellen Krise der Eurozone, welche die Soft Power und den politischen Einfluss der EU ernsthaft infrage stellt, ist das allgemeine Bild von der EU in der Welt als Modell für die Förderung von Frieden, Versöhnung und universalen Werten immer noch positiv.

Der zweite wichtige Punkt, der noch nicht oft genug genannt wird, ist die Rolle der EU bei der Förderung des freien Handels und für den Umgang mit dem Klimawandel, ganz zu

schweigen von der Hilfe für weniger entwickelte Länder. Die EU ist der größte Handelspartner der Welt, der Euro die zweitwichtigste Währung weltweit. Im Hinblick auf Entwicklungshilfe übernimmt die EU als größter Geldgeber 60 Prozent der globalen Geldflüsse. Die EU ist auch führend in den Feldern nachhaltige Entwicklung und Umweltbewusstsein.

Zudem sind drei europäische Sprachen Weltsprachen, die einzelnen Staaten der EU besitzen ein einzigartiges Kulturerbe. Europäische Erfindungen wie der moderne Sport, klassische Musik oder Literatur, europäische Touristenattraktionen, Mode und Küche werden in der ganzen Welt „kopiert“ und sind inzwischen gemeinsame Güter der Menschheit. Europa besitzt auch die größte Dichte an Bildungseinrichtungen. Es ist ein Vorreiter in vielen Feldern der Wissenschaft oder dominiert diese sogar.

Darüber hinaus ist Europa auch eine der Weltgegenden mit der größten kulturellen Vielfalt. Um Multilateralität zu fördern, gehört die EU zu einer Reihe von Netzwerken, zu über 700 globalen und regionalen Verbindungen und Kooperationsabkommen mit dem Rest der Welt.

Dies soll nicht heißen, dass die Soft Power der EU keine Schwächen hat. Dass die Identität der EU, die „ihre Ressourcen bündelt, um Freiheit und Frieden zu bewahren“ genügt, um die EU in ihren Außenbeziehungen als Soft Power zu bewerben, insbesondere im Kontext neu aufkommender Mächte. Im Zentrum der Soft Power als politische Strategie sollte die Attraktivität engerer Beziehungen mit der EU stehen. Wenn man mit dritten Ländern interagiert, genügt es nicht, die Vorteile von wirtschaftlicher Integration und Handelskooperation zu bieten. Die EU muss ihre Soft Power dafür nutzen, andere Länder zu wirtschaftlichen und politischen Reformen zu ermutigen. Dies mag sehr ehrgeizig oder eurozentrisch erscheinen, aber genau darum geht es in der Diplomatie – sich über gemeinsame Interessen und Weltansichten

Partner mit ähnlicher Gesinnung zu schaffen. Wer die Standards der EU besonders weit übernimmt, sollte am meisten profitieren. Dies ist die Botschaft des „more for more“, die sich wiederholt hat bei der schnellen Reaktion der EU auf die Entwicklungen des Arabischen Frühlings durch die Mitteilungen des letzten Jahres: „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“ und „Die revidierte europäische Nachbarschaftspolitik“.

Laut dem Soft Power Index von 2011, der vom „Institute for Government“ erstellt wurde, sind 14 von 30 aufgelisteten Ländern Mitgliedstaaten der EU. Ganz oben auf der Liste stehen die USA, gefolgt von Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Aber auch die schnell wachsenden BRICS-Staaten erwerben sich inzwischen Punkte auf diesem Index. China steht auf Platz 20, Brasilien auf Platz 21.

Die „Dominanz“ von EU-Staaten in dieser Liste spiegelt sowohl die Vielfalt als auch die Stärke europäischer Identitäten. Das kulturelle Erbe spielt dabei sicherlich eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich an der großen Zahl von Kultur- und Sprachinstituten, die viele EU-Mitgliedstaaten unterhalten.

Kultur ist eine von Europas großartigsten Vorzügen, wird aber häufig unterschätzt. Da sie schwer zu messen ist, wird Kultur oftmals als „soft“ betrachtet, um sich auf die internationalen Beziehungen wesentlich auswirken zu können.

„Europäische Erfindungen wie der moderne Sport, klassische Musik oder Literatur, Mode und Küche werden in der ganzen Welt ‚kopiert‘ und sind inzwischen gemeinsame Güter der Menschheit.“

Doch Kultur spielt sicherlich eine Hauptrolle in der Diplomatie; ihr Potenzial für die Weltpolitik ist immer noch nicht voll erforscht.

Während Kulturen sich unterscheiden oder manchmal auch voneinander abgrenzen, kann Kultur Menschen verbinden und wahre oder eingebildete Grenzen überwinden. Auf der nationalen Ebene ist Kultur weithin anerkannt als wichtiges Werkzeug der Soft Power in der Public Diplomacy. Auf der EU-Ebene gilt Kultur inzwischen jedoch als sensibles Thema. Obwohl das Motto „Einheit in der Vielfalt“ heißt, wird der Begriff „europäische Kultur“ intern vermieden.

Für die Zukunft der EU ist es aber enorm wichtig, dem Rest der Welt Werte zu vermitteln. Der europäischen Identität und der europäischen Lebensart Ausdruck zu verleihen, ist nicht nur eine rhetorische Übung, um zu sagen, was die EU ist, sondern eine Form der Kommunikation mit dem Rest der Welt, mit dem wir gemeinsam die Zukunft gestalten.

Nach der Jahrhundertwende ist China einer der wichtigsten Partner in den Außenbeziehungen der EU geworden. 2012 war China die zweitgrößte Wirtschaft der Welt, die zehn Prozent des Welthandels ausmacht. Chinas Aufstieg hat tiefgreifende Konsequenzen für europäische Interessen – in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Während China zum aufsteigenden Stern wurde, den wir dringend begreifen wollen, vernachlässigen wir oftmals, wie Europäer sind und werden nicht verstanden.

Tatsächlich ist Handel ein mächtiges Mittel für die Entwicklung der Wirtschaft in China und auch in der EU. Doch der wirtschaftliche Wohlstand ist weder Selbstzweck noch ausreichende Bedingung für Menschenwürde und eine bessere Gesellschaft. Was China betrifft, scheint es viel länger zu dauern, eine Mentalität zu entwickeln, die Dissens toleriert, als das eigene Volk aus der Armut zu führen. Des-

halb sind einheimisch ergriffene Maßnahmen, um die Menschenrechte zu stärken, für einen chinesischen Traum, von dem die Menschen wahrhaft profitieren, von zentraler Bedeutung. Die Rolle unserer Außenpolitik sollte sich dabei nicht auf wirtschaftliches Eigeninteresse beschränken, sondern widerspiegeln, wer wir sind und wofür wir als Europäer stehen.

Während die Europäer in ihren Beziehungen zu China zwischen ihren Interessen und Werten hin- und hergerissen sind, bestehen die Prioritäten oftmals darin, den Schaden unserer normativen Bedenken, etwa im Bereich Menschenrechte, zu begrenzen, statt aktiv zu kommunizieren, wo wir stehen und warum uns bestimmte Werte, die wir für universal halten, so wichtig sind.

Unterhalb dieser vom Handel motivierten Beziehung mit China, das sich kulturell so stark von Europa unterscheidet, gibt es grundlegende Unterschiede im Wertesystem. Im diplomatischen Kontext wird man in der Praxis an diese erinnert, direkt angesprochen werden sie aber nur selten. Hier sollte die Kultur ins Spiel kommen.

Die EU und China stehen in der Zukunft vor vielen gemeinsamen Herausforderungen, sei es der Klimawandel oder die überalternde Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, dass Europäer entdecken, wie China funktioniert, was es antreibt und umgekehrt.

China muss insbesondere verstehen, dass und warum die EU an Werte gebunden ist. Die EU wiederum muss mehr in ihre Soft Power investieren und die junge Generation motivieren, sich am Bildungsaustausch zu beteiligen. Ohne belehrend aufzutreten, sollte die Außenpolitik der EU auf beiden Seiten das kulturelle und historische Bewusstsein stärken, um wirksam und klar zu kommunizieren, wofür die EU steht. Wenn die EU respektiert werden möchte, ist es von entscheidender Bedeutung, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krise, sie deutlich

als Soft Power zu beschreiben und zu konzeptualisieren. Das letztendliche Ziel der Kulturdiplomatie sollte darin bestehen, gegenseitiges Verständnis zu fördern – als langfristige Strategie, um mit unterschiedlichen Mentalitäten umzugehen.

Gerhard Sabathil ist Direktor für Ostasien und Pazifik im Europäischen Auswärtigen Dienst und Gastprofessor an den Universitäten von Prag und Brügge. Bis 2012 war er UN Alliance of Civilizations-Koordinator der EU, von 2004 bis 2008 Repräsentant der Europäischen Kommission in Deutschland.

Wenwen Shen ist chinesische Staatsbürgerin und lehrt Europäische Politik und Internationale Beziehungen an der Victoria University in Wellington. Sie hat einen Doktor in internationalen Beziehungen von der University in Bath, Großbritannien, und arbeitete in Brüssel als Beraterin und Stipendiatin eines Think Tanks.

Im Zug der Europäischen Union Mit der Krise des Euro hat die Lokomotive der EU an Fahrt verloren. Zudem unterstützt nicht jedes neue Mitglied der EU dieses Projekt voll und ganz. Die Tschechen, die Ungarn, die Balten, die Bulgaren und die Rumänen bringen dies auf ihre jeweils eigene Art zum Ausdruck. Und dann gibt es noch die, die nicht auf die Anweisungen hören, aber hoffen, es irgendwann auch noch zu schaffen, wie die Ukraine. *Von Slavenka Drakulić*



von einem möglichen Auseinanderbrechen der EU über den Verlust von Souveränität und nationaler Identität bis zur befürchteten Versklavung durch ausländisches Kapital. Interessant war, dass sich die Argumente der Linken und Rechten beim Thema Verluste ähnelten. Diejenigen, die dafür waren, insbesondere Politiker, sprachen auf recht infantile Weise über die Geschenke, die sie erhalten würden: ausländische Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder. Fast hörten sie sich wie Kinder an, die auf den Weihnachtsmann warten. Von Stabilität und Frieden in der Region war auch die Rede, aber nicht als wichtigster Punkt auf dem Wunschzettel.

Das ist seltsam, denkt man an die Kriege, die noch vor nicht allzu langer Zeit wüteten. Natürlich sprach niemand darüber, was Kroatien und seine Bewohner zu der neuen Gemeinschaft beitragen könnten.

Recht hatten sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer Mitgliedschaft. Ja, das Land wird einen Teil seiner politischen Souveränität verlieren (aber nicht zwangsläufig die nationale Identität). Ja, Kroatien wird dem brutalen Kapitalismus stärker ausgesetzt sein. Doch auch unsere eigenen Gangster waren bereits ziemlich gut darin, dem Land im Zuge der Privatisierung viele Reichtümer zu rauben. Aber das wahre Dilemma des Referendums lautete: Würde Kroatien außerhalb der EU auf sich allein gestellt überleben? Schließlich ist es nicht so

Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien endlich EU-Mitglied. Wenn ich daran denke, wie wir die Bulgaren und Rumänen darum beneideten, dass sie bereits ein paar Jahre vor uns aufgenommen worden waren! Wir hielten es für nicht gerechtfertigt, denn die Kroaten – wie unser früherer Präsident Franjo Tudjman zu sagen pflegte – waren schon „Europäer vor Europa“.

Die EU ist heute anders als vor zehn Jahren, der Zeit, als Kroatien den Antrag auf Mitgliedschaft stellte. Vielleicht ist dies einer der Gründe, warum die Wahlbeteiligung beim Referendum 2012 nur 43,51 Prozent betrug. Die Mehrheit, 66,27 Prozent, stimmte für den EU-Beitritt, aber die geringe Beteiligung trübte die Freude.

Gegen die Mitgliedschaft wurde eine Reihe von Argumenten angeführt: Sie reichten

reich wie Norwegen. Es gibt keinen Grund zu glauben, ein kleines Land mit 4,3 Millionen Menschen, dessen wichtigstes „Produkt“ der Tourismus ist, könne es alleine schaffen. Wir geben mehr aus als wir verdienen – Griechenland ist für dieses Verhalten ein Paradebeispiel.

Am Ende unterstützte sogar die Katholische Kirche das Referendum. Für den Kleirus ist die EU der endgültige Beweis, dass wir Kroaten (als Katholiken!) Europäer sind – die anderen, die Serben (als Orthodoxe) aber nicht! Doch auch die Serben werden beitreten, sobald sie das Problem mit dem Kosovo in den Griff bekommen.

Balkan-Paradox

Für mich mutet das alles recht seltsam an. Denn noch vor etwa 20 Jahren führten wir in Jugoslawien Kriege, um uns voneinander abzuspalten. Nun scheint es, wir hätten uns nur deshalb getrennt, um uns in einer anderen, aber ähnlichen Gemeinschaft wieder neu zu vereinen. Dies nenne ich das „Balkan-Paradox“.

Angesichts der noch nicht weit zurückliegenden Erfahrung des Krieges sollten Frieden und Sicherheit für Kroatien wichtiger sein als die erwarteten wirtschaftlichen Gewinne.

Kroatien wird heute immer noch von Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo benedigt – von Staaten, die aus dem früheren Jugoslawien hervorgegangen sind – aber auch von Albanien, Belarus und der Ukraine. Fraglich ist jedoch, ob uns unsere Nachbarn immer noch für so glücklich halten sollten.

Schließlich beschwerten sich viele Bürger ehemals kommunistischer Länder – von Polen, von den baltischen Staaten, von

Rumänien, von der Slowakei, von Bulgarien, Tschechien und Ungarn, die alle bereits EU-Mitglieder sind – ganz zu schweigen von den Menschen aus der früheren DDR – dass die Westler sie wie „Bürger zweiter Klasse“ behandeln.

Man kann sich gut vorstellen, wie sie sich fühlen. Als ich in den späten 1950er Jahren in Jugoslawien die Grundschule besuchte, gingen wir oft mit dem Zug auf Exkursionen. Zu dieser Zeit waren Züge in drei Klassen geteilt: In den Abteilen der ersten Klasse waren die Sitze mit rotem Samt gepolstert wie in einem Theater. Die zweite Klasse war natürlich weniger komfortabel – mit Sitzen aus leichtem braunen Plastik, der an der Haut klebte und – nun ja – nach Plastik roch. Der Wagen der dritten Klasse hatte nicht einmal Abteile, erst recht keine Sitzplätze. Dort gab es nur Reihen harter Holzbänke, auf denen man sich wirklich wie ein Reisender dritter Klasse fühlte. Es war ungemütlich, es war schmutzig, es stank. Man konnte sich auch nicht einfach in die zweite Klasse stehlen – schließlich gab es den Lehrer und eine noch höhere Autorität, den Schaffner. Dieser achtete darauf, dass die Regeln eingehalten wurden. Unser einziger Trost: Wir saßen alle im selben Zug.

Überträgt man diese Situation auf das Beispiel EU, dann gibt es im Wagen der ersten Klasse eine Trennung zwischen dem Kern, einem elitären Club, der die eigentlichen Entscheidungen trifft, und dem Rest der Euro-Zone. In der zweiten Klasse befinden sich die ehemals kommunistischen Länder, obwohl es große Unterschiede zwischen Polen und Rumänien, Tschechien und Bulgarien gibt. Alle sind gleich, aber „manche sind gleicher als die anderen“, wie George Orwell dieses Phänomen 1945 so prägnant beschrieben hat, wenn auch als Metapher für die kommunistischen Gesellschaft in seinem

Roman „Animal Farm“. Und dann gibt es noch den Rest, den letzten Teil des Zuges, die dritte Klasse mit ihren Holzbänken. Und sogar diese trennt noch einmal zwischen den schlechten und den noch schlechteren Schülern. Zwischen denen, die es vielleicht noch schaffen, die entsprechenden Noten zu bekommen und in die zweite Klasse zu wechseln und dem Rest.

Man sieht es sofort: Die besseren Schüler sitzen in der Nähe des Lehrers und hören aufmerksam zu. Und dann gibt es die anderen, die gewöhnlich weit hinten sitzen, nicht auf die Anweisungen hören und hoffen, es irgendwann auch noch zu schaffen, wenn auch nur aus strategischen Gründen, wie die Ukraine.

Ist es aber gerechtfertigt, die ehemals kommunistischen Länder Osteuropas wieder in einen Topf zu schmeißen, sowohl außerhalb als auch innerhalb der EU? Jene, die mehr, und jene, die weniger Glück hatten? Immerhin ist der kommunistische Block bereits vor über 20 Jahren zusammengebrochen, und diese Länder haben endlich das Recht, sich zu emanzipieren von einem gemeinsamen politischen Nenner und ihre historischen Unterschiede zu nutzen. Sie verdienen es, als einzelne Länder betrachtet zu werden – mit ähnlicher, aber auch jeweils anderer Geschichte. Mit ähnlichen, aber jeweils anderen Arten von Kommunismus: Gulasch-Kommunismus in Ungarn, Bun-

„In der zweiten Klasse befinden sich die ehemals kommunistischen Länder, obwohl es große Unterschiede zwischen Polen und Rumänien, Tschechien und Bulgarien gibt.“

ker-Kommunismus in Albanien, liberaler Kommunismus in Jugoslawien und so weiter.

Man darf sich durchaus ansehen, was alle gemeinsam hatten, selbst wenn es nur dazu dient, ihre postkommunistische Erfahrung und ihr aktuelles Gefühl des Ungenügens und der Ungleichheit besser zu verstehen – von Tschechien bis Serbien, von Polen bis Albanien. Die Tatsache, dass diese Länder ähnliche Erfahrungen mit dem Kommunismus gemacht haben, spiegelt sich meiner Meinung nach bis heute in einigen gemeinsamen Merkmalen. So haben viele Menschen immer noch ähnliche Gewohnheiten, Verhaltensweisen, Weltansichten, Werte, das heißt eine bestimmte Mentalität, und diese lässt sich sehr schwer verändern.

Der Kommunismus in der UdSSR und in den Ländern des sowjetischen Blocks brach eher zufällig zusammen, aus Versehen. Wir vergessen leicht, dass der Anfang, nämlich Michail Gorbatschows Bemühen um Glasnost und Perestroika darauf abzielte, das politische System zu verbessern und zu erhalten, aber nicht darauf, es abzuschaffen. Das geschah aus allen möglichen anderen Gründen, war aber sicher nicht seine Absicht gewesen. Gorbatschows größter Beitrag zu den Ereignissen von 1989 bestand deshalb darin, nicht zu reagieren, als die politischen Veränderungen außer Kontrolle gerieten.

Anders als in Polen, wo die revolutionäre Solidarność-Bewegung seit Jahren aktiv, aber trotzdem alleine nicht in der Lage war, die kommunistische Regierung zu stürzen, kollabierten die kommunistischen Regime mehr oder weniger ohne die Beteiligung der Bürger. Das System implodierte einfach. Wenn überhaupt, dann war gerade die Passivität der Massen ein großer gemeinsamer Nenner, der die Mentalität beeinflusst.

Ein anderer ist der Kollektivismus. Im Gegensatz zum Individualismus ist er von

der Haltung bestimmt, sich als Teil einer Masse, einer Klasse, einer Gruppe, einer Nation oder manchmal sogar eines Stammes zu betrachten.

Da fällt es nicht leicht, auf einmal als Individuum zu handeln. Denn wenn man im Kommunismus sozialisiert wurde, ist es trotz Demokratie schwer zu glauben, dass eine einzelne Meinung, Initiative oder Wählerstimme etwas zum Besseren verändern kann statt einen nur in Schwierigkeiten zu bringen. Abgesehen davon bedeutet das Handeln als Individuum, Verantwortung zu übernehmen. Das zu lernen, braucht sehr viel Zeit. Insbesondere wenn man daran gewöhnt ist, sogar für eigenes Versagen einer höheren Autorität die Schuld zu geben. Dieser Mangel an Verantwortungsbereitschaft erweist sich im postkommunistischen Zeitalter als ernstzunehmendes Handicap.

Ein anderes wichtiges Merkmal der geerbten Mentalität ist der Egalitarismus. Politische und wirtschaftliche Veränderungen wurden als Versprechen verstanden – mehr Wohlstand, ein Konsumparadies für alle. Aber der Wandel – von einem totalitären zu einem demokratischen politischen System, von der Planwirtschaft zum Kapitalismus – bedeutete nicht automatisch auch ein besseres Leben für jeden Bürger. Der Übergang war geprägt von einer neuen Art der Armut, von Unsicherheit, von einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, von hoher Arbeitslosigkeit und entsetzlicher Korruption auf allen Ebenen. Innerhalb von zwei Jahrzehnten machte sich langsam Enttäuschung breit: Nicht nur die alten Träume erfüllten sich nicht, sondern auch nicht die meisten der neuen Versprechungen. Man empfand dies als Ungerechtigkeit.

Die Folge: ein weitverbreitetes Misstrauen in politische Eliten, demokratische Prozesse und staatliche Einrichtungen.

„Lost in transition“ – Verloren im Wandel? Vielleicht. Um auf die Metapher der EU als Zug zurückzukommen: Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte und der Krise des Euro sieht es so aus, als ob die Lokomotive, welche die Waggons zieht, langsamer geworden sei. Zudem hat sich gezeigt, dass nicht jedes neue Mitglied der EU dieses Projekt voll und ganz unterstützt. Diese Kluft wird immer größer.

Geerbte Mentalität

Die Tschechen, die Ungarn, die Balten, die Bulgaren und die Rumänen bringen dies auf jeweils eigene Art zum Ausdruck. Ihre Unzufriedenheit und ihr Misstrauen zeigen sich in der Regierungskrise in Tschechien, in Protesten gegen Sparmaßnahmen in Bukarest und in Ungarns fahrlässigem Umgang mit den Medien und der Verfassung, trotz Warnungen der EU.

Doch die Lage ist noch komplizierter. Denn neben der Ost-West-Spaltung hat sich plötzlich eine andere Kluft aufgetan, nämlich zwischen dem Norden und dem Süden Europas. Griechenland, Italien, Spanien und Portugal werden allesamt, zu unserer und ihrer völligen Überraschung, als schlechte Schüler abgeurteilt!

Im traditionell toleranten Norden ist rechter Populismus am stärksten. Hier schießen neue nationalistische Parteien aus dem Boden wie „Wahre Finnen“, „Schwedendemokraten“ oder die „Partei der Freiheit“ in den Niederlanden. Einige politische Anführer bezeichneten das wachsende Gefühl von Angst und Unsicherheit schnell als „Krise der nationalen Identität“. Wenn Politiker nichts zu bieten haben, bieten sie offenbar nationale Identität im Tausch gegen ein Gefühl der Sicherheit. Es ist einfach, Immi-

granten als Sündenböcke zu missbrauchen, besonders die Muslime.

Wenn diese politischen Anführer nicht viel anzubieten haben, präsentieren sie zumindest einen Schuldigen – die Immigranten, die Globalisierung, den Hedonismus, die Dekadenz, den Kapitalismus, die Korruption, die Demokratie, die alten Kommunisten, die neuen Oligarchen, den Westen oder die Roma und Sinti. Unsicherheit gebiert Angst – und Gesellschaften, in denen Angst herrscht, neigen dazu, sich zu verschließen. Die letzte Konsequenz der eigentlichen Krise ist – so meinen manche Experten – eine Krise des globalen Kapitalismus.

Doch die Ergebnisse einer im Juni 2012 von der „Financial Times“ veröffentlichten Vergleichsstudie legen einen anderen Schluss nahe. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Weltbank führten ihre Studie in 34 Ländern Ost- und Westeuropas durch. Obwohl von der Finanzkrise und den Sparmaßnahmen schwer getroffen, zeigten sich die Bürger der ehemals kommunistischen Länder zufriedener mit ihrem Leben als die Bürger im Westen Europas.

Es ist leicht zu verstehen, warum: Für Erstere war das Leben immer noch besser

„Wenn politische Anführer nicht viel anzubieten haben, präsentieren sie Schuldige – die Immigranten, die Globalisierung, den Hedonismus, die Dekadenz, den Kapitalismus, die Korruption, die Demokratie, die alten Kommunisten, die neuen Oligarchen, den Westen oder die Roma und Sinti.“

als vorher! Erinnert sich heute in Osteuropa noch irgendjemand, der jünger als 30 Jahre ist, daran, dass vor nicht allzu langer Zeit Toilettenpapier in den ehemals kommunistischen Ländern ein Luxus war? Vermutlich ist meine Generation die letzte, die das noch weiß. Wenn wir gestorben sind, wird es ganz und gar vergessen sein. Nach 1989 geborene Menschen werden verwundert sagen: Was, es gab vorher kein Toilettenpapier? Aber das ist einfach unmöglich! Wie konntet ihr ohne leben?

Inzwischen haben wir uns an alles gewöhnt – wollen aber auch noch viel, viel mehr. Das macht uns unglücklich. Denn der Wunsch nach „viel mehr“ zu haben, wird sich wahrscheinlich sowohl in den glücklichen als auch in den weniger glücklichen Ländern, in der zweiten und dritten Klasse, noch eine ganze Weile lang nicht erfüllen lassen. In diesem Punkt sind wir, so scheint es, alle ziemlich gleich.

Wenn auch die „neuen“ Europäer sich ein paar Jahre lang nicht von der vorherrschenden Untergangsstimmung im Westen mitreißen ließen, jetzt ergeben sie sich doch. Vor dem Jahr 2008 bestand Hoffnung, die Kluft zwischen Ost und West schneller zu schließen, denn es gab mehr Mittel und eine größere Motivation.

Jetzt, da der gesamte Zug stetig langsamer zu fahren scheint, haben diejenigen, die ganz hinten sitzen, immer weniger Chancen. Die Demokratie hat ihre Schwächen, der Kapitalismus ist in der Krise. Aber was wäre die Alternative? Sich anderen Nachbarn im Osten zuzuwenden?

Auch wenn die Demokratie Schwächen hat, auch wenn politische Eliten sich als korrupt erweisen, sollten sich die ehemals kommunistischen Länder, die heute zur EU gehören oder vor ihrer Tür stehen, häufiger daran erinnern, wie ihr Leben noch vor 20

Jahren ausgesehen hat – im Klammergriff des Totalitarismus. Vergesst das weiche Toilettenpapier, aber denkt immer an den Frieden und die Sicherheit. Als Mitglied der EU haben wir immer noch die Chance, etwas zur Gemeinschaft beizutragen. Jetzt können wir uns beteiligen und aktiv werden in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Projekten, die von allgemeinem Interesse sind. Ist es das nicht wert, weiterzumachen?

Man sollte auch nicht vergessen, dass es immer möglich ist, in die Vergangenheit zurückzufallen, wenn die Bürger ihre neuen demokratischen Institutionen nicht schützen.

Slavenka Drakulić ist eine der bekanntesten kroatischen Schriftstellerinnen und Journalistinnen, ihre Romane und Sachbücher wurden in viele Sprachen übersetzt, sie schreibt u.a. für das „New York Times Magazine“, die „Süddeutsche Zeitung“ und „La Stampa“. Sie lebt in Wien und Istrien.

Das Spiel der Ukraine mit Europa Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch wollte eine Anbindung an die EU, weil er genug von der Abhängigkeit von Putin hatte. Das Volk aber will wirklich mehr Europa – und ist instrumentalisiert worden, schreibt der ukrainische Schriftsteller Andrej Kurkow. Und: Der Westen muss die Forderungen an die Ukraine zurückschrauben und mehr materielle und politische Hilfe anbieten. *Von Andrej Kurkow*



„Maidane“ genannt werden, nicht möge, jedoch für den aktuellen Euromaidan durchaus Sympathie übrig habe.

Ehrlich gesagt zweifle ich nicht daran. Wenn er allein war, applaudierte Janukowitsch gewiss den Leuten, die seit Tagen auf dem Maidan ausharrten und für die Anbindung der Ukraine an die EU demonstrieren. Doch nur so lange, bis er einen Blick in seine Karten warf und sie mit den Karten in Putins Händen vergleicht. Ob uns das gefällt oder nicht: Es war Janukowitsch, der die Menschen auf den „Euromaidan“ führte, und er hatte einen Moment lang die Menschen nötiger denn je.

Die Wege der Ukraine sind unergründlich. Bei der Orangenen Revolution im Jahr 2004 verhinderten die rebellierenden Ukrainer, dass ein Schützling eines korrupten Systems Präsident wurde. 2010 kam der russlandfreundliche Viktor Janukowitsch schließlich doch an die Macht – mit Losungen, die typisch für seine regional-politisch-finanzielle Gruppierung waren. Dazu gehörten bessere Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und ein neuer Status der russischen Sprache gegenüber dem Ukrainischen.

Im Jahr 2013 schließlich führte Janukowitsch selbst Menschen mit Europa-Fahnen auf den Maidan, den Unabhängigkeitsplatz in Kiew. In einem Fernsehinterview teilte Janukowitsch mit, dass er zwar die Protestbewegungen, die inzwischen in der Ukraine

Alles begann damit, dass Janukowitsch einen neuen Kurs ankündigte: „Nach Europa“. Viele seiner Parteifreunde waren nicht froh darüber. Sie konnten nicht verstehen, wozu die Idee gut sein sollte. Doch der Präsident wusste es, dafür ist er auch der Präsident. Er war müde geworden von fruchtlosen Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen über die Senkung des Gaspreises um das drei- oder besser das vierfache. Er war müde von den öffentlichen Erniedrigungen durch Präsident Putin und von wiederkehrenden Gemeinheiten von russischen Fernsehmoderatoren. Janukowitsch wollte es allen heimzahlen. Richtigheimzahlen und Präsident Putin in eine Situation bringen, in der er selbst die letzten drei Jahre verharrt hat: eine Situation des sinnlosen Wartens.

Das war der Grund, weshalb Präsident Janukowitsch plötzlich für alle – auch für die demokratische Opposition – unerwartet, die Augen leuchtend vor Begeisterung, mit der Hand die Lenin'sche Richtungsgeste tat und sprach: „Nach Europa, Genossen!“.

Russland wurde nervös

Das Verblüffende ist: Während die Regierungspartei im Schockzustand verharrte und ihren Führer zu verstehen versuchte, verstanden ihn die gewöhnlichen ukrainischen Wähler so, wie sie wollten – und reagierten begeistert. Sie fingen an, ihre Sachen zu packen für den Umzug in ein zivilisiertes Leben des Wohlstands und der Gesetzestreue.

Russland wurde nervös. Das Land verzeiht bekanntlich niemandem irgendetwas. Und das erste Opfer an der russisch-ukrainischen Handelsfront wurde ukrainische Schokolade. Im Sommer verhängte Russland einen Importstopp auf ukrainische Pralinen. Alle Opfer werde ich nicht aufzählen, das hat Präsident Janukowitsch bereits getan, bei einem Treffen mit der Parlamentsfraktion seiner Partei. Er legte die Gründe für den Kurswechsel dar und schlug all jenen vor, denen diese Veränderungen nicht gefielen, die Partei und die Fraktion zu verlassen.

Und so schoss die Ukraine los, mit Vollampf nach Europa. Und vielleicht hätte es das Land geschafft, wäre da nicht Janukowitschs alte Erzfeindin Julia Timoschenko, die im Gefängnis sitzt. Die Gespräche über ein Assoziierungsabkommen mit der EU drehten sich immer wieder um die Frage ihrer Freilassung oder ihrer medizinischen Behandlung in Deutschland. Diese Frage ließ Janukowitsch immer wieder Präsident Putin vergessen. Putin ist im Ausland, Timoschen-

ko ist in der Ukraine. Sollte sie freikommen, würde der politische Kampf im Land mit neuer Kraft auflodern. Den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2015 würde man dann ziemlich leicht vorhersagen können.

Aber zurück zu den „Maidanen“, den Protesten auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz. Der Hauptunterschied der diesjährigen Maidane zu den Maidanen im Jahr 2004 ist, dass die Mehrheit der Protestierenden die Oppositionspolitiker darum baten, nicht mit den Fahnen ihrer Parteien aufzukreuzen. Sogar die studentische Jugend, die sich in letzter Zeit aktiv an den Protesten beteiligte und Streiks an mehreren Universitäten angestoßen hatte, verkündete: Das Ziel des Protests sei, die Regierung dazu zu zwingen, den EU-Assoziierungsvertrag doch noch zu unterzeichnen.

Die Proteste richteten sich also nicht gegen die Regierung – sonst hätte ja die Opposition sie anführen müssen. Die Proteste waren ein Versuch, auf die Regierung Druck auszuüben. Und die Staatsmacht, verkörpert durch Janukowitsch, zuckte mit den Schultern und zeigte Putin mit den „Maidanen“, dass die Ukraine eine Wahl hat, in welche Richtung sie gehen will. Es sei denn, Russland stellt riesige Summen für die Lösung aller innerukrainischen Budgetprobleme zur Verfügung.

Der EU und der gesamten Welt konnte Janukowitsch nun zeigen, dass das Volk nach Europa will. Im Gegenzug bedeutet das: Der Westen muss die Forderungen an die Ukraine zurückschrauben und mehr materielle und politische Hilfe anbieten.

Mit diesen Überlegungen will ich nicht die Protestierenden erniedrigen oder die Bedeutung der „Euromaidan“ schmälern. Überhaupt nicht. Es ist so: Wieder einmal war eine typisch ukrainische paradoxe Situation entstanden, in der ein ehrlicher Impuls

aus dem Volk von der Staatsmacht als ein Instrument im Dialog mit Russland missbraucht werden kann. Hätten die Gespräche mit Russland plötzlich Erfolg gehabt, wären die „Euromaidane“ ganz schnell in die Opposition umgemünzt.

Präsident Janukowitsch wurde aber abgesetzt und hat sich versteckt, nachdem er sich einige Male mit Oppositionsführern getroffen hatte. Ein Teil der Opposition forderte die sofortige Rückkehr zur Verfassung von 2004, die rechtswidrig vom Verfassungsgericht geändert wurde, um dem frisch gewählten Präsidenten Janukowitsch größtmögliche, praktisch diktatorische Vollmachten zu verleihen. Ein anderer Teil der Opposition – darunter Julia Timoschenko, die sich an die Parlamentarier mit einem kämpferischen Appell gewandt hatte – will keine Rückkehr zur parlamentarisch-präsidentialen Republik, das heißt, dieser Teil will die Verfassung von 2004 nicht. Timoschenko möchte, dass der Präsident zu einem „konstitutionellen“ Diktator wird. Sie hofft, nicht nur aus dem Gefängnis Krankenhaus herauszukommen, sondern auch Ukraines Präsidentin zu werden.

Der Maidan war unterdessen aus einem romantischen in einen radikalen Zustand übergegangen. Es verging kein Tag ohne eine Provokation gegen die Demonstranten. Das Amnestiegesetz wurde zwar beschlossen, wurde aber nicht angewandt. Maidan-Aktivistinnen verschwanden nach wie vor. Die

„Wenn er allein war, applaudierte Janukowitsch gewissen Leuten, die seit Tagen auf dem Maidan ausharrten und für die Anbindung der Ukraine an die EU demonstrierten.“

Autos von Automaidan-Unterstützern wurden weiterhin nachts angezündet. Die Anspannung blieb.

Es gab Gerüchte in der Stadt, dass 4.000 gut bewaffnete Militante sich in vier besetzten Gebäuden verschanzt hätten, und dass ihre Geduld bald am Ende sei. Und dass sie zuerst angreifen würden. Wen? Zuerst die Polizei, dann das Parlament und die Abgeordneten.

An dieser komplizierten Situation waren nicht nur die Politiker selbst schuld, sondern ihr Unvermögen, „koalitionär“ zu denken. Jegliche Gespräche zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Opposition werden im ukrainischen Parlament traditionell aus einer Position der Stärke heraus geführt, der Stärke der Mehrheit.

Erst wenn diese Verhandlungskultur endlich Geschichte ist, schafft es die Ukraine, aus jenem politischen Loch herauszukommen, das alle vier Präsidenten des Landes immer tiefer gegraben haben. Es wird ein langsamer und schwieriger Prozess.

Der abgesetzte Präsident Janukowitsch hat dieses Loch natürlich am tiefsten gegraben, und ich glaube kaum, dass er in der Lage ist, seine Fehler einzugestehen. Mehr Hoffnung gibt es für die Oligarchen der alten Generation, die genau wissen, was ihnen blüht, sollte es zu einem politischen und wirtschaftlichen Kollaps des Landes kommen.

Jenes Europa, das uns die Frage gestellt, was es denn für eine zivilisierte europäische Zukunft der Ukraine tun könne, muss wissen: die Zukunft der Ukraine ist ihre Jugend. Gespräche mit den aktuellen Machthabern sind ein wenig produktiver Prozess. Der Dialog kann nicht aufrichtig sein. Die Staatsmacht in der Ukraine wird heute von Politikern vertreten, die sich mehr um die eigene Zukunft kümmern als um die Zu-

kunft des Landes. Deswegen muss man den Studenten Aufmerksamkeit schenken – und der Offenheit Europas für gebildete und aktive ukrainische Staatsbürger.

Es liegt auf der Hand, dass die Abschaffung der Visumpflicht für Reisen in die EU ein schwieriger und langwieriger Prozess ist. Aber vielleicht könnte Europa zumindest Reisen von Studenten oder gar allen jungen Ukrainern erleichtern. Die Visumerleichterung könnte dann bis zu einer Altersobergrenze greifen. Europa darf auch diejenigen nicht vergessen, die heute an der Macht sind und undemokratisch handeln. Für diese Menschen, das meinen viele Ukrainer, soll der Weg nach Europa versperrt sein.

Man schreibt oft, Demokratie sei keine Einbahnstraße. Ich will mich diesem Urteil anschließen und mehr europäische Lehrkräfte an ukrainischen Universitäten sehen – und mehr junge Ukrainer an europäischen Hochschulen.

Andrej Kurkow, geboren 1961 in St. Petersburg, lebt seit seiner Kindheit in Kiew und schreibt in russischer Sprache. Er studierte Fremdsprachen (er spricht insgesamt elf Sprachen), war Zeitungsredakteur und während des Militärdienstes Gefängniswärter. Danach wurde er Kameramann und schrieb zahlreiche Drehbücher. Sein Roman „Picknick auf dem Eis“ ist ein Welterfolg. Dieser Text entstand mit Vermittlung des Netzwerks für Osteuropaberichterstattung „N-Ost“.





„Russland ist viel besser, als du denkst“ Nichts bewegt sich, solange du dich nicht bewegst. Diese Worte beschreiben treffend den Dialog zwischen Russland und Europa. Überall hakt es: Fehlende Toleranz für Minderheiten, Visaprobleme, Mangel an Ressourcen für Künstler und Wissenschaftler. Und Wladimir Putin hält nicht viel von Kunst und Kultur. Jüngst gab er der sogenannten „kreativen Klasse“ die Schuld am sinkenden Leseniveau und an komplizierten Lehrplänen im Land. Was tun?
Von Valery Nechay



Seit langem stellt sich die Frage nach den Unterschieden zwischen Russland und Europa. Besonders heftig wurde darüber im 19. Jahrhundert diskutiert, als die russische Gesellschaft in zwei Hauptgruppen gespalten war: die Westler – Menschen, die glaubten, dass die russische Kultur der europäischen sehr nahe steht und die Slawophilen – die Russland als Land mit einer einzigartigen Mischung aus europäischen und asiatischen Kulturen betrachteten. Man kann darin einen Widerspruch sehen, aber einige Slawophile wie etwa der berühmte russische Schriftsteller und Philosoph Fjodor Dostojewskij lehnten die Idee einer gemeinsamen russischen und europäischen Kultur nicht ab. Sie glaubten, die russische Kultur habe ihre Wurzeln in Europa.

Diese Debatten endeten jedoch nach der

sowjetischen Revolution. Denn in der kommunistischen Ära war Russland nahezu isoliert von Europa und dem Rest der Welt. Inzwischen sind seit dem Fall des Eisernen Vorhangs mehr als 20 Jahre vergangen, und über die Frage nach Russland und Europa wird wieder diskutiert.

Vor einigen Jahren untersuchte eines der größten russischen Meinungsforschungsinstitute, WCIOM, wie Russen über Europa denken. Demnach glauben Russen zwar im Allgemeinen, dass ihnen die europäische Kultur viel näher steht als die amerikanische. Doch fast die Hälfte der Russen meint, dass Russland eher in geografischer und historischer als in kultureller Hinsicht ein Teil von Europa ist.

Währenddessen fragen sich in Europa einige Politiker, warum Europa Zeit und Geld für Initiativen in Russland zu Kultur, Bildung und Zivilgesellschaft ausgeben sollte, wenn diese Programme doch für die Bürger ihrer Länder keinen unmittelbaren Nutzen haben.

Meiner Ansicht nach bilden nur Entdeckung, Austausch und die gegenseitige Bereicherung durch die Werte des jeweiligen Partners eine solide Basis für die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Sie geben Sicherheit und schaffen Vertrauen, das für beide Dialogpartner von großer Bedeutung ist. Dieser Dialog hat viele Facetten. Ich möchte mich hier auf einige spezifische Punkte in Kultur und Bildung konzentrieren.

Europa

Kultur besteht gewissermaßen aus Werten und Vorgehensweisen, die in der Gesellschaft sinnstiftend wirken. Der Kulturdialog ist deshalb ein Grundstein für den Bau von Brücken zwischen Ländern. Mit seiner Hilfe können Regierungen durch den Kontakt zwischen Menschen Vertrauen und gegenseitiges Verständnis fördern.

Man geht allgemein davon aus, dass es in Russland eine große Nachfrage nach europäischer Kultur gibt. Tatsächlich besuchen Russen sehr gerne Gastspiele europäischer Theater, Tourneen von Musikstars und Ausstellungen europäischer Museen. Wenngleich berühmte britische Theater noch nicht in Russland gastiert haben, werden ihre Vorstellungen hier im Kino gezeigt. Es ist kein Wunder, dass zu den profitabelsten Veranstaltungen für das „Aurora-Kino“ in St. Petersburg die Liveübertragungen aus dem „National Theatre“ in London zählen: „Frankenstein“ in der Inszenierung von Danny Boyle mit Benedict Cumberbatch und Jonny Lee Miller, „The Audience“ mit Helen Mirren und „Hamlet“ mit Rory Kinnear in der Titelrolle. Vom großen Interesse der russischen Öffentlichkeit an britischem und europäischem Theater zeugten die Menschen, die Schlange standen, um an eine Karte für die Vorstellung zu kommen.

Wie die Liveübertragungen des „National Theatre“ zog auch das erste „International Winter Theatre Festival“ im Dezember 2013 mehrere Tausend Menschen an. Alle Vorstellungen gingen in einem vollen Haus über die Bühne. Während des Festivals wurde ein schnsüchtig erwartetes Stück gezeigt: „Der Tod in Venedig“ in der Inszenierung von Thomas Ostermeier. Die Schauspieler, die an dieser Geschichte über die Liebe eines alten Mannes zu einem Jungen mitwirkten, befürchteten, auf der Grundlage eines neuen russischen Gesetzes gegen Homosexuelle be-

straft zu werden. Statt einer Bestrafung aber erhielten sie Applaus.

Russland hat genügend Räumlichkeiten, um diese Art von Veranstaltungen durchführen zu können: das Alexandrinskij-Theater in St. Petersburg hat eine neue Bühne, auf der zeitgenössische Aufführungen gezeigt werden können; es gibt eine Reihe kreativer Projekte (etwa das „Loft Project ETAGI“ in St. Petersburg, die „Ural Vision Gallery“ in Jekaterinburg, das Museum für zeitgenössische Kunst in Perm etc.) sowie viele Orte in den russischen Regionen, wo sich die Kreativwirtschaft entwickeln konnte.

Raum für Kultur

Leider muss man auch auf einige Hindernisse hinweisen, die es all diesen großen Plänen und Ideen schwer machen zu überleben. Erstens ist die russische Regierung nicht dafür, diese Initiativen zu unterstützen. Im vergangenen Jahr beispielsweise gab der russische Präsident Wladimir Putin der sogenannten „kreativen Klasse“ die Schuld am sinkenden Leseniveau und an komplizierten Lehrplänen.

Zweitens ist der Weg nach Russland sehr teuer und ein Visum zu bekommen schwierig. Inzwischen nutzen jedoch Persönlichkeiten des Kulturlebens einen neuen Weg, um ohne Visum nach Russland zu reisen. Dies ist auf der Basis neuer Bestimmungen erlaubt, wenn sie mit der Fähre aus Helsinki ankommen.

Drittens ist die Situation der Minderheitenrechte in Russland äußerst unbefriedigend und diskriminierend, insbesondere für die LGBT-Community („Lesbian, Gay, Bisexual and Trans-Community“).

Bildung ist natürlich einer der wichtigsten Katalysatoren des Fortschritts. Sie fördert nicht nur die Entwicklung in der Kultur,

sondern auch in der Wirtschaft, in der Politik und im Sozialwesen. Trotz des anfänglichen Enthusiasmus der Euro-Optimisten angesichts des Bologna-Prozesses ist dieser übrigens in der europäisch-russischen Perspektive nicht der Motor für Wandel, Offenheit und Kooperation geworden, wie man es erwartet hatte.

Langfristiger Austausch, doppelte Abschlüsse

Es ist wichtig, europäische Universitäten, die ja selbst mit Herausforderungen durch Curricula und Finanzreformen zu kämpfen haben, dazu anzuregen, auf verschiedenen Ebenen neue Verbindungen mit russischen Universitäten einzugehen – nicht nur über den regulären Zulassungsprozess, sondern auch durch kurz- und langfristigen akademischen Austausch, doppelte Abschlüsse und Programme für Doktoranden.

Man könnte meinen, dass diese Angelegenheit von jeder Universität einzeln in Angriff genommen werden kann. Aber unserer Meinung nach ist es wichtig, eine Art Rahmenvereinbarung und Infrastruktur zu schaffen, vergleichbar zum Beispiel mit dem Programm Erasmus Mundus. Dies könnte die Mobilität von Akademikern, Studenten und jungen Forschern auf allen Ebenen erhöhen.

Zudem ist festzuhalten, dass sich aufgrund einiger neuerer Initiativen der russischen Regierung – etwa Fördergelder, um führende Wissenschaftler an russische Bildungseinrichtungen zu holen und Zuschüsse für Top-Universitäten, die ihre Position in internationalen Rankings sichern sollen – eine Reihe russischer Universitäten herauskristallisiert, die an solchen Formen der Zusammenarbeit sehr interessiert sind, insbesondere in neuen Trendgebieten wie Informationstechnologie

und Datenwissenschaft, Computational Social Science (CSS), Digitale Geisteswissenschaften, Neue Medien und Bioinformatik, in denen Wissenschaftler und – was noch wichtiger ist – Institutionen flexibler sind, jung sowie kooperationsbereit.

Abgesehen von einem allgemeinen Rahmenwerk für die Zusammenarbeit ist es für die weitere Entwicklung auch von zentraler Bedeutung, Zugang zu neuen Ideen und Herangehensweisen zu eröffnen. Besonders wichtig ist dies in den Sozial- und Geisteswissenschaften, die hohe Ideale von Toleranz und Gleichheit erforschen, fördern und erweitern. Öffentliche Vorlesungen und spezielle Kurse europäischer Professoren an russischen Universitäten könnten die öffentliche Diskussion stärken und neue Ideen verbreiten.

Einige Experten meinen, es gäbe nicht genügend Beihilfen und Stipendien für ausgezeichnete russische Studenten, die nach Beendigung ihres Studiums nach Russland zurückkommen wollen. Mit diesem Thema müssen sich die russischen Behörden beschäftigen. Die Rückkehr ist ein besonders wunder Punkt. Europa sollte Wege finden, diese Menschen davon abzuhalten, die Migranten der Zukunft zu werden. Das zweite Problem ist das Visum. Gelöst werden kann

„Fragen Sie sich selbst, ob Sie sich bezaubernde Bilder von Russland vorstellen können – statt der schrecklichen Szenen über die Mafia, Bären auf den Straßen der Städte und allgemeine Armut, die in den Köpfen der Menschen aufblitzen, wenn sie das Wort ‚Russland‘ hören.“

es nicht ohne Veränderungen auf höchster Ebene. Könnte man Studenten und Lehrern bevorzugt kurzfristige Visa geben? Und in welchem Ausmaß sollte diese Politik umgesetzt werden? Trägheit ist leider typisch in solchen Prozessen. Deshalb vergehen Jahre, bis wir Ergebnisse sehen.

Ausfüllen des Vakuums

Es gibt jedoch ein fantastisches Beispiel für eine Institution, deren Arbeit zu wichtigen Ergebnissen geführt hat. Es handelt sich um eine private Initiative für die Förderung russischer Kultur in Europa mit dem Namen „Calvert“, die auch umgekehrt funktionieren könnte.

Nichts bewegt sich, solange du dich nicht bewegst. Diese Worte beschreiben ausgezeichnet die aktuelle Lage. Unserer Meinung nach bemüht sich die russische Regierung nicht genug darum, den interkulturellen Dialog zwischen Russland und Europa zu fördern. Ein Vakuum wird für gewöhnlich ausgefüllt. Im öffentlichen Leben geschieht dies normalerweise durch öffentliche Initiativen und die Zivilgesellschaft.

Vor einigen Jahren entschied die in Russland geborene Wirtschaftswissenschaftlerin Nonna Materkova, die mehr als ein Jahrzehnt in Großbritannien gelebt hatte, eine Wohltätigkeitsstiftung zu gründen, um die zeitgenössische russische Kunst zu fördern. Der Idee von „Calvert 22“ schienen sich zunächst mindestens zwei wichtige Hindernisse in den Weg zu stellen: der weitverbreitete Glaube, dass es in Russland überhaupt keine zeitgenössische Kunst gibt und die Behauptung, dass in Russland nichts „Gutes“ existiert. Die europäischen Medien haben sich an diese Mythen gewöhnt – wie auch die Menschen in Europa: Fragen Sie sich einmal selbst, ob Sie sich

bezaubernde und herrliche Bilder von Russland vorstellen können – statt der schrecklichen Szenen über die Mafia, Bären auf den Straßen der Städte und allgemeine Armut, die in den Köpfen der Menschen aufblitzen, wenn sie das Wort „Russland“ hören. Das Ziel der Stiftung war, diese Mythen zu sprengen, indem man das Banner hochhielt: „Russland ist viel besser, als du denkst.“

Stereotype zu zerstören, ist eine sehr schwierige und fast unmögliche Aufgabe. Sie erfordert langwierige und anstrengende Arbeit, die manchmal zu keinen Ergebnissen führt. Aber mit der richtigen Herangehensweise kann es zu fantastischen Resultaten kommen. Die Stiftung, die im Jahr 2009 nur eine kleine Galerie war, hat nun mehrere langfristige Projekte zur modernen russischen Kunst: das online publizierte „The Calvert Journal“, ein Bildungsprogramm für hervorragende Studenten, Künstler und Akademiker aus Russland sowie das Calvert Forum, der größte Think Tank der Kreativindustrie.

Zeitgenössische Kunst aus Russland

Es gibt ein Programm mit Vorträgen und Berichten zur Rolle des kreativen Unternehmens für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Russland und Osteuropa. Die Stiftung „Calvert 22“ ist heute eine der bekanntesten Institutionen, die zeitgenössische russische Kunst in Westeuropa bekannter macht. Dieses Beispiel vermittelt uns eine Vorstellung davon, wie wichtig die neuen Initiativen sind, um enge Verbindungen zwischen Künstlern und Öffentlichkeit herzustellen und internationale kreative Netzwerke aufzubauen. So sehen gute Wege in der Kulturdiplomatie aus, die von europäischen Kulturinstituten eingeschlagen werden können.

Eine der wichtigsten Ursachen von Kon-

flikten liegt darin, dass beide Seiten für gewöhnlich nicht genug übereinander wissen. Statt in einen Dialog zu treten, igeln sie sich ein, ergehen sich in haltlosen Verdächtigungen und teilen sich in Gruppen, die „recht“ oder „unrecht“ haben. Dies erzeugt einen Teufelskreis. So entstehen Stereotype, die man irgendwann nicht mehr auflösen kann. Um dem vorzubeugen, müssen beide Seiten ihre Spekulationen beenden, die Türen öffnen und anfangen, miteinander zu reden. Wir haben eine klare und verständliche Sprache, die es Menschen möglich macht, Gemeinsamkeiten zu finden. Man nennt sie Kultur. Möglicherweise hilft genau sie dabei, die Frage zu beantworten, ob Russland nun Europa ist oder nicht.

Valery Nechay lebt als Journalist in St. Petersburg und arbeitet unter anderem für den prominentesten unabhängigen Hörfunksender in Russland, „Echo Moskau“.

Raumschiff im Wandel Der Dialog zwischen Lateinamerika und Europa sollte sich auf drei Themen konzentrieren: Umwelt, Ungleichheit und Finanzchaos. Es fehlt nicht an Konzepten, doch ein anderes Management ist nötig. Und dies bedeutet eine große kulturelle Veränderung. „Wir brauchen mehr Kultur“, ist unser Autor aus Brasilien überzeugt. Aber nicht Kultur im Sinne stilvoller Treffen für eine glückliche Minderheit, sondern eine Kultur des Wandels. *Von Ladislau Dowbor*



Was können wir in Brasilien von Europa erwarten? Diese Frage hat sich verändert, denn sie lautet jetzt: „Was können wir voneinander erwarten?“ Wir sind nun sozusagen alle erwachsen geworden und haben auf beiden Seiten viel zu gewinnen.

Lateinamerika und andere Regionen der Welt, die als unterentwickelt gelten, befinden sich nicht mehr im Stadium der „Spätentwickler“, die darauf hoffen, Anschluss an die moderne Welt zu finden.

Wir sind sieben Milliarden Einwohner in diesem kleinen Raumschiff namens Erde – und werden jedes Jahr 80 Millionen mehr. Und weil wir alle danach streben, unseren Konsum zu maximieren, stecken wir in Schwierigkeiten.

Wir müssen uns mit dem Klimawandel

auseinandersetzen, mit Bodenerosionen, mit der Wasserverschmutzung, mit der Überfischung, mit der Vernichtung des Regenwalds und anderen Herausforderungen auf unserem Planeten. Und wir alle sind mit einer dramatisch wachsenden Ungleichheit konfrontiert. Wir arbeiten nicht an einer nachhaltigen Zukunft. Deshalb stehen wir vor einer gemeinsamen Herausforderung. Diese Erkenntnis ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung.

Um die Herausforderungen – Umweltprobleme und Ungleichheit – zu bewältigen, ist Zusammenarbeit, politischer Wille und eine große kommunikative Anstrengung vonnöten. Wir müssen Menschen überall auf der Welt deutlich machen, in welches Schlamassel wir geraten sind und welche möglichen Auswege es gibt. Dies bedeutet mehr Demokratie und eine große Veränderung in der Regierungsführung. Wir haben die notwendigen finanziellen Mittel, die Technik und das Wissen, um die Herausforderungen zu bewältigen. Aber es gibt große Schwachstellen in der Regierungsführung: globale Probleme, sehr schwache multilaterale Institutionen und einzelne nationale Interessen. Umso wichtiger ist, dass Länder zusammenarbeiten.

Meiner Meinung nach ist dabei die politische Ebene von zentraler Bedeutung. Von der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich stammen folgende Zahlen zur Macht der Unternehmen: 737 Konzerne kontrollieren 80 Prozent der Geschäftswelt

und ein Kern von 147 kontrolliert 40 Prozent. 75 Prozent dieser Konzerne sind Finanzinstitute. Andererseits zeigt das „Tax Justice Network“ (auf Deutsch: „Netzwerk Steuergerechtigkeit“), dass sich zwischen 21 und 32 Billionen Dollar – verglichen mit einem weltweiten Bruttoinlandsprodukt von 70 Billionen Dollar – in Steueroasen befinden. Der „Economist“ sprach von 20 Billionen, was nicht viel an der Tatsache ändert, dass wir die Kontrolle über die Finanzen der Weltwirtschaft verloren haben. Wir brauchen diese Ressource aber, um Nachhaltigkeit – etwa die Energiewende – zu finanzieren sowie umfangreiche Sozialprogramme, um die vier Milliarden Menschen zu retten, die die Weltbank elegant umschreibt als den Teil der Bevölkerung, der „nicht von der Globalisierung profitiert“.

Die Macht der Konzerne

Die Zusammenarbeit zwischen Europa und Lateinamerika und speziell Brasilien muss sich auf diese dreifache Herausforderung konzentrieren: die Umweltfragen, die wachsende Ungleichheit und das Finanzchaos. Dies bedeutet nicht, die Bedeutung von Kultur, Bildung und Wissenschaft zu schmälern, bestimmt aber deren Raison d'être. Inklusiv Entwicklung, Nachhaltigkeit, grüne Wirtschaft – es fehlt uns nicht an Konzepten. Wir dürfen aber nicht nur verkünden, dass eine andere Welt möglich ist. Wir müssen auch zeigen, dass ein anderes Management möglich ist. Und dies bedeutet eine große kulturelle Veränderung. Wir brauchen mehr Kultur. Aber nicht Kultur im Sinne stilvoller Treffen für eine glückliche Minderheit, sondern eine Kultur des Wandels.

Brasilien ist erwachsen geworden. Ohne größere Unterbrechungen oder Ankündigungen hat das Land im letzten Jahrzehnt

seine internationalen Beziehungen ins Gleichgewicht gebracht. Vor allem hat es seine übermäßige Abhängigkeit von den USA verringert. Die Handelsbeziehungen verteilen sich nun gleichmäßiger auf unsere Nachbarn, die EU und den Rest der Welt. Dies ist – wegen des schieren Gewichts der brasilianischen Wirtschaft – sowohl für Brasilien als auch für die anderen lateinamerikanischen Länder gut. Mehrfache Abhängigkeit bedeutet mehr Autonomie. Brasilien geht deshalb jetzt anders mit Europa um. Wir können ausgewogenere Initiativen starten, die sich gegenseitig befruchten.

Der Zugang zu Wissen ist dabei ein besonders interessanter Bereich. Brasilien hat eine wichtige Initiative ins Leben gerufen: Mit öffentlichen Geldern finanzierte das Land 100.000 Stipendien für Studenten, damit diese im Ausland studieren können. Der Zugang zu technischem Know-how ist ein Kernthema. In einigen Jahren werden diese Studenten mit Expertise, aber auch einer Reihe von Freunden in verschiedenen Ländern zurückkommen. Dies baut eine wichtige Brücke für Zusammenarbeit und wird sowohl uns als auch den Gastländern der Studenten zugutekommen. So wichtig Außenministerien auch sind – ein Netzwerk persönlicher Kontakte ist für die Zusammenarbeit unschlagbar. Brasilien hat die Initiative ergriffen. Wie wäre es nun, ähnliche Vorstöße aus Europa zu unterstützen?

Aber nicht nur Studenten, auch Schriften müssen reisen. Eine andere Goldader liegt im Ausbau der Initiative „Open Access“. Großbritannien arbeitet mit dem Wikipedia-Gründer Jimmy Wales an einem Programm, das freien Zugang zu jeder öffentlich finanzierten Forschung sicherstellt. Die EU untersucht ähnliche Vorhaben. Dies ist für Brasilien und die Entwicklungsländer allgemein von großer Bedeutung. Zugang zu Wissen

ist das Schlüsselthema unserer Wirtschaft, die immer stärker auf Wissen basiert. Gemeinsame Initiativen zur Reduzierung von Restriktionen, die auf oftmals absurden Patenten, Urheberrechten und anderen Mechanismen beruhen, könnten von großer Bedeutung sein.

Wir haben nun wichtige Open-Access-Initiativen, die Kursinhalte von Universitäten frei zugänglich machen: Wie „OpenCourseWare“ am MIT (Massachusetts Institute of Technology), „edX“ in Harvard und an 20 weiteren Institutionen, „CORE“ („China Open Resources for Education“) an den wichtigen chinesischen Universitäten sowie die Initiative „science spring“, weswegen Tausende von Wissenschaftlern von schwerfälligen Zwischenhändlern wie Elsevier zu „PLOS ONE“, „arXiv“ und ähnlichen Open-Access-Räumen wechseln.

Die „Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ von 2003 ist bereits von mehr als 450 Institutionen unterzeichnet worden. Ein modernerer koordinierter Zugang zu den Verhandlungen von TRIP („Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights“, auf Deutsch: „Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum“) und WIPO („World Intellectual Property Organisation“, auf Deutsch: Weltorganisation für geistiges Eigentum) würde sicher vieles verändern. Wissen zeichnet sich besonders durch eine Eigenschaft aus: Es ist kein Konkurrenzprodukt. Wenn ich meine Uhr weggebe, dann wird sie ein anderer besitzen. Das ist typisch

„So wichtig Außenministerien auch sind – ein Netzwerk persönlicher Kontakte ist für die Zusammenarbeit unschlagbar.“

für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Aber wenn ich eine Idee weitergebe, habe ich sie immer noch. Wenn man also Entwicklungsländern Zugang verschafft, generiert dies neue Märkte, verbessert die Beziehungen und kurbelt bei allen die Wirtschaft an. Es ist einfach nicht realistisch, darauf zu warten, dass ärmere Länder diese Technologien selbst produzieren.

Und Ländern zu verbieten, lebensrettende Medizin herzustellen, ist nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive absurd. Es provoziert sicherlich auch eher eine politische und gesellschaftliche Gegenreaktion. Gier ist nicht nur nicht gut, sie funktioniert auch nicht.

Initiativen von unten anregen

Ein anderer wichtiger Aspekt ist ein besseres Verständnis für Sozialpolitik. Brasilien hat in diesem Bereich Innovationen geschaffen. Durch rund 150 Regierungsprogramme, von denen viele in Kooperation mit dem Non-Profit-Sektor und privaten Firmen durchgeführt wurden, konnten 36 Millionen Menschen aus der Armut befreit, für 18 Millionen annehmbare Jobs geschaffen und Investitionen für die neuen Generationen gestartet werden, die das Bruttoinlandsprodukt nicht unmittelbar wachsen lassen, aber für die Zukunft von großer Bedeutung sind. Das Wohlfahrtsprogramm „Bolsa Família“ mag in Europa bekannt sein. Wir haben aber mehr als hundert andere inklusive Programme, die für Europa womöglich von Interesse sind.

Wir haben gelernt: Initiativen von unten anzuregen, hat zu besseren Geschäften für die traditionellen Wirtschaftszweige geführt und Brasilien in die Lage versetzt, sicher durch wirtschaftliche Turbulenzen zu navigieren.

Noch wichtiger ist: Wir könnten eine stabile trilaterale Initiative, beispielsweise für Afrika, gründen. Ich habe den frühe-

ren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva in verschiedene afrikanische Länder begleitet. Dort bewegt sich viel und die Bereitschaft, mit Brasilien zusammenzuarbeiten, ist groß. Wir stehen vor zahlreichen ähnlichen Herausforderungen. Ein Beispiel ist das Potenzial afrikanischer Savannen im Vergleich zur brasilianischen „Cerrado“, den Savanne im Zentrum des Landes.

Trilaterale Joint Ventures können sehr viel effektiver sein als traditionelle bilaterale Programme, bei denen Europa schwer an seiner kolonialen Vergangenheit trägt. Vor kurzem habe ich einen Studiengang für Management besucht, bei dem jeweils zehn Studenten aus Portugal, Angola und Brasilien nacheinander ein Semester in Porto, Luanda und São Paulo verbrachten. Solche Programme könnten in Zusammenarbeit mit öffentlichen, privaten oder gemeinnützigen Sektoren geschaffen werden.

Soziale Technologien wie etwa die Zisternen im Nordosten Brasiliens sind enorm erfolgreich. Die eigenen Nachbarn arm zu halten, ist eine armselige und sicherlich kurz-sichtige Politik. Wie viele Mauern sollen wir bauen an den Grenzen von Mexiko oder Palästina, wie viele Rettungsschiffe im Mittelmeerraum? Wir müssen diesen Menschen zu besseren Chancen in ihren eigenen Ländern verhelfen.

Eine praktische und wirkungsvolle Variante der Zusammenarbeit sind Vereinbarungen zwischen Städten. Wenn man große Veranstaltungen auf die Beine stellt, kommt man in die Medien. Langlebige Beziehungen entstehen aber, wenn Menschen und Gruppen zusammenkommen und eine langfristige Kooperation planen können. Städte können viel voneinander lernen. Brasilianische Städte kämpfen mit Armut, Ungleichheit und instabilen sozialen Dienstleistungen. Bei jüngsten Initiativen wie der „Nossa São Paulo“ oder

dem Netzwerk „Cidades Sustentáveis“ haben wir immer wieder europäische Städte um ihr Know-how gebeten. „Cidades Sustentáveis“ ist ein eigenes Kooperationsnetzwerk mit rund 30 Prozent der brasilianischen Bevölkerung.

Die Management-Kurse, die wir organisiert haben, geben viele Beispiele ab für europäische Lösungen. Es könnte sehr nützlich sein, eine solche Initiative in größerem Maßstab zu unterstützen, indem man Besuche und Trainingsprogramme organisiert.

Aktuell leben 85 Prozent der brasilianischen Bevölkerung in Städten. Eine Folge des chaotischen und beschleunigten ländlichen Exodus, der zu bedenklichen Schief-lagen geführt hat. Dezentralisierte Kollaborationsnetzwerke, die eine Art „kosmopolitische Demokratie“ befördern, könnten die Unterstützung der nationalen sowie der EU-Politik gut gebrauchen. Wir alle werden uns zwangsläufig zu kulturell vielfältigen Gesellschaften entwickeln. Dieser Planet wird immer kleiner. Das interkulturelle Zusammenleben bedeutet für uns alle eine große Herausforderung.

Ethnische Unterschiede können leicht instrumentalisiert werden, um Emotionen zu schüren. Brasilien hat diese Probleme noch lange nicht überwunden, sich aber mit ihnen in sehr unterschiedlichen Initiativen auseinandergesetzt, etwa durch Quoten an Universitäten oder die Unterstützung für Quilombola-Communities (alte, von geflohenen Sklaven gegründete Communities).

Integration durch kulturelle Initiativen ist immer dann eine besonders bereichernde Erfahrung,

„Noch wichtiger ist: Wir könnten eine stabile trilaterale Initiative, beispielsweise für Afrika, gründen.“

rung, wenn sie durch eine produktive Inklusion unterstützt wird. Trotz aller Schwierigkeiten gibt es auch eine heitere Herangehensweise, die Tendenz zu einer amüsierten Toleranz, die vielleicht nicht nach Hochkultur aussieht, aber äußerst effektiv ist, wenn es darum geht, Verbindungen zwischen Communities herzustellen. Hier gibt es viele Felder für Zusammenarbeit. Es kann sehr produktiv sein, Menschen glücklich zu machen.

Was erwarten wir von Europa? Sicherlich nicht große Banken, Big Business, Pharmariesen oder hochentwickelte Waffen. Europa ist ein schöner Ort, um sich dort aufzuhalten. Dies ist sehr wichtig, denn wir alle wünschen uns ein angenehmes Leben. Europa hat eine eigene Kultur hervor gebracht. Die Amerikaner sagen, sie seien vom Mars und Europäer von der Venus. In Brasilien bevorzugen wir die Venus. Vom Mars haben wir gewaltsame Diktaturen geerbt. Wir hoffen, dass dieses Kapitel abgeschlossen ist.

Was erwarten wir von Europa?

Sagen wir so: Es gibt viel Raum für Zusammenarbeit in Kultur und Bildung und viel guten Willen, denn wir haben positive Vorstellungen voneinander. Ich glaube, wir erwarten von Europa, dass es dabei hilft, eine neue, auf Entwicklung konzentrierte Kultur zu schaffen. Eine Kultur, die auf Lebensqualität ausgerichtet ist, auf Respekt für künftige Generationen und die Natur sowie auf eine solidarischere Gesellschaft. Es gibt keinen Grund dafür, warum auf diesem reichen Planeten noch immer so viele Menschen leiden sollten.

Der französische Wirtschaftswissenschaftler Delavoye hat geschrieben, es sei leichter, den Armen das Nötige wegzunehmen als den Reichen das Überflüssige. Das sollten wir ändern,

im Zuge eines folgerichtigen wirtschaftlichen Denkens. Wir sollten uns wieder einmal Willy Brandts „Nord-Süd-Bericht“ aus den 1980er Jahren ansehen. Amerika hat von seiner Hilfe für Europa beim Wiederaufbau nach dem Krieg stark profitiert. Europa wiederum profitierte enorm von der sozialen und wirtschaftlichen Einbindung während der 30 goldenen Jahre, bevor das Motto galt: „Greed is good.“ („Gier ist gut.“)

Wir können die riesigen Herausforderungen, vor denen wir stehen, als Probleme betrachten, aber auch als Chancen. In Brasilien haben wir gelernt: Es kann für jeden gut sein, sich um die Armen zu kümmern, um verlassene Landstriche, um verzweifelte Väter oder Mütter, denen die Mittel fehlen, um ihre Familien zu versorgen. Dieser Weg ist sicherlich wirkungsvoller, als noch mehr Mauern zu bauen und ein invasives Weltsicherheits-system voranzutreiben. Wir alle könnten uns einmal ein brasilianisches Sprichwort vornehmen: „Respeito e caldo de galinha faz bem à saúde“. „Respekt und Hühnersuppe sind gut für die Gesundheit“. Die Türen stehen offen.

Ladislau Dowbor ist Wirtschaftswissenschaftler, lehrt an der Katholischen Universität von São Paulo und arbeitet mit zahlreichen Regierungs- und Non-Profit-Organisationen sowie mit verschiedenen Vertretungen der Vereinten Nationen zusammen. Er ist Autor von mehr als 40 Büchern und einer Reihe technischer Studien im Bereich Entwicklungsplanung. Seine Veröffentlichungen sind auf der Webseite <http://dowbor.org> vollständig einsehbar und für den nicht kommerziellen Gebrauch frei nutzbar.

Die Bedürfnisse Lateinamerikas Mexiko ist ein Land mit vielen Kulturen und Sprachen, praktiziert aber so gut wie keine interkulturelle Politik. Bei der Populärkultur ist der US-amerikanische Einfluss dominant. Was tun? Europa kann an der Vertrauensbildung zwischen den kulturellen Gemeinschaften auf beiden Seiten des Atlantiks mitwirken. Mit der Bildung von EUNIC wird es nun auch Zeit, über kühnere Initiativen nachzudenken.
Von Carlos Ornelas



Im Gegensatz zur weltweiten Vorstellung von den Vereinigten Staaten wissen wir nur wenig über die europäische Politik und ihre Beziehungen zur Welt. Dennoch ist ihr kultureller Einfluss viel tiefergehend und ausdauernder – nicht so sehr wegen des Einflusses seiner Populärkultur und seiner Kommunikationsmedien als vielmehr aufgrund seiner Geschichte und seiner Entwicklung. Die Diplomatie und die kulturellen Maßnahmen Europas können jedoch nicht mit dem Einfluss der Popkultur und der Macht der USA mithalten.

Indem ich den Hintergrund lateinamerikanischer Vorstellungen von der europäischen Kultur darlege, möchte ich folgende Fragen beantworten: Welche Art europäischer Kultur- und Bildungsinitiativen sind in Lateinamerika notwendig? Welche aus-

wärtige Kulturpolitik muss Europa annehmen, um Türen zu öffnen und Vertrauen zwischen den Gemeinschaften zu schaffen, um die Kunst, die Bildung und den interkulturellen Dialog voranzutreiben? Welche sind die Wünsche der Menschen in diesem Sinne, zum Beispiel in Mexiko? Wie kann Europa sich am Vertrauensaufbau zwischen den Gemeinschaften auf beiden Seiten des Atlantiks beteiligen?

Die europäische Kultur birgt viel Bewundernswertes. Sie ist die Quelle dessen, was wir als westliche Zivilisation kennen. Wir verdanken Europa etwas mehr als nur gewisse Kunstformen und die Entwicklung der Wissenschaft. Ich spreche von einer gewissen Art zu denken, die Welt und ihre Beziehungen wahrzunehmen. Sogar in Lateinamerika, sagt man, herrscht eine eurozentrische kulturelle Vision vor. Die weitverbreitetsten Sprachen in diesem Teil der Welt, Spanisch und Portugiesisch, haben ihre Wurzeln auf dem alten Kontinent; die ursprünglichen Sprachen sind bereits verschwunden oder sterben allmählich aus – trotz gewisser jüngerer Bemühungen, den Multikulturalismus und die Interkulturalität zu fördern. Auch die dominierende Religion und andere, kürzlich aufgekommene christliche Konfessionen erreichten uns aus Europa.

Die maßgebenden Kunstformen stammen aus Europa, das schwergewichtige Erbe

Amerika

der Renaissance besteht in vielen Formen der Kultur fort, insbesondere innerhalb der gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten. Wir bewundern die europäischen Schriftsteller klassischer, aber auch zeitgenössischer Werke, inklusive der Populärliteratur; wir hören weiterhin die Musik der großen Komponisten aus Europa und ihre Opernstücke prägen den Geschmack der Menschen; wir staunen über die Gemälde der großen europäischen Maler und uns faszinieren andere Formen ihrer Kunst.

Quelle der westlichen Zivilisation

Die Organisation unserer Bildungssysteme imitiert die europäischen, insbesondere das französische System. In großen Teilen der Region beginnt der Geschichtsunterricht in den weiterführenden Schulen weiterhin unter Einfluss der hellenischen Tradition, nicht etwa der einheimischen Kulturen. So wissen wir beispielsweise mehr über die griechische Mythologie als von den reichen und komplexen heiligen Pantheons der Azteken und Maya.

Der europäische Kulturdialog ist reich und üppig. Aber er fand bisher vornehmlich unter den europäischen Ländern selbst statt. Die Sprösslinge gut gebildeter Bevölkerungsgruppen wachsen mehrsprachig auf, was einen lebendigen Austausch unter den Ländern Kontinentaleuropas und, in geringerem Ausmaße, mit den britischen Inseln bestärkt. Vielleicht hat Lateinamerika von Europa auch die nationalistischen Ideen geerbt, die in der Region fortwähren, während man auf dem alten Kontinent versucht, sie loszuwerden. Kurz gesagt: Das kulturelle Erbe Europas ist fundamental, um die Zivilisationen der zeitgenössischen Welt zu verstehen, nicht nur im Westen, sondern

auf allen fünf Kontinenten. Viele der Kommunikations- und Kulturformen leiten sich von diesem Erbe ab, auch in den Ländern des Orients, mit seinen uralten Kulturen.

Auf der Kehrseite der Medaille leidet Lateinamerika – und ich vermute, auch andere Teile der Welt – weiterhin unter der Vergangenheit der Kolonialisierung durch die europäischen Großmächte. Viele Lateinamerikaner erinnern sich mit gewissem Groll daran, dass die europäische Religion, Kultur und Zivilisation mithilfe von Schwert und Kreuz durchgesetzt wurden. Sie wissen, dass ein Großteil des europäischen Reichtums auf den Raub der natürlichen Ressourcen ihrer Länder und auf die Ausbeutung ihrer Völker zurückzuführen ist. Europa war im letzten Jahrhundert Entstehungs- und hauptsächlich Austragungsort zweier Weltkriege, die der Menschheit sehr großes Leid zugefügt haben. Zum Glück leben wir heutzutage in friedlichen Zeiten, auch wenn die Beteiligung einiger europäischer Staaten an den Kriegen in Afghanistan und Irak das pazifistische Bewusstsein etwas erschüttern. Zudem versucht EUNIC heute neue kulturelle Beziehungen aufzubauen und ein neues Bild vom vereinten Europa zu schaffen – dies ist ein Unterfangen, das neue Versprechen des Fortschritts und des Verständnisses zwischen dem alten Kontinent und Lateinamerika mit sich bringt.

Inselgruppe lokaler Ideen

Die kulturelle Identität Lateinamerikas wird von einer Inselgruppe lokaler Ideen geformt – einige nationalistischer als andere –, die gleichwohl der Vorherrschaft globaler Vorstellungen unterliegen. Multikulturalismus als Vision des lateinamerikanischen Ganzen existiert fast nicht. In jedem unserer Länder gibt es einen Nationalstolz, der be-

dauerlicherweise auf Grundlage von Kriegserfahrungen geschürt wurde. Die Herausbildung nationaler Gesinnungen erfolgte im Kontext der Unabhängigkeitskämpfe gegen die europäischen Großmächte. In einigen Ländern, die gefestigte vorkolumbische Zivilisationen – wie die Azteken, die Inka oder die Maya – beherbergten, findet sich ein stärkeres Nationalgefühl, geschuldet dem, was man einen kulturellen Synkretismus nennen könnte, eine Vermischung von Weltbildern, die sich aus dem Zusammenprall und der Verbindung der europäischen und der einheimischen Kultur ableiten lässt. In anderen Teilen des Kontinents, die spärlicher bevölkert und von weniger entwickelten Volksgruppen bewohnt sind, hat sich die importierte Kultur durchgesetzt, und viele Völker sind verschwunden – und mit ihnen ihre eigenen Sprachen und Gewohnheiten.

Meiner Meinung nach braucht Lateinamerika dringend neue kulturelle Formen, die zwar die Vergangenheit berücksichtigen, dabei aber zukunftsgerichtet sind. Es ist notwendig, eine kosmopolitische Vision zu konzipieren, die die Welt und die Menschheit als Ganzes berücksichtigt; sowie es auch notwendig ist, den Stolz für die eigenen Kulturformen zu erhalten, jedoch mit einem globalen Blickwinkel. Es gibt viele kulturelle Initiativen – mehr noch im formellen Bildungssektor –, die aus Europa Richtung Lateinamerika überschwappen können. Die Voraussetzung dafür ist, in meinen Augen, dass sie auf gleicher Augenhöhe etabliert werden, dass die Staaten auf dieser Seite des Atlantiks als erwachsen angesehen werden, und dass der alte Paternalismus vergessen wird, der der Geschichte Kolonialeuropas entspringt. Eine Kultur- und Bildungsdiplomatie könnte ein gutes Mittel zur Annäherung zwischen Europa und Lateinamerika sein.

Der Austausch in den Künsten folgt in der Regel dem alten Kurs: von Europa nach Lateinamerika. Es ist wichtig, dass wir den entgegengesetzten Weg stärker vorantreiben. So gibt es lateinamerikanische Orchester, Musikgruppen, Bildhauer und Schriftsteller von hohem Wert, die in Europa unbekannt sind. EUNIC könnte für diese Bands Konzerttours und für die Bildhauer Ausstellungen organisieren sowie Übersetzungen von spanischen und portugiesischen Werken in andere europäische Sprachen und deren Verbreitung fördern; ebenso wie von europäischen Sprachen ins lateinamerikanische Spanisch und Portugiesisch und nicht in das in Spanien und Portugal gesprochene.

Auf dem Gebiet der formellen Bildung sind mehr Ressourcen für den Austausch notwendig. Es gibt eine Reihe von Stipendien, die lateinamerikanischen Studierenden offen stehen, um in Europa zu studieren. Es könnten mehr werden. Umgekehrt sind es nur wenige Europäer, die gern in Lateinamerika studieren würden. Professoren und Postgraduierte kommen hierher, um zu erforschen, was bei uns passiert oder was unsere Geschichte ist, aber nicht, um sich an unseren Universitäten zu bilden. Trotz großer Defizite haben unsere größeren Institutionen viel auf dem Gebiet der Erst- und Postgraduiertenstudien zu bieten, nicht nur in der Lehre von Sprachen und Anthropologie. Wir möchten Partner sein, nicht Untergebene.

Ich vermute, dass es für einige europäische Länder, die eine ausgeprägte kolonialistische Vergangenheit haben, schwierig sein wird, gewisse Traditionen loszuwerden, wie beispielsweise ihre paternalistische Attitüde oder die Annahme langjähriger sozialer Strukturen. Gleichsam wird es für viele Länder auf dieser Seite des Atlantiks schwierig werden, sich der nationalistischen Ten-

denzen zu entledigen, die sich im Laufe der Zeit so verwurzelt haben. Dennoch ruft uns unsere Geschichte dazu auf, unser Bewusstsein zu verändern und die Zukunft anders zu gestalten.

In der Regel pflegen nationale Kulturinstitute und bestimmte europäische Regierungsbehörden bereits Austausch- und Kooperationsprogramme mit lateinamerikanischen Ländern. Es werden Erfahrungen gemacht, aus denen man mehr lernen und die man auch auf der Ebene der europäischen Gemeinschaft zum Vorbild nehmen könnte. Noch einmal: Wenn es darum geht, Vertrauen zu schaffen und Türen zu öffnen, stellt die traditionelle, paternalistische Autorität ein Hindernis dar. Vertrauen kann in Kooperationen von europäischen mit lateinamerikanischen Kulturinstitutionen aufgebaut werden. Es können Brücken gebaut werden, um kulturelle Grenzen und sprachliche Barrieren zu überschreiten. Durch die Vorteile des Internets besteht die Möglichkeit, das Erlernen der europäischen Sprachen zu erschwinglichen Preisen zu fördern.

Die Anzahl der kulturtouristischen Reiserouten in Lateinamerika könnte ausgedehnt werden, um dafür zu sorgen, dass die Europäer unser kulturelles Erbe, unsere vorkolumbischen Wurzeln und unser Potenzial zur Integration in die sich im Aufbau befindende Weltordnung besser kennen und somit auch verstehen lernen.

Friedensbotschaften, Demokratie, gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit könnten die Schlüssel sein, um diese Türen

„Wir wissen mehr über die griechische Mythologie als über die reichen und komplexen heiligen Pantheons der Azteken und Maya.“

zu öffnen – ohne nationalistische Grenzkontrollen dazwischen.

Mexiko hat der Welt vieles zu bieten, aber bei kulturellen Aktivitäten herrscht ein lokaler Ansatz vor. Nur wenige unserer Schriftsteller, Komponisten und Bildhauer sind über die Staatsgrenzen hinweg bekannt. Unsere kulturelle Vergangenheit ist reich: Das vorkolumbische Erbe kann in den restaurierten Ruinen bewundert werden; das Werk der Wandmaler des zwanzigsten Jahrhunderts zeigt sich auf den Mauern prachtvoller öffentlicher Gebäude; die mexikanische Sinfoniemusik ist von universellem Wert, aber außerhalb Mexikos kaum bekannt; sehr wenig unserer Populärkultur passiert die Grenzen, und wenn, dann lediglich in die USA zu den Bevölkerungsgruppen mexikanischen oder lateinamerikanischen Ursprungs.

In den letzten Jahrzehnten hat diese Tendenz, Mexiko vom Rest der Welt zu isolieren, abgenommen. Auch wenn sich auf dem kulturellen Terrain eine gewisse Öffnung abzeichnete – in Form von Übersetzungen klassischer, meist europäischer Bücher, dem Import von Kulturformen in der Musik und den bildenden Künsten sowie gar der Imitation europäischer Vorbilder in der Architektur –, stellte die geschlossene Wirtschaft ein Hindernis für einen Austausch stärkeren Ausmaßes dar. Mit dem Beitritt Mexikos zum GATT (der heutigen Welthandelsorganisation) im Jahr 1986 und dem Inkrafttreten des nordamerikanischen Freihandelsabkommens 1994 begannen diese Schranken einzustürzen. Aber der kulturelle Austausch hinkt der Wirtschaft – mit ziemlicher Verzögerung – weiterhin hinterher.

Mexiko, ein Land mit vielen Kulturen und lebenden Sprachen, praktiziert weder Multikulturalismus noch besitzt es eine ausgeprägte interkulturelle Politik. Die kultu-

relle Persistenz des Regimes der mexikanischen Revolution – einige nannten diesen revolutionären Nationalismus – ist ausgeprägt im Bereich der offiziell geförderten Kultur, jedoch ausgesprochen schwach in der Popkultur. Ebenso wie in Europa ist hier der US-amerikanische Einfluss dominant, der sich aufgrund von Informations- und Kommunikationstechnologien schneller verbreitet. Auch der Einfluss der USA auf den Bildungssektor in Mexiko, insbesondere in der Hochschulbildung, wächst stetig, auch wenn viele Mexikaner ihr Aufbaustudium in Europa, insbesondere in Spanien (vielleicht um sprachliche Schwierigkeiten zu umgehen), absolvieren möchten.

Ressourcen und Erfahrung

Ich erahne viele Herausforderungen für die Bildung und die Entwicklung einer kosmopolitischen Kultur in Europa – diese sind hauptsächlich von nationalem Charakter. Es ist Aufgabe der weltoffenen Bevölkerungsschichten, diese Kulturformen zu stärken. Sie können das jedoch nicht allein bewältigen. EUNIC kann hierzu intellektuelle Ressourcen und Erfahrung beitragen.

Europa kann an der Vertrauensbildung zwischen den kulturellen Gemeinschaften auf beiden Seiten des Atlantiks durch Kooperation und Austausch mitwirken. Mit der Bildung von EUNIC wird es nun Zeit, über kühnere Initiativen nachzudenken. Zum Beispiel sollte in eine ambitioniertere Kulturdiplomatie auf Ebene der europäischen Union investiert werden, anstatt nur auf die individuelle nationalstaatliche Ebene zu setzen. Zugleich könnten Austauschprogramme wie ALFA, EURIAS oder Projekte wie das Comenius- oder das Erasmus Mundus-Programm gestärkt und ausgebaut werden.

Die europäische Kultur herrscht im Westen weiterhin vor, auch wenn die US-amerikanische Dominanz in der Populärkultur offensichtlich ist. Aber das kulturelle Bewusstsein der Völker hat tiefere Wurzeln, es geht weiter als das, was man im Fernsehen oder im Kino sehen kann oder was über andere Technologieformen verbreitet wird. Die Suche nach diesen Wurzeln und ihre Verbindung mit den universellen kulturellen Werten könnte vielleicht der Beginn einer neuen kosmopolitischen Kultur sein – eine von größerem Ausmaße, die den Multikulturalismus überholt und die nicht nur die einzelnen Völker, sondern die Menschheit als Ganzes umschließt.

Vielleicht ist das Bedeutendste an einer europäischen Beteiligung an dieser Aufgabe, gemeinsam mit den Kulturinstitutionen Lateinamerikas heute die Grundlage für die langfristige Entwicklung zu säen. Das friedliche Zusammenleben ist die Devise, der kulturelle Austausch das Mittel, um Frieden zu schaffen und Demokratie in der Welt zu verbreiten. Das ist meine Erwartung.

Carlos Ornelas ist Professor für Bildung und Kommunikation an der Universidad Autónoma Metropolitana in Mexiko-Stadt.

Mit gutem Beispiel voran Das viel zitierte „Demokratiedefizit“ der EU rührt auch von einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit, die die Politik und europäische Politiker legitimieren kann. Demokraten auf der ganzen Welt, Menschen, die an die Macht kollektiver Entscheidungsfindung und an die Bedeutung von Dialog und Beratung glauben, betrachten die EU daher als unvollendetes Projekt. Aber dennoch als ein Versprechen. *Von Bernd Reiter*



Um zu beantworten, wie die auswärtige Kulturpolitik Europas aussehen könnte oder sollte, muss man zunächst klären, was „Außenpolitik“ überhaupt bedeutet. Laut Websters Wörterbuch ist sie „die Politik eines souveränen Staates bei der Interaktion mit anderen souveränen Staaten“. Weiterhin heißt es dort, die Außenpolitik bestehe aus „allgemeinen Zielen, welche die Handlungen und Beziehungen eines Staates bei seinen Interaktionen mit anderen Staaten prägen.“ Diplomatie sei das Werkzeug der Außenpolitik und Krieg, Allianzen sowie internationaler Handel können deren Manifestationen sein.

Die Entwicklung der Außenpolitik werde beeinflusst von nationalen Überlegungen, der Politik oder dem Verhalten anderer Staaten oder von Vorhaben, die bestimmte geopolitische Entwürfe vorantreiben sollen. Leopold von Ranke hat die Vorrangstellung von Geographie und äußeren Bedrohungen bei der Gestaltung von Außenpolitik betont, Autoren nach ihm stellten innenpolitische Faktoren in den Vordergrund.

Wie jeder Wissenschaftler aus dem Feld internationale Beziehungen gerne aufzeigt, leitet sich die Außenpolitik per definitionem vom nationalen Interesse ab. An erster Stelle steht die Sicherheit, dicht gefolgt vom Wohlstand, also dem wirtschaftlichen Wachstum. Außenpolitik jeder Art verfolgt kurz gesagt das Ziel, das Wohlergehen jener zu steigern, die in dem jeweiligen Wahlkreis leben. An-

Wie werden aktuelle Initiativen der europäischen Kulturpolitik im Ausland wahrgenommen und welche Erwartungen haben Länder wie die Vereinigten Staaten oder sogar beide Amerikas?

Ich bin Politikwissenschaftler und habe die vergangenen zwei Jahrzehnte in den beiden Amerikas verbracht, vor allem in Kolumbien und Brasilien sowie die letzten anderthalb Dekaden in den Vereinigten Staaten. Auch wenn ich einen deutschen und damit europäischen Pass besitze, sehe ich mich in der EU als Ausländer. Deshalb kann ich die auswärtige Kulturpolitik der EU von außen betrachten, mich ihr aber gleichzeitig verbunden fühlen. Statt „outsider within“ zu sein (ein Begriff der schwarzen US-amerikanischen Feministin Patricia Hill Collins), bin ich zum „insider outside“ geworden.

ders geht es auch nicht, insbesondere dann nicht, wenn dieser Wahlkreis demokratische Regeln der Repräsentation einhält.

Die Logik ist einfach: Man kann nicht zum Vertreter einer Gruppe gewählt werden, indem man für das Wohlergehen einer anderen Gruppe eintritt. Die Logik des „wir zuerst“ bestimmt notwendigerweise jede Außenpolitik – was auch berechtigt ist.

Ich wage die Behauptung: Außenpolitik kann diesem vorrangigen Ziel nicht entgegen, und Länder unterscheiden sich lediglich darin, ob sie in der Lage oder „fähig“ sind, tatsächlich im Sinne ihrer außenpolitischen Ziele zu handeln. Die meisten Länder können dies nicht. Denn ihnen fehlt die Macht, Ziele zu verfolgen, die ihre eigenen Interessen am meisten vorantreiben. Ihre Souveränität ist eine Illusion, schrieb der Stanford-Politologe Stephen Krasner zur Jahrtausendwende.

Die erste Lektion, die man hier also lernen kann, lautet: Wer für eine Außenpolitik eintritt, bezieht sie sich nun auf Kultur oder nicht, die darauf abzielt, anderen zu nutzen, will etwas Unmögliches. Es ist schlicht naiv. Jeder gewählte französische Amtsinhaber, der sich mehr um das Wohlergehen der Deutschen, der Amerikaner oder der Brasilianer als um das der Franzosen sorgt, wird sich sicher nicht lange im Amt halten.

Die Frage nach den Erwartungen der Vereinigten Staaten oder Lateinamerikas an die auswärtige Kulturpolitik der EU kann aus dieser „realistischen“ Perspektive heraus kurz beantwortet werden: Es gibt keine. Höchstens die eine Erwartung, dass sich die auswärtige Kulturpolitik der EU nicht negativ auf das eigene Land auswirkt und der eigenen Außenpolitik nicht im Wege steht.

Ich vermute, dass vor allem Menschen, die daran beteiligt sind, Ziele nationaler Außenpolitik zu formulieren und zu erreichen, so denken. Diese Fachleute wissen auch, dass sie

um guter bi- und multilateraler Beziehungen willen diese offensichtliche Wahrheit nicht aussprechen sollten. Stattdessen erwartet man von ihnen, mehr oder weniger hohle Phrasen zu dreschen, über „Kooperation“, „gemeinsame Bemühungen“, „Gegenseitigkeit“ und so weiter. Die eigene Außenpolitik ist schließlich potenziell in Konflikt mit der Außenpolitik des Nachbarn. Deshalb besteht Diplomatie zum großen Teil in der Kunst, nicht zu sagen, was man weiß und nicht zu meinen, was man sagt – während man lächelt und Hände schüttelt.

Diese Perspektive ist jedoch nur eine von vielen. Sie ist vor allem bedingt durch die Dominanz „nationaler“ Interessen und erklärt vieles in einer Welt, die zum großen Teil in Nationalstaaten aufgeteilt ist. Die EU stellt eine Ausnahme zu dieser Regel dar. Und Ausnahmen bestätigen, im Gegensatz zu einem weit verbreiteten Sprichwort, nicht die Regel. Sie erlauben uns vielmehr der Frage nachzugehen, welche Lektionen uns solch ein außergewöhnlicher und bedeutender Fall wie die EU erteilen kann.

Mich als Politikwissenschaftler fasziniert, was wir von der EU lernen können. Ich behaupte, dass es sehr wichtig ist, welche Erwartungen wir, die wir außerhalb der EU leben, haben. Diese geteilte Welt kann von der Kulturpolitik der EU lernen.

Die Grundlage dafür ist die Einsicht, dass sich die Ziele nationaler Außenpolitik unter Umständen erfolgreicher erreichen lassen, wenn man kooperiert. Dies gilt besonders in einem Kontext kleiner und mittelgroßer Länder, die nicht die Kapazität oder Fähigkeit

„Die Logik des ‚wir zuerst‘ bestimmt notwendigerweise jede Außenpolitik.“

haben, ihre Außenpolitik unabhängig und, wenn nötig, gegen den Willen anderer Länder oder sogar einer Mehrheit von Ländern durchzusetzen.

Jenseits nationaler auswärtiger Kulturpolitik

Das einzige Land, dem dies immer noch möglich ist, sind die Vereinigten Staaten. Wir sollten nicht überrascht sein, wenn wir beobachten, dass die USA in ihrem eigenen Interesse handeln – auch wenn dies bedeutet, gegen die Interessen anderer Länder vorzugehen. Unabhängigkeit bedeutet schließlich, andere Länder nicht um Erlaubnis oder Unterstützung bitten zu müssen.

Die EU wiederum stellt das vielleicht einzige empirische Beispiel dafür dar, wie verschiedene Varianten nationaler Außenpolitik durch Feintuning und das Zusammenbringen potenziell abweichender nationaler Interessen effektiver und somit erfolgreicher umgesetzt werden können.

So kann sie der Welt eine Lektion erteilen: In der Einheit liegt Stärke. Und der intelligenteste Weg, um die eigene Außenpolitik tatsächlich umzusetzen, sei es nun im Bereich der Kulturpolitik oder nicht, besteht darin, sich mit anderen Ländern zusammenzutun, die für sich auch nicht genug Macht, Unabhängigkeit und Souveränität hätten, ihre Außenpolitik durchzusetzen.

Als Außenstehender, der der EU emotional verbunden ist, sage ich: Ein Großteil der Welt erwartet, dass die EU nationale Teilung erfolgreich überwindet und dass sie nicht nur zeigt, dass so etwas möglich ist, sondern auch, wie genau es erreicht werden kann.

Dies gilt besonders für die meisten lateinamerikanischen Länder, deren Träume von der Einheit bis zu den 1820er Jahren zurück-

reichen. Zu Befreiern wie Simón Bolívar oder auch zu solch einflussreichen Anführern und Intellektuellen wie dem kubanischen Unabhängigkeitskämpfer José Martí und dem mexikanischen Intellektuellen José Vasconcelos – die alle begeistert von einer – alle verbindenden – lateinamerikanischen Seele sprachen.

Doch welche Rolle kann nun die Kultur in den Außenbeziehungen einnehmen? Eine einheitliche Antwort wird zunächst erschwert durch das Konzept „Kultur“. Was ist das eigentlich – und von wem stammt es? Welche Kultur soll man fördern?

Bezeichnenderweise haben die Vereinigten Staaten kein Kulturministerium. Stattdessen besitzen verschiedene Städte Ministerien oder Büros, wo man versucht, kulturelle Ausdrucksformen zu fördern, die sich gut verkaufen lassen, Touristen anlocken und somit den eigenen Umsatz steigern. Die meisten lateinamerikanischen Länder haben Abteilungen, Sekretariate und Ministerien für Kultur mit einer ähnlichen Aufgabe: Kultur im Ausland zu verkaufen. Deshalb ist es auch bezeichnend, dass die Kulturministerien in vielen lateinamerikanischen Ländern Ministerien für Tourismus und Kultur heißen.

Bestimmte kulturelle Ausdrucksformen zu fördern, birgt auch das Risiko in sich, diese zu vermarkten. Dies führt in die Falle der Kulturindustrie, die die deutschen Sozialphilosophen Max Horkheimer und Theodor Adorno so trefflich beschrieben haben. Der Kultur tut es, ähnlich wie der Religion, am Ende vielleicht gar nicht so gut, staatlich gefördert zu werden. Aber die Lage ist noch komplexer. Aus einer US-amerikanischen Perspektive wirft die Aufgabe, Kultur im Ausland oder auch im Inland zu fördern, sofort die Frage auf: Wessen Kultur? Es gibt keine kohärente „amerikanische Gesellschaft“ mit einer gemeinsamen Kultur. Im Gegenteil. Irisch-amerikanische und asiatisch-amerikanische Bürger, Latinos oder

Afro-Amerikaner, um nur einige zu nennen, wollen ihre kulturellen Besonderheiten durch Aktionen wie Paraden, nichtenglischsprachige Zeitungen oder ausländische Sprachschulen für ihren Nachwuchs lebendig halten – um zu bewahren, „wer sie sind“.

Bingo oder Oper?

Sobald Regierungen eingreifen, um kulturelle Ausdrucksformen einer Gruppe zu unterstützen, würden sich aller Wahrscheinlichkeit nach alle anderen vernachlässigt fühlen und Gleichberechtigung fordern. Aber wie viele unterschiedliche religiöse Feiertage können und sollten wir haben?

Auch die Entscheidung, wessen kulturelle Ausdrucksformen Unterstützung verdienen, ist von Werten bestimmt und bevorzugt in den meisten Fällen die Wohlhabenden. Es leuchtet zum Beispiel nicht unmittelbar ein, warum es wichtiger sein sollte, die Oper zu unterstützen als Kartenspiele oder Bingo-Hallen. Kultur zu fördern ist grundsätzlich problematisch und riskiert, eine kulturelle Ausdrucksform zugunsten einer anderen zu benachteiligen. Angesichts von immer multikultureller zusammengesetzter Bevolkerungen fast überall auf dem Globus ist dieses Risiko unvermeidlich.

Wenn man die Lage aus einem sozialwissenschaftlichen Blickwinkel analysiert, müssen Kultur und Sprache eine zentrale Rolle bei der Förderung einer gemeinsamen öffentlichen Sphäre spielen. Immerhin stützt sich, wie der Philosoph Jürgen Habermas ausführlich erklärt hat, eine lebendige Demokratie auf eine lebendige öffentliche Sphäre, in der sehr unterschiedliche Bürger über kontroverse Ideen und Vorschläge diskutieren.

Das viel zitierte „Demokratiedefizit“ der EU hat seinen Ursprung in einer fehlenden

europäischen Öffentlichkeit, die über europäische Politik diskutieren und damit nicht nur die Politik und die Richtlinien in Europa, sondern auch europäische Politiker legitimieren kann. Diese sind in der Öffentlichkeit immer noch wenig bekannt und ihre Handlungen scheinen kaum mit den Interessen derer, die sie „repräsentieren“, verbunden zu sein.

Diejenigen von uns, die an Demokratie, Dialog und die Überwindung nationaler Grenzen und Konflikte durch Kooperation glauben, hoffen, in der EU praktisch zu erleben, was seit langem theoretisch überlegt und gewünscht wird. Nämlich: eine legitime supranationale Demokratie, die auf einem lebendigen öffentlichen Austausch von Ideen und Vorlieben über verschiedene Kanäle beruht.

Dies geschieht nur unter einer bislang noch nicht erfüllten Bedingung: Es braucht eine gemeinsame Sprache, damit Menschen aus verschiedenen Ländern miteinander kommunizieren und sich verstehen können. Dies ist notwendig, aber längst nicht ausreichend für einen europäischen öffentlichen Raum.

Spracherwerb und Austausch müssen gefördert werden. Demokraten weltweit hoffen also, dass jedes Programm, das wie Erasmus innereuropäischen Austausch und Dialog fördert, aufrechterhalten und weiter unterstützt wird, damit langsam eine europäische Öffentlichkeit entstehen kann.

„Die Vereinigten Staaten haben kein Kulturministerium. Stattdessen besitzen verschiedene Städte Ministerien oder Büros, wo man versucht, kulturelle Ausdrucksformen zu fördern, die sich gut verkaufen lassen oder Touristen anlocken.“

Nationale Grenzen und polarisierende kulturelle Praktiken zu überwinden, die Unterschiede statt Gemeinsamkeiten betonen, ist die wichtigste – und ich darf sagen „edelste“ – Aufgabe jeder Kulturpolitik. Dies gilt umso mehr in einer Welt, in der „Normalität“ inzwischen „Nationalstaat“ bedeutet. Demokraten auf der ganzen Welt, das heißt Menschen, die an die Macht kollektiver Entscheidungsfindung und an die Bedeutung von Dialog und Beratung glauben, betrachten die EU als unvollendetes Projekt. Als ein Versprechen.

Europa ist keine Ausnahme, die eine Regel bestätigt, sondern ein entscheidender Fall, der zeigen kann, dass es möglich ist, nationale Interessen zu überwinden und dass viel Gutes aus Kooperation entstehen kann – inklusive mehr Einfluss und Macht auf der Weltbühne.

Eine nationale Außenpolitik muss – ob sie sich nun auf Kultur bezieht oder nicht – per definitionem nationale Interessen gegenüber und in den meisten Fällen auch gegen alle anderen verfolgen.

In einem Spiel, in dem alle gegen alle spielen, und jeder von seinen eigenen Interessen angetrieben wird, ist jedoch jedes Ergebnis suboptimal und langfristig nicht nachhaltig. Wir erwarten von der EU vor allem, dass sie ihr Potenzial nutzt und ihrem Versprechen gerecht wird. Dann kann sie uns allen als Modell dienen. Sie kann Anleitung und Argumente geben, die wir gegenüber all jenen brauchen, die behaupten, dass es zum nationalen Wettbewerb „keine Alternative gibt“.

Der erste Schritt, den die EU gehen muss, besteht darin, eine stärkere europäische Öffentlichkeit zu fördern, die in der Lage ist, über nationale Grenzen hinweg zu kommunizieren, in Dialog zu treten und zu reflektieren. Nur so kann ein öffentlicher Raum entstehen, ohne den eine echte und lebendige Demokratie nicht auskommt.

Bernd Reiter ist Professor für Politikwissenschaften und Lateinamerikastudien an der Universität von Südflorida in Tampa. Seine Forschungen kreisen um die Themen Demokratie, Bürgerrechte, Partizipation, Zivilgesellschaft und Bildung.



Erinnern und vergessen Todesstrafe, Schusswaffen, Guantanamo. NSA? So what? Die Vereinigten Staaten und Europa unterscheiden sich in vielem – trotz der oft beschworenen gemeinsamen Werte. In Norwegen war der Massenmord Anders Breiviks die Ausnahme, ein Jahrhundertereignis, während er in den USA ein fast alltägliches Kulturphänomen darstellt. Statistisch geschieht in den USA alle zwei Wochen ein Amoklauf. Was bedeutet dies für die jeweiligen Kulturen? *Von Roland Benedikter*



ehemaliger Student, James Eagan Holmes, aus Protest gegen seine soziale Stellung und empfundene Unrechtbehandlung durch die US-Bildungsmechanismen und Gesellschaft Amok. In Militärkleidung gehüllt, tötete er zwölf Menschen und verletzte 58 weitere. Die insgesamt 70 durch Schussverletzungen in Mitleidenschaft gezogenen Opfer, zwischen sechs und 51 Jahren alt, machten den Fall Aurora zum Amoklauf mit den meisten Opfern in der gesamten US-Geschichte seit 1776.

Holmes ist seit der Tat in Arrest. Da er sich unter günstigen Situations-Bedingungen der Polizei laut um Gnade bittend ergab, wurde er – im Unterschied zur überwiegenden Mehrzahl ähnlicher Fälle in den USA, und im Gegensatz zu einem in Amerika ungeschriebenen Gesetz bei derartigen Fällen – nicht von der Polizei am Tatort getötet, sondern widerstandslos festgenommen. Gleichwohl droht ihm die Todesstrafe, da der Bundesstaat Colorado diese Strafe praktiziert. Als unmittelbare Reaktion auf das Aurora-Massaker nahmen die Verkäufe von Schusswaffen in Colorado, aber auch landesweit in den USA massiv zu, und zwar frei nach der Renaissance des Wahlspruchs: „Nur eine bewaffnete Gesellschaft ist eine sichere Gesellschaft. Denn wenn alle bewaffnet sind, kann keiner mehr

Wie wurde der Breivik-Prozess und Norwegens Aufarbeitung der Massenmorde in den USA wahrgenommen? Man stelle all dem nun den Amoklauf in den Vereinigten Staaten, in Aurora, Colorado, vom Juli 2012, gegenüber. Auch er war kein klassischer Amoklauf, sondern – wie Breiviks Tat – eine wohlkalkulierte Mischung aus organisiertem Massenmord, Anschlag und Entfesselung einer angeblichen, proto-kulturellen „Selbstbehauptung“ des Einzelnen gegen die Gemeinschaft.

Am 20. Juli 2012 lief in einem Kino in dem Städtchen Aurora, Colorado, während einer Mitternachtsvorführung des soeben lancierten Blockbuster-Films „Batman – Der dunkle Ritter steht auf“ („Batman: The Dark Knight Rises“) ein offenbar frustrierter

als einen anderen umbringen.“ In der Woche nach dem Aurora-Massaker stiegen dementsprechend die Waffenverkäufe in Colorado um 43 Prozent gegenüber dem Mittel der Vorwoche, und zwar auf 2.887. Das wären etwas mehr als 150.000 Neukäufe pro Jahr bei einer Gesamtbevölkerung von leicht über fünf Millionen (das heisst relativ genau der Bevölkerungszahl Norwegens entsprechend) und einem bereits vergleichsweise großen Sättigungsgrad.

Das Aurora-Massaker führte daneben auch zu einer neuen, landesweiten Debatte um die Vor- und Nachteile der Bewaffnung der amerikanischen Gesellschaft. Zwar stimmte die überwiegende Mehrheit darin überein, dass ohne das geltende, liberale Waffengesetz ein derartiger Massenmord nur erschwert möglich gewesen wäre, wenn überhaupt. Auf der anderen Seite ergab eine Umfrage des Pew Research Center vom 30. Juli 2012, dass der Vorfall keinerlei langfristige Auswirkungen auf die Sicht der mittleren amerikanischen Bevölkerungsmehrheit auf Waffen und Waffenbesitz hatte.

Letzteres war allerdings keine Überraschung, weil das eben eine kulturelle Frage ist. Kulturen verändern sich zeitverzögert in einem ganz anderen Rhythmus als Politik, Konflikte, Wirtschaft oder Technologie – und daher war nicht zu erwarten, dass ein einziges Ereignis auf einen Schlag „alles“ verändern würde. Ist das positiv oder negativ? Und wie verhält es sich zur Äußerung der norwegischen Regierung, ein einziges Ereignis von knapp zwei Tagen – das Breivik-Massaker – habe die gesamte norwegische Geschichte auf einen Schlag verändert?

In der Tat lautete im Unterschied zur gleichzeitigen „Befriedungs“- und „Einheits“-Bemühung des kleinräumigen Norwegens im Anschluss an den Breivik-Fall die zentrale Frage im Fall Aurora aus US-Sicht: Bleibt der

Täter der „bad man“ – wenn er ein Jahr Zeit hat, medial allpräsent seine Thesen darzulegen? Und wenn nein, wenn er also notgedrungen zum Helden wird, weil es, wie der deutsche Regisseur Wim Wenders einmal sagte, keine Bilder gegen etwas gibt, sondern nur Bilder für etwas: Was kann man dann gegen seine Aufwertung zur Kulturikone tun? Zu einer Kulturikone, die möglicherweise unbegrenzt weiterwirkt in eine Gesellschaft hinein, die mit ihr im Grunde nichts zu tun und ihr entgegengesetzt sein will?

Amerikanische Bewältigungsstrategien

Den amerikanischen „Bewältigungsstrategien“ des Falls Aurora war klar, dass man dazu vorausgehend eine andere Frage beantworten muss: Wie viele Amokläufe oder Massenmorde pro Jahr gibt es eigentlich in den USA – mit wie vielen Toten? Und wie viele von den Tätern werden verhaftet wie Breivik, wie viele dagegen noch während ihrer Tat beziehungsweise am Tatort oder im Gefolge des Geschehens erschossen? Was bedeutet das für die Gesamtstrategie eines Landes, 63 mal so groß wie Norwegen, im Hinblick auf Massentraumen, verursacht von Einzelnen gegen alle Anderen?

Der Unterschied zwischen kleinfamilien Gesellschaften und größeren Nationen ist hier ausschlaggebend. In Norwegen war der Massenmord Breiviks die Ausnahme, ein Jahrhundertereignis, während er in den USA ein fast alltägliches Kulturphänomen darstellt. Statistisch geschieht in den USA alle zwei Wochen ein Amoklauf oder ein „Massenmord“ – wie es hier im Unterschied

zum Serienmord heißt. Massenmord ist laut der international anerkannten, vom US-Büro für Gerichtsstatistiken (US Bureau of Justice Statistics) Washington DC geprägten Definition, wenn mehr als vier Menschen an ein und demselben Ort „in Tateinheit“ und über einen relativ kurzen Zeitraum hinweg ermordet werden.

Bereits zwischen 1976 und 1985 gab es laut offiziellen Statistiken und Untersuchungen der Universitäten von Virginia und der Northeastern University Boston, geleitet von James Fox und Jack Levin, laut derer das Phänomen erst um das Jahr 1966 als „eingebürgertes, dauerhaftes“ Kulturphänomen begann, in den USA im Durchschnitt drei Massenmorde oder Amokläufe pro Monat, mit mehr als 1700 Opfern allein in den zehn untersuchten Jahren. Zwischen 2007 und 2009 waren es 79 Amokläufe und Massenmorde, wenn man nur Massenmorde mit mehr als vier Opfern zählt – mit drei Opfern wären es nach vorsichtigsten Schätzungen bereits fünfmal so viele, also 400. Zwischen 2007 und 2009 wurden bereits 1.600 Opfer von Massenmorden gezählt. Allein im Jahr 2008 wurden in den USA 421 Schießereien am Arbeitsplatz („workplace shootings“) registriert, die zum Teil in den Massenmordsektor fallen, und zwischen 2004 und 2008 war der Durchschnitt 564 mit der Arbeit zusammenhängende Morde pro Jahr.

Laut ABC-Korrespondent Pierre Thomas lag die durchschnittliche Zahl von Massenmorden in den USA zwischen 2007 und 2009 pro Jahr bei 25.

Fox und Levin sehen die Gründe der raschen Zunahme von Massenmorden („a disturbing trend“) in der Zunahme der US-Bevölkerung und dem damit wachsenden Konkurrenzdruck, dem Älterwerden der „Baby Boomer Generation“ der 1950er Jahre mit Häufung von Verzweiflung sowie im kul-

turellen Verlust von verbindlichen ethischen Werten. Hinzu kommt noch die fortschreitende Individualisierung, insbesondere in Gestalt des für viele Amerikaner peinigenden Gegensatzes zwischen konkurrierender Individualisierung und (ethnischer, sozialer, nationaler, geschlechtsbedingter) Kollektivität – ein Aspekt, der im Fall Breivik, des einzelnen, alleinigen Killers ohne Gehilfen, der die vielen tötet, um „die Nation“ und also die Gruppe zu retten, gegen die er selbst mit Gewalt agiert, besondere Aufmerksamkeit verdiente. In den USA kennen in 75 Prozent der Fälle die Opfer ihre Massenmörder, die dort in fast 100 Prozent der Fälle weiße Männer sind. Im Vergleich hatte der Breivik-Massenmord in Norwegen mehr Opfer als der Durchschnitt, wiewohl aber im Prinzip nicht von den Verhaltensmustern vergleichbarer Taten in den USA ab.

Unter anderem als Folge der unterschiedlichen gesellschaftlichen „Einbettung“ und Häufigkeit sind die „kulturellen“ Bewältigungsstrategien in den USA völlig anders als in Europa, zumal als in Norwegen. Während die Vergangenheitskulturen Europas Bewältigung instinktiv durch Erinnern und Präsenhalten des Geschehenen bewerkstelligen wollen, setzt die US-Zukunftskultur, wie es ihrem Geist und Selbstverständnis entspricht, auf die Überwindung von Vergangenheit mittels der „Lösung ein für allemal“ – meist mittels gewalttätiger Beseitigung des Täters. Danach wird das Geschehen mehr oder weniger bewusst der Vergessenheit anheimgegeben, um den Blick auf die Zukunft zu richten.

In Europa steht der Täter, der in den meisten Fällen verhaftet und vor Rache geschützt wird, im Mittelpunkt der Erinnerungs- und

Aufarbeitungsbemühung, und seine Psyche wird analysiert und dabei notgedrungen kulturell ausgebreitet; in Amerika wird der Täter in den meisten Fällen getötet und danach systematisch vergessen. Während man sich in Europa an Namen erinnert, bleiben die meisten Massenmörder in den USA unbekannt und bilden wenig kollektive Erinnerung aus. Ein Grund dafür ist schlicht und einfach die Zahl. Während Norwegen für einen einzigen „Massenmord“ Breiviks 13 Monate „Aufarbeitung“ ansetzte, würden Nationen wie die USA bei ähnlichem – sowohl politischem, psychologischem, kulturellem wie medialem – Aufwand angesichts der Anzahl an Amokläufen und „Massenmorden“ faktisch nichts anderes mehr tun als ständige, unablässige und unaufhörliche „Aufarbeitungsarbeit“ zu leisten.

Aurora war innerhalb dieses Gesamtbildes eine der wenigen Ausnahmen von der ungeschriebenen US-Regel: Wer Amok läuft oder einen Massenmord im öffentlichen Raum begeht, muss mit dem sofortigen Tod rechnen, und nur in Ausnahmefällen mit der Festnahme. Wenn bei der Aktion ein Polizist verletzt wird, ist der Tod noch wahrscheinlicher. Wer

„In Europa steht der Täter, der in den meisten Fällen verhaftet und vor Rache geschützt wird, im Mittelpunkt der Erinnerungs- und Aufarbeitungsbemühung, und seine Psyche wird analysiert und dabei notgedrungen kulturell ausgebreitet; in Amerika wird der Täter in den meisten Fällen getötet und danach systematisch vergessen.“

auf Polizisten schießt, wird in den USA laut einem ungeschriebenen Gesetz, das von Republikanern aktiv und von Demokraten schweigend unterstützt wird, mit wenigen Ausnahmen so lange gejagt, bis er getötet ist.

Aurora: Ausnahme von der Regel?

In den USA wurden 80 Prozent der „Attentäter“ seit 1980 erschossen oder begingen entweder „Selbstmord“ oder „cop suicide“ (gewolltes Erschiessenlassen durch Polizisten). Den restlichen 20 Prozent droht – ungleich dem Fall Breivik mit seiner Einsperung in ein mit Millionenaufwand eigens für ihn gebautes, hochmodern mit allem Komfort ausgestattetes Gefängnis – in vielen Fällen die Todesstrafe, womit dasselbe Prinzip der „Auslöschung“ nur zeitlich verschoben angewandt wird.

Dass der Aurora-Attentäter festgenommen wurde, war demnach eine Ausnahme, die letztlich nur die Regel bestätigte. Sowohl der nächste Amokläufer, der größere mediale Aufmerksamkeit erregte, jener in Wisconsin am 5. August 2012, wie auch der Aurora einige Wochen vorhergehende, wurden sofort getötet und vergessen. Niemand außer der Statistikbehörde erinnert sich an ihre Namen, niemand kümmert sich um ihre Motive, sie nahmen einfach ein elendes und unrühmliches Ende. Dem Aurora-Attentäter selbst droht die Todesstrafe.

Ist dieses – seit der Formung einer spezifischen US-Zivilreligion und -Mythologie auf dem „Weg nach Westen“ vom 17. bis 19. Jahrhundert tief in der US-Kultur verankerte – „Verfahren“ der „Auslöschung, Schlussstrich ziehen, dann weiter“ „weniger geeignet“ als

die Erinnerungs- und Aneignungsmethode Europas, wie der norwegische Politiker und Diplomat Jan Egeland meint? Mit anderen Worten: Ist Auslöschung und Verdrängung, ist Vergessen kulturell im Prinzip „schlechter“ als Erinnerung und Präsenhalten? Ist die Betonung des Endes weniger zielführend als die Kontinuität der Erinnerung? Mit welchem Verfahren werden Neuanfang und Zukunft eher ermöglicht? Und welche Methode ist zur „Bewältigung“ von traumatischem Geschehen besser geeignet?

Zunächst gilt: Kleingesellschaften wie Norwegen, die in ihrem gesamten Sozialsystem wie Familien funktionieren, agieren ganz anders, nicht zuletzt in ihrer Ökonomie von Aktion, Reaktion und Gegenreaktion auf Ereignisse sowie in der Bewertung von dessen gesellschaftlicher Bedeutung in historischem Zusammenhang, als größere Nationen.

Zweitens ist Norwegen seit Jahren das wohlhabendste Land der Welt, während die USA seit Jahren sukzessive in der globalen Wohlstandsskala absteigen (2012 nur mehr auf Rangzwölfgereiht) – was zu unterschiedlichen Wahrnehmungen sozialer Konflikte, einschließlich Verbrechen, führt. Die USA sind darüber hinaus – drittens – im Gegensatz zu den europäischen Nationen viel eher eine Idee als eine Nation, weil sie als Einwanderungsland eine meta-nationale Bevölkerung haben, während Norwegen eine klassische kleinfamiliäre Einheitskultur-Nation ist.

Viertens: Schon weil Norwegen das einzige Land ist, das in seiner Zukunftsplanung aus seinem Ölfonds „gelebt haben wird“, also im Futurum Perfectum lebt, hat es eine andere Grundsituation als die meisten anderen Staaten der Welt und ist in seinem Selbst-

management nur schwer verallgemeinerbar.

Dagegen ist die programmatische, sowohl konzeptuelle wie systematische „Leere“, die das kulturelle Zentrum Amerikas eben wegen seiner vergleichsweise radikalen Zukunftszentrierung auszeichnet (und unter anderem dazu führt, dass es ganz bewusst kein Kulturministerium hat), genau seiner radikalen Unvoreingenommenheit und Offenheit geschuldet – die alles antizipiert, obwohl dieses noch keine Form angenommen hat, und eben daher nichts konservieren kann. Wenn man so will, sind europäische Gesellschaften, darunter Norwegen, Kulturen der Vergangenheitsimagination, die davon leben, solche Imaginationen als umreißbare Formen stabil und nachhaltig auszubilden, zu vertiefen, weiterzubilden und zu entwickeln. Dagegen ist Amerika eine Kultur reiner Inspiration, in der nichts Form hat und auch nicht definitiv oder dauerhaft haben will, sondern in der alles in der primordialen, energetisch intensivst-möglichen Zukunftszentrierung als vorformale Masse fließt, die immer nur temporär Formen annimmt, aber sich nirgends „niederlässt“. Alles ist hier nur vorläufig, weil es etwas im Werden antizipiert, das, gerade während es sich realisiert, sich bereits wieder vorformal als werdender Gedanke energetisch neu abzeichnet. Während in den europäischen Gesellschaften daher „das Werk“ das wesentliche Kulturkriterium ist, ist in der amerikanischen Kultur „das Werden“ zentral,

„Erst die Obama-Administration beginnt seit Ende 2011 mit offizieller Entschuldigung und Entschädigungszahlungen für Unrecht, Landenteignung und Mord an den amerikanischen Ureinwohnern.“

welches alles „Werk“ immer wieder gerade auflöst, verflüssigt und damit im Werdezustand behalten will. Wenn man so will, ist Europa typologisch eine Kultur der Form und des Seins, Amerika eine Kultur der Energie und des Lebens.

Das schließt ein, dass Europa bewahrt und behutsam mit den Dingen umgeht, und dass Amerika im Gegensatz dazu zerstört und erneuert. Anders ausgedrückt: Europa findet seine Befriedigung in der Interpretation des Wortes „Aufhebung“ im Aufbewahren; Amerika in der anderen Hegelschen Bedeutung, nämlich dem „Aufheben“ als Zerstörung. Nicht zufällig träumen die europäischen Populärkulturen bis heute von dem „einen“ Ort, an dem „Identität an sich selbst“ an ihr Ziel und Ende kommt: von „Heimat“. In der amerikanischen Kultur dagegen gibt es keinen Begriff von „Heimat“, der dem europäischen entspräche. Vielmehr träumt diese Kultur mindestens genauso wie von ihrer Zukunft von ihrer Selbstzerstörung, wie zahllose Träume zerstörter Städte und Apokalypsen etwa in der Filmindustrie bezeugen, in denen immer die US-Zivilisation vernichtet wird, und zwar mit größter Lust. Amerika will und muss sich selbst zerstören, um sich zu erneuern, und hat daran ebenso viel Lust wie an seinem positiven Aufbau – was Europäer aus ihrer eigenen Kultur heraus zwar beispiellos fasziniert, was sie aber nicht wirklich nachvollziehen oder verstehen können.

All dies wirkt sich auf die Kultur des Umgangs mit „Massenmorden“ aus. Es erzeugt in Europa eine Haltung der Behutsamkeit und des Erinnerns und Bewahrens, in Amerika eine Kultur des „Schlussmachens“, der „Auslöschung“ zum Zwecke des Weitergehens.

Beide haben ihre historischen Kontexte, daher ihre relative Berechtigung, aber auch ihre unübersehbaren Schwächen und Probleme.

Die USA haben auch deswegen ein anderes Verfahren der „Bewältigungs“-Kultur, weil ihr kollektives Unbewusstes ein anderes ist als das europäische – und zwar nicht nur wegen des unterschiedlichen zivilisatorischen Alters der beiden atlantischen Kulturen. Ein dafür ganz wesentlicher, auch und gerade in den USA noch weitgehend unterschätzter, wenn nicht gar verdrängter Faktor besteht in der latenten Gewalttätigkeit des kollektiven US-Unbewusstes wegen des verdrängten Ureinwohner- oder „Indianer“-Völkermords, dem quantitativ vermutlich größten Völkermord der Geschichte. Erst die Obama-Administration beginnt seit Ende 2011 damit, mit offizieller Entschuldigung und Entschädigungszahlungen für Unrecht, Landenteignung und Mord die Geschehnisse langsam aufzuarbeiten – während alle anderen vorher das Thema verdrängt und sogar mehr oder weniger verleugnet haben.

Wenn man verdrängt und vergisst, wie dies das historische Amerika „mit Gewalt“ tut, um die Zukunft zu betonen, und dafür den Preis der Vergangenheit zu bezahlen in Kauf nimmt, hat das gewisse Vorteile, vor allem hinsichtlich Entwicklungsgeschwindigkeit und Unbelastetheit des gesellschaftlichen Vorwärtsdralls. Es hat aber auch – gerade wenn man von langfristiger Resilienzfähigkeit von offenen Gesellschaften spricht – den nicht zu unterschätzenden Nachteil, dass sich dadurch, wie wir nicht erst seit den „post-modernen“ Gesellschaftsanalysen von Gilles Deleuze und Félix Guattari, Jean François Lyotard und Jaques Lacan wissen, ein Unbewusstes bildet.

In der Tat ist genau dies das zentrale amerikanische Paradoxon der Gegenwart, verankert in seiner Geschichte:

Amerika löscht alle Herkunftskulturen; leugnet Minderheiten- und Gruppenrechte zugunsten der Einmaligkeit, Kultur- und Herkunftsunabhängigkeit, Wahrheitsmächtigkeit und Unverwechselbarkeit des Einzelnen; und setzt dafür Zukunft radikal gegen Vergangenheit und Gegenwart mittels des Prinzips der „Löschung“ durch. Es hat aber gleichzeitig – eben wegen dieses Verdrängens- und Vergessensprinzips gegenüber dem Kollektiven zugunsten des Individuellen – über Jahrzehnte, ja bereits Jahrhunderte lang ein Unbewusstes ausgebildet, das sich bekanntlich meist mittels Verdrängung aufbaut.

Der nicht-aufgearbeitete, verdrängte Völkermord an den Indianern hat das zukunftsgerichtete Unbewusste Amerikas beeinflusst: Er hat es gegen seinen Willen unbewusst gewalttätig gemacht. Ist das eine Steigerung oder Schwächung von Resilienz? Welche von den beiden Kulturzugängen: Europa oder Amerika, hat die größere, langfristige gesellschaftliche „Widerstandsfähigkeit“ aufzuweisen?

Die Antwort ist – wenigstens aus (zumindest hypothetisch) „dritter“, so weit als möglich unbeteiligter Sicht – ambivalent. Denn beide Zugänge haben Vor- und Nachteile aufzuweisen.

Europa hat in gewisser Weise zu viel Erinnerung; Amerika zu wenig.

Europa ist eine Kultur der „universalen Erinnerung“ und daher der Vielschichtenkultur, der Differenzen in Synchronie (und damit des „Einen aus dem Verschiedenen“). Amerika ist eine Kultur der „permanenten Mnemosyne“, und daher der Eindimensionalitätskultur, der „einen“ Zukunft der (vielen verschiedenen) Individualitäten in Mo-

nochronie (und daher der „Einheit aus dem Verschiedenen“, was etwas ganz Anderes als das europäische Konzept ist). Weshalb Europa auch noch heute eine Vergangenheitskultur, Amerika eine Zukunftskultur ist. Europas Übertreibung in der erinnernden, „archivierenden“ Aufarbeitungsbemühung schafft immer mehr mythologischen Ballast, der es letztlich belastet, wie der zu einer Negativ-Ikone gewordene Breivik. Amerikas Auslöschung von Gegenwart und Vergangenheit, um Raum für Zukunft zu schaffen, erzeugt dagegen Verdrängung und damit ein problematisches Unbewusstes, das unterschwellig weiterarbeitet, weil es nicht mit sich fertig wird.

Verdrängen für die Zukunft?

Provokant formuliert, könnte man einerseits behaupten: Vergangenheit, und sei sie noch so „aufgearbeitet“, trennt. Denn sie ist mit Sichtweisen verbunden, die in freien Gesellschaften insofern unversöhnlich sind und auch bleiben müssen, als das Geschehene nicht mehr verändert werden kann.

Zukunft dagegen, errungen selbst um den Preis der Auslöschung, vereint die Menschen, weil sie mit Möglichkeiten und Ambitionen verbunden ist. Ebenso wie Kultur in ihrer Einheit mit Politik und Grenzen des Gemeinwesens im Sinn der klassischen Nationalstaaten die einige Menschheit, die die einzige Möglichkeit für das 21. Jahrhundert ist, verhindert, weil sie trennt; und wie Technologie, die Kultur immer stärker zu ersetzen beginnt, die Menschheit eint, indem sie das Vergangene auslöscht.

Beides ist, ohne Ausnahme auf keiner Seite, im Prinzip tragisch. Und daher ist beides zutiefst schmerzhaft – nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gemeinschaft.

Offene Gesellschaften, die auf Vergangenheit gebaut sind wie die europäischen, sind, eben weil das Vergangene trennt, auf das Prinzip eines nicht abschließbaren „Widerstreits“ gebaut, wie das der französische Philosoph Jean-François Lyotard in seinem gleichnamigen politikphilosophischen Hauptwerk überzeugend herausgearbeitet hat. Ihre Gegenwart wird als dreidimensional, „körperlich“, reich und unendlich angereichert, weil in ihnen alles Vergangene anwesend ist und sich die Anschauung der Gegenwart so anfühlt, dass eine reiche Vergangenheit das Gegenwärtige hervorgebracht hat, und dieses ist nun deren Frucht – also gleichsam „unendlich“ wertvoll.

Offene Gesellschaften dagegen, die auf Zukunft gebaut sind wie die amerikanische, sind auf das Prinzip einer lebendig „motivierenden“ Zivilreligion gegründet: auf unmittelbar breitenwirksame Ideale, die in ihrem Zentrum das Künftige erschließen – wie im Fall Amerikas das Recht zur Verfolgung des eigenen Glücks, zur eigenständigen Erschließung von Räumen, zur „Ausbreitung“ und Ausweitung der Individualität, zum freien Streben hin zum Besten, was man sich vorstellen kann. Diese zivilreligiösen Ideale wirken im Prinzip vereinigend – und zwar mittels Ambition und der Freude, ja des vorwegnehmenden Stolzes auf das, was künftig möglich sein kann.

Weil Amerika eine Willenskultur ist, wird Zivilreligion in den USA als unmittelbar mit der Willensbewegung sowohl des Einzelnen wie der Gesellschaft verbunden erlebt. Ohne Zivilreligion, das heißt das Vertrauen auf die unmittelbare Erlebbarkeit der Zukunftsmöglichkeit und ihre gemeinschaftliche mythologische Legitimation und Verankerung, kön-

nen laut grundlegendem amerikanischen Empfinden Krisen und Traumata nicht bewältigt werden. Daher auch die viel höhere Wertigkeit von Motivation und „Aktivierung von Idealen“ als Reaktion auf traumatische Ereignisse in den USA – während Europa „Besinnung auf Werte“ eher als Rückgriff auf feststehende Sicherheiten im Sinn einer „vertiefenden Durchdringung“ in den Vordergrund stellt. Damit sind zwei grundverschiedene Gesten sozialer Betrachtung und Bewältigung verbunden.

Nun ist aber Zivilreligion untrennbar von kollektiven Ursprungsmythen. In gewisser Weise ist sie sogar deren säkularer Ausdruck, wenn auch in den USA und Europa auf ganz unterschiedliche Weisen. Für die USA liegt dieser Zusammenhang unmittelbar auf der Hand: Die amerikanische Verfassung ist direkter Ausdruck freimaurerisch-rosenkreuzlerischer und aufklärerischer Ideale, und zwar ausdrücklich und bewußt, was die amerikanischen Gründerväter selbst stets aktiv betont haben und die internationale Forschung sehr gut nachgewiesen hat.

Auch für Europas Geistes-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte gilt: Ohne gemeinschaftsstiftende Mythologie keine Zivilreligion, ohne Zivilreligion kein gesellschaftlicher Kit und keine tragende gemeinsame Ideengrundlage für den Bestand von Gesellschaft – auch wenn sich diese tragende Rolle in Europa viel zurückhaltender und „unsichtbarer“ als in den USA vollzieht.

Wir müssen daher davon auszugehen, dass Widerstandsfähigkeit oder „Resilienz“ einer Gesellschaft zumindest in ihren tieferen Schichten und im Prinzip auch von Zivilreligion abhängig ist und daher letztlich auch von dem Grad, der Art und Weise und der Bewusstheit ihrer kollektiven Mythen. Während dies für die Realpolitiken der USA ein täglich präsent, ja selbstverständliches Fak-

tum ist und auch direkt in Tagespolitiken, Argumentationsformen oder Wahlkampagnen umgesetzt wird, hat Zentraleuropa unter dem Eindruck der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, die unter anderem auf einer Usurpation des Politischen durch (falsche) proto- und zivilreligiöse Überlegenheitsansprüche begründet waren, diese zu Recht lange Zeit skeptisch oder gar mit Zurückweisung betrachtet. Sicherer als die Arbeit mit zivilreligiösen Komponenten schien die Arbeit mit säkularen tagespolitischen Themen.

Das Besondere am Fall Breivik liegt darin, dass als eine der ersten „postmodernen“ und säkularen europäischen Nationen Norwegen die tragende, grundlegende Bedeutung der zivilreligiösen Schicht vielleicht erstmals in der europäischen Nachkriegsgeschichte nicht nur erkannt, sondern vollends Ernst genommen und politisch realisiert hat, und daher auch in bis dahin beispielloser Weise systematisch in seine „Heilungs“-Bemühungen einbezog. Die norwegische Betonung der „Wertepolitik“ gegen das Massentrauma war nichts anderes als der Ausdruck der Wiederentdeckung – und Aktivierung – von Zivilreligion als breiter politischer Kraft in Europa.

Roland Benedikter ist Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse, Politische Antizipation und Kontextuelle Politikanalyse an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, USA. Er ist Full Academic Fellow am Potomac Institute for Policy Studies Washington DC, einem führenden parteiunabhängigen US-Think-Tank, Gründungsmitglied des Instituts für Kulturelle Intelligenz Washington DC und Regierungsberater. Im Februar 2013 war Benedikter Mitautor eines „White Paper“ für das US-Verteidigungsministerium und den Generalstab.



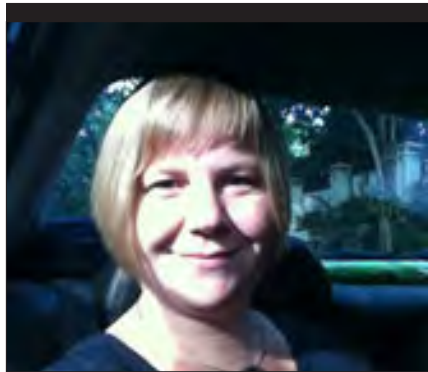


Kapitel 3: Mit EUNIC in die WELT – eine ROADMAP für das Netzwerk

Die Mischung macht es: EUNIC, das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, ist auf der ganzen Welt aktiv. Aufgrund seiner Mitglieder, die in über 150 Ländern mit über 2.000 Zweigstellen und mehr als 25.000 Mitarbeitern arbeiten, erreicht es außergewöhnlich viele Menschen. Die Kulturinstitute des Netzwerks haben eine intensive und langjährige Erfahrung in internationaler Kulturdiplomatie, umfassendes Wissen über länderspezifische politische und kulturelle Zusammenhänge, ein Gespür für kulturelle Trends, Verbindungen zu lokalen kulturellen Szenen und, nicht zuletzt, Zugang zu Zivilgesellschaften sowie unabhängigen Künstlern. All dies sind Potenziale, auf das die Europäische Union in ihren Außenbeziehungen nicht verzichten darf.

Wie können sich EUNIC und andere europäische Institutionen am besten engagieren, um die Kulturbeziehungen Europas mit anderen Weltregionen zu verbessern? Welche Formen der Zusammenarbeit bewähren sich in der Praxis, was hat für die Zukunft Bestand?

Asiens kulturelle Revolution und Europa Asiens Entwicklungen der letzten Jahre sind gigantisch. Sie führen zu wirtschaftlichem Wachstum, kreativem Reichtum und sozialer Teilhabe. Es ist offensichtlich, dass Europa sein kulturelles Engagement in Asien neu erfinden muss. Und: Die EU darf unter Asien nicht einfach nur Indien, China und Japan verstehen, mit Korea als jüngstem Neuzugang im typischen „Asien-Club“. *Von Katelijn Verstraete*



ber als die Vielfalt innerhalb Europas. Es geht aber nicht nur um Europa in Asien, sondern auch um Asien in Europa.

Europa stellt für Asien einen großen Markt dar. Die meisten Asiaten, die Europa besuchen, werden von seiner Kultur angezogen. Aber auch Asien möchte in Europa wahrgenommen werden. Die wirtschaftliche Anziehungskraft Asiens muss auch zu einem tieferen kulturellen Interesse vonseiten Europas führen. In Australien, wo die vorherrschende Kultur immer noch sehr stark von Europa inspiriert ist, arbeitet die Regierung daran, mehr „Asien-Kompetenz“ zu schaffen, wie es im Weißbuch „Australien im asiatischen Jahrhundert“ von 2013 heißt.

Angesichts von Asiens wirtschaftlicher Bedeutung sollte sich auch die Europäische Union mit diesem Thema beschäftigen. Sie darf unter Asien nicht einfach nur Indien, China und Japan verstehen, mit Korea als jüngstem Neuzugang im typischen „Asien-Club“. Zudem sollte sich die EU gegenüber anderen Akteuren wie den USA positionieren, die Asien mit ihrer Musik, mit Film und Medien immer noch stark prägen.

Eine aktuelle, von der EU finanzierte und einem Konsortium von Partnern durchgeführte Untersuchung soll für bessere Kultur- und Außenbeziehungen die kulturelle Kooperation und die Wahrnehmungen von Europas Engagement analysieren. Diese Untersuchung ist aber leider ziemlich begrenzt

Das 21. Jahrhundert ist das asiatische Jahrhundert. Asien wünscht sich eine ausgewogenere Beziehung mit Europa und möchte auf der globalen Bühne stärker als kulturelle Führungsmacht auftreten. Wie reagiert Europa darauf? Und was meinen wir überhaupt, wenn wir von „Asien“ sprechen in dieser global und virtuell vernetzten und verflochtenen Welt?

Ich lebe in Singapur und beschäftige mich mit einer Region von 14 asiatischen und asiatisch-pazifischen Ländern. Dabei beobachte ich: Asien interessiert sich mehr und mehr für regionalen Austausch statt für den Austausch mit dem weit entfernten Europa.

Europas kulturelles Engagement in Asien ist viel komplexer als jede Vorstellung von Asiens Geographie. Die Unterschiede zwischen Süd-, Südost- und Ostasien sind ungleich grö-

und beschäftigt sich nur mit den wenigen asiatischen Ländern, die der EU momentan aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen als strategisch bedeutsam erscheinen.

Eine Untersuchung sollte auch die Kulturbeziehungen zwischen der EU und der ASEAN, dem Verband südostasiatischer Staaten, mit einbeziehen. Beide sind komplexe Gruppierungen mit vielfältigen Kulturen. Die EU muss sich kulturell stärker in der ASEAN engagieren. Europas Erfahrung mit dem Aufbau kultureller Communities kann als Anregung für ähnliche Unterfangen der ASEAN dienen.

Die geopolitische Landschaft Asiens verändert sich und dies beeinflusst auch das kulturelle Engagement zwischen asiatischen Ländern. Japans Interesse an den VIP-Ländern (Vietnam-Indonesien-Philippinen) und den TIP-Ländern (Thailand-Indonesien-Philippinen), der aktive Einsatz Koreas für die kulturelle Entwicklung der ASEAN sowie der Eifer Chinas, stärker an der ASEAN beteiligt zu sein, sind alles Beispiele, welche die EU bei ihrem strategischen Ansatz für ein kulturelles Engagement in Asien berücksichtigen sollte.

Bi-regionale Kooperation steht auf der Agenda so weit oben wie bi-laterale Kooperation. Es gibt starkes Interesse in Asien, mit der EU in bi-regionalen Programmen zusammenzuarbeiten. Dies hat der „Philippines Film Development Council“, der den Vorsitz der Filminitiative von ASEAN innehat, klar zum Ausdruck gebracht.

Wie Asien Europas kulturelles Engagement wahrnimmt, wird von verschiedenen Faktoren bestimmt. Egal ob das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, EUNIC, EU-Delegationen, Botschaften oder NGOs ein Projekt organisieren – entscheidend sind die Häufigkeit, die Qualität, die Förderung sowie der Kontext.

In Vietnam, Thailand und bis zu einem bestimmten Grad auch auf den Philippinen begrüßt das einheimische Publikum die Cluster-Initiativen von EUNIC in Feldern wie zeitgenössischer Tanz, Literatur oder Straßentheater. Solche Initiativen tragen dazu bei, Europa stärker als Einheit wahrzunehmen, statt nur als einzelne Länder oder die „großen Drei“, Frankreich, Deutschland und Großbritannien.

Die Filmfestivals, die vor Ort von EU-Delegationen koordiniert werden, müssen über reine Präsentationen hinausgehen. Sie werden im Fachpublikum nicht immer als innovativ wahrgenommen und sind oftmals schlecht besucht. Der Austausch zwischen Asien und Europa über das Medium Film birgt zwar viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Der Wirrwarr (oder ist es der Wettbewerb?) zwischen EU- und EUNIC-Initiativen verbessert aktuell aber nicht das Image Europas. Die Rollen müssen also klarer verteilt werden und die Kommunikation zwischen Institutionen muss sich verbessern.

Eine Zusammenarbeit sollte nicht einfach nur darauf abzielen, „Europa zu präsentieren“. In Programmen, die für Vorschläge von außen offen sind, müsste stärker gemeinschaftlich vorgegangen werden. Der in beiden Sprachen veröffentlichte „Kulturkompass Europa-China“ war eine großartige Forschungsinitiative von EUNIC-Mitgliedern in China, wurde aber leider kaum beworben.

Die Idee für die Publikation entstand in Diskussionen während der Dialogplattform EU-China, einer lobenswerten Initiative. Diese wird oftmals als „zu offiziell“ kritisiert, tatsächlich stellt sie aber eine gute Plattform dar, auf der Zivilgesellschaft und Regierungen zusammenfinden und Vertrauen aufgebaut wird.

EUNIC-Programme sollten mit mehr Phantasie gestaltet werden und auf echter

Nachfrage und wahren Engagement basieren. Das Intensiv-Branding von „Europa“ in Asien müsste in Form einer gemeinsamen europäischen Präsenz durch lokale Initiativen umgesetzt werden. Meiner Meinung nach gibt es großartige Möglichkeiten für EUNIC, verstärkt an kreativen Programmen in den Bereichen Literatur oder „Wort“ zu arbeiten, um in Asien das Wissen über Europa und umgekehrt zu erweitern.

Mehr Phantasie, echte Nachfrage

Asiaten denken, dass die meisten Europäer geringe Kenntnisse über die Vielfalt Asiens besitzen. Literatur ist hier ein hervorragender Weg, um einander besser zu verstehen. Die neuen elektronischen Technologien ermöglichen zudem unterschiedliche Wege, sich mit der Welt der Wörter zu beschäftigen.

Zu den guten Beispielen europäischer Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zählt „ARThinkSouthAsia“, ein Programm für Kulturmanagement und kulturelle Führung („Cultural Leadership“) in Südasien, das vom Goethe-Institut in Zusammenarbeit mit dem British Council initiiert und von einer unabhängigen lokalen Vereinigung organisiert und weiterentwickelt wurde.

Das von der EU geförderte „doc.net-Projekt“, das sich mit dem Dokumentarfilm in Südostasien beschäftigt, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie das Goethe-Institut in bestimmten ASEAN-Ländern mit seinen französischen Pendanten zusammenarbeitet.

Lokale Organisationen zu stärken ist der beste Weg, um Vertrauen aufzubauen und zukunftsfähige Modelle zu entwickeln. Solche Programme könnten noch ausgeweitet werden, um eine vielfältigere europäische Beteiligung zu ermöglichen.

Allgemein brauchen wir mehr hochwer-

tige, auf Zusammenarbeit beruhende Projekte, die für die EU einen Mehrwert enthalten. Diese können den europäischen Geist der Einheit in der Vielfalt widerspiegeln und auf Bedürfnisse vor Ort eingehen. Wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, macht schließlich mehr Sinn wenn es gemeinsame Ziele gibt.

Wie Europas kulturelles Engagement in Asien wahrgenommen wird, beeinflussen offensichtlich nicht nur die Initiativen EUNICs und der EU-Delegationen, sondern noch stärker der Sektor selbst durch die Arbeit von Netzwerken und NGOs. Die Online-Plattform „culture360.org“ der Asien-Europa-Stiftung (Asia-Europe Foundation, kurz ASEF) vermittelt eine Vorstellung davon, was in einem multilateralen Kontext zwischen Asien und Europa vor sich geht. Fachleute in Asien begrüßen diese von der ASEF betriebene Plattform, aber wenige Menschen wissen, dass sie seit 2006 von der EU finanziell unterstützt wird. EU-finanzierte Projekte sollten viel sichtbarer sein und von der EU in Europa sowie von ihren Delegationen im Ausland beworben werden.

Auch die Medien beeinflussen stark die Wahrnehmung von Europas kulturellem Engagement. Die von der ASEF und Partnern durchgeführte Studie „Die EU in den Augen Asiens“ untersucht die gegenseitige Wahrnehmung, doch Kunst und Kultur wurden dabei nicht berücksichtigt. Social-Media-Forschung kann aufzeigen, wie die Befragten über Europa denken und welche Schlüsselbegriffe sie in Verbindung mit diesem Kontinent nutzen.

In Großbritannien führte Nesta, die Organisation für Innovationsforschung, 2012 eine Studie dazu durch, wie Kreative in Großbritannien chinesische Social-Media-Plattformen wie „Douban“ nutzen könnten, um das Interesse chinesischer User an kreativem Content aus Großbritannien besser zu verstehen.

Offensichtlich verfolgt Europa mit Programmen wie „Media Mundus“ oder „Erasmus Mundus“ in den Bereichen Medien und höhere Bildung eine gemeinsame Politik, die auch sichtbar ist.

Ein gut beworbenes „Artes Mundus“-Programm würde nicht nur mehr Aufmerksamkeit auf die EU lenken, sondern herausstellen, dass sie gemeinschaftlich finanzierte Initiativen in Regionen ermöglicht, die für das Engagement von zentraler Bedeutung sind.

Menschen in Asien entwickeln nur dann Interesse an Europa, wenn es ihnen etwas für sie Relevantes anbietet – und wenn dies gut kommuniziert wird. Wenn sie sich stärker in Asien engagieren wollen, müssen die EU-Delegationen und EU-Zentren dort aktiv dazu beitragen, den europäischen Kultursektor und die Kreativindustrien mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Kulturkontaktstellen sollte es nicht nur in, sondern auch außerhalb Europas geben. EUNIC kann eine wichtige Rolle spielen, aber es müssen die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Wenn wir wissen wollen, wie sich Europa sinnvoll engagieren kann, müssen wir die „kulturelle Revolution“ verstehen, die gerade in Asien im Gange ist. Das Wachstum der kulturellen Infrastruktur in vielen asiatischen Ländern (man kann es etwa in China,

„Wie Europas kulturelles Engagement in Asien wahrgenommen wird, beeinflussen offensichtlich nicht nur die Initiativen EUNICs und der EU-Delegationen, sondern noch stärker der Sektor selbst durch die Arbeit von Netzwerken und NGOs.“

Hongkong oder Korea beobachten) schafft Wohlstand und unterstützt damit die boomenden Ökonomien. Dies sollten die Menschen in Europa im Auge behalten, vor allem die Mitglieder des Kultursektors, die sich ein Stück von diesem größer werdenden Kuchen sichern wollen.

Die Entwicklungen in Kunst und Kultur, Logistik, Infrastruktur, Tourismus, Informationstechnologie, Rundfunk und in den neuen Medien sind gigantisch. Sie führen zu wirtschaftlichem Wachstum, kreativem Reichtum und sozialer Teilhabe. Bis zum Jahr 2025 werden 20 der 50 Städte mit dem weltweit größten Bruttoinlandsprodukt Städte in Asien sein. Menschen auf den Philippinen und in Indonesien nutzen soziale Medien besonders stark. Asien hat die weltweit größten Bevölkerungszahlen und die am schnellsten wachsende Mittelklasse. Diese richtet ihre Aufmerksamkeit nun stärker auf kulturelle Vergnügungen.

Das Konzept kultureller Entwicklung schafft in Asien jedoch nicht nur neue Industrien und Geschäftsmodelle, sondern fördert auch asiatische Werte. Dies wird begleitet von einem Wettbewerb zwischen einzelnen Städten, die sich als „asiatische Drehscheiben für Kultur“ positionieren (Hong Kong und Singapur). Zudem wetteifern Länder wie Korea um eine Führungsrolle bei der Bestimmung des asiatischen Narrativs.

Die wachsende Mittelklasse konsumiert gerne kulturelle Güter jeder Art. Der große Anteil junger Menschen, insbesondere in den Ländern der ASEAN, birgt für andere asiatische Länder Möglichkeiten zu Investitionen. Lotte Cinema aus Korea zum Beispiel hat Interesse daran angemeldet, 100 Kinos in Indonesien zu eröffnen.

Investitionen für Kultur sind in Asien jedoch nicht so einfach auszuhandeln wie jene für andere Sektoren. Man braucht diese In-

vestitionen, aber in den asiatischen Ländern gibt es auch ein starkes Bewusstsein dafür, Muster neokolonialen Verhaltens nicht wiederholen zu wollen.

Das Zusammenspiel von Geschäftsleben, Technologie und Kultur verändert nachhaltig die kulturelle Entwicklung. In Asien geschieht dies in einem Ausmaß, das man sich in Europa gar nicht vorstellen kann. Die Grenzen zwischen dem Hervorbringen und dem Genießen von Kultur verschwimmen in Asien, es gibt keine klare Trennung von Kommerz und Kunst.

Wachsende Mittelklasse

Auf der ganzen Welt verändert sich nun die Art und Weise, in der Kulturorganisation mit dem Publikum in Verbindung treten. Aus Konsumenten werden „Prosumenten“, Verbraucher, die gleichzeitig Produzenten sind. Genau darin erkennen Unternehmen einen Markt mit riesigem Potenzial.

Ein besonders bemerkenswertes Beispiel dafür kommt aus China, wo Cloudary, eine digitale Plattform, 1,6 Millionen Autoren mit Lesern zusammenbringt, die Geschichten „konsumieren“ und die Autoren dafür bezahlen, mehr zu schreiben. Basierend auf Online-Inhalten werden auch Filme und TV-Serien produziert. Cloudary will englischsprachige Romane über die Plattform verbreiten und Inhalte von den Autoren für ihre Leser ins Chinesische übersetzen lassen.

Wie verändert so etwas das Feld des kulturellen Engagements? Welche Bedürfnisse gibt es im Hinblick auf die kulturelle Entwicklung in Asien und welche Rolle kann Europa dabei spielen?

Viele Regierungen in Asien haben ein Interesse daran, sich mit Europa über die Entwicklung der Kulturpolitik in den Kreativ-

dustrien auszutauschen. Sicherlich betrachtet man europäische Modelle nicht mehr als „die“ Modelle schlechthin. Doch man will immer noch aus den Erfahrungen in Europa, insbesondere in Großbritannien, lernen. Dies beruht auf Gegenseitigkeit.

Angesichts der sich verändernden Kulturförderung in Europa sucht dieser Kontinent nach besseren Modellen für Public-Private-Partnership. Untersuchungen darüber, wie Kunst und Kreativindustrien gestärkt werden können, sind deshalb sowohl für Asien als auch für Europa von Interesse.

Die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur in vielen asiatischen Ländern bietet europäischen Organisationen neue Möglichkeiten. Sobald Gebäude einmal errichtet sind, müssen Kernkompetenzen entwickelt werden. Hierbei eröffnen sich Möglichkeiten, europäisches Wissen zu vermitteln – durch Hilfe zur Selbsthilfe im Kulturmanagement, durch technische Kompetenz, Programmieren und Publikumsentwicklung für kulturelle Räume. Noch reichen die Kompetenzen nicht aus, um die Bedürfnisse des Sektors in China und in den meisten ASEAN-Ländern zu befriedigen.

Im Bereich Kunst und Kultur wird zunehmend in Bildung investiert. Immer mehr Menschen in Asien studieren Kunst- und Geisteswissenschaften statt Abschlüsse in Ingenieurwesen und Wirtschaft zu machen. Nicht alle können es sich leisten, in Europa, Australien oder Nordamerika zu studieren.

Die Zahl an Studiengängen in Asien wächst, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Bedarf nach der entsprechenden Infrastruktur, nach Lehre und der Entwicklung eines passenden Curriculums nicht gedeckt. Es wächst die Nachfrage nach lokalen oder überhaupt auf Asien ausgerichteten Curricula, die nicht einfach westliche Modelle der Wissensvermittlung übernehmen. Dies ist ein

interessantes Feld für die akademische Kooperation, denn auch europäische Studenten und Lehrende sollten sich nichtwestlicher Ansätze bewusster werden.

Die Ausbildung im Bereich Kulturmanagement und Geschäftsführung zählt zu den wichtigsten Feldern, die weiterentwickelt werden müssen, damit Absolventen die notwendigen Fähigkeiten erwerben, um ihre beruflichen Ambitionen zu verfolgen. Dies gilt nicht nur für Asien, sondern auch für Europa. Beide Seiten könnten viel dabei lernen, wenn sie gemeinsam Programme entwickeln, um kreatives Unternehmertum im Kultursektor zu fördern.

Aufgrund seines Preises für junge kreative Unternehmer („Young Creative Entrepreneur Award“) und seiner Initiativen in den Kreativindustrien vieler asiatischer Länder hat das British Council damit viel Erfahrung. Hier könnten auch andere EUNIC-Mitglieder mit dem British Council zusammenarbeiten.

Aber auch im Bereich der nichtformalen Bildung bieten sich viele Möglichkeiten. Menschen, die professionell im Kultursektor arbeiten, müssen sich beruflich weiterentwickeln können. Dies ist aber momentan in vielen asiatischen Ländern nicht möglich. Eine Generation neuer Führungspersonlichkeiten sollte in Asien gefördert werden, die den Entwicklungen im Kultursektor gewachsen sind. Wie in die „Hardware“ muss man auch in die „Software“ investieren.

Das Publikum wiederum möchte mehr

„Viele Regierungen in Asien haben ein Interesse daran, sich mit Europa über die Entwicklung der Kulturpolitik in den Kreativindustrien auszutauschen.“

über Kunst und Kultur erfahren und sich kreativ einbringen, doch das entsprechende Angebot ist in den meisten ASEAN-Ländern begrenzt. In den Bereichen Publikumsentwicklung und Engagement möchten die meisten Kulturorganisationen von den Erfahrungen Europas profitieren und lernen. In Gesellschaften, in denen der individuelle kreative Ausdruck lange nicht geschätzt worden ist, gibt es nun einen Bedarf nach mehr kreativer Entwicklung. Wichtig wäre ein breiteres kulturelles Angebot.

Europas kulturelle Szene wird in Asien geschätzt. Aufgrund einer wachsenden Zahl an Festivals, Museen, Zentren für darstellende Kunst und Galerien braucht man qualitativ hochwertige Inhalte, die originell präsentiert werden. Europäischen Museen und Galerien, Musikgruppen oder Orchestern für klassische Musik eröffnen sich also neue Möglichkeiten, ihre Arbeiten in Asien zu präsentieren und dort auf Tour zu gehen. Gleichzeitig ist in Asien aber auch der Trend zu beobachten, dass sich Menschen stärker für einheimische Arbeiten interessieren. Europäische Organisationen können auch dies als Chance begreifen und bei asiatischen Arbeiten als Ko-Investor auftreten. Zusammenarbeit ist die Zukunft.

Natürlich möchte auch Asien mit seinen Arbeiten in Europa stärker vertreten sein. Europa muss also darüber nachdenken, wie es dazu beitragen kann, dass bessere künstlerische Arbeiten aus Asien in Europa präsentiert werden.

Darüber hinaus können sich Organisationen in Europa verstärkt um asiatische Studienreisende kümmern, insbesondere im Hinblick auf mögliche Sprachbarrieren. Dabei lässt sich sicher viel von Kollegen aus dem Einzelhandel und in der Modebranche lernen. Viele Luxusmarken haben verstanden, dass ihr Markt zunehmend nichteuropäisch ist,



und deshalb kreative, auf Asien ausgerichtete Ansätze entwickelt.

Es ist offensichtlich, dass Europa sein kulturelles Engagement in Asien neu erfinden muss. Die Vielfalt Asiens darf bei der Entwicklung einer europäischen Politik für Kultur und Außenbeziehungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Europa sollte nicht sich selbst, sondern Werte bewerben. Handlungen und politische Strategien sollten ein echtes Interesse am „Anderen“ widerspiegeln und sich über bloße ökonomische Fragen hinaus mit gemeinsamen Bedürfnissen auseinandersetzen. Dies erfordert eine radikal neue Art des Denkens und Arbeitens, einen wahren Geist für Gemeinschaft und neue Ansätze in der Partnerschaft.

Auf dem „Salzburg Global Seminar“ 2012 zum Thema „Public and Private Cultural Exchange-Based Diplomacy: New Models for the 21st Century“ machten wir uns zusammen mit Künstlern, Kulturspezialisten und Akademikern Gedanken zu vier Themen: Wie können öffentliche und private Rollen beim internationalen kulturellen Engagement neu gestaltet werden? Wie beeinflusst dies die sich verlagernde wirtschaftliche Macht in einer multipolaren Welt? Wie können durch kulturelles Engagement vielfältigere kulturelle Räume geschaffen werden? Und wie grundlegend verändern soziale Medien Beziehungen? Schließlich forderten wir einen gemeinsamen Bereich des Engagements, einen „dritten Raum“ für transnationale kulturelle Interaktionen, geprägt von „Neugier, Sinnhaftigkeit, Zusammenarbeit, Unternehmung und Bildung, der nicht direkt einem politischen oder wirtschaftlichen Interesse verpflichtet ist“.

Diese „dritten“ oder „gemeinsamen“ Räume basieren auf den Prinzipien Vertrauen, Gegenseitigkeit, Verantwortung und Respekt,

den Grundlagen gemeinsamer menschlicher Werte. Sie sollten das Fundament bilden für einen neuen Kulturkontakt zwischen Europa und Asien, der sich unseren bewegten Zeiten anpasst.

Katelijan Verstraete ist Regional Director East Asia Arts & Creative Industries des British Council. 2006 bis 2012 arbeitete sie bei der Asia-Europe Foundation (ASEF), wo sie ein Multistakeholder-Programm für Kulturpolitik, Kunstaustausch, Kapazitätsbildung und Informationsaustausch entwickelte. Sie ist Hauptberaterin und Koautorin des Europa-China-KulturAtlas, der vom EUNIC-Cluster in China herausgegeben wurde.

Gemeinsam ins Jahrhundert des Südens Das 21. Jahrhundert gehört dem Süden, und die Blicke Afrikas gehen nach Osten und nach Westen – nach Asien und nach Lateinamerika. Es geht nicht mehr um einen bilateralen Austausch zwischen Europa und den jeweiligen afrikanischen Gastländern. Es geht um Plattformen des Diskurses. Es geht darum, gemeinsam zu forschen, zu lernen, zu lehren, zu ergründen, zu kreieren.

Von Katharina von Ruckteschell-Katte



Was für einen Beitrag kann ein Kontinent oder eine Gemeinschaft europäischer Staaten wie die EU leisten, wenn es um die Frage nach der Förderung von Kultur oder der kulturellen Bildung in Ländern südlich der Sahara geht? Kann man diese Frage überhaupt so stellen oder wirkt sie nicht gleich schon wie eine paternalistische Äußerung, die suggeriert, dass hier Entwicklungsarbeit geleistet werden muss, um den „verlorenen“ Kontinent auf Augenhöhe zu heben? Auch die Fragen nach dem Warum, dem Wozu und dem eigentlichen Anliegen möchte man dann nicht stellen, weil man womöglich schnell auf Antworten stoßen könnte, die denen aus kolonialen oder noch „älteren“ Zeiten ähneln. Die Frage muss daher eine andere sein: Welche Themen in den Bereichen

Kultur und kulturelle Bildung sind für den Austausch zwischen Europa und Afrika (Europäischer Union und Afrikanischer Union) für beide Seiten gleichermaßen interessant, und welche Beiträge können gegenseitig dazu geleistet werden?

Um diese Frage beantworten zu können, ist es erst einmal wichtig, eine Art Mapping anzustellen, das eine Übersicht der wichtigsten Anliegen in der kulturellen Bildung darlegt. Man wird überrascht sein, wie sehr sich diese auf beiden Kontinenten ähneln, wenn man sie vergleicht. Stichworte wie Unterrichtsformate, Interdisziplinarität oder Zertifizierung sind nur einige, die die Wissenschaftler und Praktiker sowohl in Europa als auch in Afrika beschäftigen – wenn auch vielleicht mit unterschiedlichen Prämissen.

Die Ergebnisse einer vom Goethe-Institut Johannesburg aufgegebenen Studie zur „Non-formalen kulturellen Bildung“ in Subsahara Afrika (SSA) hat hier schon eine gute Vorarbeit geleistet und zeigt die Desiderate und die anzugehenden Themen auf. Verfasser der Studie sind die Historikerin und Kulturtheoretikerin Nicola Lauré al-Samarai, der Autor und Linguist Fouad Asfour sowie die Journalistin Judith Reker. Für das Goethe-Institut war die Untersuchung der Beginn

eines Arbeitsschwerpunktes in der Region Subsahara Afrika, der den non-formalen Sektor im Bereich kulturelle Bildung fokussiert. Er bildet die Basis für eine fruchtbare und gemeinschaftlich angelegte Kooperation mit den Partnern in den verschiedenen Ländern und wird sicherlich neue und innovative Methoden und Praktiken und daraus hervorgehende Theorien kreieren.

Ohne diese hier ausführlich aufzuführen, sei betont, dass die Empfehlungen im letzten Kapitel der Studie klar machen, dass eine „Förderung“ oder eine „Kooperation“ mit Organisationen aus dem „Norden“ nicht sinnvoll sind, wenn sie nicht gemeinsame Themen behandeln. Sie fordern – und dies zu Recht – dass keine Modelle übergestülpt werden dürfen, sondern gemeinsam auf Grundlage der jeweiligen Kenntnisse neu entwickelt werden müssen.

„at arm's length“

Die nächste Frage muss daher lauten, welche Rolle der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) in diesem Prozess spielen kann? Kann er selbst aktiv werden oder soll er – wie es viele Länder Europas in ihren Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitiken (AKBP) tun – Mittlerorganisationen beauftragen? Die Geschichte und die Erfahrung haben gezeigt, dass Kultur und damit auch die Kulturpolitik staatsfern oder besser „at arm's length“ stattfinden können muss, damit sie nicht Gefahr läuft, instrumentalisiert zu werden. Kultur kann und darf nicht in den Dienst der Politik und auch nicht in den der Wirtschaft gestellt werden. Kultureller Austausch muss sich unabhängig entwickeln können und dies kann nur gewährleistet werden, wenn der Dialog inhaltlich und nicht „formal“ geführt wird. Das heißt nicht, dass die EU nicht die

Rahmenbedingungen dafür schaffen muss, um diesen Austausch zu gewährleisten. Diese sind in erster Linie: Budgets bereitstellen, möglichst ungehinderte Kommunikations- und Reisewege ermöglichen sowie Rahmenabkommen zwischen den Regierungen und offiziellen Seiten abschließen.

Wer könnten diese „Mittlerorganisationen“ für den EAD sein? Die Antwort ist insofern sehr einfach zu beantworten, als diese Organisationen bereits bestehen. EUNIC ist der Zusammenschluss europäischer Kultur- und Bildungsinstitutionen, die es sich in Form so genannter Cluster in vielen Ländern zur Aufgabe gemacht haben, in Europa den Integrationsprozess zu unterstützen und außerhalb Europas den Austausch mit Europa zu stärken. In Subsahara Afrika hat sich EUNIC zudem auch regional formiert. Es existiert also ein EUNIC SSA, das bei der Gründung 2011 folgendes Statut formuliert hat:

„Das allgemeine Thema von EUNIC SSA ist ‚Kultur und Entwicklung‘, das in den folgenden Bereichen artikuliert wird:

- Multilingualismus
- Die Künste und ihre Entwicklung (inkl. Kreativwirtschaft)
- Kulturelle (Aus)Bildung

EUNIC ist generell und speziell in SSA keine Spendenorganisation und ihre primäre Aufgabe ist es nicht, europäische Kultur zu propagieren, sondern Plattformen und Netzwerke zu bilden, die den gegenseitigen Interessen und Vorteilen dienen. Bei welchen Projekten oder mit welchen Institutionen kooperiert EUNIC?

- Projekte, die kulturelle Strukturen aus-

bilden, kulturelle Geschäfte oder kulturelle Bildung unterstützen und/oder

- Projekte, die von EUNIC Mitgliedern organisiert werden und von mindestens zwei weiteren unterstützt werden und/oder
- Projekte, die europäische Expertise oder ihre Erfahrung brauchen.“

Die letzten drei Punkte müssen nicht alle erfüllt werden. Es reicht auch nur einer davon. Die Aufgabe von EUNIC SSA ist in erster Linie die Kooperation bei kulturellen Projekten, die die Wirtschaft und die Ausbildung im Kultursektor im Auge hat. Dabei kann es durchaus sein, dass Projekte entstehen, die weder eine europäische Expertise noch einen europäischen Beitrag beinhalten. Dies ist essentiell für eine Kooperation auf Augenhöhe. Es geht um die Sache und nicht um den Import oder Export von Expertise. Es geht nicht um „Eigeninteresse“ der jeweiligen Länder, sondern um das „Teilen“ von Erfahrung und Entwicklung. Die Bedingung, dass bei solchen Projekten „etwas Europäisches“ enthalten sein muss, muss wegfallen, um glaubwürdig zu sein.

Aber welche Rolle kann nun EUNIC auf einem Kontinent wie Afrika einnehmen? Kann es überhaupt eine Rolle spielen, außer vielleicht die zwar essentielle aber inhaltlich marginale und äußerst unbefriedigende eines Geldgebers, der zu dem immer zu knappen Projektbudget beiträgt und dann in der Riege der Sponsoren aufgeführt wird – hinter „supported by:“?

„Afrika emanzipiert sich nicht nur von seinen Kolonien, sondern auch von seinen postkolonialen Depressionen – und die Künstler tun dies allen voran.“

Damit würden die Kulturinstitute des globalen Nordens zu reinen Geldgebern degradiert werden – oder sind sie es sogar schon? Wie können sie am Dialog des Südens teilhaben? Denn eines ist klar: Das 21. Jahrhundert gehört dem Süden, und die Blicke Afrikas, nicht nur die wirtschaftlichen und politischen, sondern auch die kulturellen, gehen nach Osten und nach Westen – nach Asien und nach Lateinamerika. Und sie gehen nach innen, nach Afrika, aber nicht mehr oder nur noch sporadisch nach Norden oder Nordwesten, nach Europa oder Nordamerika (inklusive Australien).

Die Rolle von EUNIC

Afrika emanzipiert sich nicht nur von seinen Kolonien, sondern auch von seinen postkolonialen Depressionen – und die Künstler tun dies allen voran. Es entstehen neue Imaginationen, neue Ansätze, neue Werte, neue Formate. Es entsteht eine neue Welt. Und daran teilzuhaben sollte Ziel des EAD und damit EUNICs sein. Es geht nicht mehr um einen bilateralen Austausch zwischen Europa und den jeweiligen afrikanischen Gastländern. Es geht nicht mehr darum, sich gegenseitig zu zeigen, welche kulturellen Erregenschaften, welche großartigen Kunstszenen man sich vorführen oder welche möglichen Fusion-Kulturen man gemeinsam produzieren kann. Es geht um Plattformen des Diskurses. Es geht darum, gemeinsam zu forschen, zu lernen, zu lehren, zu ergründen, zu kreieren. Dies zu unterstützen, dies voranzutreiben und dies in die Welt zu bringen – auch nach Europa, das ist die Rolle euro-

päischer Kulturinstitute.

An dieser Stelle würde ich gern am Beispiel des Goethe-Instituts ausführen, wie ich mir die Rolle EUNICs in SSA vorstellen könnte. Die „Aktion Afrika“, die Außenminister Frank-Walter Steinmeier in einer früheren Amtsperiode 2008 ins Leben rief, ermöglichte es dem Goethe-Institut, sein Konzept völlig neu auszurichten. Nicht nur konnte es sein Netzwerk auf dem Kontinent erheblich ausbauen. Es konnte nun auch Projekte fördern, die es ermöglichen, Kooperationen mit lokalen Partnern viel nachhaltiger und vor allem für alle Seiten fruchtbarer zu gestalten. Ein direkter Deutschlandbezug war dabei nicht mehr essenziell.

Wir setzten uns zum Ziel, den innerafrikanischen Austausch zu fördern, kurz: die Künstler auf dem Kontinent da zusammen zu bringen, wo Austausch, wo Kreativität stattfinden. Festivals, Konferenzen, Workshops, die von Partnern in den Städten Afrikas veranstaltet werden. Ein Beispiel ist das Programm „Moving Africa“, das Künstler Afrikas zu verschiedenen ausgewählten afrikanischen Festivals einlädt und es ihnen damit ermöglicht, die jeweiligen künstlerischen Entwicklungen kennenzulernen und sich auszutauschen.

Auch die Festivals können auf diese Weise ihre afrikanischen Zielgruppen erreichen und ein dichteres Netzwerk auf dem Kontinent aufbauen. Das Goethe-Institut tut dies nicht aus purem Altruismus. Dieses Konzept entstand aus einem klaren Interesse daran, an dem teilzuhaben, was ich hier die „imaginäre globale Zukunft der kulturellen Welten“ nennen möchte.

Durch die „Aktion Afrika“ hatten das Goethe-Institut und Akteure der Region Subsahara Afrika endlich die Chance, ihre Arbeit neu aufzustellen und nicht nur zu verstärken, sondern auch die Kulturbeziehungen neu zu definieren und den globalen Anforderungen anzupassen. So können nun die Goethe-Institute in den Ländern Afrikas südlich der Sahara wirklich als Forum für die Künste und als Plattform für den gesellschaftlichen Diskurs, für Begegnung und Vernetzung dienen. So fördern sie Koproduktionen und die Distribution von Kunst in allen Sparten, und die kulturelle Bildung wird zu einem neuen Tätigkeitsschwerpunkt.

Neben den Bereichen der Netzwerkausdehnung und der Unterstützung des innerafrikanischen Dialogs war aber vor allem das Thema der kulturellen Bildung ein wichtiges Ziel.

Angebote wie Kulturmanagementseminare und andere Fortbildungsmöglichkeiten in verschiedenen kulturellen Bereichen oder auch Stipendien für Aufenthalte an kulturellen Einrichtungen in Deutschland sind Teil dieser Aufgabe. Hierzu hat nicht nur die oben erwähnte Studie zur non-formalen Bildung einen wichtigen Beitrag geleistet, sondern auch die Konferenz „Condition Report“ – organisiert von der Kuratorin und Kulturmanagerin Koyo Kouoh sowie die dazu von ihr herausgegebene Publikation.

Das Goethe-Institut, der British Council,

„Sicher ist, dass kulturelle Bildung in Subsahara Afrika im Wesentlichen im non-formalen Sektor stattfindet und Kunsterziehung an Schulen und Hochschulen nach wie vor ein Desiderat ist.“

„Ich träume von einer Zeit, in der Geldgebende Institutionen es sich zur Aufgabe machen, die Art und Weise, wie der Wert von Kunst und Kultur bemessen wird, zu verändern. Solche Geldgebenden Institutionen würden uns helfen, von einem Kulturbegriff weg zu kommen, der Kultur vor allem auf die Vergangenheit, auf Traditionen, auf Monumente und Museen beschränkt. Sie würden uns dabei helfen, dass es sich bei Kultur nicht um irgendeine weitere Serviceleistung handelt, sondern um die Sicht der Menschen auf die Zukunft und wie sie sich in ihr engagieren wollen. Ohne diese Zukunftsdimension und das Visionäre wird es uns kaum gelingen, einen Namen zu schreiben, den wir uns selbst zuschreiben oder eine Stimme zu erheben, die wir als die unsere erkennen.“

Achille Mbembe, kamerunischer Politikwissenschaftler und Theoretiker des Postkolonialismus

die Kulturstiftung des Bundes (KSB) und das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) haben die Konferenz und die Publikation nicht von ungefähr gefördert, sagt sie doch deutlich, was der Zustand und was die Bedürfnisse privater Kunstzentren in Afrika sind und wo „Europa“ kooperieren kann.

Sicher ist, dass kulturelle Bildung in Subsahara Afrika im Wesentlichen im non-formalen Sektor stattfindet und Kunsterziehung an Schulen und Hochschulen nach wie vor ein Desiderat ist. Das Goethe-Institut hat damit seine konzeptionelle Ausrichtung konsequent an den Entwicklungen der Partner in den Kunstszene ausgerichtet.

Ein Kontinent, der in vielen Köpfen immer noch lediglich Schauplatz von Hunger, Krankheiten, Kriegen und Gewalt ist. Aber

es ist klar, dass dies Stereotype sind, die von neuen Tendenzen überholt werden. Dies kann man vor allem an der Entwicklung der großen Metropolen wie Lagos, Nairobi, Luanda oder Johannesburg erkennen, die nicht nur wirtschaftlich interessant sind. Sie entwickeln mit ihrem Wachstum gleichzeitig eine enorme kulturelle Schubkraft, die sie zu Zentren neuer künstlerischer Formate und kreativer Werkstätten werden lässt.

Die direkten Verbindungen der afrikanischen Megastädte nach Asien oder Lateinamerika machen sie zu Hauptakteuren nicht nur des afrikanischen, sondern auch des kulturellen Dialogs des Südens. Die innovativen Beiträge und die kreative Ausdruckskraft afrikanischer Avantgarde Künstler, die aus den zahlreichen Gegensätzen ihrer Länder erwachsen, wie reich und arm, Tradition und Moderne, werden mehr und mehr auf dem internationalen Parkett mit großem Interesse wahrgenommen. An diesen Entwicklungen, an diesen Diskursen sollte EUNIC teilhaben und zudem dazu beitragen, dass sie entstehen und weitergeführt werden können. Formate dafür sind Plattformen – reale oder virtuelle, Festivals oder auch Residenzen und vor allem Workshops, Konferenzen und Seminare. Gerade vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte hat diese partnerschaftliche Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung.

Was will und kann EUNIC auf dem Kontinent tatsächlich erreichen?

Ziel der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der EU und damit auch von EUNIC ist also nicht die Darstellung europäischer Kunst oder gar die Oktroyierung europäischer Bildungsmodelle oder Curricula. Ziel ist das Beobachten, das Mitma-

chen, das Globalisieren. Denn die Zukunft der Kunst sind keine „nationalen“ Künste. Die Zukunft der Kunst sind individuelle, kreative Produktionen globaler Künstler – oder wie es der kamerunische Theoretiker des Postkolonialismus, Achille Mbembe, ausdrückt: Kulturelle Ausdrucksformen, Kreativität und Innovation haben heute weniger damit zu tun, auf toten Traditionen zu beharren, als damit, verschiedene Wege zu verhandeln, um die Welt einzunehmen und zu bewohnen.

Europa kann hier mit seiner Expertise im Bereich von Vielfalt, Multikulturalität, Mehrsprachigkeit und unterschiedlichen Bildungsformaten ein besonderer Partner sein und gleichzeitig teilhaben an den spannenden Entwicklungen in den künstlerischen und in den Bildungsszenen Afrikas. Eine „Aktion Afrika“ Europas – konzipiert und umgesetzt durch die EUNIC-Cluster zusammen mit den lokalen Partnern in den Ländern Afrikas wäre ein erster Schritt zu einer erfolgreichen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Europas auf dem Kontinent.

Schließlich sei mir noch eine These erlaubt: Wenn eine „Aktion Afrika“, durchgeführt von zehn EUNIC-Clustern in Subsahara Afrika erfolgversprechend ist, dann würde dies auch eine „Aktion Südamerika“ sein, durchgeführt von sieben EUNIC Clustern in sieben Ländern des Subkontinents. Denn auch Lateinamerika ist Teil der südlichen Hemisphäre und zudem ein äußerst aktiver Part der dort stattfindenden Zukunftsdiskurse.

Katharina von Ruckteschell-Katte ist Leiterin des Goethe-Instituts in São Paulo sowie Regionaldirektorin Südamerika. Von 2008 bis Ende 2013 war sie Leiterin des Goethe-Instituts in Johannesburg mit Zuständigkeit für Subsahara Afrika.

Praxistest am Kap Seit seiner Gründung 2006 öffnet EUNIC, das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, Türen für Europa. Mit seinen mehr als 80 Cluster in über 70 Ländern fördert es Verständnis zwischen Kulturen. Doch wie sieht die Arbeit von EUNIC vor Ort konkret aus? Wie funktioniert die Kooperation der beteiligten Partner und was hat sich bewährt? Zeit, einmal ein EUNIC-Projekt genauer unter die Lupe zu nehmen.

Von Hanna Schühle

Um den Erfolg des europäischen Netzwerks nationaler Kulturinstitute zu veranschaulichen, werden häufig die weltweite Präsenz in über 70 Ländern hervorgehoben und Veranstaltungen aufgelistet. Wenig ist jedoch über die Größe und die Aktivität der Cluster, die Art der Zusammenarbeit sowie Details der gemeinsamen Veranstaltungen und deren Erfolg zu erfahren. So ist es unmöglich, ein genaues Bild von der Arbeitsweise von EUNIC-Clustern weltweit zu erhalten. Nur mit einem solchen Bild lässt sich aber beurteilen, inwiefern die Zusammenarbeit des Netzwerks wirklich effektiv ist, was wo funktioniert, welche Erwartungen vor Ort existieren und welche Veränderungen in der Kooperation notwendig sind. Sowohl in der Forschung als auch in der Praxis der Außenkulturpolitik wird die Bedeutung dialogbasierter Zusammenarbeit hervorgehoben. Das spiegelt sich auch in den beiden Hauptzielen des Netzwerks wider, die in seiner Satzung genannt werden: die Stärkung des internationalen Dialogs und die Förderung der kulturellen Zusammenarbeit. Welche praktischen Erfahrungen gibt es? Jeder Ort braucht spezifische Ansätze zur Durchführung von Projekten. Doch nur wenn es genaue Informationen über die Zusammenarbeit der Akteure gibt, lassen sich auch Schlüsse ziehen, was möglicherweise

anderswo erfolgreich sein könnte. Mehr als hilfreich ist es, wenn man die Perspektive der lokalen Partner in die Bewertung der Arbeit von EUNIC-Clustern mit einbezieht. EUNIC-Veranstaltungen finden häufig mit einem einzigen Partner vor Ort statt. Mit seinen sechs lokalen Partnern war das Tanzprojekt „Crossings #2“ in Südafrika daher ein vergleichsweise großes Kooperationsprojekt. Der französische Tänzer und Choreograph Michel Kelemenis hatte es als Trainingsworkshop für internationale und südafrikanische Choreographen, Tänzer, Komponisten und Lichtdesigner initiiert. In zweiwöchigen Workshops in Johannesburg erkundeten die Teilnehmer gemeinsam die Beziehung zwischen Tanz, Musik und Lichtdesign. „Crossings #2“ erscheint auf der Liste der EUNIC-Veranstaltungen, die 2011 organisiert wurden, jedoch geht aus dieser Auflistung nicht hervor, dass es sich bei diesem Tanzprojekt um ein europäisches Projekt handelte, das gemeinsam mit lokalen Partnern umgesetzt wurde. Außerdem wird nicht ausreichend kommuniziert, dass die Veranstaltung aus Sicht der lokalen Partner ein großer Erfolg war. Es ist auch nichts darüber zu erfahren, warum nach den Erfolgen von „Crossings #1“ 2010 und „Crossings #2“ 2011 im Jahre 2012 kein „Crossings #3“ stattgefunden hat, wovon der Initiator der

Veranstaltungsreihe, noch ausging. 2012 kam die Mehrheit der 28 jungen Teilnehmer aus Südafrika, die restlichen Mitwirkenden waren aus anderen afrikanischen Ländern, aus Europa, den Vereinigten Staaten und aus Israel. Da es für Lichtdesigner in Südafrika wenig Ausbildungsmöglichkeiten gibt, wurden in dieser Kategorie nur Bewerber aus Südafrika zugelassen. Kost und Logis sowie Reisekosten wurden für alle Teilnehmer übernommen. In der ersten Workshopwoche arbeiteten die Choreographen, Tänzer und Komponisten mit einem der vier Seminarleiter in täglich wechselnden Gruppen zusammen, während die Lichtdesigner die Möglichkeit hatten, gemeinsam zu experimentieren und dabei mehr über ihr Metier zu lernen. In der zweiten Woche wurden feste Gruppen, bestehend aus einem Choreographen, einem Komponisten, einem Lichtdesigner und vier Tänzern gebildet. Diese Gruppen arbeiteten jeweils an einem eigenen Stück, das am letzten Tag vor Publikum aufgeführt wurde. Als Teil von „Crossings #2“ wurden auch Videos über das Verhältnis von Tanz und Musik sowie über die Beziehung zwischen Inszenierung und Licht gezeigt und in der Gruppe diskutiert. Im Programmheft von „Crossings #2“ wird der Arbeitsansatz von EUNIC folgendermaßen beschrieben:

„[EUNIC] ist bemüht, die kulturelle Zusammenarbeit zu erleichtern, nachhaltige Partnerschaften zwischen Fachkräften zu schaffen, größeres Verständnis und Bewusstsein für die vielfältigen europäischen Kulturen zu fördern [...]“.

Mit dieser Zielsetzung im Blick stellt sich die Frage, weshalb die „Crossings“-Serie 2012 nicht fortgesetzt wurde. Nicht zuletzt, da die Veranstaltung aus Sicht der lokalen Partner ein Erfolg war, ist es wichtig deren

Perspektive bei der Suche nach Erklärungen miteinzubeziehen.

Die lokalen Partner stellten unter anderem ihre Studios, Spielorte sowie ihre Expertise bei der Auswahl der Teilnehmer zur Verfügung. Außerdem beantragte das Dance Forum Johannesburg erfolgreich finanzielle Unterstützung für die Veranstaltung beim Nationalen Kulturrat Südafrika, da dieser keine Gelder an ausländische Institutionen vergibt.

Georgina Thomson, die Direktorin des Dance Forums, betont, dass im Gegensatz zur üblichen Zusammenarbeit mit europäischen Ländern, bei der diese meist nur Geld zur Verfügung stellten, wodurch keine wirkliche Interaktion mit dem südafrikanischen Partner entstehe, sie diesmal das Gefühl hatte, dass bei der Veranstaltungsorganisation eine richtige Partnerschaft mit den europäischen Institutionen geschaffen wurde. Dies sei schon allein durch den Umstand naheliegend gewesen, dass das Dance Forum eine wichtige Rolle bei der Beschaffung der finanziellen Mittel für die Veranstaltung gespielt habe. Damit sei die Stellung des südafrikanischen Partners in der Zusammenarbeit gestärkt und ein ausgewogenes Verhältnis auf Augenhöhe zwischen den Akteuren geschaffen worden.

Nicht nur die Zusammenarbeit während der Organisation von „Crossings #2“ nahm die Direktorin positiv wahr, auch während der Veranstaltung selbst klappte das Zusammenspiel reibungslos. Die Tanzexpertin kommt zu dem Fazit: „Crossings“ sei ein innovatives Projekt, etwas Ähnliches habe es in Südafrika im Tanzsektor bis dato nicht gegeben.

„Für die Teilnehmer war es eine unbeschreibliche Erfahrung, so zusammenzuarbeiten, diese Verbindung miteinander zu haben, ein anderes Land zu erleben sowie andere Tänzer, andere Konzepte und Ideen wahrzunehmen.“

Ich finde, dass es tatsächlich äußerst inspirierend gewesen ist.“

Einer der Leitgedanken der Workshops war, dass nicht in erster Linie das Resultat zählt, sondern der Prozess der Realisierung. Indem man den Mitwirkenden die Möglichkeit bot, miteinander zu arbeiten, voneinander zu lernen und gemeinsam etwas zu schaffen, bot „Crossings“ ohne Zweifel beste Voraussetzungen für gelungenen kulturellen Austausch. Was führte trotzdem zum vorläufigen Ende der Zusammenarbeit?

Nachdem er die Idee zu „Crossings“ entwickelt hatte, stellte Michel Kelemenis, der zuvor bereits mit südafrikanischen Tanzensembles und Choreographen zusammengearbeitet hatte, sie zunächst dem Institut Français Südafrika vor. Aus diesem Grund war 2010 die erste Ausgabe von „Crossings“ eine Zusammenarbeit zwischen dem Institut Français Südafrika und den südafrikanischen Partnern (bis auf wenige Ausnahmen dieselben wie bei „Crossings #2“).

Mit „Crossings #2“ wurde die Veranstaltung dann zu einem Projekt von EUNIC Südafrika. Das Institut Français war jedoch weiterhin federführend an der Organisation der zweiten Veranstaltung beteiligt, wie Georgina Thomson hervorhebt:

„EUNIC war definitiv dabei, aber der Hauptveranstalter und die Personen, mit denen wir maßgeblich gearbeitet haben, waren vom Institut Français.“

Belege für die führende Stellung des Institut Français bei „Crossings #2“ lassen sich auch im Programmheft der Veranstaltung finden. Darin wird das Institut speziell herausgestellt, indem es zusätzlich zu EUNIC als einziges der europäischen Kulturinstitute als Partner der Veranstaltung aufgelistet und beschrieben wird. EUNIC Südafrika besteht aus sechs Mitgliedern (Alliance Française, British Council,

Goethe-Institut, Instituto Cămoes, Institut Français und Istituto Italiano di Cultura) und drei assoziierten Mitgliedern (Österreichische Botschaft, Slowakische Botschaft und Spanische Botschaft). Von diesen beteiligten sich das Institut Français, der British Council, die Österreichische Botschaft und das Istituto Italiano di Cultura an der zweiten Ausgabe des Tanzprojekts. Hierzu sagt Georgina Thomson, für sie habe es eigentlich keine Rolle gespielt, dass sich weder Institutionen aus Osteuropa noch aus Nordeuropa als Teil von EUNIC an der Veranstaltung beteiligt hatten. Trotzdem habe sie vor allem in der Planungsphase von „Crossings #2“ ein Ungleichgewicht bemerkt, wenn es darum ging, die Vielfalt der europäischen Kulturen zu vermitteln, denn die zweite Auflage sei immer noch „definitiv ein sehr französisch geprägtes Projekt“ gewesen.

Unterschiedliche Erwartungen

Georgina Thomson schildert es als eine ihrer größten Erwartungen an „Crossings #2“, dass alle an der Veranstaltung beteiligten Personen auch nach Ende der Workshops weiter zusammenarbeiten würden.

„Ich habe gesehen, wie gemeinsam Werke von jungen Künstlern geschaffen wurden, die ich gerne als Teil eines Künstlerresidenzprogramms in meinem Studio noch einmal nach Südafrika eingeladen hätte, damit sie die Kontakte, die während des Workshops geknüpft wurden, vertiefen können. Aber leider ist das nicht eingetreten, und ich denke, der Hauptgrund dafür ist die Finanzierung.“

Auch hätten mehrere der beteiligten Choreographen, etwa aus Israel und England, versucht zurückzukommen, um den Arbeitsprozess weiterzuführen, aber es habe nicht geklappt.

„Es gab keine Fortsetzung, und das ist nicht ungewöhnlich für solche Projekte: Das Projekt findet statt, danach gehen alle und das war es“, resümiert die Direktorin. Dass, das gesamte Projekt nicht weitergeführt wurde, hat Georgina Thomson jedoch überrascht:

„Die Franzosen hatten beschlossen, dass die Veranstaltung in Kapstadt stattfinden sollte – ohne jegliche Rücksprache mit den ursprünglichen Partnern, die bis dahin Teil des Arbeitsprozesses gewesen waren.“

Laut einer Vertreterin des Institut Français Südafrika hatte allerdings der nationale Kulturrat Südafrika diesen Ortswechsel vorgeschlagen, um den Erfolg von „Crossings“ auf weitere Provinzen auszuweiten. Hier wird deutlich, dass die Erwartungen der verschiedenen lokalen Partner an eine EUNIC-Veranstaltung unterschiedlich sein können, aber auch ihr Einfluss auf deren Ablauf. Am Ende konnten die Pläne, „Crossings“ 2012 in Kapstadt durchzuführen, nicht realisiert werden, da es an verfügbaren Tanzstudios und finanziellen Mitteln fehlte. 2013 soll es dagegen wieder eine „Crossings“-Veranstaltung geben, die jedoch, wie bereits der erste Workshop, ausschließlich vom Institut Français organisiert und daher kein EUNIC-Projekt mehr sein wird.

Das Konzept einer Veranstaltung zu verändern muss nicht unbedingt problematisch sein. Wenn es jedoch geschieht, ohne die ursprünglichen Partner einzubeziehen, leidet die Partnerschaft. Wären die Partner in Johannesburg in den Planungsprozess für eine Veranstaltung in Kapstadt mit eingebunden gewesen, hätten beispielsweise ihre Kontakte zur dortigen Tanzszene genutzt werden können. Und dies hätte für die Realisierung der Veranstaltung durchaus von Vorteil sein können.

Das südafrikanische Beispiel zeigt,

dass EUNIC noch an der gemeinsamen Etablierung nachhaltiger Partnerschaften arbeiten muss. Von einer Fortsetzung bereits bestehender Partnerschaften, beispielsweise in Form von regelmäßigen jährlichen Gemeinschaftsprojekten, würden nicht zuletzt die EUNIC-Mitglieder selbst profitieren, da sie oft lange Vorlaufzeiten in ihrer Planung haben. Wenn EUNIC-Veranstaltungen regelmäßig und langfristig zeitlich festgelegt stattfinden, könnte dies die Arbeit der Kulturinstitute erleichtern und dadurch auch ihren Einsatz in den EUNIC-Clustern.

Bei „Crossings #2“ hat ein einzelnes EUNIC-Mitglied die Führungsrolle eingenommen, jedoch wäre eine ausgewogene Arbeitsteilung unter den EUNIC-Mitgliedern bei der Veranstaltungsorganisation wünschenswerter gewesen. Dies hätte einerseits die Vielfalt der europäischen Kulturen besser widerspiegelt und aus einem hauptsächlich französischen ein gesamteuropäisches Projekt gemacht. Andererseits hätte es auch die Chancen für nachhaltige Partnerschaften erhöht, da die Realisierung der Zusammenarbeit nicht von einem einzelnen Kulturinstitut abhängig und die Zuständigkeiten besser verteilt gewesen wären. Sollte eines der EUNIC-Mitglieder (vorübergehend) eine Kooperation mit lokalen Partnern verlassen wollen, wären die anderen Mitglieder besser darauf vorbereitet einzuspringen und die Fortsetzung einer erfolgreichen Partnerschaft dadurch gewährleistet.

Auch wenn die jährliche Veranstaltungsreihe unterbrochen wurde, darf eines dabei keinesfalls aus dem Blick geraten: Durch den Schwerpunkt auf Zusammenarbeit und Interaktion, besonders in den Workshops, war „Crossings #2“ laut Georgina Thomson ein voller Erfolg. Trotz der Enttäuschung über das vorläufige Ende der Zusammenarbeit zeigt sie sich denn auch zuversichtlich, dass es in Zukunft

weitere Ausgaben der Veranstaltung geben wird. Sie empfiehlt jedoch, dass „die Partner besser in die Partnerschaften und Gespräche miteinbezogen werden“ sollten.

„Crossings #2“ war allerdings nur eine von vielen EUNIC-Veranstaltungen 2011 und repräsentiert nicht die Arbeit des Netzwerks insgesamt. Es sollten jedoch einzelne EUNIC-Projekte, insbesondere solche, die nicht mehr länger fortgeführt werden, genauer betrachtet werden, um zu erkennen, wie die Arbeit von EUNIC nachhaltiger gestaltet werden kann. So wäre es sinnvoll, für das jeweilige EUNIC-Cluster mit Einbezug der lokalen Partner Erfolge und Misserfolge bestimmter Veranstaltungen zu untersuchen. Diese Informationen sind nicht nur für das jeweilige Cluster von Nutzen, sondern könnten zur erfolgreichen Arbeit von EUNIC-Außenstellen auf der ganzen Welt beitragen. Aus diesem Grund sollten detaillierte Informationen zu Veranstaltungen von EUNIC gesammelt und den anderen Clustern zur Verfügung gestellt werden. Es ist wichtig, dass EUNIC-Erfolgsgeschichten nicht nur auf Zahlen und Veranstaltungstitel reduziert werden, sondern die wirklichen Geschichten hinter den vielen Initiativen kommuniziert werden. Diese besser zu dokumentieren und diese Informationen zugänglich zu machen, wäre eine der Hauptaufgaben für das noch junge Netzwerk, um eine der ertragsreichsten Formen des Kulturaustauschs, den interkulturellen Dialog und das gemeinsame Arbeiten an Projekten, nachhaltiger zu gestalten.

Hanna Schühle promoviert in Europäischer Ethnologie über die Arbeit von EUNIC. Hierfür legte sie längere Feldforschungsaufenthalte in den Außenstellen des Netzwerks in Berlin, der Ukraine und Vietnam ein. 2012 war sie Stipendiatin im Forschungsprogramm „Kultur und Außenpolitik“ des Instituts für Auslandsbeziehungen.

Ein Operndorf in Afrika? Noch dazu in Burkina Faso, einem der ärmsten Länder des Kontinents? Das Projekt „Operndorf Afrika“ des 2010 verstorbenen Künstlers Christoph Schlingensiefel mutete zunächst wie die reine Utopie eines Künstlers an. Mittlerweile gilt es als eines der interessantesten Kulturprojekte der Welt. Etwas nüchterner betrachtet sind ein Raum für Kultur und ein interkultureller Ort geschaffen worden.

Das Operndorf Afrika liegt ca. 30 km von Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, entfernt. Auf dem von der Regierung Burkina Fasos zur Verfügung gestellten Gelände sind inzwischen 16 Gebäude errichtet worden, darunter unter anderem Wohnhäuser, Werkstätten, eine Kantine und die Grundschule (Eröffnung 2011) für inzwischen 150 Mädchen und Jungen sowie eine Kranken- und Geburtsstation. Die Schule fördert neben den üblichen Fächern die filmische, musikalische und darstellende Kreativität der Kinder. Im Jahre 2015/16 werden wir mit 6 Klassen die maximale Auslastung mit insgesamt 300 Kindern erreicht haben.

Das monatliche Kulturprogramm im „Operndorf“ zieht Menschen weit über die Dorfgrenzen hinweg an: Konzerte, Film- und Theaterabende, Workshops werden ergänzt durch Veranstaltungen, auf denen Mitarbeiter und Dorfbewohner regelmäßig über den Stand der Bau- und Projektarbeiten informieren. Denn das Dorf ist nicht fertig; es ist ein Projekt, ein Organismus, für dessen Zukunft es eine Idee gibt, bei der wir aber nicht wissen, wohin es wirklich führen wird.

Was soll das alles? Warum Operndorf, warum Afrika? Warum alles in Kombination? Was ist der künstlerische Ansatz? Wohin kann und soll es führen?

Offensichtlich provoziert die Idee: Ein weißer Künstler der nördlichen Hemisphäre bringt den Afrikanern die Oper und gestaltet um diese Idee herum ein Dorf. Aber die Oper ist reale Kunstform und gleichzeitig Symbol für vielgestaltige Ausdrucksweisen in der Kunst und mit der Kultur. Der kulturelle Ansatz führt so den postkolonialen Diskurs. Das Dorf ist auch ein Ort, an dem sich Europäer und andere über ihr Afrikabild bewusst werden können, an dem sie zu Differenzierungen gelangen, an dem aber auch Utopien wachsen sollen und wo die Begriffe Kunst und Kultur immer wieder neu gesehen werden können.

DAS DORF STEHT FÜR DAS GESAMTE LEBEN

Die Besonderheit und den kulturellen Antrieb gewinnt das Operndorf durch Austausch und die Begegnung als existenziellen Teil des Selbstverständnisses. Das Dorf als Ort der interkulturellen Begegnung und gleichzeitig ein überaus realer Ort, an dem Menschen leben, lernen, spielen, Kunst sehen und machen, sich über Kunst austauschen, krank sind, behandelt werden, geboren werden, arbeiten und, ja, auch sterben. Ein Dorf steht für das gesamte Leben. Das Operndorf für ein Leben mit und in der Kunst. Aber eben Kunst im Leben und Leben in der Kunst als Möglichkeit für uns, zum Ursprung der Kreativität zu finden.

Geschaffen wurde ein Ort, der wächst. Geschaffen mit Geld aus aller Welt, mit der Unterstützung des Goethe-Instituts, der Kulturstiftung des Bundes und der Grünhelme e.V. Vor allem aber durch den großen persönlichen Einsatz vieler Menschen. Kunst ist künstlich, das Dorf ist ein realer Ort, und die Menschen, die dort leben, sind wirklich und leben dort ihr Leben. Es wurde ein lebendiger Organismus geschaffen, der langsam selbständig wird und werden soll und den die Bewohner weiter in die Zukunft tragen sollen.

Es ist eine Gemeinschaft entstanden, die schon jetzt Vorbildcharakter hat: durch die besondere Kombination der Einbindung von Kunst und Kreativität in den Unterricht und die Erweiterung dieser Lehrinhalte durch ein außerschulisches Angebot in Form von Kunstworkshops in den Bereichen Film, Theater, Musik und Tanz.

Im Moment wird an der Fertigstellung der Krankenstation gearbeitet: Ambulanz, Geburtsstation, Apotheke und Zahnarzt werden ein Element in dem Bemühen sein, die Lücken in der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung in dieser Region Burkina Fasos zu schließen.

Und Burkina Faso soll noch stärker einbezogen werden. Das bedeutet nicht nur die Zusammenarbeit der Menschen aus der Umgebung beim Bau der Schule oder der Krankenstation im Operndorf, sondern auch die Teilnahme der Künstler vor Ort, die Workshops organisieren oder bereits existierende Projekte, aber auch die Finanzierung unterstützen. Beispielsweise wird die Krankenstation nach Beendigung des Baus in die Trägerschaft des Landes Burkina Faso übergehen.

Am 21.08.2010 starb Christoph Schlingensiefel. Sein Dorf hatte begonnen, Gestalt anzunehmen, der Grundstein wurde am 08.02.2010 gelegt. Seine Idee war in der Welt und war und ist von vielen aufgenommen und verstanden worden. Ein großes Ziel ist die Verwirklichung des Festspielhauses im Zentrum des Dorfgeländes. Es wird der zentrale Ort der Begegnung und des Austauschs und dadurch wird das kräftige Herz des Dorfes sichtbar werden.

Und da Gedanken und Ideen frei sind, wird sich das Operndorf immer wieder und immer weiter mit Projekten verbinden, die seinen Ideen und Vorstellung entspricht und diese in die Welt trägt. So gastierten vom 8. bis zum 10. Januar 2014 Künstler des „Festival au Désert“ auf Einladung von Christoph Schlingensiefels Operndorf Afrika und der Stiftung Partnerschaft Afrika e.V. erstmals in Deutschland mit Workshops, Film, Diskussionen und einem großem Konzert in Berlin.

Weiter geplant ist eine afrikanische Antwort auf „Via Intoleranza II“. Fünf afrikanische Theatermacher sollen sich mit dieser letzten Inszenierung Christoph Schlingensiefels auseinandersetzen und ihre Sicht auf die thematisierten Fragen des Kolonialismus, den Problemen interkulturellen Austauschs usw. ausdrücken. Alphabetisierungskurse für Erwachsene sollen in den Räumen der Operndorf-Schule stattfinden. Auch sollen nun auf den fünf Hektar Acker- und Anbaufläche des Dorfes im Rahmen einer Agrargenossenschaft zusammen mit der Deutschen Welthungerhilfe ein landwirtschaftliches Programm starten.

Ein besonderes Projekt, das die Idee des Austauschs umsetzt, ist ein In-Situ-Kunstprogramm im Operndorf. Künstlerhäuser sind im Bau, in die Kunstschaffende eingeladen werden sollen, Zeit im Operndorf zu verbringen und es als Anregung, Lebens- und Spielfläche zu benutzen.

Gerade hierbei geht es um den direkten Austausch zwischen Kulturen über die Kunst. Mit Veranstaltungen in Deutschland wird dieses Programm durch einen kritischen Diskurs über Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs ergänzt und so Visionen entwickelt und Potenziale für das Operndorf

und die Idee Operndorf entdeckt.

Christoph Schlingensiefels Operndorf Afrika ist eine realisierte Idee, die weiterlebt, ohne dass irgendjemand weiß, wohin es sich entwickelt. Klar und eindeutig sind aber immer der Blick auf das Leben und das Leben mit Blick auf die Kunst, das künstlerische Schaffen, der Austausch darüber und der laufende Diskurs mit der Realität des Dorfes. Diese Idee existiert an einem Ort, ist aber nicht daran gebunden. Der künstlerische kulturelle Ansatz schließt die Realitäten der Existenz der Bewohner nicht aus, sondern nimmt sie in besonderer Weise auf und betrachtet sie.

Austausch bringt Kenntnis und Verständnis, fördert Neugierde, macht bewusst, eliminiert Ängste und beflügelt. Sollte europäische auswärtige Kulturpolitik einen nachhaltigen Sinn bekommen, so gibt sie sich auch in die Existenz der Menschen anderer Ländern. Diesmal aber nicht als Kolonisatoren, sondern mit dem Angebot sich kennenzulernen. Die Sicht auf Afrika als lediglich anthropologisch interessanten Kontinent weicht so einem wirklichen Austausch. Wohin dieser führt, kann niemand vorhersagen. Teil der Idee ist und bleibt, dass der kritische Diskurs über Kunst und Kultur, über den Austausch zu beidem, etwas in Bewegung setzt. Wird die Welt durch das Operndorf ein besserer Ort? Ist das alles der Traum eines Idealisten? Ja.

Und der Traum ist Wirklichkeit: Ein Dorf, Menschen, die dort Leben, Menschen, die die Idee aufnehmen und in die Welt tragen, damit es wieder zu Christoph Schlingensiefels Operndorf Afrika zurückkehrt.

Ganz praktisch haben Idealisten die „Festspielhaus Afrika GmbH“ gegründet, die die Bauvorhaben und die Kulturprojekte koordiniert und die für die Finanzierung des Vorhabens sorgt. Letzteres ist die große Herausforderung, die uns Tag für Tag beschäftigt. Die Verantwortung für die Menschen und die Lebendigkeit der Idee ist uns Antrieb und Energiequelle, immer wieder um die andauernde Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung nachzusuchen. Das Operndorf ist Kunst im Leben. Einen besseren Ansatz von Kulturförderung gibt es nicht.

*„Kunstschaffende werden eingeladen,
Zeit im Operndorf zu verbringen und es als Anregung, Lebens- und
Spielfläche zu benutzen.“*

Dieser Text wurde vom Team der Festspielhaus Afrika GmbH verfasst.

Europa in der Welt - EUNIC Innerhalb Europas will EUNIC, das Netzwerk der europäischen nationalen Kulturinstitute, europäische Identität gestalten und die Integration des Kontinents verbessern. Die Kulturarbeit außerhalb Europas soll zu einem besseren Verständnis zwischen Zivilisationen führen und den Dialog in einer zunehmend globalisierten Welt fördern. Bericht über EUNIC, seine Initiativen und Aktivitäten 2013.

Im Jahr 2013 hat EUNIC klare Fortschritte gemacht dank des ständigen Sekretariats, des aktiven Vorstandsgremiums und dem Engagement der Strategieguppe sowie der EUNIC-Mitglieder.

Die Mitgliederzahlen von EUNIC sind 2013 deutlich gestiegen. Auf der Generalversammlung in Löwen (Leuven) haben wir drei neue Mitglieder aus Griechenland, Lettland und Belgien aufgenommen. Bei der Generalversammlung im Dezember kam ein Mitglied aus dem neuen EU-Staat Kroatien hinzu. Heute hat EUNIC 32 Mitglieder aus 27 EU-Ländern.

Die gleiche Entwicklung beobachten wir bei den EUNIC-Clustern. Im Laufe des vergangenen Jahres ist ihre Zahl von 83 auf 89 gestiegen. Neue Cluster wurden in Otawa, Uruguay, im Iran, in Frankfurt, Israel, Kamerun und in Casablanca geschaffen. Ein wichtiger Erfolg war die Entwicklung neuer Angebote für EUNIC-Cluster. Dazu zählen etwa Projektmodelle, Schriften zu strategischen Themen sowie Unterstützung im Bereich Kommunikation durch Internet, Intranet, Newsletter, Richtlinien für soziale Medien oder das EUNIC-Handbuch.

EUNIC bietet zudem Trainingsprogramme und über den EUNIC-Cluster-Fonds direkte finanzielle Förderung für innovative Projekte.

Aktuell erweitern wir das Angebot. Wir bereiten eine Bewerbung für ein EU-Programm vor, das den Clustern die Möglichkeit eröffnen wird, zusätzliche personelle Unterstützung zu erhalten. Zudem entwickeln wir ein System, durch das Informationen über Förderungsmöglichkeiten an die Mitglieder des Netzwerks weitergeleitet werden können.

Wir betrachten EUNIC als Basis für das internationale Engagement von Mitgliedern und Clustern. Aufgabe des Netz-

werks ist es, gemeinsam in Europa aktiv zu sein und weltweit als „Eingangstor“ für Projekte in den Kulturbeziehungen zu dienen. Die nationalen Kulturinstitute, aus denen EUNIC sich zusammensetzt, stärken ihre Position durch konzentrierte Kooperation im Netzwerk EUNIC.

Innerhalb Europas konzentriert sich EUNIC darauf, die europäische Identität zu gestalten und die europäische Integration zu verbessern. Die Kulturarbeit außerhalb Europas soll zu einem besseren Verständnis zwischen Zivilisationen führen und den Dialog in einer zunehmend globalisierten Welt fördern.

In einigen Bereichen sind noch Verbesserungen notwendig. Kapazitäten müssen entwickelt werden, und es braucht mehr Verständnis für die internationalen Kulturbeziehungen unserer Zeit. Wir sind aber sehr glücklich über die Bereitschaft der EUNIC-Mitglieder, sich über Strategien für effizientere Arbeitsmodelle der EUNIC-Cluster auszutauschen.

Zuletzt möchte sich EUNIC bei den vielen Menschen bedanken, die diese Vereinigung in den letzten Jahren unterstützt und dabei geholfen haben, die Angebote für EUNIC-Cluster weltweit zu verbessern.



Charles-Etienne Lagasse, Präsident von EUNIC



Helena Kovarikova, Direktorin von EUNIC Global

Die nationalen Kulturinstitute der Europäischen Union

EUNIC, das Netzwerk der europäischen nationalen Kulturinstitute, wurde 2006 gegründet und ist führend in der kulturellen Kooperation. EUNIC hat 32 Mitglieder aus 27 Ländern und über 80 Cluster an verschiedenen Orten weltweit. Die EUNIC-Mitglieder arbeiten in über 150 Ländern mit über 2.000 Zweigstellen und Tausenden lokalen Partnern. Sie sind aktiv in den Bereichen Kunst und Kultur, Sprache, Jugend, Bildung, Wissenschaft, interkultureller Dialog und Entwicklung. Die Mitglieder beschäftigen über 25.000 Menschen und erwirtschaften zusammen einen Umsatz von mehr als 2,5 Milliarden Euro.

Das Netzwerk EUNIC basiert auf offener Zusammenarbeit. Wie eine NGO agiert es von unten nach oben mit einer kompakten, unabhängigen und flexiblen Verwaltung.

EUNIC will europäische Werte fördern und durch die Zusammenarbeit zwischen europäischen Kulturinstituten zur kulturellen Vielfalt innerhalb und außerhalb der EU beizutragen. EUNIC möchte zudem die Rolle der Kultur in Europa ausbauen und kulturellen Dialog, Austausch sowie nachhaltige Zusammenarbeit stärken.

EUNIC ist

- ein aktives Netzwerk, das gemeinsame Projekte direkt oder über seine Mitglieder und Cluster umsetzt;
- ein Netzwerk des Lernens, in dem man sich mit Mitgliedern und anderen Interessenvertretern über Ideen und Vorgehensweisen austauscht;
- ein Netzwerk, das Partnerschaften mit ähnlich gesinnten Organisationen aufbaut;
- ein Netzwerk der Fürsprache für mehr Aufmerksamkeit und höhere Wirksamkeit beim Aufbau kultureller Beziehungen zwischen Menschen weltweit.

Aufgrund seiner Expertise und seines weltumspannenden Netzwerks ist EUNIC ein wichtiger Partner in den internationalen Kulturbeziehungen. Es ist Kompetenzzentrum und Think Tank für europäische Institutionen. EUNIC ergänzt die Initiativen und Aktivitäten der EU im

Bereich Kultur. EUNIC-Projekte tragen dazu bei, Kultur mit Schlüsselfeldern wie Entwicklung, Ökologie, Konfliktprävention und Konfliktlösung zu verbinden. Die Projekte fördern in der Kreativwirtschaft Innovation und Entwicklung.

EUNICs globale Projekte

Europäisch-Chinesischer Dialog – der 5. Dialog in Xi'an

In der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Europa und China wurde mit der Eröffnung des 5. Europäisch-Chinesischen Dialogs „SPACE-CULTURE-OBJECT“ in Xi'an am 16. Oktober 2013 ein großer Schritt nach vorne gemacht. Die Inhalte dieser Veranstaltung, die von EUNIC, der Chinesischen Nationalen Akademie der Künste (CNA) und anderen Partnern organisiert worden war, kreisten um die Themen Skulptur (im weitesten Sinne des Wortes), die Rolle der Kultur im urbanen Raum, nachhaltige Stadtentwicklung, sozialer Zusammenhalt und Klimawandel. Der 5. Dialog war eine zweitägige Veranstaltung mit einer Konferenz, bei der Redner angesehener chinesischer und europäischer Kulturinstitute auftraten. In Gruppengesprächen tauschten sich Künstler, Experten und andere Teilnehmer über verschiedene Themen aus: öffentlicher Raum, urbanes Design, plastische Kunst und regionale Kultur. Vor der Konferenz in Xi'an fand ein einwöchiges Residenzprogramm für Bildhauer statt mit Künstlern aus China und Europa (Frankreich, Irland, Rumänien, Tschechien, Luxemburg, Slowakei, Italien und Österreich).

Ein Programmteil des 5. Dialogs beschäftigte sich mit den neuen Medien. Input gab es dazu von der Xi'an Akademie der Künste (Xafa) und Le Manège Mons aus Belgien.

Das übergeordnete Ziel des 5. Dialogs besteht darin, bestehende Kulturbeziehungen zu erweitern, Aktivitäten zum bilateralen Austausch in strukturierte Partnerschaften zu überführen sowie gemeinsam über Herausforderungen zwischen Europa und China nachzudenken.

Das MENA-Projekt

Leitbild

Das übergeordnete Thema unserer Arbeit im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA) ist der Kreativsektor. Dabei geht es um folgende Ziele:

- neue und realistische Zugänge in der Kulturpolitik zu erarbeiten, welche die Entwicklungen in der Region berücksichtigen und auf zivilgesellschaftliche Bewegungen und Erwartungen reagieren;
- Kapazitäten auszubauen und den kreativen Sektor sowie die unabhängige Kulturszene zu professionalisieren;
- die Mobilität und den Austausch von Künstlern und anderen Akteuren des Kulturlebens innerhalb der MENA-Region sowie zwischen der EU und der MENA-Region zu verbessern;
- die Werte Dialog und kulturelle Vielfalt in der MENA-Region durch Kulturprojekte zu fördern.

Unser Zugang ist bedürfnisorientiert.

Unsere Zielgruppen sind junge Menschen und Frauen, Akteure der Zivilgesellschaft, der private oder unabhängige Sektor und öffentliche Behörden. Unsere Basis bilden strategische Partnerschaften, das Vertrauen und die Verbindungen zwischen allen Interessenvertretern.

Mit unseren Partnern und Zielgruppen engagieren wir uns für die Werte Kultur, Vielfalt, Dialog, Frieden, Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit – mit dem Hauptziel, Kultur und Zivilgesellschaft in den Vordergrund demokratischer Transformation zu rücken.

Hintergrund

Das Leitbild des MENA-Projekts basiert auf Beratungen in der MENA-Region 2011 und 2012, genauer: auf den Empfehlungen des „Euromed Forum on Creative Industries & Society“, das von EUNIC-Clustern im Mai 2012 organisiert worden war. Dort kamen 160 Vertreter des kreativen Sektors aus sieben arabischen und europäischen Ländern zusammen.

Auf der Grundlage dieser Beratungen wurden drei Hauptarbeitsfelder bestimmt: Kulturpolitik, Kapazitätsbildung sowie Mobilität und Austausch. Aufgrund des aktuellen sozio-politischen Kontexts glauben wir, dass jetzt der entscheidende Moment

gekommen ist, um kulturelle Akteure zu stärken und mit den notwendigen Instrumenten auszustatten, damit sie positiv zu Veränderungen beitragen können.

Der MENA-Inkubator

Das MENA-Programm von EUNIC wurde entwickelt für Projekte, die sich auf Kapazitätsbildung im kreativen Sektor und in der Kulturpolitik konzentrieren. Der MENA-Inkubator funktioniert unter anderem über Training, Forschung, Konferenzen, Debatten oder Plattformen im Internet. Im Prinzip sollen Projekte entwickelt werden, die auf erkannte Bedürfnisse eingehen – gemeinsam mit spezialisierten Organisationen aus Europa und der MENA-Region. Solche Projekte können auch von EUNIC Global, von den Leitern und Clustern vorgeschlagen werden. EUNIC Global wird als Koordinator aktiv, wenn es darum geht

- kreative Projekte mit Ressourcen des Netzwerks und von anderen Interessenvertretern (Europäische Kommission, Stiftungen, Privatsektor usw.) zu verbinden;
- Synergien zwischen Clustern zu bilden;
- Projekte zusammen mit Clustern, speziellen Organisationen und strategischen Partnern zu entwickeln;
- Monitoring und Evaluationen durchzuführen.

Pilotprojekt 1: MENA/Europäisches Training für Kultur und Management im kreativen Sektor

Im Rahmen des MENA-Inkubators plant EUNIC, ein „MENA/Europäisches Training für Kultur und Management im kreativen Sektor“ zu entwickeln, und zwar in Partnerschaft mit der „Association Marcel Hicter“ (Belgien), der „Association Racines“ (Marokko) sowie der „Lebanon Development Union“ (Libanon). Dieses Training soll die Kompetenzen von Praktikern aus dem Kulturleben der MENA-Region in den folgenden Bereichen verbessern:

- Unterstützung bei der Kapazitätsbildung und Professionalisierung in kulturellen und kreativen Sektoren;
- Management von Kulturprojekten und Programmen, insbesondere aus dem Bereich der kulturellen Zusammenarbeit;
- Kartierung der Kreativindustrien und kulturpolitischen Strategien.

Mehrsprachigkeit

Poliglotti4.eu und Sprachenreiches Europa

Im Herbst 2012 ging Poliglotti4.eu in die letzte Phase. Dies ist ein EUNIC-geführtes Projekt, das zusammen mit der Europäischen Kommission finanziert und innerhalb der zivilgesellschaftlichen Plattform entwickelt wurde, um Mehrsprachigkeit in Europa zu fördern. Das Projekt brachte neun Mitgliedsorganisationen der zivilgesellschaftlichen Plattform zusammen. Es beinhaltete PR-Veranstaltungen, Networking und Forschung in drei Themenfeldern: frühe Spracherziehung, Erwachsenenbildung und soziale Dienste.

Das Netzwerkprojekt Sprachenreiches Europa wurde ins Leben gerufen, um bessere Politik und Strategien für Mehrsprachigkeit zu diskutieren und zu fördern. Im Mai 2012 erschien der erste Entwurf einer Forschungspublikation, die Trends in der Sprachpolitik und entsprechende Strategien in 24 Ländern und Regionen Europas analysiert. Untersucht werden Sprachen in der Bildung, in den Medien, in den Städten und im Geschäftsleben. Das „Babylon Centre for Studies of the Multicultural Society“ der Tilburg University führte die Studie zusammen mit Partnerinstitutionen und Experten in den teilnehmenden Ländern durch. Die Ergebnisse wurden im März 2013 in Brüssel politischen Entscheidungsträgern präsentiert. Dabei wurden zehn Empfehlungen gegeben für die Bereiche Bildung, Geschäftsleben, Medien, öffentliche Dienste und Räume sowie Sprachpolitik.

Kultur und Entwicklung

Die Online-Version der Broschüre „Kultur und Entwicklung – Aktion und Wirkung“ wurde Ende 2012 auf der Webseite capacity4dev.eu veröffentlicht. Sie soll nicht nur zeigen, dass Kultur eine entscheidende Rolle im Bereich Entwicklung spielt, sondern auch, dass EUNIC-Mitglieder auf diesem Gebiet eine Führungsrolle einnehmen können. Die neue Version der Broschüre konzentriert sich auf die Mittelmeerregion. EUNIC legt einen Schwerpunkt darauf, in einen Dialog mit der

Zivilgesellschaft im Nahen Osten und in Nordafrika zu treten, um dort eine demokratische Transformation zu unterstützen.

Kultur in den Außenbeziehungen

EUNIC Global ist ein assoziierter Partner in dem Konsortium aus nationalen Kulturinstitutionen und fachkundigen Organisationen, das den Zuschlag für die vorbereitende Aktion der EU „Kultur in den Außenbeziehungen“ erhalten hat. Die vorbereitende Aktion soll in vielen Staaten Daten und Informationen sammeln, um Ressourcen, Strategien und Meinungen über die Rolle und den Einfluss von Kultur in den Außenbeziehungen zu analysieren. Untersucht werden die EU-Mitgliedstaaten, ENP-Länder und strategische Partnerländer. EUNIC unterstützt auch die Kampagne „Mehr Europa“, eine Initiative zu den auswärtigen Kulturbeziehungen, die im Dezember 2012 gestartet wurde. Sie soll politische Entscheidungsträger davon überzeugen, die Kulturbeziehungen – eine der stärksten Vorzüge Europas – ins Zentrum der EU-Außenbeziehungen zu rücken. Basierend auf Ergebnissen von Untersuchungen und Best-Practice-Beispielen appelliert „Mehr Europa“ an die Mitgliedstaaten, an die Zivilgesellschaft und an EU-Institutionen, zusammenzuarbeiten, Ressourcen zu bündeln und Aktivitäten zu koordinieren.

Die Aktivitäten der EUNIC-Cluster 2013

Cluster – die Netzwerke von EUNIC-Mitgliedern in Städten, Regionen oder Ländern – bilden den wichtigsten Teil von EUNIC. Sie sind am aktivsten in der Entwicklung und Durchführung von Veranstaltungen sowie anderer Aktionen weltweit. Im Oktober 2012 startete EUNIC zum ersten Mal den EUNIC-Cluster-Fonds. Dieser soll Projekte von EUNIC-Clustern finanzieren und zur Kooperation motivieren. Die Ziele des Fonds sind:

- Cluster-Aktivitäten anzuregen;
- strategische Themen von EUNIC umzusetzen;
- die Zusammenarbeit zwischen Clus-

tern zu verbessern;

- EUNIC als multilateralen Player mit Mehrwert für Europa zu präsentieren.

2012/2013 bewarben sich 37 EUNIC-Cluster um Mittel aus dem Fonds, zwölf von ihnen erhielten insgesamt 80.147 Euro. Die folgenden Projekte und Cluster wurden unterstützt:

Österreich: 2. EUNIC-Woche in Wien
China: Die EU und die Kreativindustrien / EUNIC Fußabdruck
Kroatien: ArtEnergy: Kreative Visionen für Natur und Technologie
Ägypten: Diplom im Kulturmanagement – Machbarkeitsstudie/ MENA-Region
Estland: Kulturdiplomatie in einer sich verändernden Welt
Georgien: EU-Literaturnacht
Ungarn: Wettbewerb zur Förderung von Mehrsprachigkeit
Jordanien: „Sights and sounds of Europe“
Palästina: Gesten der Rückkehr: ein Kulturprogramm zu Fragen der Verdrängung der Palästinenser
Türkei: Europäischer Tag der Sprachen und Lehrertraining
Washington, USA: „European creative place-making“
Belgien: Wie man ein europäisches Projekt entwickelt – Training für EUNIC-Personal
Die Ziele des EUNIC-Cluster-Fonds 2012/2013 wurden besonders in folgenden Feldern erreicht:

- Verbesserung der Sichtbarkeit von EUNICs Aktionen für Partner und Gesprächspartner;
- Erreichen eines größeren Publikums und verschiedener Gesellschaftsschichten;
- Information über Aktionen von EUNIC in Drittländern;
- Wegbereitung für zukünftige Kooperationen und Sponsoren;
- Entwicklung neuer Formate über das Netzwerk hinaus;
- Stärkung der Beziehungen mit lokalen Communities sowie besseres Standing in der lokalen Kulturszene;
- Positionierung von Kultur als unverzichtbarem Instrument der Außenbeziehungen;
- Förderung von grundlegenden europäischen Werten sowie der Mehrspra-

chigkeit innerhalb und außerhalb der EU;

- Konsolidierung und Professionalisierung der aus dem Fonds unterstützten EUNIC-Cluster;
- Beitrag zu einem positiven Image Europas in Ländern mit zwiespältigen Haltungen zur EU;
- Kapazitätsbildung für das gesamte EUNIC-Netzwerk.

EUNIC-Cluster und Mehrsprachigkeit

Eines der Hauptinteressen von EUNIC ist die Förderung der Mehrsprachigkeit. Jedes Jahr am 26. September organisieren viele EUNIC-Cluster Veranstaltungen zum Europäischen Tag der Sprachen. 2013 waren die Cluster in dieser Hinsicht besonders aktiv und kreativ. Hier sind einige Beispiele:

Die Veranstaltung „Transpoesie“ wurde 2011 vom Cluster in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem STIB und der Loterie Nationale gegründet. 2013 begann sie offiziell am 26. September, dem Europäischen Tag der Sprachen. Nicht weniger als 25 Länder präsentierten gemeinsam den Nutzern öffentlicher Transportmittel in Brüssel 25 Gedichte in Originalsprache (insgesamt waren es 23 Sprachen) sowie deren französische und niederländische Übersetzung. In Spanien öffneten europäische Kulturinstitutionen ihre Türen, um den Europäischen Tag der Sprachen zu feiern. 20 Kulturinstitutionen in Madrid nahmen dieses Jahr an den Aktivitäten teil, die das Interesse am Sprachenlernen fördern, weniger bekannte Kulturen vorstellen und der Öffentlichkeit ermöglichen sollten, Künstler und Gastronomie aus anderen Teilen Europas kennenzulernen. Jeden Tag gab es über 40 Aktionen. Dazu zählten Theaterstücke, Kino-Workshops für Kinder, geführte Touren oder Sprachunterricht. In Peru organisierte EUNIC zum zweiten Mal einen Europäischen Tag der Sprachen im Italienischen Kulturinstitut. Am Nachmittag präsentierten verschiedene Förderer europäischer Kultur ihre Aktivitäten: traditionelle Tänze, europäische Küche und einführenden Unterricht für verschiedene europäische Sprachen. Gleichzeitig lief die Konferenz „Arbeiten mit Sprachen:

Interpretation und Übersetzung“. In Ungarn stellte das EUNIC-Cluster zum vierten Mal die „European Languages Cocktail Bar (ELCB)“ auf die Beine. 22 Institute nahmen teil, 16 verschiedene Sprachen waren vertreten. Das traditionelle Programm wurde erweitert durch ein Online-Quiz, einen Plakatwettbewerb und die Verleihung des „European Language Label“ (ELL).

Europäische Literaturnächte

Die Europäischen Literaturnächte sind eine Initiative, die von den Tschechischen Zentren in Kooperation mit EUNIC koordiniert werden. Ihr Ziel ist es, europäischen Ländern eine Plattform zu bieten, um ihre zeitgenössische Literatur in Übersetzung sowie neue literarische Stimmen vorzustellen. Das Konzept der Europäischen Literaturnacht basiert auf der Annahme, dass Literatur ein einzigartiges und kreatives Instrument ist, das den Dialog zwischen einzelnen Stimmen und Kulturen im gemeinsamen Leseerlebnis widerspiegelt. Literatur hilft dabei, sich gegenseitig besser zu verstehen und Kommunikationsbarrieren zu überwinden. 2012 wurde Literatur in ihren unterschiedlichen Formen in einer Reihe europäischer Städte präsentiert. Dazu zählten Amsterdam, Banská Bystrica, Berlin, Bratislava, Budapest, Bukarest, Dublin, Düsseldorf, Edinburgh, Jerewan, Kutná Hora, Kiew, London, Lwiw (Lemberg), Madrid, Mailand, München, Prag, Riga, Sofia, Stockholm, Warschau, Wien und Žilina. 2013 ging es weiter in Städten wie London, Bukarest, Prag, Vilnius, Warschau, Lissabon und vielen anderen. In Prag erlebte das Publikum Lesungen zeitgenössischer Literatur durch bekannte Persönlichkeiten an attraktiven und ungewöhnlichen Veranstaltungsorten. Auch in Bukarest suchten Bücher und ihre Vorleser an überraschenden Orten nach Zuhörern: in vollen Cafés, alternativen Clubs, an lauten Kreuzungen, an einer Tankstelle oder an der Bukarester Börse. Als Vorleser traten einige der bekanntesten rumänischen Schauspieler, Journalisten, Dichter, Rapper sowie andere Prominente auf. Die Bandbreite der Prosa bei der Europäischen Literaturnacht in London 2013 war

so groß wie der europäische Kontinent selbst.

Kultur in den Außenbeziehungen – Die Stärker der Kreativindustrien
Ein anderer Interessenschwerpunkt von EUNIC ist Kultur in den Außenbeziehungen. Einige Beispiele:

Zimbabwe

Die Alliance Française, der British Council und das Goethe-Institut starteten unter dem Banner des EUNIC-Clusters in Zimbabwe und in Partnerschaft mit der Europäischen Union am 18. Oktober 2013 das Programm „Kreatives Zimbabwe“. Die EU unterstützt es mit 495.000 Euro. Das Geld soll in den nächsten 18 Monaten dafür eingesetzt werden, den Kultursektor in Zimbabwe zu professionalisieren.

Jordanien

2012 und 2013 hatte EUNIC in Jordanien von der EU-Delegation in Amman den Auftrag, die Entwicklung der Kreativindustrien in diesem Land zu unterstützen. EUNIC brachte Vertreter von vier verschiedenen Teilsektoren erstmalig zusammen. Dieses Treffen half ihnen zu erkennen, dass sie sich mit den gleichen Themen beschäftigen. Um die Bedürfnisse und Meinungen zusammenzufassen, gab EUNIC in Jordanien eine Studie in Auftrag, die in Form eines „Call for Action“ Vorschläge macht, wie man die gemeinsamen Herausforderungen bewältigen kann.

Südafrika

Das EUNIC-Cluster in Südafrika hat eine Initiative entwickelt, die die Beziehungen zwischen der EU und Südafrika auf dem Gebiet der Kreativindustrien stärken und die Entwicklung dieses Wirtschaftssektors in Südafrika unterstützen soll. Dieses Projekt ist Ergebnis einer erfolgreichen Bewerbung um Finanzierung durch die Europe Aid „European Union – South Africa Trade Development Agreement Facility“. Ein Element des Programms ist die Förderung des politischen Dialogs zwischen der EU und Südafrika. EUNIC in Südafrika war einer der Organisatoren der dreitägigen Konferenz, die vom 6. bis 8. August 2013 an der Universität von Johannesburg stattfand. Dort

kamen Vertreter des südafrikanischen Kunst- und Kultursektors zusammen, um sich mit zentralen Themen und Möglichkeiten der Kreativindustrie in der Region zu beschäftigen.

Training

Die 5. EUNIC-Sommerakademie

Anfang Juni 2013 trafen sich 18 Teilnehmer aus Mitgliedsinstitutionen von EUNIC zur fünften EUNIC-Sommerakademie. Organisiert in Zusammenarbeit mit dem Bureau International Jeunesse drehte sich das einwöchige Training um das Titelthema „Get into Urban Arts!“. Dabei entstanden drei Videos über die urbane Welt der Künste, von denen jedes in einer anderen belgischen Stadt produziert wurde. Die Teilnehmer der Sommerakademie präsentierten die Filme den EUNIC-Leitern bei der EUNIC-Generalversammlung am 14. Juni 2013 in Löwen.

EUNICs Präsenz beim Training für zukünftige Leiter von EU-Delegationen im Europäischen Auswärtigen Dienst

Im Juli 2013 hatte EUNIC die Möglichkeit, die Vereinigung und das Netzwerk von EUNIC-Clustern bei einer Trainingseinheit für zukünftige Leiter von EU-Delegationen im Europäischen Auswärtigen Dienst vorzustellen. Dies weckte das Interesse der Teilnehmer an einer Interaktion mit den EUNIC-Clustern in ihren jeweiligen Ländern. So wurde ein Beitrag zur verstärkten Zusammenarbeit mit EU-Delegationen geleistet.

Wie man ein europäisches Projekt entwickelt

Am 6. und 8. November 2013 lief in Brüssel das Trainingsprojekt „Wie man ein europäisches Projekt entwickelt“. Das von EUNIC Global finanzierte und vom EUNIC-Cluster in Brüssel organisierte Projekt brachte 38 Mitglieder aus dem EUNIC-Netzwerk zusammen. Am Seminar nahmen Spezialisten und erfahrene Akteure für kulturelle Projekte auf europäischer Ebene teil sowie der Direktor des Kultursektors bei der Europäischen Kommission, Karel Barták, der das Programm „Kreatives Europa 2014-2020“ präsentierte.

Das Kulturstipendium von EUNIC in Kroatien

Um das Interesse zukünftiger kroatischer Führungsfiguren des Kulturlebens an Kulturinstitutionen in der EU zu stärken, entschied sich das EUNIC-Cluster in Kroatien zusammen mit dem kroatischen Kulturministerium, ein EUNIC-Kulturstipendium ins Leben zu rufen. Es wurde im Jahr 2013 zum zweiten Mal genehmigt; die Stipendiaten waren Vanja Zanko, Ivana Katić und Gaella Gottwald.

Das jährliche Praktikantenprogramm für junge russische Kuratoren 2013-2014

Das Programm wird von Mitgliedern der EUNIC-Cluster in Moskau durchgeführt – vom Österreichischen Kulturforum, British Council, Goethe-Institut, von der Schwedischen Botschaft und dem Französischen Institut in Moskau. Im Laufe des Programms sollen junge russische Kuratoren an führenden europäischen Kulturinstitutionen Erfahrungen sammeln. Bewerber haben die Chance, in einem von fünf Ländern ein Praktikum zu absolvieren, um die Arbeit führender Galerien und Museen zu erleben, mit einheimischen Kuratoren zusammenzuarbeiten und ihre eigenen Projekte zu entwickeln.

EUNIC Governance

Die Generalversammlungen von EUNIC

Die Generalversammlung von EUNIC ist ein Entscheidungsgremium, das die CEOs, Präsidenten und Generalsekretäre der EUNIC-Mitglieder versammelt. Die Generalversammlung genehmigt neue Mitgliedschaften sowie Cluster und bestimmt die Strategie, das Budget und interne Regeln für das Netzwerk. Folgende Treffen fanden in Belgien statt:

13. bis 14. Dezember 2012, Brüssel
13. bis 14. Juni 2013, Löwen
12. bis 13. Dezember 2013, Brüssel

EUNICs Strategie-Gruppentreffen

Diese Gruppe versammelt zwölf Senior Manager von EUNIC-Mitgliedern, den Direktor von EUNIC Global und den EUNIC-Präsidenten. Sie berät das Vorstands-

gremium und die Leiter zu relevanten Themen und spricht Empfehlungen aus. Diese Gruppe profitiert von der Erfahrung und der Expertise der Kollegen in den Mitgliedsorganisationen und von außerhalb. Letzte Treffen in Brüssel, Belgien:

4. bis 5. Dezember 2012, Brüssel, Belgien
14. bis 15. März 2012, Brüssel, Belgien
24. bis 25. Oktober 2013, Brüssel, Belgien

Regionale Cluster-Treffen

Bei den Regionaltreffen von EUNIC kommen Vertreter von EUNIC-Clustern zusammen. Sie finden in fünf verschiedenen Regionen statt: Europa, Amerika, MENA-Region, Subsahara-Afrika und Asien. Diese Treffen sind dafür gedacht, Wissen auszutauschen, neue Initiativen zur Verbesserung der Cluster-Arbeit anzustoßen sowie über Möglichkeiten für zukünftige Zusammenarbeit zu diskutieren. MENA-Regionaltreffen: 14. bis 16. November 2012, Beirut, Libanon
Europäisches Regionaltreffen: 3. bis 5. Februar 2012, Warschau, Polen
Cluster-Treffen: 19. bis 20. November 2013, London, Großbritannien

Treffen des Vorstandsgremiums

Die Leiter wählen ein Vorstandsgremium aus drei Mitgliedern: einen Präsidenten, einen ersten Vizepräsidenten und einen zweiten Vizepräsidenten. Das Vorstandsgremium agiert als geschäftsführendes Komitee. Der zweite Vizepräsident übernimmt die Position des Schatzmeisters.

EUNIC Vorstandsgremium (Juli 2012 – Juni 2013): Delphine Borione, Direktorin für Kulturpolitik und Französisch der französischen Generaldirektion für Globalisierung am französischen Außen- und Europaministerium – Präsidentin von EUNIC
Charles-Etienne Lagasse, WBI, Belgien – Vize-Präsident von EUNIC;
Annika Rembe, Schwedisches Institut, Schweden – EUNICs zweite Vizepräsidentin und Schatzmeisterin.

EUNIC-Gremium seit Juni 2013

Charles-Etienne Lagasse, Wallonie-Bruxelles Internationale, Belgien – EUNIC-Präsident;
Annika Rembe, Schwedisches Institut, Schweden – Vizepräsidentin von EUNIC
Rafael Rodriguez-Ponga, Instituto Cer-

vantes, Spanien – EUNICs zweiter Vizepräsident und Schatzmeister.

EUNIC Global Office

Vollzeitpersonal

Helena Kovarikova, Direktorin seit Juli 2012;
Kamila Gawronska, Beauftragte für Networking und Kommunikation seit November 2011;
Khadija El Bennaoui, MENA-Projekt Koordinatorin seit November 2012.

Das EUNIC-Jahrbuch 2012-2013

Das EUNIC-Jahrbuch 2012-2013 „Kultur und Konflikt – Herausforderungen für Europas Außenpolitik“, das Anfang 2013 vom Institut für Auslandsbeziehungen herausgegeben wurde, beschäftigt sich mit der Rolle von Kultur in Konfliktregionen. Es analysiert die Chancen und Herausforderungen, Risiken und Grenzen kulturellen Engagements in Regionen, die von Krisen und Konflikten erschüttert werden. Das Jahrbuch versucht die Frage zu beantworten, welche Auswärtige Kulturpolitik Europa braucht, damit Kunst, Bildung und interkultureller Dialog Türen öffnen, Vertrauen zwischen Communities aufbauen und dabei helfen, Konflikte auf der Welt zu verhindern.

EUNIC-Webseite, Newsletter und soziale Medien

Die Webseite www.eunic-online.eu enthält wichtige Informationen und Aktualisierungen zu Aktivitäten und Projekten von EUNIC Global; auch Aktionen von EUNIC-Clustern werden vorgestellt. Der elektronische EUNIC-Newsletter wird monatlich an die Mitglieder des Netzwerks und an externe Abonnenten versandt. Er informiert über die Aktivitäten von EUNIC-Clustern und EUNIC Global. EUNIC ist auch auf Facebook und Twitter sehr aktiv. Mindestens einmal am Tag aktualisieren wir das Netzwerk mit interessanten Nachrichten, Informationen über Initiativen aus dem Kulturleben oder Fördermöglichkeiten. 2013 haben wir zudem EUNIC-Konten bei Flickr und YouTube ein-

gerichtet. Die Konten bei Facebook und Twitter sowie die Webseite Poliglott4.eu werden täglich aktualisiert.

Start des EUNIC-Handbuchs

Das im Juni 2013 veröffentlichte EUNIC-Handbuch enthält alle relevanten Informationen für die Mitglieder des Netzwerks. Es bietet einen allgemeinen Überblick über Aktivitäten und Führung von EUNIC, Kernthemen, Treffen, Gruppen, Mitglieder und Cluster. Das Handbuch beinhaltet Strategiepapiere, Informationen über die Organisationsstruktur und relevante Ansprechpartner. Das Handbuch ist auch das erste Nachschlagewerk für EUNIC-Cluster und ersetzt frühere Richtlinien. Es bietet Hilfestellung zu Aufbau und Führung eines Clusters, berät zu praktischen Fragen und bietet alle notwendigen Vorlagen, Beispiele für Modellprojekte und Beratung für eine finanzielle Förderung durch die EU.

Start der neuen optischen Identität von EUNIC

Seit Juni 2013 hat EUNIC ein neues visuelles Erscheinungsbild. Dazu zählen ein „aufpoliertes“ Logo für EUNIC Global und für die EUNIC-Cluster, neue Richtlinien für visuelle Identität sowie Vorlagen für EUNIC-Flugblätter, E-Mail-Signaturen, EUNIC-Ordner, Einladungskarten, Power Point-Vorlagen, Briefpapier, Visitenkarten oder Umschläge.

Start der EUNIC-Webseite mit Intranet

Im Dezember 2013 startete EUNIC eine neue Webseite mit Intranet. Allen Clustern stehen dort individuelle untergeordnete Webseiten zur Verfügung. Der Internetauftritt ist damit benutzerfreundlicher gestaltet.

Finanzen

Das Vorstandsgremium liefert in der Generalversammlung von EUNIC jedes Jahr einen Finanzbericht ab. Darüber hinaus verteilt EUNIC Global Office alle

zwei Monate einen Haushaltsbericht an alle EUNIC-Mitglieder. Dieser enthält eine Übersicht über Einnahmen und Ausgaben im aktuellen Haushaltsjahr. Die Global Office informiert zudem das Vorstandsgremium regelmäßig über den finanziellen Zustand von EUNIC. Um Transparenz zu fördern und eine komplette Übersicht der Aktivitäten zu bieten, liefert EUNIC seinen Mitgliedern einen jährlichen Finanzbericht. Dieser wird mit Hilfe eines externen Wirtschaftsprüfungsunternehmens vorbereitet, das Kopien von allen Rechnungen erhält. Begleitend wird jedes Jahr eine externe Rechnungsprüfung in Auftrag gegeben.

Mitglieder des EUNIC-Netzwerks

Österreichisches Kulturforum
Österreichisches Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Wallonie-Bruxelles International
Flemish Department of Foreign Affairs
Bulgarisches Kulturministerium
Stiftung Croatian House
Tschechische Zentren
Ministerium für Bildung und Kultur Zypern
Dänisches Kulturinstitut
Estnisches Kulturinstitut
Finnische Kulturinstitute
Institut Français
Alliance Française
Französisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Goethe-Institut
Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa)
Balassi-Institut (Ungarische Kulturzentren)
Società Dante Alighieri
Italienisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
Culture Ireland
Lettisches Institut
International Cultural Program Center
Litauen
Centre Culturel de Recontre Abbaye de Neumünster
DutchCulture, (Zentrum für internationale Zusammenarbeit)
Polnisches Außenministerium
Camões-Institut
Rumänisches Kulturinstitut
Slowakisches Außenministerium
Slowenisches Kulturministerium

Instituto Cervantes
Schwedisches Institut
British Council

Aktivitäten der EUNIC-Cluster 2013

Mehrsprachigkeit

Europäische Sprachen

März 2013, EUNIC in den Niederlanden, Sprachenreiches Europa
April 2013, EUNIC in Melbourne, Europäisches Sprachenfestival 2013 „Carnival“
September 2013, EUNIC in Bosnien und Herzegowina, Europäischer Tag der Sprachen
September 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Speak Dating
September 2013, EUNIC in Rom, Parleuro Pa – Il Rally delle lingue
September 2013, EUNIC in Litauen, Europäische Literaturnächte
September 2013, EUNIC in Litauen, Europäischer Tag der Sprachen
September 2013, EUNIC in Georgien, Europäischer Tag der Sprachen
September 2013, EUNIC in der Slowakei, Europäischer Tag der Sprachen
September 2013, EUNIC in Bukarest, Europäischer Tag der Sprachen
September 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Tag der Sprachen in Toronto
September 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Tag der Sprachen in Montreal
September 2013, EUNIC in Estland, Europäischer Tag der Sprachen
Oktober 2013, EUNIC in Jordanien, Europäischer Tag der Sprachen
November 2013, EUNIC in Vietnam, Europäischer Tag der Sprachen

Europäische Literatur

Januar 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Toronto
Februar 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Vancouver
März 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Toronto
März 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Montreal
April 2013, EUNIC in Kanada, Lisez l'Europe/Metropolis Bleu in Montreal
Mai 2013, EUNIC in den Niederlanden, Europäische Literaturnacht
Mai 2013, EUNIC in Vietnam, Europäische Literaturtage
Mai 2013, EUNIC in Bukarest, Europäische

Literaturnacht

Mai 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Toronto
Mai 2013, EUNIC in Irland, Europäische Nacht der Literatur – Wörter auf der Straße
Juni 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Vancouver
Juni 2013, EUNIC in Paris, Literaturnacht
Juni 2013, EUNIC in Dänemark, Festival zeitgenössischer europäischer Dramatiker
Juli 2013, EUNIC in Georgien, Europäische Literaturnacht
August 2013, EUNIC in Cordoba, FILIC – Festival Internacional de Literatura en Cordoba
Oktober 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Toronto
Oktober 2013, EUNIC in Kanada, Europa @ IFOA in Toronto
November 2013, EUNIC in Kanada, Europäischer Buchclub in Toronto
November 2013, EUNIC in New York, Festival Neue Literatur aus Europa

Kunst

Bildende Kunst

Januar 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
Februar 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
Februar 2013, EUNIC in Estland, Nova's Kinoclub, Supernova Kinoclub
März 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
April 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Cinéma sans frontières
April 2013, EUNIC in Brasilien, Europäisches Filmfestival
April 2013, EUNIC in New York, Disappearing Act V, Europäisches Filmfestival
April 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Filmfestival in Curitiba
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Europäisches Filmfestival
Mai 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
Mai 2013, EUNIC in Bosnien und Herzegowina, Europäische Filmwoche
Juni 2013, EUNIC im Senegal, Festival Image et Vie
Juni 2013, EUNIC in Bosnien und Herzegowina, Kinderfestival Sarajewo
Juni 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club

Juni 2013, EUNIC in Vietnam, 5. Europäische Dokumentarfilmwoche
August 2013, EUNIC in Namibia, EUNIC-Filmfestival
November 2013, EUNIC in Irland, Short Shorts from Europe!

Darstellende Künste

Januar 2013, EUNIC in den Niederlanden, Shadows of Heaven
Januar 2013, EUNIC im Senegal, Cycle de petit déjeuner
Februar 2013, EUNIC im Libanon, Zoukak Sidewalks
Februar 2013, EUNIC im Senegal, Cycle de petit déjeuner
Februar 2013, EUNIC in Kroatien, Symposium „Kunst unterstützen – verschiedene europäische Praktiken“
Februar 2013, EUNIC in Estland, Debatierclub
März 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Europäische Stimmen
April 2013, EUNIC in Vietnam, „Hanoi Sound stuff“
April 2013, EUNIC in Jordanien, Jazz Festival
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Europäisches Konzert
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Gastronomisches Festival
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Europäischer Basar
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Europäischer Laufwettbewerb
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Tennisturnier für wohltätige Zwecke
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Europas Regatta-Woche
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Fußballspiel für wohltätige Zwecke
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Start des „Cuisine Book“
Mai 2013, EUNIC in Estland, Europatag
Mai 2013, EUNIC in Kanada, Europatag in Toronto
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Jazz-Konzert
Juni 2013, EUNIC im Senegal, Cycle de petit déjeuner
Juni 2013, EUNIC in Paris, Semaine des cultures étrangères
Juni 2013, EUNIC in Bukarest, Offene Nacht der Kulturinstitute
Juni 2013, EUNIC in Libanon, Fête de la musique
Juli 2013, EUNIC in Rom, Concerto per l'Europe a Gavo

September 2013, EUNIC in New York, Festival Moving Sounds
September 2013, EUNIC in Jordanien, Sights and Sounds of Europe
September 2013, EUNIC in Vietnam, Europäisches Festival für zeitgenössischen Tanz „Europa trifft Asien im zeitgenössischen Tanz“
September 2013, EUNIC in der Slowakei, EuroCine Club
September 2013, EUNIC in Kroatien, Filmfestival Zagreb
September 2013, EUNIC in Jordanien, Konzert Saint-Louis Blooze
November 2013, EUNIC in Bogota, Festival Dame tu lengua
November 2013, EUNIC im Senegal, Cycle de petit déjeuner
Dezember 2013, EUNIC in Bukarest, Europäisches Comic-Festival
Dezember 2013, EUNIC in Paris, Europa an einem Tag
Dezember 2013, EUNIC in Rom, Europäisches Weihnachtskonzert

Kultur und Entwicklung

Januar 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Villes littéraires, villes européennes: München
Februar 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Villes littéraires, villes européennes: Madrid und Porto
Februar 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Villes littéraires, villes européennes: Ferrara und Bordeaux
März 2013, EUNIC in Kroatien, Kulturstipendium
Mai 2013, EUNIC in Frankreich/ Bordeaux-Aquitaine, Village européen
Juli 2013, EUNIC in Kroatien, ArtEnergy
November 2013, EUNIC in Rom, A Vinci don Chisciotte e Democrazia Cosa ci fa sentire davvero europei? Öffentliche Diskussion
November 2013, EUNIC in Chile, 50 Jahre European Southern Observatory

Kreativindustrien

Mai 2013, EUNIC in Jordanien, Festival Plattform für die Kreativindustrien
Oktober 2013, EUNIC in Jordanien, Schritt in die Zukunft

Diskussionsforen, Vorträge, Workshops, Konferenzen und Projekte
Januar 2011-2013, EUNIC in Indien, EUNIC-Vortragsreihe

Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Brasilien und Europa: Vor globalen Herausforderungen stehen – Seminar
Mai 2013, EUNIC in Brasilien, Seminar zur nachhaltigen Entwicklung
Juni 2013, EUNIC in Jordanien, Entwicklung einer Studie des Kreativsektors
Oktober 2013, EUNIC in New York, Die Ursprünge und Auswirkungen des Ersten Weltkriegs: eine interdisziplinäre Konferenz

Konferenzzusammenfassung

„Europe from outside“ („Europa von außen“) ifa-Konferenz, Brüssel 12. Dezember 2012

Von Charles-Etienne Lagasse

1. Positive Sichtweisen auf Europa

Der erste Punkt betrifft die Sichtweisen auf Europa, wenn man es von außen betrachtet. Nathalia Chaban präsentierte hierzu mehrere positive Schlagworte:

- „Wirtschaftsgigant“, „stark“, „der Euro als Stärke“,
- „Vereinigung“, „Freundschaft“, „Zusammenschluss“, „Befriedung“,
- „modern“, „effizient“,
- „smart“, „ethisch“, „sanft“,
- „Das Skandinavien der Welt“.

Alle untersuchten Länder sehen die EU in erster Linie als kommerziellen Akteur, aber auch als wichtigen Player in Wissenschaft und Forschung. Weltweit kommen die besten Ergebnisse zur Wahrnehmung Europas aus Indien, Thailand, Russland und Korea. Diese positiven Sichtweisen bestätigen einige Untersuchungen zur gegenseitigen Wahrnehmung von Chinesen und Europäern. 2010 führte eine von der Universität in Nottingham in Kooperation mit chinesischen, niederländischen, deutschen und anderen britischen Partnern durchgeführte Befragung von 3.000 Menschen in sechs chinesischen Städten zu interessanten Ergebnissen. Eines davon lautet: Bei Chinesen schneiden Europa und die europäischen Bürger im Vergleich zu anderen Ländern am besten ab. Eine genauere Analyse zeigt, dass

sich diese positiven Eindrücke von Europa auf folgende Felder beziehen: wissenschaftlicher Fortschritt (85,2 Prozent), Umweltschutz (81,6 Prozent), internationale Wirtschaft (75,4 Prozent), Frieden in der Welt (69,8 Prozent). Die Studie zeigt eine äußerst positive Haltung gegenüber europäischer Kultur, inklusive Mode, Musik und Film, sowie gegenüber Innovation, unternehmerischem Handeln und der Vorstellung von Demokratie. Zudem halten Chinesen Europäer für die am wenigsten aggressiven Ausländer. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Menschen sehen die EU umso positiver, je mehr sie über diese wissen. Der erste Schluss, den man aus diesen Ergebnissen ziehen kann, lautet: Europäer brauchen mehr Selbstvertrauen.

2. Negative Wahrnehmungen

Neben den positiven Sichtweisen zeigte uns die Rednerin, dass Europa auch negativ wahrgenommen wird. Beispiele für entsprechende Zuschreibungen waren:

- „Krise“,
- „Protektionismus“,
- „Uneinigkeit“,
- „lokaler Gigant aber globaler Zwerg“.

Verschiedene Länder betrachten Europa nicht mehr als wichtigen Akteur – weder in der Weltpolitik noch in der Weltwirtschaft. Wie die Rednerin in ihrem Vortrag erklärte, sehen nur zwei Länder Europa zukünftig in der ersten Reihe: Russland und ... China! Alle anderen betrachten uns als Macht im Niedergang, als weniger bedeutende oder zweitrangige Macht. Europa wird nur als „Soft Power“ gesehen. Erinnern wir uns an diese Sprüche: „US fight, UN talks, EU funds“ („Die USA kämpfen, die UNO diskutiert, die EU finanziert“), oder „EU is not a player, but only a payer“ („Die EU ist kein Mitspieler, sondern nur Zahlmeister“). Wenn wir uns nicht damit begnügen wollen, provinzielle Akteure auf der Weltbühne zu sein, müssen wir eine europäische Außenpolitik entwickeln, die sich von der Regel der Einstimmigkeit verabschiedet. Gleichzeitig aber müssen wir aus unseren Vorzügen Kapital schlagen und weiter daran arbeiten, eine europäische Soft Power aufzubauen.

3. Agieren wir immer noch alleine?

Die Trennlinien in den europäischen Strukturen und Prozeduren, aber auch die Spaltung der europäischen Akteure, die sich in ihren Beziehungen mit ausländischen Mächten oft gegeneinander ausspielen, sind eine offensichtliche Schwäche Europas. Wir haben von Jean-Pierre Deru ein Plädoyer für mehr politische Einheit in Europa gehört. Die europäischen Entscheidungsprozesse in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müssen verbessert werden. Aber da Kultur nicht als europäische Kompetenz gilt, ist vorläufig EUNIC die richtige Antwort und könnte, insbesondere aufgrund seiner weniger bürokratischen Struktur ein Werkzeug der Kulturpolitik sein. EUNIC muss selbstverständlicher mit den europäischen Strukturen arbeiten: in Brüssel mit der Generaldirektion Bildung und Kultur (DG EAC), mit der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit (DG DEVCO), mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und sogar mit dem Europäischen Parlament; außerhalb Europas mit den Europäischen Delegationen. Die Expertise der EUNIC-Mitglieder sollte genutzt werden, um europäische Diplomaten für die kulturelle Dimension ihrer Arbeit zu sensibilisieren: Warum also kein Trainingsprogramm für Diplomaten auf neuen Posten anbieten? Warum kein regelmäßiger Dialog im Ausland zwischen den EUNIC-Clustern und den Europäischen Delegationen?

4. Europa als großes Museum?

In Ländern wie China wird Europa oft nur als großes Museum betrachtet, als Ort für das historische Erbe und die Hinterlassenschaften der Vergangenheit, ohne dabei die außergewöhnliche Kreativität des Kontinents in Wissenschaft, Technologie oder Kultur zu berücksichtigen. Die meisten europäischen Länder haben ehrgeizige Programme für wissenschaftliche und technologische Entwicklungen gestartet und gehören damit zur Weltspitze. Es entwickelt sich ein neues industrielles Zeitalter auf der Grundlage des „goldenen Dreiecks“. Dies ist das Ergebnis der Interaktion zwischen Bildung, Forschung und Unternehmertum. In den Mitgliedstaaten wie auch in der

europäischen Politik lauten die Mottos „Innovation“ und Kreativität“. Zahlen des Europäischen Patentamts belegen die europäische Produktivität. Zwischen 2008 und 2012 lag die Zahl der Patente aus europäischen Ländern bei rund 92.000 pro Jahr – damit überstieg ihre Zahl jene der Patente aus Asien oder den USA (siehe Tabelle). Beim kulturellen Aspekt der Außenpolitik geht es nicht um das Erbe oder klassische Künste, sondern um die Förderung der Kreativen in allen kulturnahen Feldern: Performances, bildende Kunst, Film, Musik, Design, Mode, neue Bildtechnologien. Der wachsende Anteil der Kulturindustrie am Bruttosozialprodukt ist eine Antwort auf die Wirtschaftskrise.

Jahr	Europa	USA	CHINA S.KOREA JAPAN
2008	93.359	61.193	56.416
2009	87.544	53.901	61.193
2010	92.762	60.776	61.193
2011	91.967	60.137	77.576
2012	94.060	63.504	84.996

5. Arrogantes Europa?

Wir haben auf der Konferenz auch von den Schwierigkeiten gehört, Beziehungen mit Ländern zu pflegen, die Probleme mit Demokratie haben sowie von der Kontrolle digitaler Hilfsmittel durch Machthaber. Die EU wird auch als „arrogant“, „paternalistisch“ und „normative Macht“ betrachtet, die willens ist, andere Länder zu verändern und ihnen Lektionen zu erteilen. Besonders hilfreich ist diese Haltung nicht. Vielmehr besteht der einzig sensible Weg im Dialog. Auf der Konferenz wurden dafür mehrere Beispiele und Methoden vorgestellt: der seit fünf Jahren von EUNIC durchgeführte Kulturdialog zwischen Europa und China, der „Kulturkompass Europa-China“ von EUNIC, Kuratoren und die Arbeit in Paaren wie im Management des „Culture Fund of Zimbabwe Trust (Farai Mpfunya), das iranische Kunstmagazin „Art Tomorrow“ oder die Österreichischen Kulturforen.

6. Ein Widerspruch zwischen Werten und Interessen?

Im Konflikt zwischen der Förderung unserer Werte und der Verteidigung unserer Interessen, auch der wirtschaftlichen, besteht eine erste mögliche Antwort darin, über die Aufwertung universaler Standards zu verhandeln – auf der wirtschaftlichen und der sozialen Ebene wie auch in den Bereichen Umweltschutz und Ethik. Denken Sie etwa an die Vereinbarungen der UNO vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, an die Unesco-Konvention vom 20. Oktober 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen oder an die bilateralen EU-Abkommen mit verschiedenen Staaten. Ein zweiter Weg besteht darin, gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Etwa: Was bedeutet „kulturelle Vielfalt“ – nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern auch in unseren eigenen Ländern? Wie kann Kultur die nachhaltige Entwicklung unserer Städte befördern? Was ist die richtige Distanz zwischen Staat und Künstler? Wie können wir die notwendige Freiheit für kulturelles Schaffen mit der ebenfalls notwendigen Unterstützung durch öffentliche Stellen miteinander in Einklang bringen?

7. Was ist das Besondere an Europa?

Zu oft wird Europa als Teil der amerikanischen Zivilisation betrachtet und als englischsprachige Zone, ohne deren außergewöhnliche kulturelle und sprachliche Vielfalt zu berücksichtigen. Diese aber machen Europas Stärke aus. Leider ist die Europäische Kommission dafür kein gutes Beispiel. Trotz offizieller Reden über Mehrsprachigkeit bewegt sie sich in der Praxis zu oft in eine andere Richtung. Zwei Beispiele: Für die Beitrittsverhandlungen hatte Bulgarien seine Delegation aus Französisch sprechenden Mitgliedern zusammengesetzt. In letzter Minute entdeckten die bulgarischen Behörden, dass die europäischen Verhandlungspartner nicht in der Lage waren, auf Französisch zu verhandeln, und mussten ihr gesamtes Personal auswechseln.

In Brüssel, der Hauptstadt eines Landes, in dem Niederländisch, Französisch und Deutsch die offiziellen Sprachen sind, ziehen es die Kommission und andere europäische Institutionen in der Regel vor, für ihre Kommunikation mit der Öffentlichkeit (zum Beispiel über Anschläge an offiziellen Gebäuden) nur die englische Sprache zu nutzen. Erst nachdem sich Bürger darüber beschwert hatten, wurden einige Anschläge in die Nationalsprachen übersetzt. Seit seiner Gründung betrachtet EUNIC Mehrsprachigkeit als zentrales Handlungsfeld und nimmt an mehreren Programmen oder Projekten zu diesem Thema teil: Poliglotti4.eu, „SprachenReiches Europa (SRE), Sprachentage, Europäische Literaturmächte etc. Um nun aber auf die europäischen Besonderheiten zurückzukommen: Wir müssen die echten europäischen Werte betonen. Zu diesen gehört ein Gesellschaftsmodell aus Freiheit, Gleichheit und Säkularität. Die aktuelle Krise besteht gerade darin, dass die drei Pole dieses magischen Dreiecks in Gefahr sind. Europa muss seine unabhängigen Positionen in der Weltpolitik noch vervielfachen. Ein gutes Beispiel dafür war in der Vergangenheit Europas aktive Rolle bei der Verteidigung der Unesco-Konvention zur kulturellen Vielfalt.

8. Mit jungen Menschen sprechen

Die zuvor erwähnten Umfragen haben auch gezeigt, dass in Ländern wie China junge Menschen am wenigsten positiv von Europa denken. Wir müssen unsere Aktivitäten auf diese ausrichten und die passenden Medien nutzen, um diese Altersgruppe anzusprechen. Unsere Redner haben einige Beispiele für Initiativen in dieser Richtung gegeben: soziales Networking, zeitgenössischer Tanz, Hip-Hop. Durch gebündelte Aktionen seiner Mitglieder könnte EUNIC ein „Trainingsprogramm für junge europäische Führungskräfte“ starten.

9. Nur mit Eliten arbeiten?

Wir haben auf der Konferenz gehört, dass Europa für die Zusammenarbeit mit lokalen Eliten (zum Beispiel in Afrika) kritisiert worden ist.

Umfragen zeigen, dass Zivilgesellschaften keine ausreichenden Kenntnisse über Europa haben und dass die Menschen Europa umso positiver sehen, je mehr sie darüber wissen. Wir müssen uns mit unseren Aktivitäten an die Zivilgesellschaften wenden. Auch dies ist eine Stärke von EUNIC, Räume für Dialog zu schaffen. Dafür wurden auf der Konferenz mehrere Beispiele angeführt. Hinzufügen möchte ich noch das sich gerade entwickelnde EUNIC-Programm zur Unterstützung des kulturellen Sektors in der MENA-Region. Anstatt den kulturellen Akteuren dort ein unilaterales Angebot zu machen, hat EUNIC mehrere Treffen mit Künstlern und Veranstaltern des Kulturbetriebs organisiert, um sich deren Bedürfnisse anzuhören. Dies geschah im September 2011 in Rabat und im November 2012 in Beirut. Im Mai 2012 trafen sich dank dem jordanischen Cluster 180 Vertreter des kreativen Kultursektors beim „Euromed Forum of the Dead Sea“. Für viele von ihnen war dies die erste Gelegenheit, einander kennenzulernen. Im Juli 2012 organisierte das tunesische Cluster ein Forum in Bizerte, um Erfahrungen mit der Rolle regionaler Kulturzentren für die Entwicklung einer Kulturdemokratie auszutauschen. Das MENA-Programm von EUNIC orientiert sich tatsächlich an den Bedürfnissen der Teilnehmer.

10. Kultur als Instrument für Entwicklung

Der Redner aus Afrika wie auch andere Konferenzteilnehmer betonten: Kultur ist ein Instrument für Entwicklung. EUNIC berücksichtigt diesen Gedanken; das Netzwerk muss auch eine Rolle für die Entwicklung spielen. EUNIC war mit der Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit (DEVCO) und Belgien, das 2010 die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, an der Publikation der Broschüre „Kultur und Entwicklung“ beteiligt, in der mehrere Beispiele für konkrete Projekte von EUNIC-Mitgliedern oder Clustern genannt wurden, die Kultur und soziale oder wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden. Deshalb ist die Kooperation zwischen den Clustern und den EU-Delegationen von entscheidender Bedeutung. Mit seinem Netzwerk aus 29 Mitgliedern von 24 Mitgliedsstaaten und 83 Clus-

tern auf der ganzen Welt ist EUNIC ein naheliegender Partner für europäische Institutionen. EUNIC kann EU-Pläne und Aktionen im Bereich Kultur innerhalb und außerhalb Europas komplementieren. Das Netzwerk hat viel zu bieten und sucht den regelmäßigen Dialog mit diesen Institutionen – nicht nur in Brüssel, sondern weltweit.

Charles-Etienne Lagasse ist Generalinspekteur des WBI (Wallonie-Bruxelles International) und Vizepräsident von EUNIC.

Impressum

ifa



Herausgeber: EUNIC, Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa)
und Europäische Kulturstiftung (ECF) Amsterdam

Redaktion: William Billows, Sebastian Körber
Mitarbeit: Dr. Mirjam Schneider, Kamila Gawronska,
Helena Kovarikova
Gestaltung: Eberhard Wolf
Adresse ifa: Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Druck: Steidl Verlag Göttingen
Übersetzung: Karin Betz, Karola Bartsch, William Billows,
Carmen Eller, Pavel Lokshin, n-ost, Carla Noever Castelos

Die Beiträge geben die Meinungen der Autoren wieder.

Fotohinweise Bildstrecke: S.6 Francis Kéré, S.8/9 Benedikt Jerusalem,
S. 26 Modell: Kéré Architecture, Foto: Hans-Georg Gaul, S. 34/35 Aino Laberenz,
S. 46/47 Aino Laberenz, S. 62/63 Francis Kéré, S. 80/81 Michael Bogár,
kleine Abbildung: Perfect Shot Films, S. 98/99 Severin Sobko,
S. 118/119 Michael Bogár, S. 135 Marie Köhler, S. 136/137 Marie Köhler,
Aino Laberenz, S. 158/159 Filmvorführung: Marie Köhler, Puppentheater:
Alex Melle, Gruppenfoto: Operndorf Afrika, S. 169 Marie Köhler,
S. 172 Marie Köhler, S. 178/179 Marie Köhler

Autorenfotos: S. 28 Volker Wiciok, S. 131 Regine Mosimann,
Diogenes Verlag

Erste Auflage 2014

© 2014 für die Fotografien
© 2014 für die Texte bei den Autoren
© 2014 für diese Ausgabe: Steidl Verlag, Göttingen

Scans: Steidl's digital darkroom
Gesamtherstellung und Druck: Steidl, Göttingen

Steidl
Düstere Str. 4 / 37073 Göttingen
Tel. +49 551 49 60 60 / Fax +49 551 49 60 649
mail@steidl.de
www.steidl.de

ISBN: 978-3-86930-675-9
Printed in Germany by Steidl

STEIDL